Werner Onken

MARKTWIRTSCHAFT OHNE KAPITALISMUS

Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung

Band 2

Online-Version 2019/2020

Kapitel 11

oekom

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Von der Akkumulation und Konzentration in der Wirtschaft zu ihrer Dezentralisierung

Werner Onken

Kapitel 11 (von 15)

Neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte seit der Mitte der 1970er Jahre und unzureichende Gegenstrategien

Oldenburg 2019 / 2020

1. Online-Auflage April 2020
© Werner Onken
https://www.werner-onken.de/
onken@sozialoekonomie.info

PrePress / Online:
Rettberg-Gauke Verlags- & Medienservice

11 Neoliberale Entfesselung der Finanzmärkte seit der Mitte der 1970er Jahre und unzureichende Gegenstrategien

In der 1968er Zeit wäre es vielleicht nicht zu einer Marx-Renaissance gekommen, wenn der Ordoliberalismus konsequent an seinem ursprünglichen Ziel der Schaffung einer vollständigen Konkurrenz festgehalten und der Ausbreitung von privatwirtschaftlicher Macht Einhalt geboten hätte, statt sich auf die schiefe Bahn der Restauration des Monopolkapitalismus abdrängen zu lassen. Damit war die Wiederkehr krisenhafter Instabilitäten der Wirtschaft vorprogrammiert.

Als nach Jahren des sog. Wirtschaftswunders die westdeutsche Wirtschaft 1966/67 in ihre erste große Krise der Nachkriegszeit geriet, wurden in deren Verlauf der Staatsbesuch des persischen Schahs Reza Pahlavi, die ungesühnten tödlichen Schüsse auf den Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 und das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 zu Schubkräften für die 1968er Studentenbewegung. Auch das Erschrecken über die Verdrängung der NS-Verbrechen, die Empörung über die geplante Einführung von Notstandsgesetzen in Deutschland und über den von den USA in Vietnam äußerst brutal geführten Krieg gaben der Studentenbewegung Auftrieb.[1]

1968er Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition

Obwohl die kommunistischen Diktaturen in Russland nach dem Ersten Weltkrieg bzw. in der Sowjetunion mit ihren Gulags sowie in China, besonders im Zusammenhang mit Mao Tse-tungs „großem Sprung nach vorn" um 1960, viele Millionen Todesopfer gefordert hatten[2], und obwohl Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 den „Prager Frühling" blutig niedergeschlagen hatten, machten sich große Teile der Studentenbewegung weiterhin Hoffnungen, das kapitalistische System mit marxistischen Denkmustern auf einem „langen Marsch durch die bestehenden Institutionen" (Rudi Dutschke[3]) aus den Angeln heben zu können. Dabei war für Dutschke als einen der führenden Köpfe der Studentenbewegung klar, dass der real existierende Sozialismus in der sowjetischen Hemisphäre kein Vorbild für einen Systemwandel im Westen sein konnte. „Es gibt noch keinen Sozialismus auf der Erde; der Sozialismus ist weiterhin eine reale Kategorie des Noch-Nicht-Seins, der durch den Kampf der revolutionären Kräfte im Weltmaßstab in die gesellschaftliche Wirklichkeit gebracht werden muss." Im nachrevolutionären

---

1 Schah Reza Pahlavi war 1953 als ein dem Westen höriger Herrscher über den Iran eingesetzt worden, nachdem der US-amerikanische Geheimdienst CIA die bis dahin amtierende, demokratisch gewählte Regierung Mossadegh, welche die Öl- und Gasvorräte verstaatlichen wollte, weggeputscht hatte. Vgl. hierzu Michael Lüders (2015), S. 12 - 22. - Zum Vietnamkrieg vgl. Rolf Steininger (2004). - Zur 1968er Studentenbewegung vgl. Ingrid Gilcher-Holtey (2001).

2 Vorstellungen von einem Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus einschließlich

3 Rudi Dutschke (1980), S. 11 - 23, bes. S. 15.

Russland bzw. in der Sowjetunion war nach Ansicht von Dutschke kein Sozialismus entstanden, sondern nur ein brutales stalinistisches Herrschaftssystem - ein „Staatskapitalismus asiatischer Prägung", dem noch immer die alten feudalistischen „Knechtschaftsverhältnisse" anhafteten.[4]

Stattdessen erstrebte Dutschke einen letztlich christlich verankerten „antiautoritär-demokratischen Sozialismus", aber nicht auf parlamentarisch-demokratischem, sondern auf revolutionärem Weg mit direkten Aktionen und ohne Anwendung von Gewalt gegen Personen. Die Parteien im bürgerlichen Parlamentarismus erschienen ihm als Instrumente der Konservierung der kapitalistischen Machtverhältnisse.[5] Allerdings hatten Dutschke und andere Studierende in der „Außerparlamentarischen Opposition" keine klaren Vorstellungen von einer Rätedemokratie und einem „antiautoritären Sozialismus" mit einem „schöpferischen Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit" und von „menschenwürdigen Zuständen", die sie „in der ganzen Welt" herbeiführen wollten. Durch eine unermüdliche politökonomische Aufklärungsarbeit sollte die noch in ihrem falschen Bewusstsein gefangene werktätige Bevölkerung erst einmal dazu gebracht werden, ihre objektive Misere zu erkennen und dann für ihre eigentliche „Menschwerdung" durch eine Emanzipation von den „herrschenden Produktionsverhältnissen" kämpfen.[6]

Dutschke hielt am marxschen Glauben fest, wonach die Steigerung der kapitalistischen Produktivkräfte die Voraussetzung für einen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei. „Die Technologie ist nicht das Böse an sich", d.h. nicht die Akkumulation und Konzentration von Kapital und technischen Produktivkräften als solche waren für ihn problematisch, sondern nur die privatkapitalistische Verfügungsgewalt über sie. Deshalb rüttelte auch Dutschke nicht an dem marxschen Glauben, dass eine „Verstaatlichung ... natürlich Bedingung für die Möglichkeit einer neuen sozialistischen Gesellschaft" sei. Jedoch dürfe die Revolution nicht wie in Russland bzw. in der Sowjetunion bei der Verstaatlichung stehen bleiben und eine Verstaatlichung schon als Vergesellschaftung ausgeben. Über eine Verstaatlichung der Produktionsmittel müsse die Revolution hinausgehen in die Richtung einer echten Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Als historisches Vorbild hierfür dachte Dutschke an die Pariser Kommune, wo sich schon an Stelle eines „Sozialismus von oben" erste Ansätze eines „Sozialismus von unten" gezeigt hätten. „1871 gab's mal die Pariser Commune ... ein Vorbild für uns. Eine Herrschaft der Produzenten über ihre Produkte. Keine Manipulation, ständige Wahl und Ab-

---

4 Rudi Dutschke (1980), S. 141 („Es gibt noch keinen Sozialismus auf der Welt.") und 145 - 146 (asiatischer Staatskapitalismus).

5 Vgl. Rudi Dutschke (1978), S. 95 - 135, und ders. (1980), S. 30 - 39 (Christentum und Sozialismus) sowie S. 12 (konterrevolutionäre und unmenschliche Gewalt), 13 (Rätedemokratie), 43 und 53 (Parteien und Parlamentarismus); S. 97 - 106 (Gewalt).

6 Rudi Dutschke (1980), S. 13 (Menschwerdung vs. Produktionsverhältnisse), 16 (aufgeklärtes Bewusstsein), 19 - 20 (schöpferisches Leben ... auf der ganzen Welt).

wahl und so weiter. ... Unser Ausgangspunkt ist Selbstorganisation der eigenen Interessen und Bedürfnisse."[7] -

Trotz ihrer kritischen Haltung zum Marxismus und den verschiedenen aus ihm hervorgegangenen Denkrichtungen sympathisierten zumindest die wissenschaftlich ambitionierten Teile der damaligen Geld- und Bodenreformbewegung mit den Studentenprotesten. So begrüßte es Elimar Rosenbohm, dass „die studentische Opposition sich gegen Herrschaftsverhältnisse, gegen autoritäre Gewalten, gegen verfestigte Strukturen, gegen apparathaft-bürokratische Monopolparteien und gegen alle organisierte Repression wendet". Da Rudi Dutschke im Februar 1968 (zwei Monate vor dem auf ihn verübten Mordanschlag) in einem Gespräch mit dem Philosophen Ernst Bloch auf eine „Ambivalenz des Sozialismus" hingewiesen und gefragt hatte, ob es vielleicht sinnvoller sein könnte, nicht länger von einer sozialistischen, sondern von einer „freien Gesellschaft" als Ziel der Außerparlamentarischen Opposition zu sprechen, mutmaßte Rosenbohm, ob Dutschke sich außer mit Marx vielleicht auch mit dessen französischem Gegenspieler Proudhon beschäftigt haben könnte, denn auch Proudhon sei es letztlich darum gegangen, „die Herrschaft von Menschen über Menschen zu verhindern".[8] Jedoch ist dies ungewiss oder gar unwahrscheinlich. Zumindest in dem Teil von Dutschkes Bibliothek, der sich in der „Bibliothek der Freien" im Berliner „Haus der Demokratie und Menschenrechte" befindet, sind keine Schriften von Proudhon oder den ebenfalls als ‚kleinbürgerlich' verunglimpften Frühsozialisten vorhanden.[9] -

Seit dem Erscheinen des Berichts des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums" (1972) stellten sich auch für die in interne Flügelkämpfe verstrickten 1968er noch ganz neue politische Fragen. Waren Atomkraftwerke nur in der Hand privatkapitalistischer Energiekonzerne oder waren sie an sich ‚böse'? Im Zuge des Übergangs von der Studenten- zur Ökologiebewegung während der 1970er Jahre wandte sich auch Dutschke mehr und mehr den umweltpolitischen Bürgerinitiativen zu. „Sind die Bürgerinitiativen nicht ein potenzieller Schritt über die Basisdemokratie zur Rätedemokratie? ... Ich glaube, es müssen auch die Bürgerinitiativen darüber nachdenken, wie sie ihre eigene Perspektive sehen. Wohin soll es gehen? Was hat womit zu tun? Wie stehen die Bürgerinitiativen zum Sozialismus? Das scheint mir eine entscheidende Frage für die nächsten Diskussionen zu sein."[10]

---

[7] Rudi Dutschke (1980), S. 14 (Verwechslung von Verstaatlichung und Vergesellschaftung), 25 (Technologie) - 28 (Pariser Kommune), 48, 50 und 54 (Pariser Kommune) sowie 140 (Verstaatlichung als Bedingung für einen Sozialismus).

[8] Elimar Rosenbohm (1968), S. 21 - 29, hier: S. 21 - 22. - Zum Gespräch zwischen Rudi Dutschke und Ernst Bloch in der Ev. Akademie Bad Boll am 8.2.1968 vgl. die Website https://www.ev-akademie-boll.de/nc/akademie/geschichte/dutschke-und-bloch.html und den Bericht im Magazin „Der Spiegel" vom 19.2.1968 auf der Website https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46122776.html

[9] Vgl. hierzu Wolfgang Eckhardt (2012).

[10] Rudi Dutschke (1980), S. 194 (Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke), 197 (Bürgerinitiativen als Weg zur Rätedemokratie?), 198 (Bürgerinitiativen und Sozialismus).

Während seiner letzten Lebensjahre in Dänemark beobachtete Dutschke sehr genau die Entwicklungen in der Ökologiebewegung. Einerseits hoffte er, sie mit seinen sozialistischen Zielen verknüpfen zu können - andererseits suchte er mit bemerkenswerter Offenheit die Zusammenarbeit mit „allen Grünen", obwohl sie wie der konservative Herbert Gruhl „keine linke Tradition" hatten. „Aber wir wissen eines: Es geht (mit der Atomkraft) um eine fundamentale Fragestellung unseres Jahrzehnts und der nächsten Generationen. Und darum müssen wir zusammenarbeiten. Und ich hoffe, dass auch Sozialdemokraten mit uns in dieser gefährlichen Sache eine gemeinsame Arbeit beginnen." Angesichts der existenziellen Bedrohung der ganzen Menschheit durch Atomwaffen und Atomkraftwerke gab es für Dutschke als „Sozialisten in der Tradition von Rosa Luxemburg" keinen Zweifel an der Notwendigkeit neuer Bündnisse mit anders denkenden Menschen „in der Tradition der bürgerlichen Revolution und der weiter reichenden sozialistischen Umwälzung. Diese Linie schließt leninistische und stalinistische Traditionen aus. Sie macht aber Bündnisse möglich mit allen Kräften, die in der Tradition der bürgerlichen Revolution, in christlichen Traditionen sich bewegen."[11]

Als sich die Ökologiebewegung im Laufe des Jahres 1979 zu einer politischen Partei zu formieren begann, nahm Dutschke an einem „ersten gemeinsamen Treffen von Grünen, Bunten, Alternativen und anderen Gruppen" in Vlotho teil und scheute sich auch nicht, die Positionen des „Kommunistischen Bundes" zu kritisieren. „Im August wurde Rudi Mitglied der Bremer Grünen" und wollte mit seiner Familie von Århus/Dänemark nach Bremen umziehen. „Rudi war nun mittendrin", schrieb seine Frau Gretchen in ihrer Dutschke-Biografie.[12] Vor der Wahl der Bremer Bürgerschaft im Oktober 1979 trat Dutschke bei Wahlkampfveranstaltungen der „Grünen Liste" auf, die dann 5,1 % der Stimmen gewann und in die Bremer Bürgerschaft einzog. Als der DDR-Regimekritiker Rudolf Bahro aus der Haft entlassen wurde und nach Westdeutschland übersiedelte, verabredeten sich Dutschke und Bahro sogleich zu einem Treffen bei einer weiteren grünen Versammlung Anfang November in Offenbach. Und als sich Ende November 1979 die „Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen" (GLU) bei einer Veranstaltung in Bremen zugunsten einer neuen bundesweiten grünen Partei auflöste, erschien Dutschke am Büchertisch des GLU-Initiators Georg Otto, der bestrebt war, die Geld- und Bodenreformvorschläge von Silvio Gesell in grünen Kreisen bekannt zu machen. Als Dutschke die Absicht äußerte, sich mit den Reformgedanken Gesells zu beschäftigen, gab Otto ihm ein Exemplar von dessen Hauptwerk und einige andere Schriften mit auf den Weg. Wenig später starb Dutschke am Heiligabend 1979 in Århus und so blieb es offen, ob er noch Verständnis für die Überlegung entwickelt hätte,

---

[11] Rudi Dutschke (1980), S. 202 - 204 (Zusammenarbeit mit allen Grünen und Sozialdemokraten). – Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl war mit seinem Buch „Der Planet wird geplündert – Schreckensbilanz unserer Politik" (Frankfurt/M. 1975) der bekannteste Vertreter des konservativen Flügels der Ökologiebewegung.

[12] Gretchen Dutschke (1998), S. 462 (Vlotho), 464 (Bonn), 467 (Mitglied der Bremer Grünen) und 471 - 473 (Offenbach).

dass sein Ziel einer dezentralen Vergesellschaftung der Produktionsmittel und einer Selbstorganisation der Interessen und Bedürfnisse sich vielleicht auch ohne eine Verstaatlichung der Produktionsmittel durch deren Dezentralisierung in einer vom Kapitalismus befreiten Marktwirtschaft erreichen ließe.[13] Ein solches Verständnis hätte auch die Bereitschaft vorausgesetzt zu erkennen, dass eine Wiederverbindung von Arbeitenden mit dezentralisierten Produktionsmitteln in vielen kleinen und mittleren privaten und genossenschaftlichen Unternehmen noch eine andere Form der Vergesellschaftung wäre als eine basisdemokratische Verfügung von Arbeitern über Teile von staatlich konzentrierten Produktionsmitteln wie in der Pariser Kommune oder in der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung.

Übrigens kam der durch sein Buch „Die Alternative – Zur Kritik des real existierenden Sozialismus" (1979) bekannt gewordene Rudolf Bahro im Laufe der 1980er Jahre näher mit den Geldreformgedanken in Berührung. Für ihn bestand die „objektive Ambivalenz des Geldes" darin, dass das Geld einerseits, was Marx unterschätzt hatte, die persönliche Freiheit menschlicher Individuen garantierte, und dass es andererseits ein Instrument der Ausübung von Macht von Menschen über Menschen war. Allerdings handelte es sich hier für Bahro „um einen in der menschlichen Natur selbst angelegten Widerspruch, der gewiss nicht dadurch zu lösen ist, dass man an der Projektion nach außen, die das Geld darstellt, eine Krebsoperation versucht, ohne sich um den inneren Konflikt zu kümmern, der den Krebs erzeugt." Darum konnte sich Bahro nicht vorstellen, „dass es bloß an einer ‚richtigen' begrifflichen und technischen Lösung des Geldproblems gebrach." Er hatte den unzutreffenden Eindruck, dass „den Geldreformern der Machtzweck, zu dem das Geld realiter erfunden worden ist, nie aufgegangen" ist.[14] Dabei stand der Doppelcharakter des Geldes als Tausch-/Kredit- und als Machtmittel im Mittelpunkt der Geldreformgedanken – nur wird darin der Charakter des Geldes als

---

[13] Georg Otto (2019), S. 3. - Zur Rolle von Georg Otto in der GLU Niedersachsen vgl. Anna Hallensleben (1984), S. 52 - 59. - Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung" befindet sich tatsächlich in Dutschkes Bibliothek im Teilnachlass in der Berliner „Bibliothek der Freien"; vgl. Wolfgang Eckhardt (2012), S. 13. Veröffentlichungen von Klaus Schmitt, Helmut Creutz und von ihm selbst, die Georg Otto auch noch mitgab, sind im Bestandsverzeichnis von Wolfgang Eckhardt jedoch nicht aufgeführt. Stattdessen sind dort Broschüren von Johannes Schumann, Max Leuchtenberg, Eckhard Lindemann, Herbert K.R. Müller und Ernst Schröder aufgeführt (S. 19, 22 und 25), die allesamt von der „Freisozialen Union" (FSU) herausgegeben worden waren. Die FSU war damals der parteipolitische Zweig der Geld- und Bodenreformbewegung. Möglicherweise wurde Dutschke nicht erst von Georg Otto, sondern schon vorher von der FSU auf Gesell aufmerksam gemacht. Allerdings hatten die meisten FSU-Schriften eine konservativ-antikommunistische Diktion, die Dutschke davon abgehalten haben könnte, sich schon früher mit Gesells Sozialreformvorschlägen zu beschäftigen.

[14] Rudolf Bahro (1987), S. 138 (objektive Ambivalenz) – 140. - Im „Archiv für Geld- und Bodenreform" in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg ist eine Korrespondenz von Helmut Creutz mit Rudolf Bahro erhalten (Bahro an Creutz am 8.7.1983 und Creutz an Bahro 15.7.1983. Bahro an Creutz am 16.11.1985 und Creutz an Bahro am 4.4.1986). Sie zeigte die Schwierigkeit für Bahro, Verständnis für die Geldreformgedanken zu entwickeln.

Machtmittel nicht auf die ‚innere' menschliche Natur zurückgeführt, sondern auf seine ‚äußere' – veränderbare – kapitalistische Struktur.

Pragmatische Parteipolitik und Globalsteuerung des Kapitalismus

Im Gegensatz zur Außerparlamentarischen Opposition hatte die Sozialdemokratie bereits in ihrem 1959 beschlossenen Godesberger Programm jegliche Ambitionen hinsichtlich einer Systemüberwindung aufgegeben. Parallel zur Entstehung der „Sozialistischen Marktwirtschaft" in Jugoslawien hatte sie sich mit der Kompromissformel „So viel Wettbewerb wie möglich, so viel Planung wie nötig" zur Anerkennung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs durchgerungen. Allerdings hatte sie dem entscheidenden Unterschied zwischen dem real existierenden, vom kapitalistischen Geld und von Monopolen vermachteten Markt und der Realutopie eines monopolfreien Marktes bei ihrer programmatischen Neuorientierung überhaupt keine Beachtung geschenkt. Außerdem hatte sie darauf verzichtet, ihre Vorstellungen von einem geplanten Markt in einem demokratischen Sozialismus näher zu konkretisieren.

Nach wenigen Jahren einer Großen Koalition mit der CDU erhielt die gemäßigte Sozialdemokratie 1969 die historische Chance, den Kapitalismus realpolitisch-pragmatisch zu zähmen. In Übereinstimmung mit dem berühmten US-Ökonomen Paul Samuelson und anderen postkeynesianischen Ökonomen war sie zuversichtlich, zyklische Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur mit der an Keynes' Strategie des Deficitspendings orientierten antizyklischen Fiskalpolitik unter Kontrolle bringen und glätten zu können. Unter diesen Umständen hoffte die von Willy Brandt angeführte erste SPD-/FDP-Regierung, die kapitalistische Marktwirtschaft mit der Unterstützung der Gewerkschaften durch eine arbeitnehmerfreundliche Bildungs- und Sozialpolitik humanisieren zu können. Zu ihren Gesetzesvorhaben gehörte sogar eine realpolitisch gemäßigte Variante der Bodenrechtsreform in Gestalt eines Planungswertausgleichs, für den sich insbesondere der Münchener Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick einsetzten. Mit der Unterstützung durch den Bundeskanzler Willy Brandt und auch des Bundespräsidenten Gustav Heinemann hätte sie sogar das „innenpolitische Gegenstück zur Ostpolitik" werden sollen.[15] Jedoch stieß dieses Vorhaben auf Widerstände in den Koalitionsparteien - ähnlich wie das Bestreben von Karl-Hermann Flach und einigen anderen FDP-Politikern, den Liberalismus in sozialen

---

[15] Susanne Miller & Heinrich Potthoff (1981), S. 200 - 208 (Godesberger Programm) und 214 - 224 (Regierungshandeln der SPD). - Zu den Bodenrechtsreformplänen der SPD vgl. Hans-Jochen Vogel (1971), S. 15, und SPD Hrsg. (1972) und SPD Hrsg. (1974); Hans-Jochen Vogel (1997), S. 34 - 36. In einer Rede auf dem Deutschen Städtetag am 26.5.1971 in München forderte Bundespräsident Heinemann den deutschen Gesetzgeber auf, das Bodenrecht gemäß GG Art. 14 zu reformieren. Vgl. auch Wolfgang Göllner & Tanja Finkbeiner (1997), S. 138 - 161, und Bernadette Felsch (2010), S. 27 - 31. Vgl. hierzu auch Dieter Duwendag (1971), S. 583 - 584 und 596 - 597 („Die Möglichkeiten für eine effiziente Bodenpolitik sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.").

Formen zu erneuern. „Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus ist die Voraussetzung seiner Zukunft. ... Der liberale Leistungs- und Wettbewerbsbegriff lässt sich nur rechtfertigen, wenn Gleichheit oder zumindest starke Annäherung der Startchancen in der Gesellschaft besteht." Flach wollte den Liberalismus durch eine „gemeinwirtschaftliche Bodennutzung" erneuern und Alternativen zur aktienrechtlichen Organisation von Unternehmen stärken. „Die urliberale Idee der genossenschaftlichen Produktionsweise eignet sich ganz sicher vor allem im kleineren oder mittleren Unternehmensbereich. ... Für größere Unternehmen eignet sich auch die Form der gemeinnützigen Stiftung als Kapitaleigner, deren Gewinn-Einnahmen öffentlich anerkannten, gemeinnützigen Zwecken zukommen müssen."[16]

Während die neue, auf eine Verständigung mit dem kommunistischen Ostblock ausgerichtete Außenpolitik der SPD/FDP-Regierung eine langfristig segensreiche Wirkung entfalten konnte, war ihre Wirtschaftspolitik nicht von längerer Dauer. Die postkeynesianische Globalsteuerung der Wirtschaft konnte nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen und obendrein stieß sie wegen der dafür erforderlichen Aufnahme öffentlicher Schulden an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit. Auf die staatsinterventionistische „Keynesianische Revolution", die die geldreformerischen Gedanken von Keynes beharrlich verdrängt hatte, folgte um die Mitte der 1970er Jahre eine „Monetaristische Gegenrevolution", die zwar die Bedeutung einer richtig dosierten Geldmenge für die Stabilisierung der Konjunktur stärker betonte als Keynes und die Postkeynesianer, die aber um die geldreformerische Überlegung, auch die tatsächliche Zirkulation der in den Verkehr gegebenen Geldmenge mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes" sicherzustellen, einen ebenso großen Bogen machte wie die Postkeynesianer und die Neoklassiker, die sich inzwischen zu einer „Neoklassischen Synthese" zusammengefunden hatten.

Sichtbares Zeichen der Wende vom Staatsinterventionismus zum neoliberalen Monetarismus und zur Verlagerung der Gewichte vom rheinischen zum angelsächsischen Kapitalismus war die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an Friedrich August von Hayek (1974), der die Ursprungsgedanken des Ordoliberalismus schon frühzeitig in die Richtung eines Laissez-faire-Liberalismus aufgeweicht hatte, und an Milton Friedman (1976), der zusammen mit anderen Chicago Boys and Girls keine Scheu gehabt hatte, die nach dem gewaltsamen

---

[16] Karl-Hermann Flach (1977), S. 17 - 18 (Liberalismus vs. Kapitalismus, soziale Gleichheit) und 29 - 32 (gemeinwirtschaftliche Bodennutzung, Unternehmensverfassungen). Flach war nach 1945 zunächst Mitglied der ostdeutschen Liberaldemokratischen Partei und studierte nach seiner Flucht in den Westen Politikwissenschaften und Publizistik. Von 1959 bis 1961 und von 1971 bis zu seinem Tod im Jahr 1973 war er Bundesgeschäftsführer der FDP und in der Zwischenzeit stellvertretender Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau". Schon der erste westdeutsche Bundespräsident Theodor Heuss hatte in seinen jungen Jahren im Naumann-Kreis mit Ideen der Bodenrechtsreform sympathisiert; vgl. dazu ders. (1963), S. 33 - 34. - Mitautor von Flachs Buch „Noch eine Chance für die Liberalen" war der damalige FDP-Bundesminister Werner Maihofer. Gemeinsam verfassten Flach und Maihofer 1971 die „Freiburger Thesen" der FDP.

Sturz von Salvadore Allende durch August Pinochet in Chile aufgerichtete Militärdiktatur wirtschaftspolitisch zu beraten.

Mit Hayek und Friedman hielt die neoliberale Trinität von der Liberalisierung und Deregulierung der Märkte und der Privatisierung von öffentlichem Eigentum Einzug in die Wirtschaftstheorie und -politik, ohne dass die Neoliberalen sich mit der Frage aufhielten, welche Funktionsdefizite der ‚freien' monopolkapitalistisch vermachteten Märkte überhaupt zum Versuch einer staatlichen Regulierung der Wirtschaft geführt hatten. Neben neomarxistischen Gesellschaftskritiker/innen marschierten nun vor allem Neoliberale durch die Institutionen der Wissenschaften und des Staates, den sie unter Missachtung der Art. 14 und 15 des westdeutschen Grundgesetzes erklärtermaßen ‚verschlanken' wollten. Dabei verbreiteten sie ihre Ideologie, dass sich selbst überlassene ‚freie' Märkte am besten in der Lage seien, die Wirtschaft selbsttätig in ihrem Gleichgewicht zu stabilisieren.

Nicht einmal dem damaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Wolfgang Zeidler ließ der zur Vorherrschaft gelangte neoliberale Zeitgeist eine Chance, Gehör für seinen Hinweis zu finden, dass der zunehmend höher verschuldete Staat „in den letzten Jahrzehnten einige Hundert Milliarden dadurch verschenkt ... hat, dass er darauf verzichtet hat, die ungeheuren Vermögen, die die im Grundeigentum stecken, in einer auch nur annähernd angemessenen Weise zu besteuern." In einem Interview mit dem „Spiegel" beklagte Zeidler, dass „das jetzige Recht ... eine ungeheure Bevorzugung teils des Grundeigentums, teils aber auch der Gewinne, die aus dem Handel mit Grundstücken fließen, ... bewirkt. In den letzten Jahrzehnten sind in den deutschen Ballungsgebieten die Grundstücke, die günstig lagen, enorm im Wert gestiegen. Kein Mensch ist je ernsthaft darum bemüht gewesen, diese gewaltigen Wertzuwächse steuerlich anzuzapfen." Insbesondere für eine familienfreundliche Steuerpolitik des Staates sah Zeidler hier ein großes Potenzial.[17]

11.1 Milton Friedmans „Monetaristische Gegenrevolution"

Was die „monetaristische Gegenrevolution" aus der Ökonomie hinausfegte, war in Wirklichkeit schon längst nicht mehr die vollumfängliche „keynesianische Revolution", sondern - wie es Joan Robinson ausdrückte - ein auf das Deficitspending reduzierter „Bastard-Keynesianismus".[18]

Ähnlich wie Hayek sein Buch „Road to Serfdom" während des Zweiten Weltkriegs zur Abwehr von sozialistischen Bestrebungen geschrieben hatte, hatte auch Friedman sein Buch „Capitalism and Freedom" (1962) unter dem Eindruck des

---

[17] Wolfgang Zeidler (1984), S. 52 - 61. Als Sozialdemokrat kannte Zeidler vermutlich die bodenrechtsreformerischen Bestrebungen von Hans Koschnik und Hans-Jochen Vogel. Während seines Studiums in den ersten Nachkriegsjahren hatte Zeidler übrigens den „Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS) mitbegründet.

[18] Sabine Reiner (2017).

Kalten Krieges verfasst, der sich mit dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise gerade auf seinem Höhepunkt befand. Auch wirkte die antikommunistische Stimmung der McCarthy-Ära in den USA noch nach. Friedmans Absicht war es, dem Staat in allen seinen Variationen als „Monster wie Frankenstein" entgegenzutreten - nicht nur dem totalitären Staat des Kommunismus, sondern auch dem Staat des demokratischen Sozialismus und dem Staat der postkeynesianischen Globalsteuerung der Wirtschaft.[19]

Mit der Zurückdrängung des Staates als solchem wollte Friedman die Freiheit stärken. „Freiheit ist eine seltene und delikate Pflanze", schrieb er[20] - allerdings ohne seinen Freiheitsbegriff philosophisch zu untermauern. Seine Argumentation folgte dem klassischen Verständnis der Freiheit atomisierter und miteinander konkurrierender Individuen. Die Freiheit des einen Individuums ende dort, wo die Freiheit eines anderen Individuums beginne. Weder bezog Friedman die Vorstellung von Adam Smith mit ein, dass konkurrierende Individuen auch durch Sympathiegefühle miteinander verbunden seien, noch kannte er Proudhons Überzeugung, dass dasjenige Individuum am freiesten sei, das die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen habe. Sein Freiheitsbegriff enthielt kein Verständnis für die Notwendigkeit einer sozialen Verbundenheit der Individuen, bei der Schwächere nicht durch Stärkere verdrängt werden. Friedman fehlte die Einsicht, dass die Freiheit erst dann ihre Früchte tragen kann, wenn sie als *gleiche* Freiheit aller Menschen innerhalb einer für alle gleichermaßen gerechten rechtsstaatlichen Rahmenordnung verwirklicht wird und wenn die Individuen nicht nur gegeneinander konkurrieren, sondern wenn sie auch miteinander kooperieren. Zwar erwähnte er im Zusammenhang mit der Grundsatzentscheidung zwischen einer markt- oder planwirtschaftlichen Koordination „der wirtschaftlichen Aktivitäten von Millionen von Menschen" auch einmal den ordoliberalen Ökonomen Walter Eucken; aber dessen Hinweise auf die Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung als Garanten für die Monopolfreiheit der Märkte beachtete er nicht.[21] Und erst recht dachte er nicht daran, dass mit dem herkömmlichen Geld und dem Privateigentum am Boden Privilegien verbunden sein könnten, die zu mono- und oligopolistischen Vermachtungen des Geschehens auf ‚freien Märkten' führen. Zwar blieb ihm Henry George's bodenreformerischer Vorschlag „von vor vielen, vielen Jahren" zur Einführung einer „Single Tax" nicht unbekannt und in einem Zeitungsinterview bezeichnete er „die Grundsteuer auf den unveränderten Landwert" sogar

---

[19] Milton Friedman (1962/1971), S. 20 und 27 (weder totalitärer noch demokratischer Sozialismus) und 257.

[20] Milton Friedman (1962/1971), S. 20.

[21] Milton Friedman (1962/1971), S. 33 (Koordination durch Markt oder Plan) und 52 (Friedman bezog sich nur auf Euckens Ausführungen zum staatlichen Eisenbahnmonopol).

als „die am wenigsten schlechte Steuer."[22] Dennoch unternahm Friedman keinerlei Anstrengungen, die „Single Tax" in seine eigenen Überlegungen zu integrieren.

Maßgebend war für ihn allein die historische Erfahrung, dass in vormodernen feudalistischen Zeiten mit Ausnahme des „goldenen 5. Jahrhunderts Griechenlands ... der typische Zustand der menschlichen Geschichte ... stets Tyrannei, Knechtschaft und Elend (war). Nur das 19. und frühe 20. Jahrhundert in der westlichen Welt bilden auffallende Ausnahmen im generellen Trend der geschichtlichen Entwicklung. Da gab es bezeichnenderweise politische Freiheit, und zwar in engem Zusammenhang mit dem freien Markt und der Entwicklung kapitalistischer Institutionen." Das soziale Elend, das sich aus der Zeit des Frühkapitalismus in staatlich gemilderten Formen bis ins 20. Jahrhundert fortsetzte, war für Friedman kein Grund, seine Überzeugung in Frage zu stellen, „dass der Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung für politische Freiheit ist" - eine Voraussetzung, aber noch keine Garantie, was auch ihm angesichts der faschistischen Diktaturen in Deutschland, Spanien und Italien bewusst war. „Das alles waren Gesellschaften, die man offenkundig nicht als politisch frei bezeichnen kann. Dennoch war in allen das private Unternehmertum die dominante Form der wirtschaftlichen Organisation. Es ist also ohne weiteres möglich, wirtschaftliche Strukturen zu haben, die fundamental kapitalistisch sind, und politische Strukturen, die zugleich unfrei sind."[23]

Doch wie konnte der Kapitalismus zugleich Voraussetzung für politische Freiheit sein und sich dennoch auch mit totalitären Herrschaftssystemen verbinden lassen? Friedmans ordnungspolitischer Kardinalfehler war es, Marktwirtschaft und Kapitalismus gedankenlos gleichzusetzen. Sein persönliches „Leitmotiv" war gemäß seinen eigenen Worten der „wettbewerblich organisierte Kapitalismus - also die Organisation der ganzen Masse der wirtschaftlichen Aktivität durch private Unternehmen, die auf freien Märkten operieren - als eines Systems von wirtschaftlicher Freiheit und einer notwendigen Bedingung für politische Freiheit. ... Das funktionierende Modell einer Gesellschaft ... ist die freie, auf privatem Unternehmertum basierende Marktwirtschaft - was wir den Wettbewerbs-Kapitalismus genannt haben."[24] So erkannte Friedman erstens nicht die politische Ambivalenz der kapitalistischen Marktwirtschaft, die einerseits eine ‚nur' von wirtschaftlicher Macht durchsetzte politische Freiheit zuließ und die andererseits für ein Umkippen in die politische Unfreiheit anfällig blieb. Und zweitens erkannte er nicht, dass die politische Freiheit zu ihrem Schutz sowohl vor wirtschaftlicher Macht als auch vor ihrem Absturz in politische Unfreiheit einer Befreiung der Marktwirtschaft vom

---

[22] Milton Friedman (1978); zitiert nach der Website https://de.wikipedia.org/wiki/Georgismus und der dort aufgeführten Anmerkung 6 (Zugriff: 16.6.2017). Vgl. auch die Website http://www.cooperative-individualism.org/friedman-milton_henry-george-1970.htm (Zugriff: 16.6.2017).

[23] Milton Friedman (1962/1971), S. 29 - 30 (Parallelität von wirtschaftlicher und politischer Freiheit).

[24] Milton Friedman (1962/1971), S. 22 (Friedmanns Leitmotiv) und 34 (Marktwirtschaft als Wettbewerbs-Kapitalismus).

Kapitalismus bedurft hätte, also einer rechtsstaatlich-ordnungspolitischen Bändigung von jedweder wirtschaftlichen Macht.

Gerade im Hinblick auf die Ursachen der Entstehung von wirtschaftlicher Macht und der Rolle des demokratischen Rechtsstaats als „Spielleiter und Schiedsrichter" der Wirtschaft waren Friedmans Vorstellungen höchst unzureichend. „In der Praxis entstehen Monopole häufig - wenn nicht sogar immer - durch Regierungssubventionen oder durch kollektive Absprachen der einzelnen Unternehmer." [25] Dass das Geld in seiner herkömmlichen kapitalistischen Form und das Privateigentum am Boden und an Ressourcen eine den Wettbewerb beschränkende soziale Ungleichheit in das Wirtschaftsleben hineintragen, die im Laufe der Zeit zur Bildung von marktbeherrschenden Mono- und Oligopolen führt, und dass große Unternehmen bereits viel Kapital akkumuliert und konzentriert haben müssen, bevor sie „kollektive Absprachen" treffen und staatliche Subventionen bekommen können, lag weit außerhalb von Friedmans Überlegungen. Im Gegensatz zu Eucken und in Übereinstimmung mit Hayek ließ er nur noch gelten, dass „ein Monopol auch entstehen kann, weil es aus technischen Gründen effizient ist, einen einzelnen Produzenten oder ein einzelnes Unternehmen zu haben." Insgesamt gebe es drei Arten von Monopolen: „Privatmonopol, Staatsmonopol oder die Form einer öffentlichen Kontrolle." Und wenn man sie miteinander vergleiche, „komme ich wider Willen zum Schluss, dass ein maßvolles Privatmonopol wohl das kleinste Übel ist. ... Wir müssen das kleinste Übel wählen."[26]

Zwar war auch Friedman der Ansicht, dass „die Bewahrung der Freiheit ... die Eliminierung solcher Machtzusammenballung ... verlangt ... , soweit es nur geht", und dass der Markt „in kleinen Unternehmen ... der Idealvorstellung vom freien Markt am nächsten kommt". Er befürwortete ebenfalls Anti-Trust-Gesetze; aber letztlich vertraute er darauf, dass „der Markt ... die wirtschaftliche Freiheit ... sichert. ... Indem er die Organisation der wirtschaftlichen Aktivitäten der Kontrolle der politischen Instanzen entzieht, eliminiert der Markt zugleich die Quelle der Macht, Zwänge auszuüben." Nebenbei bemerkt, sagte Friedman von sich selbst, dass die „Probleme des Monopols ... ein Gebiet ... betreffen, auf dem ich keine besondere Kompetenz besitze." Das hielt ihn freilich nicht davon ab, die Forderung nach einer „sozialen Verantwortung" von Unternehmern als eine jener „zutiefst subversiven Doktrinen" zu diffamieren, die „das Fundament unserer freien Gesellschaft untergraben können. ... Wenn die Unternehmer eine andere soziale Verantwortung haben, als für ihre Aktionäre möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften, wie sollten sie genau bestimmen, was für eine?" Wenn Unternehmer andere Ziele als das der Gewinnmaximierung anstreben, würden sie - so Friedmans Befürchtung - mehr „Staatsbeamte als Angestellte ihrer Anteilseigner" werden.

---

[25] Milton Friedman (1962/1971), S. 48 - 51 (Staat als Spielleiter und Schiedsrichter), 52 (Entstehung von Monopolen durch Absprachen und Subventionen).

[26] Milton Friedman (1962/1971), S. 52 - 53 (technisch bedingte Monopole und drei Arten von Monopolen). - Zur technischen Rechtfertigung der Konzentration vgl. auch Friedrich August von Hayek (1952) und zur Kritik an dieser Argumentation vgl. Walter Eucken (1946), S. 3, und (1952/1960), S. 225.

Apodiktisch stellte er fest: „Das Unternehmen ist ein Instrument der Aktionäre, die es besitzen." Das erschien ihm auch deshalb unbedenklich, weil nach seiner Ansicht „der Kapitalismus weniger Ungleichheit hervorbringt als alternative Systeme und die Entwicklung des Kapitalismus das Ausmaß der Ungleichheit stark verringert hat."[27]

Im krassen Widerspruch zu seiner eigenen Aussage, dass „ein Liberaler ... grundsätzlich jede Machtkonzentration ... fürchtet", galt Friedmans Hauptsorge nicht so sehr der privatwirtschaftlichen Macht, denn „wirtschaftliche Macht kann immer wieder weithin zerstreut werden". Entgegen dieser realitätsfernen Behauptung wurde die US-amerikanische Wirtschaft schon seit nahezu einhundert Jahren von mächtigen Trusts beherrscht, deren 1890 mit dem Sherman-Antitrust-Act erlassenes Verbot bald durch die Gründung von Holding Companies umgangen wurde. Deren Macht herunterspielend, ging es Friedman mehr um die von ihm viel stärker beargwöhnte politische Macht des Staates, weshalb sein vordringliches Ziel darin bestand, dass „der Spielraum der Regierung ... beschränkt sein muss". Geradezu grotesk war seine Ansicht, die auf dem ‚freien Markt' fortbestehende „wirtschaftliche Macht" könnte sogar „die politische Macht zügeln und ihr Widerpart sein, wenn sie nur in anderen Händen als die politische Macht liegt."[28] Auf gar keinen Fall dürften wirtschaftliche und politische Macht wie im Kommunismus in der einen Hand des Staates liegen. Damit hatte Friedman nicht Unrecht; dennoch schwächte er mit seinem einseitig antikommunistischen Feindbild und seiner zugleich kapitalistisch durchtränkten liberalen Argumentation die Rolle des demokratischen Rechtsstaats als unverzichtbarem Gegengewicht zu jedweder privatwirtschaftlichen Machtkonzentration.[29]

„Die Rolle der Geldpolitik" (1968) und „Die optimale Geldmenge und andere Essays" (1969/70)

Mit seiner Vermischung von Marktwirtschaft und Kapitalismus und seinem unklaren Freiheitsbegriff, der die Macht von Stärkeren gegenüber Schwächeren nicht konsequent ausschloss, drehte Friedman ähnlich wie Hayek die Entwicklung des Liberalismus hinter den frühen Ordoliberalismus zurück. Vom klassischen Laissez-faire-Kapitalismus unterschied er sich im Wesentlichen nur noch durch die Forderung an den Staat bzw. die Zentralbanken, die Menge des in den Verkehr gegebenen Geldes stabilitätsgerecht an ein stets wachsendes Sozialprodukt anzupassen.

---

[27] Milton Friedman (1962/1971), S. 36 - 37 (Eliminierung von Macht durch den Markt), 44 (Idealvorstellung von freien Märkten), 52 (Anti-Trust-Gesetze), 159 (mangelnde Kompetenz auf dem Gebiet der Monopole) und 176 - 178 (Unternehmen als Instrumente von Aktionären).

[28] Milton Friedman (1962/1971), S. 20 (beschränkter Spielraum der Regierung), 37 (Zerstreuung von wirtschaftlicher Macht), 63 (Liberaler fürchtet jede Machtkonzentration).

[29] Milton Friedman (1962/1971), S. 37.

Bereits in seinem Buch „Capitalism and Freedom" hatte Friedman die große Weltwirtschaftskrise ab 1929 nicht als Folge einer systemimmanenten Instabilität des Kapitalismus gedeutet, sondern als eine Folge von fehlerhaften Entscheidungen politischer Instanzen, allen voran der US-amerikanischen Zentralbank. „Tatsache ist: Die große Depression ... wurde mehr durch ein falsches Vorgehen der Regierung als durch eine der freien Marktwirtschaft innewohnende Labilität hervorgerufen. Eine von der Regierung eingerichtete Institution - das Federal Reserve System - war mit der Verantwortung für die Geldpolitik betraut worden. In den Jahren 1930 und 1931 führte das Reserve-System diesen Auftrag so ungeschickt aus, dass aus einer geringen Rezession eine größere Katastrophe wurde."[30]

Aus seiner unzureichenden Deutung der Ursachen der großen Weltwirtschaftskrise hatte Friedman schon frühzeitig eine ebenso unzureichende Gegenstrategie abgeleitet. „Was wir dringend für eine stabile und wachsende Wirtschaft brauchen, ist eine reduzierte, nicht eine vermehrte Einmischung der Regierung." Dies war ein deutlicher Affront gegen die von Keynes empfohlene und vor allem von seinen Nachfolgern praktizierte Politik des Deficitspendings, also der sog. antizyklischen Wirtschaftspolitik, die mit Hilfe schuldenfinanzierter Konjunkturprogramme versuchte, wirtschaftliche Krisen durch die Schaffung einer staatlichen Nachfrage als Ersatz für die ausfallende private Nachfrage zu überwinden. „Es ist vor allem wünschenswert, dass die Regierung einen festen Geld- und Finanzrahmen für die freie Wirtschaft liefert." Eine solche regelgebundene Geldpolitik war für Friedman „der einzig anwendbare Plan, die Geldpolitik zu einer Säule der freien Gesellschaft zu machen und nicht zu einer Bedrohung ihrer Grundfesten."[31]

Da die private Nachfrage im Großen und Ganzen stabil sei, hielt Friedman es nicht nur für unnötig, sondern sogar für schädlich, mit der Schaffung von staatlicher Ersatznachfrage auf Anzeichen eines Konjunkturrückgangs zu reagieren. Stattdessen bedürfe es einer Steuerung der Geldmenge in dem Sinne, dass die Zentralbank die Geldmenge von Jahr zu Jahr um 3 - 5 % vergrößert. Das Produktionsvolumen werde dann in diesen sog. ‚Geldmantel' hineinwachsen. Diese Annahme war das Kernstück der „monetaristischen Gegenrevolution", mit der Friedman gegen die „keynessche Revolution" in der Ökonomie zu Felde zog.[32]

In seinem Aufsatz „Die Rolle der Geldpolitik", der wenig später auch in sein Buch „Die optimale Geldmenge" aufgenommen wurde, führte Friedman diese Forderung genauer aus. Sie war gleichsam ein Generalangriff gegen Keynes und richtete sich nicht nur gegen dessen antizyklische und schuldenfinanzierte Fiskalpolitik des billigen Geldes, welche - so Friedmans Vorwurf - die Wirksamkeit der Geldpolitik mehr als zwei Jahrzehnte unterschätzt habe. Vielmehr richtete er sich auch grundsätzlich gegen die Theorie der Liquiditätspräferenz des Geldes und der Liquiditätsfalle, mit der Keynes die Klassik und Neoklassik auf den Prüfstand ge-

---

30 Milton Friedman (1962/1971), S. 62 (Ursache der Weltwirtschaftskrise).

31 Milton Friedman (1962/1971), S. 63 und 81 (Geldmengensteuerung).

32 Milton Friedman (1968/1974), S. 329 (jährliches Geldmengenwachstum von 3 - 5 %).

stellt hatte. Allerdings beachtete Friedman bei seiner durchaus nicht unbegründeten Kritik am Deficitspending überhaupt nicht, dass Keynes selbst anders als seine postkeynesianischen Nachfolger die schuldenfinanzierte Fiskalpolitik gar nicht für einen dauerhaften Ausweg aus der Liquiditätsfalle gehalten hatte und dass Keynes vielleicht noch entschiedener eine Geldreform à la Gesell angestrebt hätte, wenn es damals schon eine in großem Stil praktikable Methode zur Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten" des Geldes gegeben hätte. Ungeachtet der noch offenen Frage, wie solche „künstlichen Durchhaltekosten" des Geldes in der Praxis hätten aussehen können, sah Friedman völlig über die Notwendigkeit hinweg, die private Nachfrage überhaupt erst einmal so zu verstetigen und zu stabilisieren, dass die Geldmengensteuerung jene verlässliche Wirksamkeit erhält, die Friedman bereits wie selbstverständlich als gegeben unterstellte.

In seinen Veröffentlichungen setzte sich Friedman übrigens nicht mit Gesell auseinander, schrieb dazu aber in einem privaten Brief: „I do of course know about Silvio Gesell and his views. He is a fascinating person who clearly was one of the forerunners in the analysis of the importance of money in affecting economic activity and business conditions. As it happens, I have never published anything on his theories. ... With respect to his ideas, in particular to his idea of stamped scrip, I believe it is not a good idea. It is not a good idea either in principle or in its empirical application."[33] Demnach ließ sich Friedman nicht weiter auf den Gedanken von Gesell und Keynes ein, dass das herkömmliche kapitalistische Geld einen in sich widersprüchlichen Doppelcharakter als dienendes Tauschmittel und herrschendes Machtmittel haben könnte und dass der besondere Liquiditätsvorteil des Geldes mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten" des Geldes hätte neutralisiert werden müssen, um der von ihm präferierten Politik der Geldmengensteuerung ihre volle Wirksamkeit zu verschaffen und Versuche mit einer Politik des billigen Geldes überflüssig zu machen.

In Übereinstimmung mit der Klassik und Neoklassik und sie erweiternd betrachtete Friedman das Geld sowohl als dienendes Tauschmittel wie auch als einen „Vermögensgegenstand" mit der Aufgabe, „als vorübergehende ‚Bleibe' der Kaufkraft zu dienen".[34] Und er unterstellte dessen nahezu gleichmäßige störungsfreie Zirkulation bereits als gegeben, obwohl die Voraussetzungen dafür erst noch hätten hergestellt werden müssen. Die „monetäre Maschine" sei also von sich aus ständig in Betrieb; sie müsse freilich von Jahr zu Jahr regelmäßig durch „eine geringere Rate monetären Wachstums ... gut geölt" werden, damit sie nicht wie in der Krise von 1907 und in der deflationären „großen Kontraktion" von 1929 oder

---

[33] Milton Friedman in einem Brief an den Verfasser (1982). - In seinem Brief an den Verfasser erwähnte Friedman noch, dass ihm viele Jahre vorher ein Studierender aus Skandinavien begegnet sei, der die von ihm für richtig befundene Theorie Gesells verbreiten wollte. Er habe Friedman jedoch nicht deren empirische Evidenz nachweisen können und sei deshalb in eine schwere Lebenskrise geraten. „I have always felt guilty ever since that the end result was, that he ended up in the hospital with a nervous breakdown."

[34] Milton Friedman (1969/1976), S. 108 - 109 (Geld als Tauschmittel und Vermögensgegenstand).

in einer großen Inflation „aus der Kontrolle geraten kann. ... In der heutigen Welt muss die Geldpolitik ... einen stabilen Rahmen für die Volkswirtschaft schaffen. ... Mein eigenes Rezept besteht darin, dass die Währungsbehörde sich ... öffentlich für eine Politik entscheidet, die auf die Verwirklichung einer konstanten Wachstumsrate einer bestimmten monetären Gesamtgröße gerichtet ist." Unter solchen Umständen könnten die Beziehung zwischen der Geldmenge und dem Sozialprodukt sowie das allgemeine Preisniveau stabil und das Beschäftigungsniveau sehr hoch gehalten werden. Als Beweis für diese Annahme führte Friedman die „überlieferte Tatsache" an, „dass Perioden relativer Stabilität der Rate des monetären Wachstums ebenfalls Perioden relativer Stabilität der Wirtschaftstätigkeit gewesen sind, in den Vereinigten Staaten ebenso wie in anderen Ländern."[35]

Seine wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen ergänzte Friedman in seinem Buch „Die optimale Geldmenge" noch um eine theoretische bzw. quantitätstheoretische Begründung für seine Annahme, dass die Beziehung zwischen der Geldmenge (G) und ihrer Umlaufgeschwindigkeit (U) einerseits und dem Volkseinkommen (Y) und dem Preisniveau (P) andererseits weitgehend stabil sei (G x U = Y x P). Im Gegensatz zu Keynes, der die private Nachfrage aufgrund der schwankenden Vorliebe für Liquidität für instabil hielt, behauptete Friedman im Einklang mit der Neoklassik eine weitgehende Konstanz der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. „Es existiert eine außergewöhnliche empirische Stabilität und Regelmäßigkeit ... der Einkommenskreislaufgeschwindigkeit, die einfach jedermann beeindrucken muss, der ausgiebig mit monetären Daten arbeitet."[36]

Die Schwankungen der Geldumlaufgeschwindigkeit seien so geringfügig, dass sie vernachlässigt werden könnten. In empirischen Untersuchungen habe sich außerdem ein Einfluss der Zinssätze auf die Geldnachfrage „in einem zu geringen Maße" gezeigt, „als dass dies statistisch signifikant gewesen wäre." Alles in allem hielt Friedman den privaten Wirtschaftssektor für so stabil, dass er glaubte, grundsätzlich von staatlichen Interventionen in die Wirtschaft abraten zu können. Er glaubte fest daran, „dass dem Geld ... eine außerordentliche Bedeutung ... beizumessen ist. Veränderungen der Geldmenge haben wichtige und weitgehend vorhersehbare Wirkungen", auch wenn diese Wirkungen erst mit einer zeitlichen Verzögerung eintreten. Deshalb vertraute Friedman allein auf die Wirksamkeit der Geldmengensteuerung. Schließlich stellte er auch die von Gesell und Keynes beschriebene Möglichkeit des Missbrauchs von Geld für Spekulationszwecke in Frage. „Unsere Ergebnisse ziehen ebenfalls die Bedeutung des sogenannten Spekulationsmotivs in Zweifel."[37]

---

[35] Milton Friedman (1968/1974), S. 325 - 327 und 329 (monetäre Maschine, die durch monetäres Wachstum geölt werden muss).

[36] Milton Friedman (1969/1976), S. 77 - 99 (Neuformulierung der Quantitätstheorie), hier: S. 99, und S. 102 - 103 (Kritik an Keynes).

[37] Milton Friedman (1968/1974), S. 160 und 193 - 194 (Zinsunabhängigkeit der Geldnachfrage und Relativierung des Spekulationsmotivs) sowie 237 - 269 (time lags) und 294 (Wirksamkeit der Geldpolitik).

Im Gegensatz zu Gesells Bestreben, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, war in Friedmans die kapitalistische Marktwirtschaft rechtfertigendem Monetarismus kein Platz für Vorstellungen von einer zukünftigen Arbeitswelt jenseits der bisherigen Hierarchie von „Arbeitgebern und Arbeitnehmern". Und im Gegensatz zu Keynes findet sich darin auch kein Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel", in dessen Verlauf die Renditen von Geld- und Realkapital mittel- und langfristig gegen Null sinken, bis schließlich ein „quasistationäres Gemeinwesen" erreicht wird. Vielmehr setzte Friedmans „Programm zur monetären Stabilität" entgegen allen lauter werdenden Warnungen vor ökologischen „Grenzen des Wachstums" (Club of Rome, 1972) ein auf die Dauer unbegrenztes Wachstum der Wirtschaft voraus.[38]

Obwohl Friedman zunächst die Spekulation für ein unbedeutendes Randphänomen gehalten hatte, endete seine Sammlung von Essays über die „optimale Geldmenge" schließlich allen Ernstes mit einem „Plädoyer für eine stabilitätsfeindliche Spekulation". Eine Abneigung gegen die Spekulation sei sachlich nicht begründbar und entspringe nur einer Risikoscheu.[39] Auch wenn Friedman hierbei nur erst die Spekulation auf Warenterminmärkten im Auge hatte, so stieß er mit ihrer Rechtfertigung der Spekulation doch eine Tür zu ihrer Ausdehnung von Warentermin- auf die sich zu jener Zeit gerade internationalisierenden Finanzmärkte auf. Das in den großen Industrieländern während einer jahrzehntelangen ‚friedlichen' Nachkriegskonjunktur gebildete Geldkapital verlangte nach einer größeren, vor allem auch Grenzen überschreitenden Beweglichkeit, für die der US-amerikanische Ökonom Eugene Fama - wie Friedman war auch er ein sog. Chicago Boy - eine wissenschaftliche Legitimation lieferte. Mit seiner „Effizienzmarkthypothese" vertrat er bereits 1970 die These, dass sich selbst überlassene nationale und internationale Finanzmärkte sich selbsttätig in ihrem Gleichgewicht stabilisieren würden.[40]

Als erste Zentralbank der Welt richtete die Deutsche Bundesbank ihre Geldpolitik ab 1974 an Friedmans Monetarismus aus - ohne vorauszusehen, dass die eben doch nicht konstante, sondern schwankende Umlaufgeschwindigkeit des Geldes die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik so sehr vermindern würde, dass sie eines Tages nicht umhin kommen könnte, die Geldmengensteuerung wieder aufzugeben und zum Versuch überzugehen, das Wirtschaftsgeschehen mit den Mitteln der Zinspolitik und der Festlegung von Leitzinsen indirekt zu beeinflussen - was sich aufgrund der Unstetigkeit der Geldumlaufgeschwindigkeit als ähnlich schwierig erweisen sollte wie die direkte Geldmengensteuerung.

---

[38] Milton Friedman (1968/1971), S. 315 (Keynes' Vorstellung einer „Euthanasie des Rentiers") und 326 - 329 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer, monetäre Stabilität durch Wachstum); auch in: ders. (1969/1970), S. 136 (Euthanasie des Rentiers), 151 (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und 155 (3 - 5 % jährliches Geldmengenwachstum)

[39] Milton Friedman (1969/1976), S. 305 - 313, hier: S. 305 - 306 (Spekulation).

[40] Eugene Fama (1970), S. 383 - 417.

Erst sehr viel später wiesen der US-amerikanische Ökonom Neil Ericsson vom Federal Reserve Board und seine britischen Kollegen David Hendry & Stedman Hood nach, dass Friedman bei seiner zusammen mit Anna Schwartz vorgenommenen empirischen Modellierung der Geldnachfrageentwicklung in der US-amerikanischen Wirtschaftsgeschichte zu Unrecht eine Konstanz der Geldumlaufgeschwindigkeit unterstellt hatte: „His data adjustment dramatically reduced apparent movements in the velocity of circulation of money, and it adversely affected the constancy and fit of his estimated money demand models."[41]

11.2 Die Verselbstständigung der Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft, den Gewerkschaften und den Staaten

Ohnehin konnten die Deutsche Bundesbank und andere Zentralbanken das monetaristische Konzept der bloßen Geldmengensteuerung während der 1970er und 1980er Jahre nicht in Reinkultur praktizieren, weil der Anteil der Staatsausgaben in zahlreichen Ländern trotz vielerlei Umsetzungen der neoliberalen Forderungen nach einer Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung beträchtlich blieb. So entstand nicht nur in Deutschland ein in sich widersprüchlicher Mix aus einer unzureichend wirksamen Geldpolitik und einer ebenso unzureichend wirksamen und dazu noch mit Schulden finanzierten Fiskalpolitik. Das hatte mehrere Folgen:

- Die Realwirtschaft blieb in einer chronischen Massenarbeitslosigkeit stecken und das Kräfteverhältnis zwischen dem Geld- und Realkapital einerseits und der Arbeit andererseits verschob sich fortan eindeutig zu Ungunsten der Arbeit. Zwar blieben die Gewerkschaften als Gegenmacht zur Macht der Arbeitgeber auch weiterhin ein konstitutiver Teil der großindustriellen Strukturen. Jedoch verschlechterte sich ihre Verhandlungsposition aufgrund der allgegenwärtigen Möglichkeit der Arbeitgeber, Arbeitsplätze wegzurationalisieren oder in andere Länder mit viel geringeren Löhnen zu verlagern. Dadurch entstand eine „verschärfte Konkurrenz innerhalb der Arbeitnehmerschaft" zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, jüngeren und älteren, männlichen und weiblichen sowie in- und ausländischen Arbeitskräften.[42] Hinzu kam ein Wandel der Erwerbsarbeit, als deren traditionelle Interessenvertreter die Gewerkschaften die Arbeitszeit zeitweise noch auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich verkürzen wollten. Stattdessen begann in den 1980er Jahren mit der Flexibilisierung und Fragmentierung der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit nicht nur in der Industrie, sondern auch in den Bereichen der Dienstleistungen und der Information & Kommunikation eine Erosion der traditionellen Arbeitsverhältnisse, welche die Bedeutung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik aushöhlte. Schließlich wurden im Übergang vom wohlfahrtsstaatlichen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus existenzielle Risiken auf

---

[41] **Ericsson, Neil & Hendry, David & Hood, Stedman (2017).**

[42] Arno Klönne & Hartmut Reese (1986), S. 254 - 261 (Konkurrenz innerhalb der Arbeitnehmerschaft).

den monopolkapitalistisch vermachteten Märkten mehr und mehr von dem am shareholder value interessierten Kapital auf die Arbeit abgewälzt - bis hin zu ihrer Prekarisierung in einem die Menschenwürde vollends missachtenden Niedriglohnsektor.

Wenige Jahre vor Einführung der „Agenda 2010" zum sog. „Umbau des Sozialstaats" durch eine rot-grüne (!) Bundesregierung stellten Gisbert Schlemmer, Horst Schmitthenner und Eckart Spoo die aufrüttelnde Frage „Kapitalismus ohne Gewerkschaften?" Damit wollten sie ebenso wie der der gesellschaftskritischen Frankfurter Schule nahestehende Soziologe Oskar Negt mit seinem Buch „Wozu noch Gewerkschaften?" zum Nachdenken über Wege zu einer Renaissance der Gewerkschaften anregen. Allerdings sei es - so Negt - „eine Illusion, dass sich Gewerkschaften gleichsam am eigenen Schopfe aus dem Sumpf der gegenwärtigen Realitätsverwicklungen ... herausziehen könnten". Dazu zählte er auch den Korruptionsskandal bei dem gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmen „Neue Heimat", durch den die Gewerkschaften viel Vertrauen bei ihren Arbeitnehmern verloren.[43]

Angesichts der fortschreitenden „inneren Differenzierung der gesellschaftlichen Prozesse, der Umschichtungen und Umgliederungen in der sozialen Basis" würden die Gewerkschaften Negt zufolge „neben dem betrieblichen ein außerbetriebliches Standbein ... brauchen", um „aus defensiver Verteidigungshaltung auszubrechen und sich mit inhaltlichen Alternativen anzureichern".[44] Wie also sollten die Gewerkschaften das im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft verlorene Terrain gegen den Widerstand des übermächtig gewordenen Kapitals zurückgewinnen? War es nach dem unwiederbringlichen Verlust der alten Klassenkampfkonstellation und der Sozialpartnerschaft der ersten Nachkriegsjahrzehnte überhaupt noch realistisch, erneut eine Wirtschaftsdemokratie in Großunternehmen anzustreben? Standen ihr nicht die Größe und Verflochtenheit der Konzerne an sich schon entgegen? Könnten die hochgradig konzentrierte Macht des Kapitals und die Gegenmacht der organisierten lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit auf je eigene Weise vielleicht beide zu Stützen des kapitalistischen Systems geworden sein? Ist der ungleiche Kampf zwischen der zunehmenden Macht und der abnehmenden Gegenmacht auf die Dauer überhaupt der beste Weg zu einer neuen Solidarität der Arbeitenden?

In Erinnerung an Marx und dessen „Kritik des Gothaer Programms" wiederholte Negt die alte, noch immer nicht eingelöste Forderung, „die objektiven Verhältnisse umzugestalten".[45] Aber er unterließ es zu überprüfen, ob Marx seinerzeit die wirtschaftliche Ausbeutung überhaupt richtig analysiert hatte. Dementsprechend reichten seine Überlegungen zu einer Neuorientierung der Gewerkschaften noch

---

[43] Gisbert Schlemmer, Horst Schmitthenner & Eckart Spoo Hrsg. (1998). - Oskar Negt (2004), S. 53. - Vgl. auch Oskar Negt (1989).

[44] Oskar Negt (2004), S. 63 und 87 - 89.

[45] Oskar Negt (2004), S. 163 - 164.

nicht bis zu der im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus eigentlich naheliegenden Frage, ob die fortschreitende Entrechtung der menschlichen Arbeit eine tiefere Ursache in der strukturellen Macht des Geldes und des konzentrierten Geld- und Realkapitals haben könnte. Eine Umgestaltung der „objektiven Verhältnisse" im Sinne einer Stärkung der Arbeitenden wäre dann - über eine vorläufig unverzichtbar bleibende Sozialpartnerschaft hinausgehend - vielleicht langfristig eher durch eine Reform des Geldes und eine Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals zu erreichen als durch einen andauernden Machtkampf zwischen der Kapitalmacht und der in die Defensive gedrängten Gegenmacht der organisierten Lohnarbeit.

- Statt ihre Gegenmacht neu aufbauen zu können, wurden die von der Übermacht des Kapitals und auch von eigenen Fehlern geschwächten Gewerkschaften besonders während der 1990er Jahre von großen Fusionswellen mitgerissen, in denen sich Großunternehmen durch sog. „Elefantenhochzeiten" zu multinationalen Konzernen („Multis") verbanden, um dem Wettbewerbsdruck auf den monopolkapitalistisch vermachteten (Welt-)Märkten standhalten und Machtpositionen erringen zu können - innerhalb der Industrieländer durch die schon von den frühen Ordoliberalen vergeblich kritisierten Haftungsbeschränkungen und Privilegien des Patent- und Markenrechts und weltweit durch die Ausnutzung von minimalen Sozial- und Umweltstandards in Billiglohnländern der Dritten Welt.

Die monopolistische, marktbeherrschende Macht des konzentrierten Geld- und Realkapitals ballte sich in Verbindung mit der Verfügung über natürliche Ressourcen und patentiertes Wissen besonders in den Konzernen der Chemie-, Agrar- und Pharmaindustrie, der fossil basierten Energiewirtschaft, der Verkehrswirtschaft, der Informations- und Kommunikationswirtschaft, der Rüstungsindustrie sowie in den großen Banken und Schattenbanken, Versicherungen und Handelsketten zusammen, und zwar in einem exzessiven Ausmaß, bei dem von einem „maßvollen Privatmonopol" als „kleinstem Übel" (Friedman) keine Rede mehr sein konnte.[46] Eine 2011 veröffentlichte Studie der ETH Zürich kam zu dem Ergebnis, dass 147 riesige Global Player einen dominierenden Einfluss auf die gesamten Weltmärkte ausüben und dass Staaten und Gewerkschaften hierzu schon längst kein ausreichendes Gegengewicht mehr darstellen können.[47] Unter ihrer Herrschaft wurde ein immer noch größer werdender Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten zu Massenphänomenen, die wie die Massentierhaltung, die Massenproduktion und der Massenkonsum oder die Massenunterhaltung und der Massentourismus die Menschen und die Natur schädigten.

---

[46] Näheres im Hauptgutachten der Monopolkommission (2014), S. 163 - 232. „Der Monopolkommission ist bewusst, dass sich aus ihren konzentrationsstatistischen Erhebungen keine konkreten wettbewerbspolitischen Handlungsempfehlungen ableiten lassen." (2014, S. 166) Zu den Schattenbanken vgl. Deutscher Bundestag (2016).

[47] Statistisches Bundesamt (2012), S. 501. - Stefania Vitali & James Glattfelder & Stefano Battiston (2011).

Das Gesamtgeflecht der nationalen und multinationalen Konzerne schwächte nicht nur die Gewerkschaften innerhalb einzelner Länder, sondern auch demokratische Rechtsstaaten, indem ein weitverzweigtes Netzwerk von Lobbyisten Einfluss auf wirtschaftspolitische Entscheidungen gewann. Weit entfernt von dem von Walter Eucken zum Leitbild der Wirtschaftspolitik erhobenen „Denken in interdependenten Ordnungen" wurden Recht und Demokratie durch die Macht von interessengeleiteten Verbänden und Think Tanks demontiert. Inzwischen haben aber auf dem „Maskenfest der Ideologien" (Wilhelm Röpke) jene antiliberalen Ideologen, die während der Jahrzehnte des Kalten Krieges im Namen von Freiheit und Humanität eine zentralstaatlich verwaltete Wirtschaft forderten, bei weitem nicht mehr so viel Einfluss wie jene sogenannten ‚Liberalen', die die Selbststeuerungsfähigkeit von sich selbst überlassenen ‚freien Märkten' anpreisen und hinter dieser blendenden Fassade ihr Streben nach Macht auf den monopolisierten Märkten verbergen - ebenso wie sie ihre Rentabilitätsmaximierung hinter einem unverdächtigen Kult der Effizienzsteigerung verbergen. So ist der sogenannte Neoliberalismus während der letzten Jahrzehnte zu einer neuen Heilslehre geworden, der den Blick für die Möglichkeit eines nicht kapitalistisch pervertierten Liberalismus umso stärker verstellt, je mehr er liberale Ziele anzustreben vorgibt. Auch unter veränderten Zeitumständen bleibt deshalb eine Frage bedeutsam, die Eucken schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt hat: „Wie soll in diesem Getümmel der Machtkämpfe und Ideologien das ordnungspolitische Problem bewältigt werden?"[48] Dieses „Getümmel" ist obendrein noch dadurch komplizierter geworden, dass neben den wirtschaftlichen Interessenverbänden mittlerweile auch zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen Lobbyarbeit betreiben.

- Angetrieben sowohl durch private als auch durch staatliche Forschungen beschleunigte sich in der großindustriellen Massenproduktion ein Wettlauf um technische Produktinnovationen. Sie sollten Sättigungstendenzen auf den Märkten entgegenwirken und das sich fortwährend akkumulierende und konzentrierende Geldkapital dadurch in der Realwirtschaft festhalten, dass ihm dort fortwährend neue rentable Anlagemöglichkeiten auf sogenannten Wachstumsmärkten erschlossen werden - entweder durch die Weckung neuer, vermeintlich unendlicher Bedürfnisse oder durch den Einbau von vorzeitig verschleißenden Bauteilen in Industrieprodukte („geplante Obsoleszenz" bzw. Schumpeters „schöpferische Zerstörung") oder durch ständig ‚modernere' Waffensysteme.

Gleichwohl verstärkte sich parallel zum Wettlauf um Produktinnovationen und damit rivalisierend noch ein zweiter Wettlauf um Innovationen - nämlich ein Wettlauf um Finanzinnovationen. Da die Renditeaussichten trotz vielerlei Produktinnovationen auf zahlreichen Märkten geringer wurden, suchten die geballten Geldvermögensmassen nach Wegen, aus der Realwirtschaft zu flüchten und sich mit Hilfe von Finanzinnovationen eine weltweit entgrenzte Bewegungsfreiheit in virtu-

---

[48] Walter Eucken (1952/1960), S. 16 - 25, bes. S. 17- 18 (Röpke „Maskenfest der Ideologien", zitiert nach Eucken; Ordnungspolitik).

ellen, vielfach hochspekulativen Parallelwelten der internationalen Finanzmärkte zu verschaffen. In Banken, die sich von Geschäfts- zu Investmentbanken entwickelten, und in Schattenbanken führten sie ein verselbstständigtes Eigenleben, wo sie höhere Renditen zu erzielen vermochten als in der Realwirtschaft.[49]

Flankiert vom neoliberalen Irrglauben, dass deregulierte Finanzmärkte und ein von staatlicher Reglementierung möglichst freier Welthandel sich selbsttätig stabilisieren und den Wohlstand aller Menschen am besten gewährleisten, untergrub die Globalisierung in ihrer neoliberal-kapitalistischen, die weltweite Ungleichheit verschärfenden Gestalt jede politische Souveränität - sowohl die Souveränität von demokratischen Rechtsstaaten als auch die von diktatorisch regierten Staaten, mit deren totalitärer Regierungsgewalt sich die Kapitalinteressen noch leichter durchsetzen ließen als in demokratischen Rechtsstaaten. Die Arroganz der Macht des hochgradig konzentrierten Geld- und Realkapitals reicht bis hin zur Einrichtung von privaten Schiedsgerichten, vor denen Konzerne Staaten auf Schadensersatz verklagen, wenn diese versuchen, ihre Machtinteressen zurückzudrängen. Während demokratische Rechtsstaaten früher wegen ihrer Beimischung von privaten Machtinteressen von der marxistischen Arbeiterbewegung als Klassenstaaten bekämpft wurden, bekämpfen gegenwärtig kapitalistische Global Player die Staaten, weil ihnen noch öffentliches und privates Recht beigemischt ist.

- Alles in allem verschob sich in Fortsetzung der früheren Verlagerung des wirtschaftlichen Gewichts vom Industrie- zum Finanzkapital das Kräfteverhältnis zwischen dem konzentrierten Finanz- und dem Realkapital noch weiter zu Gunsten des Finanzkapitals. Schließlich erreichten das Finanz- und das Realkapital auch noch Steuerprivilegien innerhalb einzelner Länder bzw. sie verschafften sich Möglichkeiten, in sogenannte Steuerparadiese zu fliehen und dadurch nach den Gewerkschaften auch noch die demokratischen Rechtsstaaten immer noch weiter zu schwächen.[50]

In Diskussionen über eine Zurückdrängung wirtschaftlicher Macht zugunsten eines Wiedererstarkens von demokratischen Rechtsstaaten fehlt bislang jedoch die Überlegung, das Recht durch einen Abbau der strukturellen Macht des Geld- und Realkapitals zu stärken. Anstelle einer schier endlosen Serie von immer neuen und immer komplizierteren Finanzinnovationen, die der überbordenden Liquidität Fluchtmöglichkeiten aus der Realwirtschaft in die virtuelle, zum großen Teil auch kriminelle[51] Welt der globalen Finanzmärkte verschafften, hätte es als Ersatz für den weder ausreichend wirksamen noch länger finanzierbaren Staatsinterventionismus einer Geldreform bedurft, die die außer Rand und Band geratene Geldwirtschaft wieder an die Realwirtschaft ankoppelt und der Politik den Vorrang vor der Wirtschaft verschafft. Stattdessen setzte der von den Finanzmärk-

---

[49] Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1996), S. 74 - 81 (Renditejagd mit Lichtgeschwindigkeit), 90 - 91 (grenzenloser Finanzmarkt).

[50] Hans-Peter Martin & Harald Schumann (1997), S. 91 - 95 (Offshore-Anarchie). - Gabriel Zucman (2014).

[51] Johann-Günter König (2003), S. 33, 56 und 61 - 62.

ten angetriebene Turbo- bzw. Casinokapitalismus seit der Mitte der 1970er Jahre zu einem neuen, noch nie dagewesenen Höhenflug an und beschädigte das ohnehin schon durch die strukturelle wirtschaftliche Macht beschädigte Recht noch weiter. Der Geldreformansatz von Gesell und Keynes hatte jedoch tragischer Weise auch weiterhin nicht den Hauch einer Chance, wissenschaftlich rezipiert und in aktualisierter Form neben anderen Maßnahmen wie einer Tobin-Steuer zur Erschwerung der kurzfristigen Devisenspekulation und einer Entschuldung überschuldeter Staaten dazu beizutragen, das sich gegenüber der mittlerweile extrem monopolisierten Realwirtschaft noch weiter verselbstständigende Geldkapital wieder einzufangen und es in einen Diener einer sich dezentralisierenden Realwirtschaft zu transformieren - sowohl auf der Ebene einzelner Staaten als auch auf internationaler Ebene, wo anstelle von sog. Freihandelsabkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen eine internationale Währungsordnung gemäß den Grundgedanken von Gesells IVA und Keynes' Bancor sowie eine internationale Ressourcenverwaltung einzurichten wären, um den weltweiten freien Handel von seiner kapitalistischen Deformation zu befreien.[52]

11.3 Marginales Schattendasein der Geld- und Bodenrechtsreform während des Höhenflugs des Finanzmarktkapitalismus

Vonseiten der Neoklassik gab es im Übergang zum neoliberalen Finanzmarktkapitalismus nur eine einzige Auseinandersetzung mit den Grundgedanken der Geldreform, und zwar außerhalb akademischer Diskurse durch Joachim Starbatty, der aus der Sicht des kapitalistisch aufgeweichten Ordoliberalismus der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" (später wurde er deren Vorsitzender) argumentierte. Zunächst gestand Starbatty als Referent bei einer Tagung des geldreformerischen „Seminars für freiheitliche Ordnung" zu, dass „die Wirtschaftswissenschaft Silvio Gesell tiefe Einblicke in das Wesen des Geldes und des Zinses zu verdanken" habe. Und er würdigte auch dessen Parabel vom reformierten Geldwesen auf der „Insel Barataria" als eine „liberale Utopie". Aber Gesell habe sich durch eine „andere Empfindlichkeit ... gegenüber privater Macht" ausgezeichnet als die Klassiker und Neoklassiker und mit seinem „stärkeren moralischen Rigorismus ... nicht nur eine offene Gesellschaft, sondern eine Gesellschaft mit absoluter Startgleichheit" schaffen wollen. Gerade davor scheute Starbatty jedoch zurück. Statt offen zu sagen, dass er eine konsequent rechtsstaatliche und soziale Vollendung des bislang kapitalistisch verbogenen Ordoliberalismus durch eine Geldreform nicht wünschte, hielt er Gesell einen allzu stark ausgeprägten Glauben an „bestimmte institutionelle Änderungen" entgegen. „Hier ist der klassische

[52] Vgl. hierzu Andreas Georg Scherer (2003), S. 156 - 190 (Diskussionen über eine Revitalisierung von demokratischen Rechtsstaaten); vgl. auch S. 95 - 100 (Entwicklung der multinationalen Konzerne).

Liberale etwas skeptischer. ... Wir wissen viel zu wenig über die jeweils relevanten Umstände, die gesellschaftspolitische Maßnahmen kanalisieren. ... Infolgedessen können wir uns auch nicht ideale institutionelle Arrangements ausdenken, die dann ideale gesellschaftspolitische Zustände realisieren. ... Der Liberale ist vielmehr der Auffassung, dass der Zufall dazu beitrage, eine menschenwürdige Gesellschaft zu realisieren."[53] Damit entzog sich Starbatty der wissenschaftlichen Mitverantwortung für die Schaffung einer konsequent liberalen und zugleich sozialen Rahmenrechtsordnung für freie Märkte und überließ es buchstäblich dem *Zufall*, ob sich die Gesellschaft im Sinne der Menschenwürde und der Menschenrechte entwickelt - oder auch nicht. Letztlich entledigte er sich dieser Mitverantwortung auch noch dadurch, dass er Gesells Geld- und Zinskritik in die Nähe der nationalsozialistischen Unterscheidung von „raffendem und schaffendem Kapital" rückte, obwohl ihm eine Affinität zwischen der Geldreform und der philosophischen Geldkritik von Aristoteles und Thomas von Aquin ebenso bekannt war wie die Tatsache, dass das Phänomen des Zinses für Gesell viel komplexer war als für die neoklassische Zinstheorie von Böhm-Bawerk und für die NS-Ideologie, die gegen das Zinsnehmen bloß als etwas angeblich Jüdisches polemisierte. -

Obwohl frühe (Post-)Keynesianer wie Dudley Dillard und Lawrence Klein dem Geldreformansatz von Gesell und Keynes noch unverkennbare Sympathien entgegengebracht hatten - ebenso wie auch der stark von Irving Fisher beeinflusste französische Ökonom Maurice Allais[54] - , folgten spätere Postkeynesianer der ablehnenden Haltung von Alvin Hansen und Roy Harrod.

Als um die Mitte der 1970er Jahre die keynesianische Revolution schließlich von der von Friedman angeführten monetaristischen Gegenrevolution abgelöst wurde, beharrte der US-amerikanische Postkeynesianer Hyman P. Minsky (1919-1996), der zeitweise bei Schumpeter studiert hatte, noch einmal darauf, dass Keynes' Annahme einer systemimmanenten Instabilität der kapitalistischen Marktwirtschaft richtig gewesen sei. Früher oder später werde sich der von Friedman verbreitete Glaube an die Selbststeuerungs- und Selbstheilungsfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft als eine Illusion erweisen.

In einem 1975 erschienenen Buch über Keynes betrachtete Minsky die „wirkliche Welt" und darin insbesondere finanzielle Dispositionen generell als „eine unsichere Welt, weil es ein Gestern, Heute und Morgen gibt. Darüber hinaus ist sie eine kapitalistische Welt, in der die Wirtschaftseinheiten Portfolios - Vermögenswerte und Verbindlichkeiten - aufweisen." Weil Entscheidungen über den Umgang mit Portfolios von wechselnden Zeitumständen beeinflusst werden, seien „in ei-

---

[53] Joachim Starbatty (1977), S. 6, 23 -26 (Insel Barataria als liberale Utopie, liberale Skepsis gegenüber institutionellen Änderungen, Aristoteles, Thomas von Aquin, Böhm-Bawerk und NS-Ideologie).

[54] Dudley Dillard (1940), S. 348; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#dillard - Lawrence Klein (1949), S. 149 - 152; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#klein - Maurice Allais (1947), S. 605 - 625, insbesondere S. 613; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/oekonomen.html#MauriceAllais (Zugriffe am 28.3.2016).

ner Welt mit Unsicherheit ... Portfolios notwendigerweise spekulativ." Daher müsse es neben den Transaktions- und Vorsichtskassen zwangsläufig auch Spekulationskassen geben. Darin werde Geld aufgrund seines Liquiditätsvorteils vorübergehend als Wertaufbewahrungsmittel gehalten, weil - wie schon Keynes festgestellt habe - „der Besitz an wirklichem Geld unsere Unruhe besänftigt".[55] Zuvor hatte Minsky das in Spekulationskassen gehaltene Geld bereits in Anknüpfung an Keynes' „Liquiditätspräferenztheorie" als ein Geld bezeichnet, das in einem „Standby"-Modus vorübergehend nachfrageunwirksam werde. Das eigentliche „Schlüsselelement" bei der Steigerung von kleinen Ungleichgewichten zu „einer systemweiten Instabilität und Krise" war für Minsky jedoch erst das Auftreten finanzieller Schieflagen von Finanzinstituten. „Ohne die um sich greifenden Verluste und Veränderungen der gewünschten Portfolio-Strukturen, die auf einen Zusammenbruch des Finanzsystems folgen, kommt es kaum zu einer Finanzkrise. Die Entwicklung einer effektiven Zentralbankpolitik, die es weniger wahrscheinlich macht, dass die Verluste in Folge der Pleiten von Finanzinstituten auf andere Einheiten durchschlagen, sollte die Wahrscheinlichkeit verringern, dass dramatische finanzielle Instabilitäten entstehen, wie sie die Geschichte gekennzeichnet haben."[56]

In seinen Analysen der „finanziellen Instabilität" der kapitalistischen Wirtschaft vermischte Minsky die systemunabhängig mit dem Zeitablauf verbundene Unsicherheit mit der diese Unsicherheit noch sehr verstärkenden zeitweisen spekulativen „Standby"-Kassenhaltung. Und seine Krisenbekämpfung setzte nicht an dieser primären Schieflage zwischen dem Geld einerseits und der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen andererseits an, sondern an der sekundären Schieflage im Bereich der Banken. Davon abgesehen sah Minsky offenbar die Zentralbanken mehr in der Verantwortung für eine krisenfreie Dauerkonjunktur als den Staat, der schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme auflegt. Aber mit einer „effektiven Zentralbankpolitik" meinte er nicht den von Keynes ernst genommenen Vorschlag Gesells, den Geldkreislauf mit Hilfe „künstlicher Durchhaltekosten des Geldes" zu schließen und dadurch die allgemeine Erwartungssicherheit deutlich zu erhöhen. Dementsprechend machte Minsky einen Bogen um Keynes' Äußerungen über Gesell im 23. Kapitel der „Allgemeinen Theorie" und skeptisch blieb er auch gegenüber der sozialphilosophischen Zukunftsvision, die

---

[55] Hyman P. Minsky (1975/1990), S. 105 (unsichere Welt). In diesem Zusammenhang verwies Minsky auf einen „QJE-Artikel" von Keynes: The General Theory of Employment, in: Quarterly Journal of Economics Vol. 51/1937, S. 209 - 233, sowie auf einen weiteren Artikel von Keynes: Alternative Theories of the Rate of Interest, in: Economic Journal Vol. 47/1937, S. 241 - 252. Beide Aufsätze von Keynes finden sich auch im Band 14 seiner „Collected Writings" auf den Seiten 109 - 123 und 201 - 215.

[56] Hyman P. Minsky (1970/2011), S. 93 - 94 (Liquiditätspräferenz des Geldes), 112 (Standby-Modus des Geldes) und 129 - 130 (Schieflagen von Finanzinstituten und effektive Zentralbankpolitik). Vgl. auch S. 81 und 86: „Finanzkrisen treten auf, weil Wirtschaftseinheiten mehr Bargeld benötigen oder wünschen, als sie aus ihren üblichen Quellen erhalten können, weshalb sie auf ungewöhnliche Wege zurückgreifen, um flüssige Mittel zu erheben. ... Finanzielle Instabilität entsteht immer dann, wenn eine große Zahl von Wirtschaftseinheiten auf außergewöhnliche Bargeldquellen zurückgreift."

Keynes im 24. Kapitel seines Hauptwerks beschrieben hatte. Unabhängig von der Frage, wie weit die von Keynes in Erwägung gezogene „Sozialisierung der Investition" tatsächlich gehen sollte, bezweifelte Minsky dessen Überlegung, dass die Geld- und Realkapitalrenditen infolge einer Überwindung der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit mittelfristig gegen null absinken könnten und dass dann parallel zu einem „sanften Tod" des Kapitalrentnertums eine „Dreiheit von wirtschaftlicher Effizienz, gesellschaftlicher Gerechtigkeit und individueller Freiheit" sowie ein Frieden zwischen den Staaten Wirklichkeit werden könnte. „Kapital erzielt weiterhin große positive Erträge und der sanfte Tod des Rentiers scheint nirgendwo in Sicht zu sein."[57]

Aus drei von Keynes nicht vorausgesehenen Gründen habe der „sanfte Tod" des Kapitalrentnertums in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht eintreten können:

- Keynes habe die Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und den Umfang der zu ihrer Befriedigung erforderlichen kapitalintensiven Investitionen falsch eingeschätzt. In einer „zirkulären Argumentation" habe er Rückschlüsse von seinem eigenen Lebensstil auf andere geschlossen. Wohlhabende und Reiche hätten sich aber „dem Konsum kapitalintensiver Güterbündel zugewandt statt der Philosophie und der Kultur" und ihr Beispiel habe „auf die weniger Reichen abgefärbt. ... In unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem hat der Überfluss keine Nachfrage nach den stillen Vergnügungen gebracht; stattdessen war er mit einer Zunahme der Nachfrage nach Gütern verknüpft, die Kapitalvermögen erfordern. Die Schaffung von Marktpositionen, die die Kapitalknappheit vergrößern helfen, hat die Richtung gekennzeichnet, die die private Nachfrage in der Periode seit Keynes eingeschlagen hat."[58]
- Zweitens sei Keynes davon ausgegangen, dass es nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs gelingen würde, weitere Kriege und damit verbundene Kapitalzerstörungen, welche die Nachfrage nach Kapital und die Renditen erhöhen, zu vermeiden. In der Tat hätte sein 1944 in Bretton Woods nicht zum Zuge gekommener „Bancor"-Plan für eine gerechtere Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu einer dauerhaften Befriedung der Welt beitragen können. Auch ohne Bezugnahme auf diesen „Bancor"-Plan war Minskys Hinweis im Vergleich zu postkeynesianischen Wachstumstheorien bemerkenswert kritisch, dass „der anscheinend endlose Rüstungswettlauf, der seit dem Zweiten Weltkrieg in Blüte stand, wirtschaftlich einem Krieg ... entspricht. Nicht nur ist die Produktion von Rüstungsmaterial kapitalintensiv, sondern auch die Richtung, die der Rüstungswettlauf genommen hat. Nämlich die Entwicklung immer verfeinerter Waffensysteme lässt in der Regel die auf die Produktion ausrangierter Systeme spe-

---

[57] Hyman Minsky (1975/1990), S. 190 (Dreiheit von Effizienz, Gerechtigkeit und Freiheit), 194 - 199 (sanfter Tod der Rentiers), 199 - 203 (Sozialisierung der Investition) und 203 (Konflikte zwischen Nationen).

[58] Hyman Minsky (1975/1990), S. 194 - 197 (Bedürfnisse und Kapitalbedarf).

zialisierte Kapitalausstattung veralten. Das dauernde Aufeinanderfolgen von Waffensystemen kam in seiner Zerstörung der Früchte vorangegangener Akkumulation Plünderungen und Bombardierungen gleich." Ähnliche Kapital zerstörende und verknappende Wirkungen haben Raumfahrtprojekte und die oftmals auch von Menschen mit verursachten Naturkatastrophen oder milliardenschwere Megabauten zum Beispiel für olympische Spiele, die sich danach keiner Dauernutzung zuführen lassen und allmählich verrotten.[59]

- Schließlich sei die Weltbevölkerung nicht konstant geblieben, sondern enorm gewachsen. „Der Bevölkerungsanstieg aber führte zu einem Bedarf an Kapitalakkumulation, um Werkzeuge für die zunehmende Bevölkerung zu liefern."[60]

Und dennoch - der Wettlauf um zivile und militärische technische Innovationen, das Ausufern der Werbung und des schon von Veblen kritisch betrachteten „demonstrativen Konsums"[61] sowie die Kapitalzerstörungen durch Rüstung und Krieg machen Keynes' Vision eines „sanften Todes" des Kapitalrentnertums keineswegs obsolet. Im Gegenteil, sie entsprangen dem Versuch der von neoklassischen wie postkeynesianischen Wachstumstheorien geprägten staatlichen Wirtschaftspolitik, den Kapitalinteressen entgegenzukommen und ein Sinken der Geld- und Realkapitalrenditen durch eine fortwährende Kreierung neuer rentabler Wachstumsmärkte für anlagehungriges Kapital zu verhindern. Die Entwicklungen während der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg sprechen also nicht gegen Keynes' von Gesell angeregte Vision eines „sanften Todes" des Kapitalrentnertums, sondern gegen jene interessengeleitete Wirtschaftspolitik, deren Ziel es war, jegliche Sättigungsentwicklungen durch zivile und militärische „schöpferische Zerstörungen" (Schumpeter) abzuwenden und die Geld- und Realkapitalrenditen zu sichern - wenn nötig, durch staatliche Subventionen.

Dennoch werteten neben Minsky auch andere Ökonomen Keynes' Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel" mit einem „sanften Tod" des Kapitalrentnertums ab. In Deutschland hatte ihn bereits Günter Schmölders Ende der 1960er Jahre für eine abwegige „Fehlprognose" erklärt. Zum einen sei Keynes' Blick auf Kapital und Zins „mehr vom Aspekt der Kapitalknappheit als von dem der Produktivität beherrscht" gewesen (!) und zum anderen sei die Wirtschaft weit entfernt von der von Keynes binnen einer Generation erwarteten Sättigung. Stattdessen gebe es eine „verdoppelte und verdreifachte Dynamik und ein ständig fortgesetztes, nur gelegentlich etwas verzögertes Wachstum. ... Auf Vollbeschäftigung und Wachstum will heute kein demokratisches Gemeinwesen verzichten."[62] Als „skurrile Schwundgeldidee" wurde Gesells Geldreformansatz auch von Gottfried Bombach verhöhnt. Und George Garvy hakte Gesell als einen „typischen mo-

---

[59] Hyman Minsky (1975/1990), S. 197 - 198 (Kapitalzerstörungen durch Rüstungswettlauf und Krieg). Zur Sinnlosigkeit mancher Beschäftigungsprogramme vgl. John Maynard Keynes (1936/1976, S. 110.

[60] Hyman Minsky (1975/1990), S. 198 (Bevölkerungsanstieg).

[61] Hyman Minsky (1975/1990), S. 197 (Konsum und Werbung).

[62] Günter Schmölders (1969), S. 8, Anm. 2 (Knappheit vs. Produktivität des Kapitals), 13 (Fehlprognose) und 24 - 26 (Wachstum).

netären Kauz" ab und verwies ihn wie alle „monetary cranks" in die Rumpelkammer nicht ernstzunehmender Ideen in der ökonomischen Ideengeschichte.[63]

In einem in den frühen 1980er Jahren erschienenen Aufsatz über seine „Hypothese der finanziellen Instabilität" der kapitalistischen Wirtschaft kritisierte Minsky die zur Vorherrschaft gelangte neoliberale „etablierte Ökonomie" nochmals als „unzulänglich", weil sie sich auf das „Entwerfen idyllischer Ökonomien" beschränke und „Keynes' Analyse der Finanzmärkte und ihrer Wechselbeziehungen ... ignoriert. ... Wer das Verhalten einer kapitalistischen Wirtschaft verstehen will, darf das Geld nicht erst im Nachhinein in die Argumentation einführen - so lautet Keynes' Lektion."[64] Zwar wollte Minsky das nach Keynes' und seiner eigenen Ansicht nicht neutrale Geld von vornherein in die ökonomische Theorie einbeziehen; jedoch griff auch er weiterhin nicht den Gedanken einer Neutralisierung seines Liquiditätsvorteils durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten" auf die „Standby"-Geldhaltung in Spekulationskassen auf. Stattdessen betrachtete er es im Anschluss an seine weitgehend deskriptiv bleibende „Analyse des Konjunkturverlaufs" und der „zwei kumulativen Vorgänge (Expansion und Kontraktion) sowie zwei Wendepunkte (oberer und unterer)" als Aufgabe der „Politik in einer kapitalistischen Volkswirtschaft, Grenzen und Mängel des Kapitalismus (zu) erkennen", wenn sie erfolgreich sein und „instabilitätsfördernde Finanzbeziehungen" korrigieren wolle. „In den vergangenen zehn Jahren hat die Federal Reserve ihre Aufgabe, die Entwicklung des amerikanischen Finanzsystems so zu regulieren, dass die Zunahme krisenfördernder Bedingungen verlangsamt, wenn nicht gar rückgängig gemacht wird, nur nachlässig erfüllt."[65] -

Wenn überhaupt, wurde das auch von Minsky nur einmal am Rande erwähnte Problem der wirtschaftlichen Macht von „marktbeherrschenden Unternehmen" ohne jede Verbindung mit den in sich widersprüchlichen Eigenschaften des Geldes - und erst recht nicht in Verbindung mit dem Privateigentum am Boden und an den Ressourcen - behandelt. Helmut Arndt thematisierte zwar die wirtschaftliche Macht von Banken, Großaktionären, Konzernmanagern, Gewerkschaften, Lobbyisten und Medien; aber er beschrieb nur die Symptome, ohne ihre Ursachen näher zu ergründen, und verzichtete infolgedessen auf den Versuch, Wege zur Überwindung von wirtschaftlicher Macht aufzuzeigen. Nicht zuletzt hätten auch Ökonomen Macht und sie missbrauchen sie, „wenn sie Ergebnisse, die sie aus

---

[63] Alvin Hansen (1953/1959), S. 156; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#hansen - Gottfried Bombach (1976), S. 331, auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#bombach - George Garvy (1976), S. 22; auf der Website http://www.silvio-gesell.de/html/okonomen_uber__gesell.html#garvy (Zugriffe: 28.3.2016).

[64] Hyman P. Minsky (1982/2011), S. 22 (unzulängliche Ökonomie), 24 (Ignorierung von Keynes' Analyse der Finanzmärkte), 27 (idyllische neoliberale Ökonomie), 28 (Keynes' Lektion).

[65] Hyman P. Minsky (1982/2011), S. 10 (Josef Vogl über die Nicht-Neutralität des Geldes), 52 (Liquiditätspräferenz des Geldes), 53 (beschreibende Konjunkturanalyse), 64 - 65 (instabilitätsfördernde Finanzbeziehungen und Aufgabe der Politik, Versäumnisse der Federal Reserve). - Zur Liquiditätspräferenz vgl. auch Hyman P. Minsky (1970/2011), S. 88 und 93 - 94.

irrealen Hypothesen gewinnen, auf die realen Verhältnisse übertragen." Andererseits gebe es auch eine „Ohnmacht der Ökonomie", die sich darin gezeigt habe, „dass das Werk des Moralphilosophen Adam Smith zum Schutzmantel kapitalistischer Ausbeutung und das Werk des Moralisten Marx zum Aushängeschild für totalitäre Systeme umfunktioniert worden sind." An anderer Stelle stellte Arndt der Machtballung und Konzentration (ohne sie grundsätzlich in Frage zu stellen) eine Wirtschaft gegenüber, in der „alle Wirtschafter gleichermaßen ohnmächtig" sind. Allerdings wandte er gegen Euckens Vorstellung eines vollständigen Wettbewerbs ein, dass es dann gar keinen Wettbewerb mehr gebe, denn unter solchen Umständen „schläft die Konkurrenz ein". Im Gegensatz zu Eucken bestehe die „entscheidende wirtschaftstheoretische Frage" nicht darin zu überlegen, „wie eine vollkommen machtfreie Wirtschaft funktioniert, sondern wie eine Wirtschaftsgesellschaft zu organisieren ist, in der wirtschaftliche Macht keinen Schaden, sondern Nutzen stiftet."[66] Damit kapitulierte Arndt schon vor der wirtschaftlichen Macht und ihrer Konzentration, bevor er überhaupt begonnen hatte, den „Leistungswettbewerb" vor dem „Machtwettbewerb" in Schutz zu nehmen. -

Nach alledem fragt sich, ob es neben einigen marxistisch orientierten Ökonomen wie Jörg Huffschmid[67] vielleicht außerhalb der Ökonomie noch Kräfte gab, die den neoliberalen Finanzmarktkapitalismus nicht nur kritisierten, sondern ihn auch hätten aufhalten können. Was hatten andere, im Vergleich zur Geld- und Bodenrechtsreform viel bekanntere und auch einflussreichere sozialkritische Bewegungen der Entfesselung der internationalen Finanzmärkte nicht nur an Kritik, sondern auch an Alternativen entgegenzusetzen? Und warum wurden auch sie von dieser Fehlentwicklung überrollt?

11.4 Das Fehlen kritischer Geldbetrachtungen in der Soziologie

Die neoklassisch-neoliberale Verharmlosung des Geldes führte während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts abgesehen von einer erneuten Simmel-Rezeption in Teilen der Soziologie nicht nochmals dazu, dass geldkritische Denkansätze ähnlich wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der Ökonomie in die Soziologie auswanderten. Dementsprechend blieben geld- und bodenrechtsreformerische Denkansätze in der Soziologie genauso ohne Resonanz wie in der Ökonomie. Das trug - wie sich anhand einiger Werke des französischen Poststrukturalisten Michel Foucault und der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule zeigen lässt - dazu bei, dass die Soziologie nicht imstande war, einen Damm gegen die vom Neoliberalismus ausgelösten Flutwellen der Finanzinnovationen zu errichten.

---

[66] Hyman P. Minsky (1982/2011), S. 51 (marktbeherrschende Unternehmen). - Helmut Arndt (1974), S. 11 - 127 (Symptome wirtschaftlicher Macht) und 155 - 157 (Macht und Ohnmacht der Ökonomie). Ders. (1976), S. 4, 18 (Nutzen statt Schaden von wirtschaftlicher Macht).

[67] Jörg Huffschmid (2002).

11.4.1 Michael Foucaults Poststrukturalismus

Im Zentrum des philosophischen Werks von Michel Foucault (1926-1984) stand die Frage, wie Wissen entsteht und wie menschliche Subjekte in die Lage kommen, Macht auszuüben. Nachdem der von dem französischen Ethnologen Claude Levi-Strauss begründete Strukturalismus die gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungsgefüge zwischen den Menschen aus weitgehend unbewusst wirkenden kulturellen Faktoren wie der Sprache, Symbole und Zeichen abgeleitet hatte, reagierte der Poststrukturalismus mit dem Hinweis, dass es eine Wechselwirkung zwischen der Realität und der Sprache gibt. Das Verständnis von gesellschaftlichen Machtverhältnissen war bis dahin Foucault zufolge zu sehr von der hierarchischen Über- und Unterordnung von Kapital und Arbeit geprägt. Er erweiterte dieses aus dem Klassenverhältnis abgeleitete Verständnis des Phänomens Macht, indem er das Handeln einzelner Menschen nicht nur an der Spitze der sozialen Hierarchie, sondern in allen Schichten der Gesellschaft untersuchte. Er stellte dar, wie sie in allen Bereichen der Gesellschaft nicht nur durch besondere Befugnisse, sondern bereits durch ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auch innerhalb ihrer jeweiligen Gesellschaftsschichten Macht über ihre Mitmenschen ausüben.

In seinem Werk über die „Ordnung der Dinge" (1966) bezog Foucault auch das Geld in seine Untersuchungen über die Sprache, das Wissen und die Macht als Kräfte mit ein, die die Realität hervorbringen und die auch selbst von dieser Realität geprägt werden. Jedoch beschränkte sich seine Auseinandersetzung mit dem Geld ganz auf die Zeit des frühen Kapitalismus. Foucault bezog sich ausschließlich auf theoretische Aussagen über das Geld von Smith, Ricardo und Marx. Während es im Mittelalter nur erst um die Probleme ‚gerechter Preise' gegangen sei, sei mit dem Übergang in die Neuzeit die „Zirkulation ... eine der fundamentalen Kategorien der Analyse geworden".[68] Aus zwei Gründen gelang es Foucault jedoch nicht, diese „fundamentale Kategorie" tiefer zu durchdringen:

1. Entsprechend den im Frühkapitalismus verbreiteten Vorstellungen über Gold- und Silbermünzen übernahm Foucault die Begründung für ihre „unbegrenzte Fähigkeit der Repräsentation" aller anderen durch menschliche Arbeit erzeugten Werte. „Sie sind hart, unvergänglich, unveränderbar; sie können sich in kleinste Teilchen zerteilen; sie können ein großes Gewicht in einem kleinen Volumen zusammenfassen; sie können leicht transportiert werden und sind leicht zu prägen. ... Das Geld wird nur zum wirklichen Reichtum in dem präzisen Maße, in dem es seine Vertretungsfunktion erfüllt: Wenn es die Waren ersetzt, wenn es ihre Verlagerung oder ihr Horten gestattet ... und wenn es die Arbeit verteilt." Und es habe keine unerwünschten Nebenwirkungen, weil es „nicht zu fürchten ist, dass die Akkumulation des Geldes in einem Staat Preissteigerungen auslöst."[69] Demnach

---

[68] Michel Foucault (1966/1971), S. 214 - 215 und 227 (Zirkulation als fundamentale Kategorie).

[69] Michel Foucault (1966/1971), S. 223 und 225.

entging Foucault der widersprüchliche Doppelcharakter des Geldes als ein sich bewegendes Tauschmittel und ein zeitweise stillstehendes Mittel der Wertaufbewahrung.

2. Da er die besondere, über die Menschen und ihre Produkte herausgehobene Position des Geldes auf den Märkten nicht erkannte, übernahm Foucault von Smith, Ricardo und Marx die Fehleinschätzung, dass es auf den Märkten im „allgemeinen Bau der empirischen Ordnung" eine „innere Ordnung von Äquivalenten" gebe. Hinsichtlich der Bestimmung dieser vermeintlich gleichen Werte hielt Foucault Smith und Ricardo ebenso wie Marx allerdings entgegen, dass es nicht möglich sei, diese Werte aus der menschlichen Arbeit abzuleiten, weil sich der Wert der Arbeit im Laufe der Zeit immer wieder verändere. Deshalb habe der Marxismus „in der Tiefe des abendländischen Wissens ... keinen wirklichen Einschnitt erbracht. ... Der Marxismus ruht im Denken des 19. Jahrhunderts wie ein Fisch in Wasser."[70]

Foucaults berechtigter Einwand gegen die Versuche von Klassik und Marxismus, den Wert von gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeiten zu berechnen, veranlasste ihn noch nicht, auch den Unterschied zwischen dem Arbeits- und Unternehmerlohn einerseits und der Bodenrente und dem Kapitalzins andererseits näher in den Blick zu nehmen. Stattdessen zog er die neoklassische Konsequenz, dass die Werte der Waren auf ihre subjektive Nützlichkeit zurückzuführen seien. „Tatsächlich tauscht man Waren, weil man Bedürfnisse hat." Und der Wert des dabei verwendeten Geldes hänge allein von dessen Menge ab und nicht davon, ob es sich auch tatsächlich bewegt oder zeitweise außerhalb der Märkte still steht.[71] Obwohl Foucault kritisierte, dass „die Akkumulation des Kapitals, das Wachsen der Unternehmen und ihrer Kapazitäten, der konstante Druck auf die Löhne, die Überproduktion den Arbeitsmarkt einschränken, die Entlohnung vermindern und die Arbeitslosigkeit steigen" lassen[72], suchte er nicht nach einem Verständnis von Geld, Kapital und Arbeit, das über Smith, Ricardo und Marx hinausgegangen wäre. Zwar war seine Analyse der Machtverhältnisse zwischen dem Kapital und der Lohnarbeit komplexer als diejenige von Marx; aber auch er durchdrang das kapitalistische Geld noch nicht als ein gesellschaftliches Medium, das in Ergänzung zur Sprache sowie zu Zeichen und Symbolen die wirtschaftliche Kommunikation zwischen den Menschen vermittelt und dabei zugleich Machtstrukturen in der Produktion und Zirkulation erzeugt.

---

[70] Michel Foucault (1966/1971), S. 252und 255 (empirische Ordnung) sowie 275 - 279 (Äquivalententausch und Veränderlichkeit der Arbeitswerte) und 320 - 321 (Marxismus).

[71] Michel Foucault (1966/1971), S. 276 - 277 (Nutzen als Wertgrundlage); vgl. auch S. 232 - 235 (Quantitätstheorie des Geldes), S. 247 - 252 (Nützlichkeit der Waren) und S. 235, 316 - 317 mit beiläufigen Hinweisen auf Lohn, Rente und Zins.

[72] Michel Foucault (1966/1971), S. 319; vgl. auch S. 278 - 279, wo Foucault die Akkumulation des Kapitals, die Trennung von produktiver und nicht produktiver Arbeit und den technischen Fortschritt nicht kritisierte.

Im Poststrukturalismus fehlte noch ein kritischer Blick auf die innere Widersprüchlichkeit des Geldes als kommunikativer Träger und Übermittler wirtschaftlicher Informationen, der die menschlichen Subjekte einerseits miteinander verbindet und sie andererseits in Machtstrukturen verstrickt und voneinander trennt. Und es fehlte auch noch ein kritischer Blick auf die Wechselwirkungen zwischen den menschlichen Subjekten und dem Geld. Stattdessen verloren sich die wenigen Überlegungen von Foucault zum Geld in einer Fülle von Gedanken zur Sprach- und Zeichentheorie, Linguistik und Literatur sowie zur Biologie und Psychologie. Schließlich endeten sie mit der pessimistischen Auffassung, „dass der Mensch eine junge Erfindung ist. ... Der Mensch ist eine Erfindung, deren junges Datum die Archäologie unseres Denkens ganz offen zeigt. Vielleicht auch das baldige Ende." Wenn das Denken der Moderne einmal ins Wanken geraten sollte, „wie an der Grenze des 18. Jahrhunderts die Grundlage des klassischen Denkens es tat, dann kann man sehr wohl wetten, dass der Mensch verschwindet wie am Meeresufer ein Gesicht im Sand."[73]

Ähnlich wie Foucault empfand auch sein französischer Soziologenkollege Pierre Bourdieu (1930-2002) die marxsche Analyse der kapitalistischen Klassengesellschaft als eine ökonomistische Reduktion des komplexen „sozialen Raums ... auf den bloßen Warenaustausch". Wie Foucault und in Anknüpfung an Marx, Durkheim und vor allem an Max Weber wollte Bourdieu im Interesse einer umfassenden emanzipatorischen „Aufdeckung gesellschaftlicher Zwänge" zusätzlich zum akkumulierten ökonomischen Kapital auch das soziale und kulturelle Kapital als „Raum der sozialen Positionen" einschließlich der klassenspezifischen „Lebensstile, Lebensweisen und Geschmacksrichtungen" in seine Analysen der „verborgenen Mechanismen der Macht" mit einbeziehen.[74] Allerdings lag es ihm völlig fern, bei dieser erweiterten Gesellschaftsanalyse auch Privilegien beim Zugang zu Geld, Boden und Ressourcen als Quelle der Ausbreitung hochkomplexer Machtstrukturen bis in die letzten Winkel der Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Dabei ging es ihm als kritischem Intellektuellen angesichts der Krise des Marxismus und der „Pervertierung ... der großen Utopien des 19. Jahrhunderts" ganz besonders darum, der Restauration eines „wilden Liberalismus" entgegenzutreten.[75]

11.4.2 Kritische Theorie der Frankfurter Schule

Als um die Mitte der 1970er Jahre in der Ökonomie der Siegeszug des neoliberalen Monetarismus begann, hatte die Kritische Theorie in der Soziologie ihren Zenit bereits überschritten. Mit ihrem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erschie-

---

[73] Michel Foucault (1966/1971), S. 462.

[74] Pierre Bourdieu (1992/2005), S. 31 (sozialer Raum), 34 (Lebensstile), 46 (gesellschaftliche Zwänge), 50 (Reduktion auf Warenaustausch) und 52 (ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital).

[75] Pierre Bourdieu (1992/2002), S. 140 (wilder Liberalismus) und 159 (Pervertierung der großen Utopien des 19. Jahrhunderts).

nenen Werk „Die Dialektik der Aufklärung“ hatten die beiden aus dem Exil zurückgekehrten Soziologen Max Horkheimer und Theodor Adorno dem 1951 wiedergegründeten Frankfurter Institut für Sozialforschung ein geistiges Fundament gegeben, das durch Horkheimers „Kritik der instrumentellen Vernunft“ und Adornos „Minima Moralia“ noch verbreitert wurde. Ziel der Frankfurter Schule war es wie schon vor 1933 geblieben, dem positivistischen, d.h. die Realität als gott- oder naturgegeben rechtfertigenden Wissenschaftsverständnis anderer Theorien weiterhin eine kritische Theorie gegenüberzustellen, welche die Herrschaftsstrukturen in bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaften analysiert und der Emanzipation der Menschen von diesen Herrschaftsstrukturen dient.

Die Gedankenwelt von Marx blieb weiterhin das „Gravitationszentrum der intellektuellen Bemühungen am Institut“ (Schwandt[76]), aber nach der grauenhaften Barbarei des Nationalsozialismus konnte die Frankfurter Schule ihre Tätigkeit nur unter stark veränderten äußeren Umständen fortsetzen, denen sie in mehrfacher Hinsicht Rechnung tragen musste:

- Entgegen den Erwartungen von Marx & Engels hatte sich der Kommunismus nicht in hoch entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften durchgesetzt. Stattdessen hatte er nur zu gewaltsam erzwungenen Sprüngen russischer und chinesischer Feudalgesellschaften in zentralistisch geplante Industriegesellschaften geführt und dabei neue totalitäre Herrschaftssysteme hervorgebracht.
- Danach und besonders auch nach Auschwitz ließ sich keine historische Gesetzmäßigkeit mehr postulieren, die zwangsläufig dazu führe, dass der staatlich organisierte Monopolkapitalismus automatisch in eine ‚bessere‘ sozialistische Produktionsweise übergeht.
- In den westlichen kapitalistischen Industriegesellschaften hatten sich die Sozialstrukturen so sehr differenziert, dass es keine eindeutig voneinander unterscheidbare Klassen von Kapitalisten und Proletariern gab. Damit war die Vorstellung obsolet geworden, dass das Proletariat als revolutionäres Subjekt der Geschichte die Herrschaft einer Kapitalistenklasse beenden könnte.

Unabhängig von diesen veränderten Zeitumständen hielten die Mitglieder der Frankfurter Schule ihren aufklärerisch-emanzipatorischen Anspruch aufrecht,

---

[76] Michael Schwandt (2010), S. 59. Zur Entstehungsgeschichte der Kritischen Theorie und zur Rolle, die dabei Friedrich Pollock spielte, vgl. das Kap. 7.6 dieses Buches (S. 160 – 162 mit den Anmerkungen 375 – 378) und die Pollock-Biografie von Philipp Lenhard (2019). Als Ergänzung zu den Ausführungen über Pollock im Kap. 7.6 sei hier noch erwähnt, dass die Eindrücke von der Münchener Räterepublik – besonders von der zweiten, kommunistischen, Räterepublik – und ihrer Niederschlagung Lenhard zufolge mitentscheidend gewesen seien für das weitere Denken von Horkheimer und Pollock innerhalb des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“. Die damalige Begeisterung Horkheimers und Pollocks für Bucharins „ABC des Kommunismus“ und die darin geforderte Abschaffung des Geldes könnte eine Erklärung dafür sein, dass sie die in der ersten, libertären, Räterepublik von Gesell angestrebte Geldreform nicht weiter beachtet haben. Vgl. Philipp Lenhard (2019), S. 53 und 56 – 58 (Räterepublik), 60 (Räterepublik als Initialzündung für die „Entdeckung der Sozialwissenschaften im breitesten Sinne“), 62 – 63 (Bucharin) und 67 – 68 (Franz Oppenheimer). - Zur Rolle Gesells in der ersten Münchener Räterepublik vgl. Werner Onken (2018).

wenngleich mit dem Wandel der äußeren Umstände auch eine innere Verunsicherung einherging. Einerseits hegte die Kritische Theorie weiterhin ihre von Marx übernommene tiefe Abneigung gegen die „bürgerliche Warenwirtschaft" mitsamt ihrer Orientierung an Tausch- statt an Gebrauchswerten und gegen die Herrschaft des „blinden Preismechanismus" auf den Märkten.[77] Andererseits hielt sie sich mit expliziten Vorbehalten gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln auffallend zurück. Vor allem erwartete sie keinen baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus mehr und unterließ folglich auch jeden Versuch, eine konkrete Gegenwelt zu entwerfen.[78] So verharrte die Frankfurter Schule in einem unübersichtlichen Schwebezustand, in dem sie ihre Hoffnungen auf einen Systemwandel zwar nicht ganz aufgab - schließlich hatte Marx ja in Blick auf die elfte Feuerbachthese gefordert, dass die Philosophen die Welt nicht nur verschieden interpretieren, sondern sie auch verändern sollten. Dennoch scheute sie vor konkreten Aussagen über einen Systemwandel zurück, wandte sich auch mehr und mehr von ökonomischen Fragestellungen ab und verlegte sich darauf, die Realität im Spätkapitalismus auf der Basis von empirischen Sozialforschungen philosophisch und psychologisch zu kritisieren.

Horkheimer & Adorno: Die Verdinglichung des Menschen in der modernen Massengesellschaft

In ihrer „Dialektik der Aufklärung" und in weiteren Werken hatten sich Horkheimer & Adorno ausführlich mit dem „Übergang zur verwalteten Welt" auseinandergesetzt, d.h. mit dem fortschreitenden Prozess der Vermassung der Menschen in der sich immer stärker industrialisierenden und zugleich bürokratisierenden Massengesellschaft. Anders als Marx sprachen sie ebenso wie Herbert Marcuse in diesem Zusammenhang nicht mehr von einer Entfremdung des Menschen, sondern von seiner „Verdinglichung". In der modernen Massengesellschaft verlieren die Menschen ihre Individualität und werden zu kleinen Rädchen in einem großen anonymen Getriebe, das sich wiederum selbst mit Hilfe moderner Massenmedien und einer Kulturindustrie stabilisiert.[79]

Obwohl Horkheimer & Adorno in mancher Hinsicht über Marx & Engels hinausdachten und sich auf die veränderten Zeitumstände einstellten, gab es neben ihrer fortbestehenden Abneigung gegen die ‚anarchische Warenproduktion' im Kapitalismus eine weitere Grundüberzeugung von Marx & Engels und nachfolgenden Theoretikern der Arbeiterbewegung, von der sie sich nicht weit genug lösten. Und zwar sahen sie einerseits, dass die schrankenlose Steigerung der Produktivkräfte

---

[77] Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. 32 und 37 (Warenwirtschaft und Preismechanismus). - Vgl. auch Herbert Marcuse (1970), S. 29.

[78] Michael Schwandt (2010), S. 61 („Einen Zusammenbruch des Kapitalismus aus einer inneren Krisendynamik heraus hielt niemand im IfS jemals für eine realistische Option."), 114 und 119 (Tauschprinzip).

[79] Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. IX. - Herbert Marcuse (1970), S. 183.

in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts „dem technischen Apparat und den sozialen Gruppen, die über ihn verfügen, eine unmäßige Überlegenheit über den Rest der Bevölkerung ... verleiht". Andererseits hielten sie an dem von Marx & Engels geteilten Fortschrittsglauben der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fest, wonach die fortwährende „Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität ... die Bedingungen für eine gerechtere Welt herstellt". Deshalb kamen Horkheimer & Adorno nicht wie die Frühsozialisten und vor allem Proudhon auf den Gedanken, dass die mit der ursprünglichen und fortgesetzten Akkumulation und Konzentration des Kapitals vollzogene Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln und die kapitalistische Vergesellschaftung ihrer Arbeit gar keine historisch notwendigen Zwischenschritte auf dem Weg zur Befreiung des Menschen gewesen sein könnten. So fragten sie sich auch nicht, ob der Gegensatz zwischen „totalitären Trustherren" und „enteigneten Bürgern" im Spätkapitalismus[80] sich vielleicht eher durch eine Dezentralisierung des konzentrierten Kapitals und seine wohlproportionierte Wiederaneignung durch selbstständige Bürger überwinden ließe als durch den scheinbar aufklärerischen Mythos einer proletarisch-staatlichen Expropriation der privatkapitalistischen Expropriateure. -

Auch in seiner „Kritik der instrumentellen Vernunft" (1947/1967) betrachtete Horkheimer den liberalen Konkurrenzkapitalismus des frühen 19. Jahrhunderts mit der „Vielzahl unabhängiger Unternehmer" wie selbstverständlich als Vorstufe des „gegenwärtigen Zeitalters der Großindustrie", in dem „der unabhängige Unternehmer nicht mehr typisch" ist. Und als nächste Stufe ergebe sich daraus - so Horkheimer unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und dem Absturz in die nationalsozialistische Barbarei - schließlich noch eine „Tendenz des Liberalismus, in Faschismus umzuschlagen".[81] Ganz außerhalb von seinem Gedankenhorizont lag die Überlegung, dass der entwickelte und staatlich organisierte Monopolkapitalismus mit Konzernen statt unabhängigen Unternehmern nur deshalb aus dem frühen Konkurrenzkapitalismus hervorgegangen sein könnte, weil dieser bereits eine durch das in sich widersprüchliche und strukturell mächtige kapitalistische Geld deformierte Form der Marktwirtschaft war. Insofern könnte die Tendenz zum Umschlag in den Faschismus nicht dem Liberalismus, sondern dem den Liberalismus verfälschenden Kapitalismus entsprungen sein.

Abgesehen davon, dass Horkheimer den qualitativen Unterschied zwischen der real existierenden liberal- und monopolkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft einerseits und dem Idealtypus einer monopolfreien Wettbewerbswirtschaft andererseits gar nicht sah, hätte eine monopolfreie Wettbewerbswirtschaft für ihn ohnehin kein erstrebenswertes Ziel sein können, da für ihn *alle* Formen von Warenproduktion generell fragwürdig waren. Das Ziel eines monopolfreien Wett-

---

[80] Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. 4 (Widersprüchlichkeit der Produktivkraftentwicklung) und 79 (Trustherren vs. enteignete Bürger).

[81] Max Horkheimer (1947/1967), S. 134 (früher Konkurrenz- und späterer Monopolkapitalismus), 30 (Liberalismus und Faschismus), 47 - 48 (Warenproduktion) sowie 96 und 101 (kapitalistische Produktionsweise).

bewerbs wäre für ihn außerdem gleichbedeutend mit der Auffassung gewesen, dass „eine Rückkehr zu älteren Formen wünschenswert wäre. Diese Uhr lässt sich nicht zurückstellen." So stellten die Probleme der auf der großindustriellen Massenproduktion beruhenden modernen Gesellschaft für Horkheimer ausschließlich Probleme der kapitalistischen Produktionsweise und nicht zugleich auch Probleme der kapitalistischen Zirkulationsweise dar. In seinen Analysen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, der „Dominanz des Selbstinteresses" gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit sowie des Widerspruchs zwischen dem Rationalitätsideal der Aufklärung und der vom Kapitalismus deformierten, vielfach irrationalen ökonomischen und technologischen Rationalität spielte das kapitalistische Geld überhaupt keine Rolle.[82]

Marcuses „Eindimensionaler Mensch" (1970)

Als der nordamerikanische Architekturkritiker Lewis Mumford gegen Ende der 1960er Jahre die moderne Industriezivilisation als „Megamaschine" charakterisierte, verstärkte auch Herbert Marcuse innerhalb der Frankfurter Schule die Zweifel am Glauben an die Notwendigkeit der Produktivkraftsteigerung als Voraussetzung für die menschliche Emanzipation - allerdings ohne ihn ganz aufzugeben und auch ohne zwischen dem real existierenden, auf der privat- bzw. staatskapitalistischen Konzentration beruhenden technischen Fortschritt und der realutopischen Vorstellung einer auf einer Dezentralisierung von Produktionsmitteln basierenden technischen Entwicklung zu unterscheiden.

Die Steigerung der technischen Produktivkräfte ist Marcuse zufolge mittlerweile in eine „friedliche Produktion von Destruktionsmitteln" übergegangen, die obendrein mit einer gigantischen Verschwendung von menschlicher Arbeit und natürlichen Ressourcen einhergehe. Außerdem verwies Marcuse auf einen „totalen Charakter der Errungenschaften der fortgeschrittenen Industriegesellschaft" und auf eine „totalitäre Tendenz der Technik", die zur „Unterdrückung der Individualität" und zu ganz neuen Formen der sozialen und politischen Kontrolle und bei aller Dynamik des technischen Fortschritts zu einer „Unterbindung des gesellschaftlichen Wandels" führe.[83]

Im Zusammenhang mit der „Konzentration der Volkswirtschaft auf die Bedürfnisse der großen Konzerne" und der sie nur flankierenden Rolle der Politik im Wohlfahrtsstaat befürchtete Marcuse auch eine allzu große Nähe zwischen den Konzernen und den Gewerkschaften. Hinter dem „betrügerischen Einverständnis von Kapital und organisierter Arbeiterschaft in einem starken Staat" drohe sogar

---

[82] Max Horkheimer (194771967), S. 29 (Dominanz des Selbstinteresses), 38 (Umschlag der Aufklärung in Aberglauben und Wahnsinn), 47 - 48 (Fragwürdigkeit der Warenproduktion) und 140 (nicht wünschenswerte Rückkehr zu älteren Formen).

[83] Lewis Mumford (1974, amerikanische Erstausgabe 1967 - 1970). - Herbert Marcuse (1970), S. 11 (destruktive Produktivkräfte, Irrationalität), 16 (totaler Charakter der Industrie) und 21 (Unterdrückung der Individualität).

die Gefahr zunehmender „Ähnlichkeiten zwischen Kapitalismus und Kommunismus". Alles in allem befand sich die moderne Gesellschaft Marcuse zufolge angesichts „eines drohenden nuklearen Krieges ... am Rande des Abgrunds". Sie ist „als Ganze irrational" und reduziert die komplexe Vielgestaltigkeit der menschlichen Individualität auf sein systemerhaltendes Funktionieren als „eindimensionaler Mensch", der mit einem „falschem Bewusstsein" lebt und der dem ihm vom System auferlegten Imperativ folgt, sich fortwährend „manipulierte Bedürfnisse" zu erfüllen.[84]

Während Horkheimer & Adorno die Proteste der 1968er Studentenbewegung gegen das kapitalistische System eher skeptisch einschätzten und die Kritische Theorie nur noch als eine „Flaschenpost" für eine Systemkritik in späteren Zeiten ansahen[85], unterstützte Marcuse diese Proteste der Neuen Linken angesichts so empörender Ereignisse wie der auch von der Sozialdemokratie mitgetragenen Notstandsgesetzgebung in Deutschland, des Apartheid-Regimes in Südafrika und des Krieges in Vietnam. Die Kritische Theorie sollte ihm zufolge dem dringlich gewordenen „Bedürfnis nach qualitativer Veränderung" Rechnung tragen und „geschichtliche Alternativen untersuchen". Doch durch welche ‚richtige' Ordnung der Wirtschaft hätte sich die „falsche Organisation der Gesellschaft" ablösen lassen? „Was nicht stimmt, ist die Weise, wie die Menschen ihre gesellschaftliche Arbeit organisiert haben. Das steht heute nicht mehr in Frage, wo auf der einen Seite die großen Unternehmer selbst gewillt sind, die Segnungen der freien Wirtschaft und der ‚freien' Konkurrenz den Segnungen von Regierungsaufträgen und -regulierungen zu opfern, während auf der anderen Seite der sozialistische Aufbau weiterhin auf dem Wege fortschreitender Herrschaft vor sich geht." Marcuse suchte zunächst in die richtige Richtung, aber er fand keinen Ausweg aus der sowohl von Klassikern und Neoklassikern als auch von Marx & Engels und ihren Nachfolgern gehüteten Systemlogik der Kapitalakkumulation und -konzentration und er kam nicht auf den Gedanken, dass es nach einem Organisierten Kapitalismus anstelle einer sozialistischen Produktionsweise die Möglichkeit einer von Monopolen befreiten marktwirtschaftlichen Ordnung geben könnte.[86]

Dabei kam Marcuse dieser Denkmöglichkeit mit der Feststellung zum Greifen nahe, dass eine „qualitative Änderung ... auch eine Änderung der technischen Basis einschließt". Im Hinblick auf die sog. ‚unterentwickelten Länder' fragte er sogar, ob es „eine wesentlich andere Art von Industrialisierung" geben könnte und

---

[84] Herbert Marcuse (1970), S. 11 (Abgrund), 14 (Allianz von Kapital und Arbeit), 18 (Kapitalismus und Kommunismus), 23 (falsches Bewusstsein und falsche Bedürfnisse) und 38 - 40 (totalitäre Technik, Konzerne und Gewerkschaften, soziale und politische Kontrolle), 41 (nuklearer Krieg) sowie 253 (Verschwendung menschlicher und natürlicher Ressourcen). - Auch Horkheimer war bereits aufgefallen, dass der „Arbeiter, der schon Objekt der Industrie war, auch noch zum Objekt der Arbeiterorganisationen gemacht" worden war. (Max Horkheimer 1947/1967, S. 141 und 143 über das gemeinsame Interesse von Lohnarbeit und Kapital).

[85] Michael Schwandt (2010), S. 151 (Kritische Theorie als Flaschenpost).

[86] Herbert Marcuse (1970), S. 12 und 15 (Bedürfnis nach qualitativer Veränderung, geschichtliche Alternativen), 159 - 160 (falsche Organisation der Gesellschaft).

ob - wie es unabhängig von ihm Ernst Friedrich Schumacher etwa zur selben Zeit mit der „mittleren Technik" propagierte - eine „vortechnische Tradition selbst zur Quelle von Fortschritt und Industrialisierung werden" könnte. „Solche qualitative Änderung wäre der Übergang zu einer höheren Stufe der Zivilisation, wenn die Technik zur Befriedung des Kampfes ums Dasein bestimmt und benutzt würde" und kein „Instrument destruktiver Politik" mehr wäre.[87]

Ohne die Einsicht, dass ein qualitativer Wandel der Technik auch einen qualitativen ökonomischen Wandel in Gestalt einer Dezentralisierung des akkumulierten und konzentrierten Geld- und Realkapitals zur Voraussetzung hätte, blieben Marcuses Überlegungen jedoch in weitschweifigen Ausführungen darüber stecken, dass „seit Anbeginn das Negative im Positiven enthalten" ist. Sie drehten sich weiterhin im Kreis der lediglich beschreibenden, aber nicht verändernden Beobachtung, dass „die Welt ... dazu ... tendiert, zum Stoff totaler Verwaltung zu werden, die sogar die Verwalter verschlingt."[88] Unter diesen Umständen kamen Ansätze einer gesellschaftsverändernden Praxis kaum über „subversive Tendenzen und Kräfte" und eine „große Weigerung" im Sinne von David Thoreaus zivilem Ungehorsam gegen den Staat hinaus. Ihnen fehlte die Orientierung an einem konkreten Gegenentwurf zum Spätkapitalismus, den Marcuse allenfalls vage andeutete. „Hierbei ist die von ihren ausbeuterischen Zügen befreite technologische Rationalität der einzige Maßstab und Wegweiser für die Planung und Entwicklung der verfügbaren Ressourcen für alle." Der Gedanke an eine Planung des Einsatzes von wirtschaftlichen Ressourcen zeigt ebenso sehr das unterschwellige Weiterwirken der Grundpositionen von Marx & Engels aus dem „Kommunistischen Manifest" und dem Band 1 des „Kapital" wie Marcuses Sicht auf die Hindernisse, die einer Befreiung der technologischen Rationalität von „ausbeuterischen Zügen" entgegenstünden. „Gefesselte Möglichkeiten der fortgeschrittenen Industriegesellschaften" waren für ihn nämlich „die Entwicklung der Produktivkräfte in erweitertem Maßstab, Ausdehnung der Naturbeherrschung, wachsende Befriedigung der Bedürfnisse einer zunehmenden Anzahl von Menschen, die Schaffung neuer Bedürfnisse und Anlagen."[89]

Doch wer sollte überhaupt die technologische Rationalität aus ihrer kapitalistischen Umklammerung lösen, wenn doch auch Marcuse nicht mehr an eine revolutionäre Mission des Proletariats glaubte? Stattdessen hoffte er, dass sich Ausgegrenzte aus allen Bereichen der Gesellschaft sowie Intellektuelle und Künstler zu einem neuen Subjekt der Geschichte formieren könnten. Aber auch ihnen konnte Marcuse nicht sagen, wie sie die „befreiende Kraft der Technologie" hätten frei-

---

[87] Herbert Marcuse (1970), S. 18 „Angesichts der totalitären Züge dieser Gesellschaft lässt sich der traditionelle Begriff der ‚Neutralität' der Technik nicht mehr aufrechterhalten."), 37 (qualitative Änderung einschließlich der technischen Basis), 66 - 67 (andere Art von Industrialisierung auf der Basis vortechnischer Traditionen?) und 238 - 239.

[88] Herbert Marcuse (1970), S. 160 (Negatives im Positiven) und 183 (Welt als Stoff totaler Verwaltung).

[89] Herbert Marcuse (1970), S. 262 und 265; vgl. auch S. 14 (subversive Tendenzen) und 83 (große Weigerung).

setzen und damit die „Negation des Kapitalismus" einleiten können.[90] Dreh- und Angelpunkt aller seiner Überlegungen über eine qualitative Veränderung der Gesellschaft blieb für Marcuse die Technik. Wie schon Horkheimer & Adorno hat er kein einziges Mal den Einfluss des in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geldes auf die widersprüchliche Entwicklung der Technik mitbedacht - ganz zu schweigen von der Bedeutung, die dabei auch die Verfügungsmacht über den Boden und die Ressourcen hat. Dabei hätten sich die großen Themen der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule - der Widerspruch zwischen der aufgeklärten Vernunft und ihrer Deformation zu einer oftmals irrationalen „instrumentellen Vernunft" (Horkheimer[91]) und die Reduktion der menschlichen Individualität auf eine bloß funktionale Eindimensionalität - noch tiefgründiger im Kontext mit der dem kapitalistischen Geld innewohnenden Widersprüchlichkeit als dienendes Tauschmittel und strukturell herrschenden Machtmittel analysieren lassen. In diesen Zusammenhang hätte sich auch Oppenheimers Unterscheidung zwischen der einzelwirtschaftlichen Rentabilität in monopolkapitalistisch vermachteten Marktwirtschaften, die die Rationalität des Ganzen in eine Irrationalität des Ganzen verkehrt, und der tatsächlichen Produktivität in einer von Monopolen befreiten Wettbewerbswirtschaft[92] einbeziehen lassen. Aber weder Horkheimer & Adorno noch Marcuse sahen eine Veranlassung, sich neben Marx' Analysen des frühen Kapitalismus auch daran zu erinnern, was Marx & Engels im Band 3 des „Kapital" als Spiegelbild der Verhältnisse während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über den Vorrang des Finanz- gegenüber dem Realkapital dargelegt hatten. Der frühe Bannfluch von Marx & Engels gegen Proudhon und andere sog. kleinbürgerliche Sozialisten, die den Kapitalismus nicht durch einen Kommunismus, sondern durch eine nachkapitalistische Marktwirtschaft mit vielen kleinen und mittleren Unternehmen überwinden wollten, behielt seine Gültigkeit, zumal er von einflussreichen Philosophen erneuert worden war. Für Georg Lukacs war Proudhon nur ein „Vulgärkantianer" und Ernst Bloch beklagte, dass auf dessen Utopie das „zwerghaft-komische Gebilde der Freigeld-Utopie" gefolgt sei, „auf bloße Zahlungsmittel Sozialismus bauend".[93]

---

[90] Herbert Marcuse (1970), S. 15 („Die kapitalistische Entwicklung hat die Struktur und Funktion dieser beiden Klassen derart verändert, dass sie nicht mehr die Träger historischer Umgestaltung zu sein scheinen."), 19 (technologische Rationalität), 174 (befreiende Kraft der Technologie", 203 (Proletariat als „mythologischer Begriff") und 234 - 235 (Negation des Kapitalismus als ein dialektischer historischer Prozess).

[91] Max Horkheimer & Theodor Adorno (1947/1971), S. 105 - 107.

[92] Franz Oppenheimer (1938/1998), S. 754 - 761.

[93] Georg Lukacs (1923), S. 176. - Ernst Bloch (1959/1979), S. 680 und 720 - 721 (kleinbürgerliche Sozialisten und Freigeld-Utopie).

Erich Fromms „Haben oder Sein“ (1976)

Auch der Sozialpsychologe Erich Fromm (1900-1980), der sich von der Frankfurter Schule bereits gelöst hatte, als sein Werk „Haben oder Sein“ erschien, entwickelte seine Einsichten in den „Gesellschafts-Charakter“ der Menschen, ihre im Kapitalismus zu kurz kommenden seelischen Grundbedürfnisse und ihre nicht sinnerfüllende Ersatzbefriedigung durch den Massenkonsum ohne jede inhaltliche Berührung mit geld- und zinskritischen Denkansätzen, obwohl er in einem früheren Werk im Zusammenhang mit seiner Kritik an „Irrtümern von Marx“ und an „falschen Interpretationen des Sozialismus“ große Sympathien für die Frühsozialisten sowie für Proudhon, Kropotkin, Landauer und Buber geäußert hatte. Anstelle des „marxistischen Sozialismus“ mit seiner „zentralistischen Planung“ hatte Fromm damals für einen „kommunitären Sozialismus“ mit „Werkgemeinschaften“ plädiert, womit er Unternehmen meinte, die von den Arbeitern mit Hilfe eines „Direktionsrats“, einer „Kontaktversammlung“ sowie mit „Nachbarschaftsgruppen und Schiedsgerichten“ selbst verwaltet werden. So ließ Fromm die Chance, die „Existenzweise des Habens“ mit dem bestehenden kapitalistischen Geld als Machtmittel und die „Existenzweise des Seins“ mit der Vorstellung eines reformierten, nur noch als Tauschmittel dienenden Geldes in Verbindung zu bringen, leider ungenutzt.[94]

Dabei ging er zunächst noch über Marcuses Relativierung der vom Kapitalismus und Kommunismus gleichermaßen kultivierten „Fortschrittsreligion“ hinaus. Fromm kritisierte den gleichermaßen von westlichen und östlichen Industriegesellschaften geteilten Glauben an die Allmacht der Technik sowie das „zutiefst feindselige Verhältnis des Menschen zur Natur. ... Wir waren im Begriff, Götter zu werden, mächtige Wesen, die eine zweite Welt erschaffen konnten.“ Der moderne Mensch habe über die Mittel zur Daseinssicherung hinaus fragwürdige Vergnügungsgüter und obendrein noch Zerstörungsmittel geschaffen, die die menschliche Existenz in höchstem Maße gefährden. Hieraus ergab sich für Fromm die Notwendigkeit, die zentrale Frage der Kritischen Theorie nach dem Grund der Irrationalität des menschlichen Handelns im Zeitalter der vermeintlich aufgeklärten Rationalität nochmals zu erweitern und zu fragen, warum „der stärkste aller Instinkte, der Selbsterhaltungstrieb, nicht mehr zu funktionieren scheint. ... Zum ersten Mal in der Geschichte hängt das physische Überleben der Menschheit von einer radikalen seelischen Veränderung des Menschen ab.“ Für einen der bedeutendsten Wegbereiter einer solchen „seelischen Veränderung des Menschen“ hielt Fromm neben historischen Vorbildern wie Buddha,

---

[94] Erich Fromm (1976/1979), S. 26 (Gesellschafts-Charakter) und 73 - 129 (Existenzweisen des Habens und des Seins). Vgl. auch Erich Fromm (1955/1991), S. 72 - 76 (Gesellschafts-Charakter) und 210 - 228, hier S. 210 (falsche Interpretationen des Sozialismus), 211 - 215 (Frühsozialisten, Proudhon, Landauer und Buber), 219 - 220 (Frühsozialisten und Proudhon), 226 (Irrtümer von Marx), 235 (marxistischer Sozialismus und Planung) und 240 (kommunitärer Sozialismus) und 263 - 264 (Selbstverwaltungsorgane).

Aristoteles, Jesus, Meister Eckhart oder Albert Schweitzer den „Wirtschaftswissenschaftler und radikalen Humanisten" Ernst Friedrich Schumacher, der zusammen mit Kohr und Illich die „Small is beautiful"-Bewegung ausgelöst hatte.[95]

Die Ursache dafür, dass die moderne Zivilisation sich in eine Sackgasse verrannte und vor einem Abgrund steht, erblickte Fromm in ihrer lebensfeindlichen „Existenzweise des Habens. ... Die Haben-Orientierung ist charakteristisch für den Menschen der westlichen Industriegesellschaft, in welcher die Gier nach Geld, Ruhm und Macht zum beherrschenden Thema des Lebens wurde." Sie habe in der Neuzeit alle vorher gültigen Vorstellungen der jüdisch-christlichen Religionen und der antiken Philosophie von einem richtigen Maß verdrängt. „In der Existenzweise des Habens ist die Beziehung zur Welt die des Besitzergreifens und Besitzens. ... Erwerben, Besitzen und Gewinnmachen sind die geheiligten und unveräußerlichen Rechte des Individuums in der Industriegesellschaft."[96]

Während Horkheimer, Adorno und Marcuse die Produktion von Waren als das Hauptmerkmal des modernen Kapitalismus betrachtet und das Privateigentum an den Produktionsmitteln auffallend wenig kritisiert hatten, nahm Fromm keinen Anstoß an der Warenförmigkeit von menschlichen Arbeitsprodukten und stellte stattdessen das Privateigentum als problematische Ausdrucksform des Habens und Immer-mehr-haben-Wollens in den Vordergrund. „Die Existenzweise des Habens leitet sich vom Privateigentum ab. ... In der Existenzweise des Habens findet der Mensch sein Glück in der Überlegenheit gegenüber anderen, in seinem Machtbewusstsein und in letzter Konsequenz in seiner Fähigkeit, zu erobern, zu rauben und zu töten."[97]

Bei seiner grundsätzlichen Kritik am Privateigentum versäumte Fromm allerdings die Klarzustellung, dass er damit in erster Linie das in den Händen von Minderheiten akkumulierte und konzentrierte Kapital meinte, von dessen Besitz große Teile der Bevölkerung ausgeschlossen sind. Somit wäre die Haben-Orientierung ein „Gesellschafts-Charaktermerkmal" derer, die Privateigentum angehäuft haben und nach Macht streben, und nicht so sehr bzw. nur in abgewandelter Form derer, die nur versuchen können, diesen Mangel durch andere Formen des Haben-Wollens zu kompensieren. Immerhin war sich Fromm dessen bewusst, dass es neben dem Gegensatz zwischen konzentriertem Privateigentum und

---

[95] Erich Fromm (1976/1979), S. 11 - 12 (Kritik an der Fortschrittsreligion), 17 (feindseliges Verhältnis zur Natur), 19 - 20 (Versagen des Selbsterhaltungstriebs, Ernst Friedrich Schumacher), 78 (Kritik an Marcuse), 148 (Leichtfertigkeit im Umgang mit nuklearen und ökologischen Gefahren) und 163 - 165 (Ernst Friedrich Schumacher). Wie Schumacher schätzte übrigens auch Fromm das 1920 erschienene Buch „The Acquisitive Society" von Richard Henry Tawney als „noch immer unübertroffen in seinem Verständnis des modernen Kapitalismus". (S. 73; vgl. auch die Anm. 114 im Kapitel 10 dieses Buches) Die Werke von Leopold Kohr kannte Fromm offenbar nicht. Von Illich erwähnte er dessen Kritik am Bildungs- und Gesundheitswesen. Fromms Sensibilität für die ökologische Problematik war nicht so sehr durch „Die Grenzen des Wachstums" (1972) geweckt worden, sondern durch das Buch „Menschheit am Wendepunkt" von Mihailo Mesarovic & Eduard Pestel, Stuttgart 1974.

[96] Erich Fromm (1976/1979), S. 29, 34 und 73 (Haben-Orientierung).

[97] Erich Fromm (1976/1979), S. 80 und 83 - 84 (Haben-Orientierung und Privateigentum).

Eigentumslosigkeit auch noch unbedenkliche Formen des Eigentums gibt wie a) „selbstgeschaffenes Eigentum, das ausschließlich das Ergebnis eigener Arbeit ist", b) „eingeschränktes Eigentum", das einer Sozialpflichtigkeit unterliegt, oder c) „gemeinsames Eigentum wie beispielsweise im israelischen Kibbuz".[98] Jedoch sah Fromm überhaupt nicht die Rolle, die das kapitalistische Geld bei der Ungleichverteilung des privaten Geld- und Realkapitaleigentums und bei der Zurückdrängung legitimer Eigentumsformen spielte. Und er ahnte nicht, dass ‚hinter' der von ihm moralisch kritisierten Gier nach Geld und Gewinn noch strukturelle Eigenschaften des in sich widersprüchlichen kapitalistischen Geldes wirksam waren. Diese trugen sowohl das Streben nach einer Vermehrung des Privateigentums als auch das Festhalten und Horten in den „Gesellschafts-Charakter" der Menschen hinein. Und die Unregelmäßigkeit der Zirkulation des Geldes war es, die bei allen Menschen zu Befürchtungen führte, etwas zu verlieren oder in der sozialen Hierarchie abzusteigen.

Dementsprechend übersah Fromm auch die Chance für die Menschen, mit Hilfe einer Reform des Geldes von der „Existenzweise des Habens" zu einer „Existenzweise des Seins" überzugehen, worunter er sich in Anlehnung an Aristoteles und Thomas von Aquin und ähnlich wie Hannah Arendt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen aktiven Tätigkeiten und einem „kontemplativen Leben" vorstellte - ein Leben, das nicht von äußerer Geschäftigkeit und Hektik bestimmt wird, sondern „ein Leben, das der inneren Stille und geistigen Erkenntnis geweiht ist. ... Wir Menschen haben ein angeborenes, tief verwurzeltes Verlangen zu *sein*: unseren Fähigkeiten Ausdruck zu geben, tätig zu sein, auf andere bezogen zu sein, dem Kerker der Selbstsucht zu entfliehen." Zum Sein gehörten für Fromm auch die menschliche Bereitschaft zum Geben, Teilen und Schenken sowie nicht zuletzt die schon von Kropotkin beobachtete „Fähigkeit zu Selbstlosigkeit und Solidarität".[99]

Diese bislang zurückgestauten menschlichen Potenziale könnten zur Entfaltung kommen, wenn die Menschen unter den Bedingungen eines geschlossenen Kreislaufs des verteilungsneutral werdenden und mengenmäßig stabilitätsgerecht dosierten Geldes das Vertrauen entwickeln können, dass sie alle ohne Ausnahme im gesellschaftlichen Ganzen aufgehoben sind und keine Ängste vor sozialer Ausgrenzung haben brauchen. Wenn sie sicher sein können, dass Geben und Nehmen auf gerechter Grundlage vonstattengehen und dass einem jeden Geben ein äquivalentes Nehmen folgt, so brauchen sie sich nicht mehr an Materiellem zu klammern, sondern sie können freigebiger werden. Eine Reform des Geldes könnte also zu jener für einen seelischen Wandel erforderlichen Änderung der „sozio-ökonomischen Struktur" beitragen, die die bisherige soziale Ungleichheit einebnet und die Menschen mit einem gewandelten „Gesellschafts-Charakter" so

---

[98] Erich Fromm (1976/1979), S. 73 - 74 (legitime Eigentumsformen).

[99] Erich Fromm (1976/1979), S. 29, 84 (Geben und Teilen), 94 (Existenzweise des Seins) und 103 - 104 (Selbstlosigkeit und Solidarität, Kropotkin).

miteinander verbindet, dass sie „ein Gefühl des Einsseins mit anderen erleben" können und - wenn noch eine Reform des Boden- und Ressourcenrechts hinzu kommt, die innerhalb ökologischer Begrenzungen einen gerechten Zugang für alle Menschen zu den natürlichen Lebensgrundlagen herstellt - auch „eine neue Einheit mit unseren Mitmenschen und mit der Natur".[100]

Ohne Blick für die Chancen, die in einer Geld- und Bodenrechtsreform für „tiefgreifende charakterologische Veränderungen" der Menschen und eine Überwindung ihres „Marketing-Charakters" angelegt sein könnten, blieben Fromms Vorstellungen von einem Übergang von der Existenzweise des Habens zu einer Existenzweise des Seins in einer Reihe von gut gemeinten Vorschlägen stecken, die im Detail unzureichend durchdacht waren und die auch kein schlüssiges Gesamtkonzept ergaben.

Nachdem die Kritische Theorie der Frankfurter Schule die Hoffnung auf einen Übergang vom Organisierten Kapitalismus in eine Sozialistische Produktionsweise bereits nach und nach aufgegeben hatte, war es für Fromm endgültig nicht mehr vorstellbar, dass eine Sozialistische Produktionsweise auf den von Großkonzernen und dem Staat organisierten Monopolkapitalismus folgen könnte. „Die westlichen Sozialdemokraten und ihre erbitterten Gegner, die Kommunisten innerhalb und außerhalb der Sowjetunion, verwandelten den Sozialismus in ein rein ökonomisches Konzept, dessen Ziel der maximale Konsum und der maximale Einsatz von Maschinen war." Deshalb sympathisierte Fromm mit Svetozar Stojanovic, Pedrag Vranicki und anderen Dissidenten in der jugoslawischen „Praxis-Philosophie", die die dortige Arbeiterselbstverwaltung konzipierten, sowie mit Schumachers „Small is beautiful". Von ihnen übernahm er das Ziel einer „radikalen Änderung des Wirtschaftssystems ... mit einem hohen Maß an Dezentralisierung". Allerdings riet er gleichzeitig - ohne den Widerspruch zu bemerken - zu einem „Verzicht auf die weitgehend zur Fiktion gewordene ‚freie Marktwirtschaft'" und zu einer „gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung", wie sie von zahlreichen osteuropäischen Dissidenten gefordert wurde, insbesondere von dem von Fromm nicht ausdrücklich erwähnten tschechischen Ökonomen Ota Šik.[101]

Doch wie sollten eine makroökonomische Rahmenplanung und eine Dezentralisierung der Wirtschaft zusammenpassen? Ähnlich wie Schumacher kapitulierte auch Fromm am Ende vor der Existenz von Großunternehmen und begnügte sich mit dem Versuch, ihre kapitalistische Funktionsweise zu zügeln, indem „wir das Recht der Aktionäre und Konzernleitungen, über ihre Produktion ausschließlich vom Standpunkt des Profits und Wachstums zu entscheiden, drastisch einschrän-

---

[100] Erich Fromm (1976/1979), S. 106 - 107 (neue Einheit der Menschen untereinander und mit der Natur).

[101] Erich Fromm (1976/1979), S. 146 - 152 (Marketing-Charakter), darin S. 148 (Abneigung gegen Großkonzerne), 157 - 159 (Korruption des Sozialismus, jugoslawische Dissidenten und Schumacher), 172 (hohes Maß an Dezentralisierung, Verzicht auf Marktwirtschaft und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung) und 175 (radikale Änderung des Wirtschaftssystems). - Zu Ota Šik vgl.den Abschnitt 10.6 im vorliegenden Buch.

ken". Das bürokratische sollte durch ein „humanistisches Management" ersetzt werden. Aber wie? Anstelle von materiellen Gewinnanreizen sollten „andere psychische Befriedigungen als Motivation wirksam werden können". Doch wie sollten sie definiert werden? Abgesehen von diesen Unklarheiten rechnete Fromm ohnehin damit, „dass die Konzerne von Anfang an ihre ungeheure Macht einsetzen werden, um solche Neuansätze im Keim zu ersticken." Dennoch propagierte er weiterhin eine „industrielle Demokratie", in der „jeder Angehörige einer großen industriellen oder sonstigen Organisation ... umfassend informiert ist und am Entscheidungsprozess teilnimmt. ... Wichtig ist, dass Arbeiter und Angestellte sich selbst vertreten und nicht durch Gewerkschaftsvertreter von außerhalb des Unternehmens in den einzelnen Mitbestimmungsgremien repräsentiert werden." Sie sollten „Hunderttausende von Nachbarschaftsgruppen (mit je ca. 500 Mitgliedern) bilden, die sich selbst als permanente Beratungs- und Entscheidungsgremien konstituieren."[102]

Die Existenz der Arbeiter und Angestellten wollte Fromm mit einem garantierten „jährlichen Mindesteinkommen" vor „vielen Übeln der heutigen kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaften" bewahren. „Die Frauen sind von der patriarchalischen Herrschaft zu befreien." Durch Änderungen ihres Konsumverhaltens und ihres Lebensstils und durch den „Aufbau militanter Verbraucherorganisationen" sollten die Menschen dafür sorgen, dass die Produktion auf einen „gesunden und vernünftigen Konsum" ausgerichtet wird. „An diesem Punkt stellt sich eine überaus schwierige Frage: Wer soll entscheiden, welche Bedürfnisse gesund und welche pathogen sind?" Fromm betonte, dass sich diese Frage nicht durch eine obrigkeitliche Bevormundung der Menschen beantworten lasse; aber er gab darauf auch keine andere Antwort.[103]

Ohne Zweifel hatten schließlich Fromms Forderungen nach einer atomaren Abrüstung und einer Schließung der Kluft zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden ihre Berechtigung. Aber sein entscheidender großer Irrtum bestand in der Erwartung, dass die Menschen auch ohne eine Aufteilung der großen Konzerne in kleinere und mittlere Unternehmen zur Existenzweise des Seins übergehen könnten. „Worauf es ankommt, ist die Macht, die Richtung der Produktion zu bestimmen, nicht der Kapitalbesitz als solcher." Damit blieb Fromm letztlich trotz aller Plädoyers für eine „maximale Dezentralisierung von Wirtschaft und Politik" in den Grundstrukturen der Kapitalakkumulation und -konzentration sowie der Interessenvertretung der Lohn- und Gehaltsabhängigen durch Gewerkschaftsvertreter stecken. Sie lassen sich bestenfalls repräsentativ, aber nicht an der Basis demokratisieren, denn auf der Grundlage von ungleich verteiltem Kapitalbesitz ist es für die Entscheidungsträger unmöglich, die Informationsflüsse von

---

[102] Erich Fromm (1976/1979), S. 173, 177 - 181 (industrielle Demokratie) und 183 (humanistisches Management).

[103] Erich Fromm (1976/1979), S. 175 (vernünftiger Konsum), 178 (Verbraucherorganisationen), 188 (jährliches Mindesteinkommen), 189 (Befreiung der Frauen vom Patriarchat).

Sonderinteressen freizuhalten. Außerdem sind sie in gesellschaftlichen Großgebilden auch bei Zuhilfenahme von modernen Informationstechnologien damit überfordert, die Vielzahl von vermeintlich objektiven Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten.[104]

Bei seiner Suche nach einer zum Sein passenden Wirtschaftsweise bewegte sich Fromm noch immer gleichsam im Gravitationsfeld der Zentralverwaltungswirtschaft, die zwar als altes Ideal der Arbeiterbewegung ihre Anziehungskraft weitgehend verloren hatte, die aber noch in Gestalt einer makroökonomischen Rahmenplanung weiterwirkte. Und die zur Dezentralisierung viel besser passende marktwirtschaftliche Selbstorganisation der Wirtschaft vermochte noch überhaupt keine Anziehungskraft auf ihn zu entfalten, weil er den Markt nur in Gestalt seines abstoßenden Zerrbildes als monopolkapitalistisch vermachteten Verdrängungswettbewerb vor Augen hatte und noch nicht daran dachte, dass sich dieser pervertierte Markt mit den Mitteln der Geld- und Bodenrechtsreform sowie des frühen Ordoliberalismus in einen monopolfreien Wettbewerb mit neuen Formen einer Verbindung von zivilisiertem Wettbewerb und Kooperation umwandeln lassen könnte. Gewissermaßen ordoliberal war bereits Fromms Erkenntnis, dass „Freiheit nicht Laissez-faire" und „nicht Freiheit von allen Leitprinzipien" bedeutet, „sondern die Freiheit, der Struktur der menschlichen Existenz entsprechend zu wachsen". Eine rechtsstaatlich garantierte gerechte Rahmenordnung einer monopolfreien Marktwirtschaft mit einer dezentralen Vielfalt von kleineren und mittleren Unternehmen mit sowohl privatem als auch gemeinschaftlichem „selbstgeschaffenem Eigentum" könnte sich mit Fromms Vorstellung einer menschlichen Freiheit innerhalb einer „Struktur der menschlichen Existenz" verbinden lassen.[105] Da Fromm jedoch keine Kenntnis der Bodenrechts- und Geldreform und des frühen Ordoliberalismus hatte, konnte sich ihm noch nicht der Ausblick auf die Möglichkeit eröffnen, das konzentrierte Geld- und Realkapital durch eine Reform der Geldordnung und des Bodenrechts sowie die Schaffung einer ordoliberalen Rahmenordnung freier, aber entkapitalisierter Märkte zu dezentralisieren, damit überschaubare, demokratisch mitzugestaltende Größenordnungen in der Wirtschaft entstehen zu lassen und zugleich die Funktion des Geldes zu stärken, den Informationsfluss innerhalb des hochkomplexen, von Menschen auch nicht mit Informationstechnologien zu überschauenden gesellschaftlichen Ganzen zu bewerkstelligen.

---

[104] Erich Fromm (1976/1979), S. 178 (Produktionsentscheidungen statt Kapitalbesitz), 183 (maximale Dezentralisierung), 187 (Nord und Süd), 194 (atomare Abrüstung).

[105] Erich Fromm (1976/1979), S. 83.

Habermas' unzureichendes Verständnis von Geld und Geldreform

Offenbar unternahm von den Angehörigen der Frankfurter Schule der Kritischen Theorie niemand einen Versuch, Marx' abwertende Kritik an Proudhon ähnlich wie Hannah Arendt[106] zu überdenken und nochmals zu prüfen, ob die Frühsozialisten, Mill, Proudhon, die Bodenrechts- und Geldreformer oder die frühen Ordoliberalen wirklich nur ‚reaktionäre Kleinbürger' waren oder ob sie vielleicht doch etwas zur Überwindung der spätkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse hätten beitragen können. Und sie ließen sich hierzu auch nicht von außen anregen. Den Versuch einer solchen Anregung unternahm Ernst Winkler, der während der frühen Nachkriegsjahre an Bestrebungen der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft" (ASM) beteiligt gewesen war, den Ordoliberalismus mit der Geld- und Bodenrechtsreform zu verknüpfen. Im Sommer 1975 wandte er sich brieflich an Jürgen Habermas.

In seinem Buch „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus" (1973) habe Habermas die „liberalkapitalistische Gesellschaftsformation" zwar nicht ganz falsch, aber unzureichend beschrieben. Vor allem der nicht zu verleugnende „Imperativ der Selbstverwertung des Kapitals" mitsamt dem „Gewaltverhältnis zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den Lohnarbeitern" und der „privatrechtlich sanktionierten Macht, Mehrwert anzueignen und privatautonom zu verwenden", lasse sich - so Winklers Kritik an Habermas - nicht mit der Wert- und Mehrwerttheorie in Marx' „Kapital" Band 1 allein auf die Verfügungsmacht von Privateigentümern über die Produktionsmittel und den Umstand zurückführen, dass die Produkte der menschlichen Arbeit dann als Waren in einem „selbstregulativen Marktverkehr" ausgetauscht werden.[107] Da Habermas die dem „Liberalkapitalismus" innewohnende Krisenhaftigkeit ausführlich dargestellt habe, hätte ihm auffallen können, dass Marx' von den Klassikern übernommene Prämisse nicht stimmen konnte, dass „die Institution des Marktes ... sich auf die dem Äquivalententausch innewohnende Gerechtigkeit stützen ... kann." Unzählige nur scheinbar, aber de facto nicht äquivalente einzelne Tauschakte summierten sich zu gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten und Krisen, welche zu vielfältigen von Habermas richtig beobachteten „sozial desintegrierenden Steuerungsproblemen" führten.[108]

Zwar befinde sich der Spätkapitalismus nicht mehr wie der Laissez-faire-Kapitalismus des frühen 19. Jahrhunderts in einem nahezu politikfreien Raum. Im Organisierten Kapitalismus würden zwar Mono- und Oligopole den Wettbewerb

---

[106] Vgl. Hannah Arendt (1958/1998), S. 80 - 81, und den Exkurs 2 am Schluss von Abschnitt 9 über den Ordoliberalismus im vorliegenden Buch (Anm. 205).

[107] Ernst Winkler, Brief an Jürgen Habermas vom 30.6.1975, in: ders. (1975a), S. 26 - 27. - Jürgen Habermas (1973), S. 36 - 38 (selbstregulativer Markt und Imperativ des Kapitals), 42 (Gewaltverhältnis zwischen Kapital und Lohnarbeit) - 43 (Marx' Wert- und Mehrwerttheorie) und 46 (Marx).

[108] Jürgen Habermas (1973), S. 36 - 37 (Steuerstaat und relative Entkopplung von Ökonomie und Politik), 39 (Äquivalententausch), 42 (Steuerungsprobleme) und122 (Äquivalententausch).

beschränken, aber - so Habermas - „der Steuerungsmechanismus des Marktes wird so lange nicht außer Kraft gesetzt, wie die Investitionsentscheidungen noch nach Kriterien betriebswirtschaftlicher Rentabilität gefällt werden. ... Die Substituierung von Markt- durch Staatsfunktionen verändert nicht den bewusstlosen Charakter des gesamtwirtschaftlichen Prozesses." Außerdem könne der in die „anarchische Produktionsweise" (Marx) intervenierende und umverteilende „moderne Steuerstaat" die krisenhaften Funktionsprobleme des Organisierten Kapitalismus auch unter den Bedingungen einer „relativen Entkopplung des ökonomischen Systems vom politischen" mit seiner administrativen „Globalplanung" nur übertünchen, aber nicht wirklich lösen.[109]

Während Habermas einerseits noch dachte, dass die Krisen des Spätkapitalismus eine „objektive Grundlage für ein Krisenbewusstsein der bürgerlichen Klasse und für revolutionäre Hoffnungen der Lohnarbeiter" schaffen könnten, sah er andererseits „im Augenblick keine Möglichkeit, die Frage nach den Chancen der Selbsttransformierung des Spätkapitalismus mit triftigen Argumenten zu entscheiden." Weil der Spätkapitalismus seine Krisen verdrängen bzw. durch staatliches Handeln dämpfen könne, sei vorläufig eine große „Systemkrise nicht zu erwarten". Deshalb konzentrierte sich Habermas darauf, die Krisenhaftigkeit des auf Wirtschaftswachstum angewiesenen Spätkapitalismus einschließlich seiner umweltzerstörerischen Auswirkungen und die zunehmenden Schwierigkeiten der politischen Legitimierung dieses Systems zu analysieren. Darüberhinausgehende Vorstellungen von einer zukünftigen „gebrauchswertorientierten Planung der Produktion", welche schon Marx an die Stelle der „Naturwüchsigkeit der anarchischen Warenproduktion" setzen wollte, deutete Habermas allenfalls vage an; aber vorsichtshalber unterließ er jeglichen Versuch ihrer konkreteren Beschreibung - vielleicht weil er aufgrund der Erfahrungen mit der staatlichen Globalplanung im Organisierten Kapitalismus eine „unvermeidliche Entstehung von Rationalitätsdefiziten der planenden Verwaltung" fürchtete.[110]

Winkler hielt Habermas entgegen, dass der Grundwiderspruch des frühen wie auch des staatlich gesteuerten späten Kapitalismus nicht mit Marx' „Kapital" Band 1 erkannt und überwunden werden könnte, weil sich daraus unausweichlich die Forderung nach einer staatlichen Zentralverwaltung der Wirtschaft ergebe. In Anknüpfung an den Band 3 sowie an Gesell, Keynes und die Ordoliberalen könne sich jedoch eine andere Chance zur Systemtransformation ergeben. „Ihrer Diagnose ‚ungelöstes Steuerungsproblem' würde ich zustimmen", denn der Wirtschaftsprozess kann auf freien, mehr oder weniger staatlich regulierten Märkten wegen der dem kapitalistischen Geld inhärenten Funktionsmängel kein stabiles Gleichgewicht finden. „Die Therapie müsste also die Beseitigung des erkannten Struktur-

---

[109] Jürgen Habermas (1973), S. 51 - 53 (organisierter Kapitalismus mit Monopolen und staatlicher Globalplanung) und 75 (organisierter Kapitalismus als bewusstloser, nicht staatlich geplanter Prozess).

[110] Jürgen Habermas (1973), S. 42 (Krisenbewusstsein und revolutionäre Erwartungen), 60 (Chancen der Systemtransformation), 63 (gebrauchswertorientierte Produktionsplanung), 89 (anarchische Warenproduktion), 94 (Rationalitätsdefizite) und 129 (Systemkrise).

fehlers sein und damit die Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Selbststeuerung einer wirklich (nicht nur nominell) freien Marktwirtschaft mit echtem Leistungsaustausch, gesichert durch eine gesetzliche (am besten verfassungsmäßig abgesicherte) Rahmenordnung, welche die Bedingungen für eben diese setzt."[111]

Außerdem erinnerte Winkler Habermas an das von Marx & Engels im Band 3 des „Kapital" formulierte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten". Demzufolge könnte sich der Kapitalismus bei gegen null sinkenden Profitraten tendenziell selbst aufheben, wenn sich diese Tendenz nicht in periodisch wiederkehrenden ‚Gesundschrumpfungskrisen' umkehren ließe und die Profitabilität des akkumulierten Kapitals nicht durch eine vorübergehende partielle Kapitalvernichtung wiederhergestellt werden könnte. Wenn dem Geld- und Realkapital die Möglichkeit genommen würde, zeitweise in einem passiven Standby-Modus zu verharren, bis die Renditen wieder steigen, könnte dem Kapitalismus die Fähigkeit genommen werden, sich selbst zu konservieren. Dies würde Winkler zufolge „genau in die Richtung der gewünschten monopolfreien Marktwirtschaft führen (echter Leistungstausch bei Überführung des Kapitalertrags in den Arbeitsertrag). Aber faktisch stößt es immer wieder gegen die von J. M. Keynes erkannte Schranke von 2,5 - 3 % der ‚Vorliebe für Liquidität' und löst dabei im komplexen Geflecht von Interdependenzen die nächste fällige Wirtschaftskrise aus. Hier also ist der entscheidende Ansatzpunkt für eine Therapie."[112]

Habermas hatte selbst in Anknüpfung an Marx' & Engels' Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitraten ein „selbstnegatorisches Entwicklungsmuster" beschrieben, bei dem sich die kapitalistische Gesellschaftsformation in periodischen Krisen durch Kapitalvernichtungen vor dem eigenen Untergang bewahrt. Aber er erkannte nicht die Chance einer Systemtransformation in Gestalt einer Überwindung des Kapitalismus bei gleichzeitiger Erhaltung der Marktwirtschaft, so dass die Therapie für ihn im Anschluss an den Band 1 des „Kapital" noch immer in der Richtung einer „staatlichen oder irgendwie ‚gesellschaftlichen' Planungs- und Lenkungsmanipulation" lag. „Sie wollen also", gab Winkler Habermas zu bedenken, „nach bekanntem marxistischem Rezept die privatmonopolistische durch eine gesellschaftsmonopolistische Vermachtung der Wirtschaft ersetzen. Als guter Demokrat suchen Sie die hierfür erforderlichen ‚legitimatorischen Ressourcen' und als Philosoph der Emanzipation fordern Sie die ‚diskursive Einlösung' für einen solchen ‚normativen Geltungsanspruch', d.h. gesellschaftspolitischen Machtanspruch. Dieser Lösungsansatz entfernt sich himmelweit von meiner Vorstellung einer Emanzipation des Menschen und rechtfertigt in der Tat Ihre abschließenden pessimistischen Betrachtungen über das drohende ‚Ende des Individuums'."[113]

---

[111] Ernst Winkler (1975a), S. 26 - 27.

[112] Ernst Winkler (1975a), S. 26 - 27.

[113] Jürgen Habermas (1973), S. 47 (Tendenz zur Selbstnegation des Kapitalismus). - Ernst Winkler (1975a), S. 26 - 27. - Nach Auskunft von Oliver Kleppel (Archivzentrum in der Universitätsbibliothek

So dezidiert hatte sich Habermas trotz seiner in diese Richtung gehenden Andeutungen aber gerade nicht für einen Übergang vom Organisierten Kapitalismus zu einer sozialistischen Produktionsweise ausgesprochen. Unabhängig davon besteht in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften das von Habermas benannte Problem, dass aufgrund der „asymmetrischen Verteilung" von Einkommen und Vermögen sowie repressiver Herrschaftsstrukturen „die Kommunikation zwischen den Beteiligten ... systematisch verzerrt oder blockiert ist". Deshalb wäre es von allergrößter Bedeutung (gewesen), den tieferen Zusammenhang zwischen den Störungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kommunikation einerseits und den Störungen im Kreislauf des dysfunktionalen kapitalistischen Geldes genauer zu analysieren.

Heinsohns Kritik an Habermas

Eine Vernachlässigung des Problemkreises Geld und Zins wurde Habermas um die Mitte der 1980er Jahre auch von einem Fachkollegen vorgeworfen. Der Soziologe Gunnar Heinsohn hielt ihm vor, in seinem zweibändigen Hauptwerk „Theorie des kommunikativen Handelns" (1981) nicht den Anspruch einzulösen, die Funktionsweise der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft umfassend zu erklären. Habermas habe zwar die instrumentelle Zweckrationalität des Geldes im Blick gehabt, aber es fehle bei ihm jede kritische Auseinandersetzung mit dem Zins als „besonderem Wirtschaftsmotor", der „das Gesellschaftsganze in Bewegung bringe. ... Im Inhaltsverzeichnis findet man das Wörtchen Zins nicht. In der aus vielen hundert Titeln zusammengesetzten Literaturliste findet man Arbeiten, die die gefürchtete Gottheit Zins erklären könnten, ebenfalls nicht."[114]

Da ihm die Analyse der „Selbstverwertung des Kapitals", die die ältere Kritische Theorie auf der marxschen Werttheorie aufgebaut hatte, nicht mehr als tragfähig erschien, wollte Habermas sie durch eine „Theorie des kommunikativen Handelns" ersetzen, welche die „Paradoxien der gesellschaftlichen Rationalisierung" und die „Pathologien der Moderne" in „postliberalen Gesellschaften" - sowohl im privaten und zugleich staatlich organisierten Monopolkapitalismus des Westens als auch im bürokratischen Staatskapitalismus des Ostens - angemessener beschreibt. Dabei wies Habermas zwar auf die Rolle von „Medien wie Geld und Macht" hin, aber obwohl er die Entstehung des modernen Kapitalismus auf das Geld zurückführte, knüpften seine Aussagen zum Geld lediglich an die von dem Soziologen Talcot Parsons entwickelte Interpretation des Geldes als soziales Kommunikationsmittel an. Außerdem folgte Habermas auch der verbreiteten Fehlinterpreta-

---

Frankfurt/M.) in einer Mail an den Verfasser vom 8.2.2016 befindet sich im Vorlass von Jürgen Habermas keine Antwort von Habermas an Winkler.

[114] Gunnar Heinsohn (1984a), S. 181 - 182. - Jürgen Habermas (1981), S. 395 - 397.

tion der Rentabilität als „rationale Orientierung" des wirtschaftlichen Handelns.[115] Das periodisch wiederkehrende Phänomen der krisenhaften „endogenen Unterbrechungen des Akkumulationsprozesses" ließ sich in diesem Gedankenrahmen jedoch nicht erklären. Habermas bemühte sich auch nicht um ein Verständnis der kapitalistischen Produktion und Zirkulation als Gesamtprozess, obwohl er das Geld in anderem Zusammenhang bereits als das zentrale gesellschaftliche Steuerungsmedium identifiziert hatte, dessen Funktion als gesellschaftliches Kommunikationsmittel am höchsten generalisiert war. Die Funktionsmängel des kapitalistischen Geldes, die auch zu der von Habermas durchaus thematisierten „Überkomplexität" der modernen Gesellschaften führten, analysierte er jedoch nicht. Schließlich übersah er auch noch die Möglichkeit, diese Überkomplexität der modernen Gesellschaften durch eine Optimierung der Geldfunktion zu reduzieren.

So mündete die „Theorie des kommunikativen Handels" schließlich in die kaum noch systemkritisch zu nennende Schlussfolgerung, dass die gesellschaftlichen Konflikte im Spätkapitalismus „sich nicht an Verteilungsproblemen ... entzünden, sondern an Fragen der Grammatik von Lebensformen." Jenseits der alten Konfliktlinie zwischen dem Kapital und der Arbeit entstünde eine „neue Politik" mit Auseinandersetzungen um „Probleme der Lebensqualität, der Gleichberechtigung, der individuellen Selbstverwirklichung, der Partizipation und der Menschenrechte". Habermas erwartete eine „Überlagerung alter durch neue Konflikte". Neben den Bürgerinitiativ-, Friedens- und Frauenbewegungen würden sich angesichts des „großindustriellen Eingriffs in ökologische Gleichgewichte" besonders die „Antikernkraft- und Ökologiebewegungen" gegen die „lebensweltlichen Pathologien" erheben. „Die Themen der Wachstumskritik sind das einigende Band zwischen diesen heterogenen Gruppen. Für diesen Protest bieten weder die bürgerlichen Emanzipationsbewegungen noch die Kämpfe der organisierten Arbeiterbewegung ein Vorbild."[116]

Habermas deute - so die Kritik von Heinsohn an ihm - die Gesellschaft noch immer im Sinne von Marx & Engels mehr als kapitalistische Produktionsweise denn als kapitalistische Zirkulationsweise. Aus der Produktion und dem klassisch-marxistischen Tauschparadigma könne jedoch die Rolle des Zinses als Motor der Wirtschaft nicht hergeleitet werden. Es fragt sich nur, ob Heinsohn diese Antriebskraft der in sich widersprüchlichen kapitalistischen Modernisierung überzeugender erklären konnte als Habermas. Wollte Heinsohn überhaupt das kritische

---

[115] Jürgen Habermas (1981), S. 255 (Geld als Ursprung des Kapitalismus), 391 (Geld ersetzt sprachliche Kommunikation), 396 (Rentabilität als Rationalität), 400 (Parsons über Geld und Macht), 548 - 551 (Selbstverwertung des Kapitals, Verhältnis zu Marx und Parsons, Medien wie Geld und Macht, gesellschaftliche Paradoxien und Pathologien der Moderne), 554 - 555 (ältere Kritische Theorie und Marx) sowie 556 und 563 (westlicher Privat- und östlicher Staatskapitalismus) und 564 (Geld und Macht); vgl. außerdem S. 583 (unhaltbar gewordene Geschichtsphilosophie) und 591 - 592 (Marx).

[116] Jürgen Habermas (1981), S. 565 (krisenhafte Unterbrechungen der Kapitalakkumulation), 566 (lebensweltliche Pathologien), 573 (Geld als Steuerungsmedium und generalisierte Form der Kommunikation), 576 - 579 (alte und neue Politik) und 580 (Überkomplexität der Moderne).

Potenzial der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule der Soziologie erneuern? Und wollte er die „gefürchtete Gottheit Zins" mit wirksameren Mitteln entzaubern als Marx & Engels und Habermas?

Zur Erklärung des Zinses entwickelte Heinsohn gemeinsam mit dem Ökonomen Otto Steiger eine Eigentumstheorie, deren erste Entwürfe noch den Titel „Das Geheimnis des Zinses" trugen. Im Kontrast nicht nur zu Habermas, sondern auch zur Klassik und Neoklassik sowie zu Keynes und zum Monetärkeynesianismus behaupteten Heinsohn & Steiger, „dass die Grundelemente des Wirtschaftens bis heute nicht verstanden sind. Eine wissenschaftliche Lehre, die den Namen ‚ökonomische Theorie' verdienen würde, gibt es noch nicht. Ihre Grundlegung wird hiermit versucht."[117] Lösten Heinsohn & Steiger diesen hohen Anspruch ein?

Den Zins führten sie nicht wie Gesell und Keynes auf besondere Eigenschaften des Geldes zurück, sondern letztlich auf die Existenz von privatem Eigentum und zwar insbesondere von privatem Eigentum am Boden. Damit entfernten sie sich nicht sonderlich weit von der Klassik, Neoklassik und vom Postkeynesianismus. Aber im Gegensatz zu deren Tauschparadigma betrachteten Heinsohn & Steiger das Geld nicht primär als Tauschmittel, sondern als Vermittler von Gläubiger-Schuldner-Beziehungen, bei denen das Privateigentum am Boden als Sicherheit für Kredite diene. Während der Zins für Gesell und Keynes eine Prämie für die Bereitschaft zum Verzicht auf die Liquidität darstellte, war er für Heinsohn & Steiger eine Prämie für die Bereitschaft von Privateigentümern, Kredite mit ihrem Privateigentum zu besichern. Bei näherem Hinsehen erweist sich also, dass die Eigentumstheorie von Heinsohn & Steiger keinen systemkritischen Gehalt aufweist – im Gegenteil, sie beschreibt lediglich bestehende Verhältnisse und rechtfertigt sie. Sie enthält keine ausdrückliche Unterscheidung zwischen dem privaten Eigentum am Boden und dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln und stellt weder den Charakter des Bodenprivateigentums als Handelsware, Spekulationsobjekt und mit Hypotheken beleihbares Kapitalgut in Frage noch den Tatbestand der hochgradigen Konzentration von privatem Eigentum an Produktionsmitteln. Auch problematisierten Heinsohn & Steiger den in ihrer Eigentumstheorie als Eigentumsprämie gedeuteten Zins nicht als leistungsloses Einkommen und im Gegensatz zu Heinsohns anfänglicher Kritik an Habermas strebten sie auch kein um Null oszillierendes Zinsniveau an.[118]

11.4.3 Niklas Luhmann und die Systemtheorie

Wichtigstes und einflussreichstes Beispiel für den Rückgang des Politischen in der Soziologie nach der Phase ihrer Politisierung durch die 1968er Studentenbewegung war die Systemtheorie des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann (1927-

---

[117] Gunnar Heinsohn & Otto Steiger (1996), S. 13 (erste Entwürfe) und 15 (Anspruch, die Ökonomie neu zu begründen).

[118] Vgl. Gunnar Heinsohn (1984b) und Gunnar Heinsohn & Otto Steiger (1996).

1998). Jenseits aller klassisch-neoklassischen Deutungen der Gesellschaft und Wirtschaft als *Mechanismus* und ihrer romantisch-konservativen Deutungen als *Organismus* stellten Gesellschaft und Wirtschaft für Luhmann aufbauend auf dem Systemdenken des Biologen Ludwig von Berthalanffy und der von Norbert Wiener begründeten Kybernetik offene *Systeme* dar, die aus einer unübersehbaren Vielzahl von miteinander durch Kommunikation verbundenen Teilen bestehen und eine hochgradig komplexe funktionale Ausdifferenzierung aufweisen.[119] Im Gegensatz zu Habermas sollte es für Luhmann nicht die Aufgabe der Soziologie sein, über die Beschreibung von gesellschaftlichen Realitäten hinaus auch noch eine Gesellschaftsveränderung anzustreben oder gar die Rolle von deren Avantgarde zu übernehmen. Luhmann triumphierte geradezu über die vermeintlich „erloschenen Vulkane des Marxismus", nachdem er 1977 eine Kontroverse mit Habermas über die schwindenden Chancen einer sozialistischen Revolution geführt hatte und begann, die Kritische Theorie der Frankfurter Schule durch seine eigene soziologische Systemtheorie zu verdrängen.[120]

In modernen Gesellschaften habe sich Luhmann zufolge eine Tendenz zur Verselbstständigung von Teilsystemen gegenüber ihrem Gesamtzusammenhang ergeben. Zwar würden Teilsysteme wie die Wirtschaft mit den übrigen Teilsystemen verbunden bleiben; dennoch würden sie sich gemäß ihrer jeweils eigenen funktionalen Notwendigkeiten ausdifferenzieren und von der übrigen Gesellschaft abgrenzen. Was Luhmann als „Autopoiesis" bezeichnete - nämlich die Vorstellung von sich selbsttätig organisierenden und stabilisierenden Systemen und Subsystemen - , war in wirtschaftlicher Hinsicht ein Spiegelbild seiner Zeit und kam dem Glauben des Neoliberalismus an die Selbststeuerungsfähigkeit von sich selbst überlassenen Märkten sehr entgegen. In seinem Buch „Die Wirtschaft der Gesellschaft" (1988/1989) hob Luhmann ausdrücklich hervor, dass seine Systemtheorie einen „radikalen Bruch mit der mehrhundertjährigen Tradition der ‚Politischen Ökonomie'" und deren Anspruch darstelle, „die Gesellschaft nur noch von der Ökonomie her zu begreifen. ... Wir gehen stattdessen von einem Gesellschaftsverständnis aus, von dem her gesehen Funktionssysteme für Politik und für Wirtschaft neben vielen anderen nur für spezifische Funktionen ausdifferenziert sind und daher weder Vorrang noch übergeordnete Bedeutung, ja nicht einmal Repräsentations- und Steuerungsfunktionen der Gesellschaft in der Gesellschaft in Anspruch nehmen können."[121] Damit war die Dominanz der entfesselten internationalen Finanzmärkte über die reale Wirtschaft, die Politik und andere Lebensbereiche von vornherein ausgeblendet. Was Luhmann über die „Wirtschaft als autopoietisches System" sowie über Geld und Preise, den Markt und das Verhältnis

---

[119] Das hielt Luhmann jedoch nicht davon ab, auch selbst immer mal wieder zu den klassisch-neoklassischen Begriffen „Geld-, Preis- oder Marktmechanismus" zurückzukehren; vgl. hierzu (1988/1989), S. 40 - 41, 45, 97.

[120] Niklas Luhmann (1984), S. 13. - Vgl. hierzu auch Emil Walter-Busch (2010), S. 226 - 231.

[121] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 10 - 11.

zwischen Kapital und Arbeit ausführte, hatte trotz mancherlei Differenzierungen alles in allem nur einen deskriptiven, aber keinerlei emanzipatorischen Charakter.

Zweifellos war Luhmanns Einwand gegen eine ‚linke' Gesellschaftskritik zutreffend, dass die Wirtschaft als ein „hyperkomplexes System" nicht zentralstaatlich geplant werden kann, sondern sich nur dezentral selbsttätig steuern kann.[122] Aber seine systemtheoretischen Aussagen über das Geld und die dezentrale Preisbildung auf Märkten stellten alles in allem nur eine soziologische Flankierung des in der Ökonomie zur Vorherrschaft gelangten neoliberalen Zeitgeistes dar. Und sie waren in keiner Weise dazu angetan, die Gefährlichkeit der damals bereits auf Hochtouren laufenden Verselbstständigung des Geldes und der internationalen Finanzmärkte gegenüber der Realwirtschaft und die Gefährlichkeit der fortschreitenden Monopolisierung der Realwirtschaft zu erkennen.

Ähnlich wie Friedman, für den Marktwirtschaft und Kapitalismus identische und gleichermaßen positiv besetzte Begriffe waren, unterschied auch Luhmann nicht zwischen der Marktwirtschaft und ihrem monopolkapitalistisch vermachteten Zerrbild. Für ihn gab es nur drei Grundmuster des Wirtschaftens: neben der Subsistenz- und Planwirtschaft die von ihm ebenso einseitig wie von Friedman und dem sog. Neoliberalismus protegierte ‚Marktwirtschaft'. Unmittelbar vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Sowjetimperiums wollte Luhmann die real existierende Marktwirtschaft gegen jede von Marx inspirierte Kapitalismuskritik und die „derzeit im Vordergrund stehenden ... politökonomischen Fragen" in Schutz nehmen. „Die Repolitisierung der Wirtschaft wäre die Folge mit all den Problemen einer Überlastung der Politik mit politisch nicht lösbaren Aufgaben." Dem kapitalistischen Westen attestierte Luhmann „die Faktizität seines wirtschaftlichen und (man darf wohl auch sagen:) politischen Erfolgs. Das mag als Bewährung ‚des Kapitalismus' interpretiert werden." Die „längst obsolete Opposition" gegen ihn beruhe dagegen auf einer „grotesken Fehleninschätzung der Risiken und Gefahren, die mit der modernen Gesellschaft in Wirklichkeit verbunden sind."[123]

Auch wenn der marktwirtschaftliche Wettbewerb „keine ‚perfekte Konkurrenz' mit allwissenden Teilnehmern sein kann", gab es für Luhmann keinen Zweifel, dass das „komplexe selbstreferentielle System" des eigenen Gesetzen gehorchenden autopoietischen Marktes dank seiner Fähigkeit, mit Hilfe des Geldes einen ganzen Kosmos von Preisen zu bilden, über eine Fähigkeit zur dezentralen Selbststeuerung verfügt, die den Fähigkeiten einer staatlich-bürokratischen Planung oder auch nur Globalsteuerung haushoch überlegen und durch nichts zu ersetzen

---

[122] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 21, 37, 39, 67, 106, 161 und 175 - 176 (Distanzierungen von Marx und seinen Nachfolgern), sowie 33 126 (Hyperkomplexität). - An einer Stelle deutete Luhmann Ähnlichkeiten zwischen den linken und rechten Kapitalismuskritiken an; vgl. S. 36.

[123] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 97 (Subsistenz-, Markt- und Planwirtschaft); 21, 32 (Repolitisierung der Wirtschaft) und 37 (politökonomische Fragen) sowie 39, 67, 106, 153 (schwerfällige Semantik des Marxismus), 161, 175 - 176 (weitere Distanzierungen von Marx und seinen Nachfolgern) und 266 (Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus).

ist. „Politische Entscheidungen sind jedenfalls, so viel ist heute an sozialistischen Wirtschaften ablesbar, ein problematisches Substitut. ... Das Geldsystem und seine Preise lassen sich mithin ... als kaum reversible evolutionäre Errungenschaften charakterisieren."[124]

Bei aller Berechtigung von Luhmanns Bedenken gegen die Funktionsfähigkeit der zentralstaatlichen Planung oder Globalsteuerung der Wirtschaft bleibt jedoch höchst zweifelhaft, ob das bestehende Geld- und Preissystem die hochgradig komplexen einzelwirtschaftlichen Entscheidungen wirklich schon optimal aufeinander abstimmt. Ist wirtschaftliches Handeln der Politik wirklich nur in Gestalt der Makroplanung oder Globalsteuerung vorstellbar? Oder wäre es nicht gerade im Sinne der Geld- und Bodenrechtsreform und des frühen Ordoliberalismus in Gestalt der Schaffung einer gerechten, rechtsstaatlichen Rahmenordnung für das sich ansonsten dezentral selbst steuernde Wirtschaften zwingend erforderlich? Zwischen solchen Fragen und Luhmanns Systemtheorie lagen Welten.

Analog zur neoklassischen Betrachtung des Geldes als bloßes Tauschmittel war das Geld für Luhmann in Anknüpfung an den US-amerikanischen Soziologen Talcot Parsons bloß ein „symbolisch generalisiertes Tauschmedium", das seine Funktion als wirtschaftliches Kommunikationsmittel erfüllt, indem es während seines Flusses durch die Wirtschaft unermesslich viele Zahlungs- oder auch Nichtzahlungsvorgänge vermittelt und dabei ebenso viele Preisinformationen in sich aufnimmt, verarbeitet und zwischen Anbietern und Nachfragern überträgt. „Geld ermöglicht eine sachlich/zeitlich/soziale Generalisierung von Tauschmöglichkeiten."[125]

Obwohl Luhmann einerseits unterstellte, dass sich das Wirtschaftssystem „als Funktionssystem mit eigener, selbstreferenzieller Autonomie in der Gesellschaft" selbsttätig steuert, könne andererseits „das System ... nie im Gleichgewicht sein". Seinem „Zweifel an Gleichgewichtsmodellen" der Ökonomie lag jedoch ein Missverständnis zugrunde. In der Beweglichkeit der Preise für einzelne Güter und Dienste sah Luhmann nämlich den Grund für eine „basale Instabilität" des Gesamtsystems. Dabei ist die Variabilität der Einzelpreise für das Funktionieren der dezentralen Selbststeuerung des Systems unverzichtbar und als solche gar keine Quelle einer systemischen Instabilität. Diese entsteht erst, wenn das durchschnittliche Niveau aller Preise, also die Kaufkraft der Währungen, nicht durch eine exakte Anpassung der zirkulierenden Geldmenge an das Volumen der Güter und Dienste stabilisiert wird und folglich Inflationen oder Deflationen entstehen.[126]

---

[124] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 39 (Geld und Preise als evolutionäre Errungenschaften), 96 (komplexes System) und 101 (keine perfekte Konkurrenz allwissender Teilnehmer).

[125] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 14 - 15, 47, 68 und 231 - 249 (Talcott Parsons und Geld als symbolisch generalisiertes Medium).

[126] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 23 (variable Preise), 29 (Zweifel an Gleichgewichtsmodellen), 31 (Instabilität der Geldkosten, d.h. der Kaufkraft), 35 (basale Instabilität), 36 (Autopoiesis) und 51 (kein Gleichgewicht).

Obgleich Luhmann keine Möglichkeit sah, ein solches „fatales Kumulieren von Instabilitäten (zu) verhindern", ging ihm „die Absicht, das Geld als solches zu kritisieren, zu weit, da niemand eine Re-Archaisierung des Gesellschaftssystems wirklich herbeiführen möchte". In diesem Zusammenhang erinnerte er an die Kritik am Geld „seit seiner Expansion im späten Mittelalter", ohne darauf einzugehen, dass diese frühmoderne Geldkritik eigentlich eine in den jüdisch-christlich-muslimischen Religionen und der aristotelischen Philosophie wurzelnde Geld- und vor allem Zinskritik war. Auf den Gedanken, anstelle einer „Pauschalkritik des Geldes" zu überlegen, wie sich das Geld so umgestalten ließe, dass es seine Funktionen stabilitätsgerecht erfüllt und Preise gerecht werden, kam Luhmann auch an dieser Stelle nicht. Stattdessen beließ er es dabei, einen „Zusammenbruch der Lehre vom gerechten Preis ... spätestens im 16. Jahrhundert" zu konstatieren. Zudem rechtfertigte er das individuelle Gewinn- bzw. Profitstreben, ohne nach berechtigten und fragwürdigen Bestandteilen des Profits zu differenzieren. Er nahm die von Karl Polanyi in dessen „Großer Transformation" beklagte Tatsache als unabänderlich hin, „dass auch Boden (wie alle anderen Ressourcen) und Arbeit nur noch für Geld zu haben sind", dass also die menschliche Arbeit als Lohnarbeit und die natürlichen Lebensgrundlagen zu Handelswaren geworden sind. Schließlich war Luhmann der geradezu antiemanzipatorischen Ansicht, dass eine soziale Ungleichheit notwendigerweise zur Komplexität des autopoietischen Wirtschaftssystems gehöre. „Geld muss im System ungleich verteilt sein, so dass Preise für den einen zu hoch, für den anderen dagegen erschwinglich oder sogar ohne spürbaren Aufwand erschwinglich sind. In beiden Hinsichten ist Ungleichheit Ausgangsbedingung und Produkt der Wirtschaft und Gleichheit wäre tödliche Entropie."[127] Demgegenüber würde eine Überwindung von leistungsfremden Vermögenseinkünften sowie von sekundären leistungsfremden Einkünften wie zum Beispiel Steuerprivilegien mit Hilfe einer ordnungspolitischen Rahmensetzung zwar zu einer Reduktion der wirtschaftlichen Komplexität führen, diese aber auf einem Niveau erhalten, das deutlich über einer „tödlichen Entropie" liegt. Soziale Gleichheit würde dann keineswegs eine Gleichmacherei bedeuten, sondern dazu führen, dass alle Formen von Arbeitseinkommen in einer im Vergleich zu heute deutlich geringeren Bandbreite voneinander abweichen. Innerhalb dieser Bandbreite bliebe eine dezentrale Selbststeuerung des hochgradig komplexen und in sich differenzierten Systems marktwirtschaftlicher Interaktionen durch ein gerechter verteiltes Geld erhalten und seine Funktion als Steuerungsinstrument würde unter solchen Umständen sogar noch verbessert.

Trotz der überaus starken inneren Zerklüftung des marktwirtschaftlichen Systems durch die soziale Ungleichheit gebe es - so Luhmanns Behauptung - einen intakten „Doppelkreislauf" des Geldes sowie der Güter und Dienste mit „Kaskaden

---

[127] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 23 - 24 (Lehre vom gerechten Preis, Gewinnstreben), 32 (Kumulation von Instabilitäten), 41 (Geldkritik und Re-Archaisierung, Pauschalkritik am Geld), 55 - 58 (Profitstreben), 62 (Boden und (Lohn-)Arbeit) und 112 (Ungleiche Verteilung von Geld).

von Anschlussdifferenzen" und einer „selbstreferentiellen Geschlossenheit". Zwar gebe es einen Unterschied zwischen der Annahme und der Weitergabe von Geld, der eine „erhebliche strukturelle Bedeutung" habe; aber dieses Problem der strukturellen Differenz zwischen dem Nehmen und dem Geben von Geld werde mit Hilfe der „Rentabilitätsrechnung" gelöst. Was meinte Luhmann damit? „Während die Geldannahme durch die sichere, wenn auch inhaltlich unbestimmte Chance der Wiederausgabe hinreichend motiviert ist, ist die Wiederbeschaffung von Geld ein Problem." Das Annehmen von Geld fällt leichter als das Ausgeben - vor allem bei größeren nicht für den Konsum, sondern für Investitionen bestimmten Summen, weil ungewiss ist, wann erneut Geld eingenommen werden kann. Damit kam Luhmann der von Gesell und Keynes thematisierten strukturellen Disparität zwischen Geben und Nehmen bzw. Geld und Arbeit/Waren nahe, überlegte aber nicht, warum das Geben in einem angeblich geschlossenen Kreislauf nicht genauso selbstverständlich vonstattengeht wie das Nehmen und wie ein gleichermaßen selbstverständliches Geben und Nehmen erreicht werden könnte. Stattdessen begnügte sich Luhmann mit der lediglich die falschen Verhältnisse in kapitalistischen Marktwirtschaften wiederspiegelnden Ansicht, dass die Bereitschaft zum Weggeben von Geld durch einen besonderen Anreiz erhöht werde: nämlich durch die Aussicht auf einen Rückfluss des weggegebenen Geldes mitsamt einer Verzinsung. „Man gibt Geld nur aus" (insbesondere für Investitionszwecke), „wenn und soweit eine hinreichende Aussicht besteht, dass genau dadurch Geld wieder eingeht. ... Mit Recht kann man deshalb die Rentabilitätsrechnung als die Selbstkonditionierung des Systems ansehen."[128] Im Zusammenhang mit dieser systemkonformen ‚Lösung' der strukturellen Differenz zwischen dem Nehmen und Geben von Geld verwechselte Luhmann die Rentabilität mit der Wirtschaftlichkeit. „Rentabilität bzw. Profitabilität wird damit als derjenige Faktor ausgezeichnet, der ein Kalkül als wirtschaftlich markiert."[129] Wirtschaftlichkeit und Rentabilität wären einander jedoch nur bei einem durchschnittlichen Zinsniveau von Null gleich und nur unter dieser Bedingung wäre die strukturelle Differenz zwischen dem Nehmen und Geben von Geld aufgehoben.[130]

Solche Überlegungen lagen Luhmann jedoch fern. Seiner Ansicht nach werde die strukturelle Differenz zwischen dem Geben und dem Nehmen durch die Erwartung eines um Zinsen vermehrten Geldrückflusses aufgehoben - während doch die sowohl einzel- als auch gesamtwirtschaftliche Übereinstimmung von Geben und Nehmen gerade dadurch verhindert wird. Dessen ungeachtet erweiterte Luhmann seine systemkonforme Argumentation noch um den Hinweis, dass es in einer stärker ausdifferenzierten Marktwirtschaft die Banken seien, die durch das Weiterverleihen des ihnen geliehenen Geldes dafür sorgen würden, dass der Geldkreislauf geschlossen bleibe. Ihre „Zwischenschaltung ermöglicht die Ab-

---

128 Niklas Luhmann (1988/1989), S. 131 - 139 (Doppelkreislauf und Rentabilitätsprinzip).

129 Niklas Luhmann (1988/1989), S. 142 (Wirtschaftlichkeit und Rentabilität).

130 Vgl. hierzu Tilo König (2018), S. 217 – 236.

sorption größerer Risiken, sie nimmt auch dem leichten Verdienen von Geld mit Geld den üblen Geruch, indem genau dies nun den Bedingungen des Geschäfts unterworfen wird." Luhmann nahm die Zinsnahme, das Geldverdienen mit Geld und die „Möglichkeit, Zeit zu verkaufen" gegen die Bedenken in Schutz, die „man noch in der beginnenden Neuzeit hatte". Er rechtfertigte den Zins als eine marktübliche Risikoprämie, ohne daran zu denken, dass der Zins neben der legitimen Risikoprämie auch noch einen illegitimen Bestandteil enthält, nämlich die Prämie für den Verzicht auf das Festhalten von Liquidität, die eigentlich freiwillig und ohne Rentabilitätsbedingungen im Geldkreislauf zirkulieren sollte. „Das Leihgeschäft ... führt nicht dazu, dass jedermann hier leichtes Geld machen kann. Dafür gibt es nun Spekulation - mit den entsprechenden Risiken"[131], die seit dem Beginn der Deregulierung der Finanzmärkte während der 1970er und 1980er Jahre tatsächlich in großem, die gesamtwirtschaftliche Stabilität gefährdenden Umfang von Finanzinvestoren eingegangen wurden. Luhmann propagierte dennoch den neoliberalen Glauben an die Selbststeuerungsfähigkeiten von sich selbst überlassenen Märkten, indem er darauf beharrte, dass „die moderne Gesellschaft ... auf eine Differenzierung von Politik und Wirtschaft, von Macht und Geld angewiesen" sei. „Sie kann wirtschaftliche Probleme nicht einfach durch Zuteilung von Macht zum Zugriff auf knappe Güter lösen, ganz unabhängig davon, wie zentral oder dezentral solche Machtquanten verfügbar gemacht werden."[132] Dass ‚das Geld' zu jener Zeit längst begonnen hatte, sich die politische Macht unterzuordnen und die Demokratie zu untergraben, wollte Luhmann offenbar nicht sehen.

Neben der strukturellen Differenz zwischen dem Geben und Nehmen von Geld fiel Luhmann noch eine besondere Zwiespältigkeit des Geldes auf, die ihn aber ebenfalls nicht auf den Gedanken brachte, dass mit der Grundstruktur des Geldes etwas nicht in Ordnung sein könnte. Als ein „symbolisch generalisiertes Kommunikationsmittel" könne das Geld nicht nur ganz allgemein „Verschiedenheit des Verschiedenen überbrücken" und verschiedene knappe Güter miteinander vergleichbar machen, sondern es könne sich universalisieren, indem man in „überpekuniariserten Verhältnissen" noch viel mehr als nur wirtschaftliche Güter kaufen kann: „auch Freunde und Frauen, auch Seelenheil und politischen Einfluss und sogar Staaten, auch Steuereinnahmen, Kanzleitaxen, Adelstitel usw. ... Mehr als irgendwo sonst ist denn auch am Geld der Doppeleffekt von symbolischer und diabolischer Generalisierung bewusst geworden."[133]

Diese Zwiespältigkeit des sowohl symbolischen als auch diabolischen Kommunikationsmittels Geld war für Luhmann keineswegs ein Grund, nach den tieferen Ursachen dafür zu fragen, dass das Geld seine Grenzen überschreitet und in Lebensbereiche vordringt, in die es nicht gehört. Im Gegenteil - er wies die „hilflos

---

[131] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 144 (Banken, Geld mit Geld verdienen, frühneuzeitliche Geld- und Zinskritik, Spekulation) und 147 (Zeit verkaufen).

[132] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 150 (Trennung von Politik und Wirtschaft).

[133] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 233 und 236 (Verschiedenheiten überbrücken), 239 (universale Käuflichkeit) und 248 (symbolische und diabolische Generalisierung).

wirkende ... Opposition von Luther bis Marx" weit von sich. Die „diabolischen Züge des Geldes" hätten nichts mit seiner „rechenhaften Formalisierung" zu tun. „Sie liegen auch nicht, wie man seit dem Mittelalter immer wieder vermutet hat, darin, dass Geld zur Sünde verführt, Habgier weckt, Luxusbedürfnissen dient, von der Sorge ums Seelenheil ablenkt oder, wie Marxisten sagen würden, zur Ausbeutung und zum Warenfetischismus führt. ... Damit wird die religiöse und/oder moralische Geldkritik überflüssig. Wir ersetzen sie ... durch die Unterscheidung von symbolischer und diabolischer Generalisierung", wobei Luhmann das Symbolische und das Diabolische unzulässiger Weise zu gleichermaßen selbstverständlichen Eigenschaften des generalisierten Kommunikationsmittels Geld erklärte. „Symbolik und Diabolik ... bilden ... eine unlösbare Einheit." Dass die diabolische Seite des Geldes seiner strukturellen Widersprüchlichkeit als kapitalistisches Geld entspringen und durch eine Reform des Geldes gemäß den Vorschlägen von Gesell und Keynes überwunden werden könnte, lag weit außerhalb von Luhmanns gleichsam neoliberal begrenztem Gedankenhorizont. „Offensichtlich wird die Geldtheorie überlastet, wenn sie zugleich als Vehikel der Gesellschaftskritik dienen muss." Für Luhmann gab es keinen Zweifel, dass „das Medium Geld trotz aller Abartigkeit funktioniert. ... Daher ist Geld der systeminternen Dauerstimulation ausgesetzt, ausgegeben zu werden. Es zirkuliert und verteilt dadurch die Knappheit im System auf von Moment zu Moment wechselnde Träger."[134]

Nach alledem ist nicht verwunderlich, dass Luhmann schließlich noch die Tragweite des Gegensatzes zwischen dem Kapital und der (Lohn-)Arbeit herunterspielte. „In ernsthaften Bemühungen um ein Verständnis der modernen Gesellschaft wird er kaum noch benutzt." Zwar gab und gibt es diesen Gegensatz nicht in der von Marx postulierten Form zweier klar voneinander abgrenzbarer und sich bekämpfender Klassen; insofern hatte Luhmann nicht unrecht mit seiner Bemerkung, dass „Marx ... schon auf der Ebene der sozialen Differenzierung ... bei empirischen und historischen Analysen die Existenz anderer Klassen zugestehen ... musste" und dass die „Kampfsemantik von Kapital und Arbeit ... ihren Realitätsbezug verliert". Das bedeutet aber keinesfalls, dass es einen Interessengegensatz zwischen dem Geld- und Realkapital und den lohn- und gehaltsabhängig Arbeitenden (und Arbeitslosen) in anderer komplexerer Form nicht mehr gibt. Sein Hinweis, dass „der Kapitalist andere Geldanlagen suchen ... kann, in denen sein Einkommen von Arbeitsbereitschaft und von Bedingungen des Arbeitsmarktes unabhängiger ist", ist entgegen Luhmanns Intention gerade kein Argument für eine Relativierung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Vielmehr

[134] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 240 und 242 (Geldkritik von Luther bis Marx, symbolische und diabolische Generalisierung), 248 (Geld funktioniert trotz aller Abartigkeit), 253 (Dauerstimulation zum Fluss des Geldes), 255 - 256 (Geldtheorie vs. Gesellschaftskritik) und 259 (Symbolik und Diabolik als Einheit).

hätte er hierin vor dem Hintergrund der Deregulierung der Finanzmärkte ein Indiz für eine komplexere Struktur dieses Interessengegensatzes sehen können.[135]

Zwar wollte Luhmann die fortwährende Existenz von Verteilungsproblemen nicht bestreiten, aber er hielt es für „illusorisch anzunehmen, dass die moderne Gesellschaft bei Wegfall der Differenz zwischen Kapital und Arbeit - also bei Verzicht auf eine rein wirtschaftliche Kalkulation des Kapitaleinsatzes - ein glücklicheres Leben ermögliche." Im Übrigen werde die Bedeutung der Verteilungsproblematik überschätzt, weil immer noch die auf Marx zurückgehende „Superideologie" des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit weiterwirke, obwohl „die derzeit wohl zentralen Probleme der modernen Gesellschaft in den Rückwirkungen von Umweltveränderungen, die die Gesellschaft ausgelöst hat", und in der „eigentümlichen Wachstumsdynamik der modernen Gesellschaft" lägen. Angesichts der ökologischen Probleme sei ein „Austragen von Konflikten an dieser Front" - gemeint war der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit - nicht mehr hilfreich, was auch die Gewerkschaften einsehen müssten.[136]

Luhmann verlor kein einziges geschweige denn ein kritisches Wort über die Deregulierung der Finanzmärkte sowie die fortschreitende Konzentration von Geld- und Realkapital und die Monopolisierung der Märkte. Den ungelösten sozialen Grundkonflikt der kapitalistischen Marktwirtschaft bagatellisierte er im Vergleich zur zweifellos bedeutsam gewordenen ökologischen Problematik, ohne auch nur im Entferntesten zu erahnen, dass die sozialen und ökologischen Problementwicklungen eng miteinander verflochten sind und letztlich derselben Wurzel des den Gesamtzusammenhang von Natur und Gesellschaft desorganisierenden kapitalistischen Geldes entspringen.

Am Ende blieb Luhmann bei seiner ausgeprägten Skepsis gegenüber einer politischen Steuerung des „autopoietischen selbstreferentiellen Systems" der Wirtschaft. Zwar sei es „so gut wie unmöglich, den Begriff der Steuerung ganz aufzugeben und die Zukunft einfach kommen zu lassen, wie sie kommt." Aber ohne Einsicht in die Notwendigkeit einer gerechten rechtsstaatlichen Rahmenordnung für die Selbstorganisation der Wirtschaft hielt Luhmann ihrer politischen Steuerung, die keineswegs nur in der Form einer zentralen Planung vorstellbar ist, entgegen, dass „systemtheoretischen Analysen ... den Blick zunächst auf die Selbststeuerung des Systems ... lenken, im Bereich unserer Analysen also auf die Selbststeuerung der Wirtschaft. ... Keine Politik kann die Wirtschaft, kann Teilbereiche der Wirtschaft, kann auch nur einzelne Betriebe sanieren; dazu braucht man Geld."[137] Nein, dazu braucht man nicht Geld, sondern eine gerechte Ordnung des Geldwesens, welche die widersprüchliche Mischung aus der laissez-faire-kapitalistischen

---

[135] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 152 (Bedeutungsverlust des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit), 163 (soziale Differenzierung), 165 (Kampfsemantik ohne Realitätsbezug).

[136] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 169 - 171 (Umweltveränderungen und Wachstumsdynamik, fortbestehende Verteilungsprobleme, Illusion eines glücklicheren Lebens bei Wegfall der Differenz zwischen Kapital und Arbeit), 172 (Gewerkschaften) und 175 (Marxismus als Superideologie).

[137] Niklas Luhmann (1988/1989), S. 324 - 325 (Steuerung nicht ganz aufgeben).

Marktwirtschaft und ihrer staatsinterventionistischen Überformung allmählich überwindet. Zweifellos hatte Luhmanns Systemtheorie Vorzüge gegenüber dem mechanistischen Denken der klassischen Ökonomie und verschiedenen Form eines organischen Denkens ihrer Kritiker. Aber ohne eine ordnungspolitische Einrahmung des „autopoietischen Systems der Wirtschaft" läuft sie auf eine bloße Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse hinaus.

11.4.4 Die Wiederentdeckung von Georg Simmels „Philosophie des Geldes"

Begünstigt durch die 1989 begonnene Gesamtausgabe aller Werke des Soziologen Georg Simmel erlebte insbesondere dessen philosophische Auseinandersetzung mit der Ambivalenz des Geldes im Laufe der 1990er Jahre eine Renaissance in der Soziologie und in geringerem Maße auch in der Ökonomie.

Einerseits hatte das Geld Simmel zufolge den Übergang der menschlichen Gesellschaft in eine nachfeudale und demokratische Moderne mit einer Entfaltung der menschlichen Individualität ermöglicht. In dieser positiven Funktion betrachtete Simmel das Geld als eine „Spinne, die das gesellschaftliche Netz webt", sowie als eine „Sonderverwirklichung dessen, was den Gegenständen als wirtschaftlichen gemeinsam ist", und als Ausdruck der individuellen „Vielheit ... (in der) Einheit des sozialen Körpers".[138] Andererseits hatte sich das Geld zu einem absoluten, quasi-religiösen Selbstzweck über die Gesellschaft erhoben. Vor allem in den Großstädten, in denen Bankhochhäuser mittlerweile die Kirchen überragten, hatte es das Leben der Menschen nach seiner Ansicht einer nur noch abstrakten Zweckrationalität unterworfen und es entpersönlicht.[139]

Im Rahmen der neueren Simmel-Rezeption kam es allerdings noch nicht bzw. nur ansatzweise zu einer systematischen Vertiefung zweier wichtiger Denkanstöße Simmels. Gar nicht aufgegriffen wurde bislang sein in seiner stadtsoziologischen Schrift über die „Großstädte und das Geistesleben" (1903) enthaltener Hinweis auf die Problematik der privaten Vereinnahmung der Bodenrente in Großstädten. Ihr Charakter als „unearned increment" wurde Simmel offenbar unabhängig von Franz Oppenheimers Werken über das „Bodenmonopol" und das Genossenschaftswesen bewusst.[140] Abgesehen davon, dass es private Bodenrenten auch in

---

[138] Georg Simmel (1900/1989), S. 104, 107 und 122. - Vgl. auch den Abschnitt 6.4.1 im vorliegenden Buch.

[139] Zur Rezeption Simmels in der Ökonomie vgl. Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994) und Paschen von Flotow (1995) sowie den Abschnitt 11.5.6 im vorliegenden Buch.

[140] Georg Simmel (1903/1995a), S. 126 (Bodenrente in Großstädten, Kosmopolitismus). - Aus Briefen Simmels an Martin Buber vom 12.8. und 20.11.1905 geht hervor, dass Simmel damals lediglich Kenntnis von Oppenheimers „Der Staat" hatte; vgl. Georg Simmel, Gesamtausgabe Band 22, Frankfurt/M. 2005, S. 523 und 529. In weiteren Briefen Simmels an Gustav Schmoller vom 9.12.1908, an Hermann Beck vom 3.11.1909 sowie an Ferdinand Tönnies vom 16.10.1912 ging es ohne jede Erwähnung von Oppenheimers Bodenreformanliegen nur um dessen Mitwirkung im Vorstand der Deutschen Gesell-

kleinen Städten und auf dem Land gab, könnte dieser Hinweis von Simmels Nachfolgern übersehen worden sein, weil er sich in diesem Aufsatz ansonsten ganz auf die Großstädte als „Hauptsitze des Geldverkehrs" und der „Käuflichkeit der Dinge" konzentrierte. Ihr Wachstum deutete er auch in keiner Weise als räumliche Verdichtung der Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital.[141]

Weitgehend unausgeschöpft blieb auch das Potenzial, das in Simmels Hinweisen auf das „Wertplus des Geldes" und das „Superadditum des Reichtums" enthalten ist.[142] Lediglich der Soziologe Christoph Deutschmann (*1946) beklagte in seiner auf Marx, Simmel und Weber sowie auf Veblen und Polanyi aufbauenden Studie über die „Verheißung des absoluten Reichtums" (1999) diesen „blinden Flecken der heutigen strukturfunktionalistischen Soziologie einerseits und der postmodernen Soziologie andererseits". Nach Simmel und Weber hätten sich die Soziologen entweder wie Durkheim überhaupt nicht mehr für das Geld interessiert oder sie hätten sich wie Parsons in Übereinstimmung mit der ökonomischen Neoklassik allein auf seine Tauschmittelfunktion konzentriert und die „Vermögenseigenschaft des Geldes" ausgeblendet. Das Geld bewerkstellige aber nicht nur die Allokation knapper Güter, sondern auch eine „Verteilung sozialer Macht".[143]

Am Ende seiner Rekonstruktion des Umgangs der Soziologie mit dem Geld näherte sich Deutschmann auch den Geldreformgedanken von Gesell und Keynes an. „Es reicht nicht aus, das Gute nur zu wollen; man muss auch wissen, worin es besteht. Wer nach diesem Wissen strebt, kommt nicht umhin, sich zunächst mit dem schwierigen Problem der Rolle von Geld und Kapital in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Gesells und Keynes' Desiderat, die Kapitaleigentümer von ihrer Vorstellung abzubringen, sie hätten einen Anspruch auf einen ‚Ertrag', müsste in seiner ganzen Tragweite verstanden und praktisch in Angriff genommen werden - wahrlich keine geringe Aufgabe!" In den schon von Keynes vorausgesehenen Zeiten, in denen „der Kapitalprofit erodiert ... , verliert das Capital seinen spezifischen Knappheitswert" und dann würden Keynes' Erwartung eines „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsels" und seine „Formel der ‚Euthanasie des Rentiers'" wieder aktuell. „Das System, das entstehen würde, hat Schumpeter in dem ersten, der ‚Statik' gewidmeten Kapitel seiner ‚Theorie der Entwicklung' in allen Einzelheiten dargestellt. ... Der normale Reproduktionsprozess der Gesellschaft würde vom Imperativ der Innovation und Akkumulation abgekoppelt, die ‚Erwerbswirtschaft' in eine ‚Versorgungswirtschaft' (Binswanger) rückverwandelt." Zwar gebe es auch dann noch Innovationen, aber nicht mehr in Gestalt von ‚schöpferischen Zerstö-

---

schaft für Soziologie und beim Deutschen Soziologentag 1912; vgl. Georg Simmel, Gesamtausgabe Band 22, Frankfurt/M. 2005, S. 728 - 729, und Band 23, Frankfurt/M. 2008, S. 126 - 127 und 132.

141 Georg Simmel (1903/1995a), S. 122 (Großstädte als Hauptsitze des anonymen Geldverkehrs und der Käuflichkeit von allem).

142 Georg Simmel (1900/1989), S. 268 (Wertplus des Geldes), 274 - 275 (Superadditum des Reichtums).

143 Christoph Deutschmann (1999), S. 9 (Durkheim und Parsons), 28 (Geld als blinder Fleck der Soziologie), 42, 45 - 48 (Vermögenseigenschaft des Geldes), 50 (knappe Güter und soziale Macht) und 55 - 59 (Parsons).

rungen' (Schumpeter) zur Rettung von Renditen vor den sich verstärkenden Sättigungstendenzen. „Die Produktion könnte dann in der herkömmlichen Weise fortgeführt werden, auch wenn sie keine Mehrwertkomponente enthält und nur noch konkreten, keinen absoluten Reichtum mehr liefert - es müssten nur die Kosten gedeckt werden. ... Auch ‚Unternehmerlohn' würde es geben, jedoch keinen Kapitalprofit mehr." Diese zukünftige nachkapitalistische Marktwirtschaft „würde eine im genauen Sinn ‚sozial eingebettete' Marktwirtschaft sein, die keinen ewigen Schätzen mehr nachjagt, sondern das durch das Geld verborgene tatsächliche Ausmaß sozialer Interdependenz der Menschen als endlicher und bedürftiger Wesen anerkennt."[144]

Auch in seinen weiteren Studien betrachtete Deutschmann die „Hyperthrophie der Finanzvermögen" und die „chronische Überschussliquidität an den Finanzmärkten" aus einer keynesianischen, aber nicht mehr fiskalpolitischen Perspektive. „Die Zins- und Renditeerwartungen der Kapitaleigentümer, die ja bislang im Gegensatz zu Löhnen, Renten und Sozialleistungen als sakrosankt gelten, dürften nicht länger tabu sein."[145] -

Als Ergänzung zu seinen an Simmel orientierten Studien über die „Gesellschaft des Geldes" und seine Bestrebungen, eine „monetäre Theorie der Moderne" zu entwickeln, befasste sich auch der Soziologe Axel Paul mit den „nur scheinbar antiquierten Geldreformideen von Silvio Gesell und Friedrich August von Hayek", womit er im Falle Hayeks dessen Vorstellung einer „Entnationalisierung des Geldes" und einer privaten Herausgabe von mehreren konkurrierenden Währungen meinte. Zwar hätten „die Geldreformer ein Gespür für die in der Tat zentrale Rolle, welche das Geld für die moderne Marktwirtschaft spielt". Jedoch hielt Paul „ihre Hoffnungen, das Geld technisch oder institutionell auf den Status eines bloßen Mittlers herabzudrücken", für „verfehlt" und er lehnte sie deshalb grundsätzlich ab. „Beide Lager verkennen ... , dass der Kapitalismus zunächst und vor allem eine Geldwirtschaft ist." Geldreformen seien „sozialutopische Projekte. ... Beider, Gesells wie Hayeks, Traum ist der einer a-sozialen Abschaffung des Geldes, wie wir es kennen." [146]

Gegen Hayek wandte Paul nachvollziehbar ein, dass eine Aufhebung des staatlichen Geldmonopols zugunsten einer Konkurrenz von privaten Währungen die Rolle des Rechtsstaats unterminiere. Ein „im Sinne von Hayek entpolitisiertes Geld" würde außerdem zu „Verzerrungen des Preisgefüges" führen. Die einzelnen Währungsanbieter wären bestrebt, den Kurs ihrer eigenen Währung gegenüber

---

[144] Christoph Deutschmann (1999), S. 180 - 183 (Gesells und Keynes' Desiderat, Schumpeters Theorie der Entwicklung). Deutschmann würde vermutlich nicht in Abrede stellen, dass die Produktion kurzfristig „in der herkömmlichen Weise fortgeführt" würde, dass sie sich aber mittel- und langfristig qualitativ ändern würde.

[145] Christoph Deutschmann (2004), S. 153 - 163. - Vgl. auch Christoph Deutschmann (2002), (2003), (2006) und (2008).

[146] Axel T. Paul (2004/2012) und ders. (2009), S. 243 (scheinbar antiquierte Geldreformideen), 244 (Anschluss an Simmel) - 245 (Geldreform als sozialutopisches Projekt).

den anderen Anbietern zu steigern, und schließlich würde ein „freier Währungswettbewerb die Spekulation befeuern". Demgegenüber habe Gesell „immerhin eine Ahnung vom inhärent politischen Charakter des Geldes" und von der Notwendigkeit eines einheitlichen staatlichen Geldwesens gehabt. Damit relativierte Paul seinen gegenüber Gesell erhobenen Einwand selbst, dass dieser den Charakter der kapitalistischen Marktwirtschaft als Geldwirtschaft verkannt habe. Gesell sei allerdings der „liberalen Illusion, das Geld als Störfaktor auszuschalten", erlegen und habe dessen „Gestaltbarkeit ... überschätzt". Damit verneinte Paul indirekt die Möglichkeit, die bisherige kapitalistische Marktwirtschaft in eine zukünftige „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" zu transformieren. Nicht zuletzt wegen einer „volkswirtschaftlichen Irrelevanz von Bargeldbeständen" könne ihm zufolge ein „Großversuch" mit Gesells Geldreform nur zu Preissteigerungen bei Konsumgütern führen und sei deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt. In kleinen Modellversuchen mit regionalen Komplementärwährungen habe sich im Übrigen gezeigt, dass „Parallelgeldräume die Ausgrenzung der wirtschaftlich Schwachen aus dem Gesamtsystem" fördern. „Als wirtschaftliche Selbsthilfeprojekte oder soziale Wärmestuben mögen sie taugen, als prinzipielle Alternative zum Markt und zur Gesellschaft wären sie repressiv und sozial desintegrativ." Dabei geht die soziale Ausgrenzung vom „Gesamtsystem" aus und nicht von den an Gesell angelehnten „Alternativgeldern", die sich auch gar nicht als „Alternative zum Markt und zur Gesellschaft" verstehen, sondern als kleine Lernfelder, die zur Transformation der kapitalistischen in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft beitragen wollen. Aber das war gerade nicht Pauls Ziel. Am Ende machte er Gesell zum einen den unberechtigten Vorwurf, den Zins „anstatt ihn mit Simmel oder wie später Keynes als Ausdruck einer am Gelde als allgemeinem ‚letzten' Repräsentanten von Wert haftendem Liquiditätsprämie ... zu begreifen ... , als natürlich-dinglichen, funktional irrelevanten Mehrwert der Ware Geld missverstanden" zu haben. Und zum anderen hielt er ihm auch noch den gleichsam neoklassischen Einwand entgegen, in seiner Zinstheorie die „die Produktivität entfesselnde Kraft des Zinses" ignoriert zu haben.[147]

11.4.5 Die Jenaer neue Kritische Theorie: Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa

Keiner der wiederentdeckten älteren Meisterdenker der Soziologie und keine neuere Denkrichtung, die wie die Frankfurter Schule, andere Zweige der Neuen Linken oder die Nachfolger Simmels während der letzten drei bis vier Jahrzehnte eine größere Bedeutung innerhalb der Soziologie erlangten, waren in der Lage,

[147] Axel T. Paul (2009), S. 246 (Großversuch), 247 (Irrelevanz von Bargeldbeständen), 249 - 251 (Hayek), 254 (politischer Charakter des Geldes bei Gesell und dessen liberale Illusion), 256 - 257 (Tauschringe und Regionalwährungen, überschätzte Gestaltbarkeit des Geldes), 258 (Fehldeutung des Geldes) und 259 (Produktivität entfesselnde Kraft des Zinses).

einen wissenschaftlichen Damm gegen die Entfesselung der internationalen Finanzmärkte mit ihren Fluten von Finanzinnovationen zu errichten. Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule war in dieser Hinsicht nicht kritisch genug. Soweit Luhmann seine Systemtheorie auf die Wirtschaft anwandte, war sie lediglich ein hochgradig abstrakter, wissenschaftlicher Schutz von wirtschaftlichen Machtinteressen. Und auch die Nachfolger Simmels drangen mit Ausnahme von Deutschmann nicht weit genug bis zu den tieferen Ursachen der Ambivalenz des Geldes und den krisenhaften Verwerfungen des Finanzmarktkapitalismus vor.

Nach alledem begannen die drei Jenaer Soziologen Klaus Dörre & Stephan Lessenich & Hartmut Rosa unmittelbar nach der großen Finanzkrise von 2008, die Kritische Theorie der Frankfurter Schule der Soziologie als eine Kritik am modernen, auf Beschleunigung und Wachstum eingestellten Finanzmarktkapitalismus wiederzubeleben und die „Jenaer Soziologie" zu einem „Ort kritischer Analyse der Gegenwartsgesellschaft" zu machen.[148]

In den 1990er Jahren des „postkommunistischen Siegeszugs des Marktliberalismus" sei es der Soziologie nicht gelungen, sich in einer Weise „mit dem gegenwärtigen, zuletzt offen krisenhaften Wandel der kapitalistischen Gesellschaftsformation ... auseinanderzusetzen, die einem kritisch-aufklärerischen Selbstverständnis gerecht würde." Der von ihr „offensiv zur Schau getragenen Marktfreundlichkeit" traten Dörre & Lessenich & Rosa mit ihrem Vorhaben entgegen, mit einer „kollektiven wissenschaftlichen Anstrengung" eine „Rückkehr der Kritik in die Soziologie" einzuleiten. Dabei bezogen sie sich ausdrücklich auf die „Tradition der kritischen Theorie" als einer „Tradition, die eine wesentliche Quelle der Inspiration aus der Marx'schen bzw. marxistischen Theorie bezieht" und die den Kapitalismus sowohl in seinen historischen als auch in seinen gegenwärtigen Formationen als eine „verselbstständigte Form privater Profitakkumulation" betrachtet.[149] Vor dem Hintergrund der historischen Auswirkungen der marxistischen Theorie und des Niedergangs der ersten Kritischen Theorie der Soziologie war es geradezu eine heroische Hoffnung, hieraus Inspirationen für die Analyse und Überwindung des modernen Finanzmarktkapitalismus ableiten zu können.

Ihr Projekt entwickelten Dörre & Lessenich & Rosa gemeinsam, wobei sie arbeitsteilig vorgingen und sich jeweils einem eigenen Schwerpunktthema zuwandten. Dörre analysierte die *räumliche Dimension* der kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsprozesse, d.h. die innere und äußere ‚Landnahme' von immer mehr Lebensbereichen, welche sich die kapitalistische Gesellschaftsformation im Wege der Erschließung neuer Märkte einverleibt, um sie „dann früher oder später als entwertete ‚verbrannte Erde'" zu hinterlassen. Rosa untersuchte ihre *zeitliche Dimension*, d.h. die sich mit zunehmender Geschwindigkeit vollziehende Beschleunigung dieser Prozesse. Und Lessenich erforschte die *„Mobilisierungstendenz der Moderne"*, also die Strategien von Menschen, sich an die von Kapitalbe-

---

148 Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 12.

149 Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 10 und 12.

wegungen induzierten, dynamischen Veränderungen des „sozialen Raum-Zeit-Regimes" aktiv anzupassen. „Landnahme, Beschleunigung und Aktivierung lassen sich daher als sachliche, zeitliche und soziale Dimensionen eines einzigen ökonomischen, kulturellen und politischen Prozesses beschreiben, dessen Basis die Logik der Kapitalbewegung bildet."[150]

- Dörres Anteil am Neustart der Kritischen Theorie begann insofern mit einem Paukenschlag, als er die sowohl klassisch-neoklassische als auch marxistische Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus in Frage stellte. Die „zeitgenössische Marktorthodoxie" des Ordoliberalismus und der Chicago School betrachte „den entfalteten Wettbewerbskapitalismus" mit dem Gewinnstreben und der Vertragsfreiheit als „Voraussetzung für politische Freiheit. ... Für den ... ökonomischen Mainstream ist der ideale Kapitalismus identisch mit einer Marktgesellschaft, die durch einen schlanken Staat reguliert und zusätzlich allenfalls von einer sittlichen Selbstverpflichtung ihrer Mitglieder zusammengehalten wird."[151]

Zu Recht hielt Dörre dem neoliberalen Mainstream der Ökonomie insbesondere im Blick auf Hayek vor, dass er einen Markt rechtfertige, „der Ungleichheiten und Machtasymmetrien nicht beseitigt, sondern optimal nutzt." Zwar müssten sich die Marktakteure an Spielregeln halten; diese würden aber das ungerechte „Prinzip des survival of the fittest'" nicht ausschalten. „Ihre Majestät, die ökonomische Effizienz, entscheidet und nur die Stärksten überleben." Allerdings legte Dörre nicht offen, dass der „naive Effizienzbegriff des Marktfundamentalismus" nur ein Deckmantel für das Streben des Geld- und Realkapitals nach der Maximierung seiner Rentabilität ist und dass das Rentabilitätsstreben oftmals im Widerspruch zur Wirtschaftlichkeit steht. Und leider fragte er auch nicht, ob es möglich sein könnte, die Spielregeln so zu ändern, dass kapitalistische Ungleichheiten und Machtasymmetrien vom Markt verschwinden. Andererseits - und damit trat Dörre in Anknüpfung an Karl Polanyi und an den französischen Soziologen Pierre Bourdieu doch auch aus herkömmlichen Denkgewohnheiten heraus - wurde ihm bewusst, dass „sich der Kapitalismus nicht auf Wettbewerb reduzieren ... lässt. ... Marktvergesellschaftung beruht somit auf widersprüchlichen, ja gegensätzlichen Handlungslogiken."[152]

Schon seitdem der frühe Konkurrenzkapitalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts infolge der fortschreitenden Kapitalkonzentration in den staatlich organisierten Monopolkapitalismus überging, seien Dörre zufolge Tendenzen zur „Aufhebung freier Konkurrenz", zur „Trennung von Kapitaleigentum und Management" und zur Planung der Produktion in „großen Unternehmensbürokratien" erkennbar gewesen. Zudem habe „überall ... die Stärkung der Marktvergesellschaftung auf ihrer Kehrseite einen bürokratischen Überwachungsstaat hervorgebracht." Alles in al-

---

[150] Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 296 - 297.

[151] Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 23 - 24.

[152] Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 25 (ungerechte Spielregeln des Marktes), 26 (Effizienzdogma), 28 (Kapitalismus nicht nur Wettbewerb) - 29 (in sich widersprüchliche Marktvergesellschaftung).

lem lasse sich also nicht leugnen, „dass Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht identisch sind". Dörre sprach deshalb sogar vom „Kapitalismus als sich selbst negierender Marktwirtschaft" und machte diese Einsicht zum „Ausgangspunkt eigener konzeptioneller Überlegungen".[153]

Doch wodurch entstand überhaupt die fortschreitende Negierung der Marktwirtschaft durch den überbordenden Kapitalismus? An dieser Stelle versäumte es Dörre, sich noch einen weiteren Schritt von den gewohnten Denkmustern der ersten Kritischen Theorie zu entfernen und den sog. *Markt*fundamentalismus in das umzuinterpretieren, was er in Wirklichkeit ist: nämlich ein auf maximale Renditen ausgerichteter *Geld*fundamentalismus, der eine monopolkapitalistische Vermachtung der Märkte bewirkt und den vielgescholtenen ‚freien Wettbewerb' dabei in einen ebenso wildwüchsigen wie rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb umwandelt. Statt diesen Geldfundamentalismus in Anknüpfung an den Band 3 des „Kapital" von Marx & Engels und an die geldreformerische Seite von Keynes eingehender zu untersuchen, griff Dörre auf Marx' frühere geldferne Ausführungen über die ursprüngliche Kapitalakkumulation durch eine „innere Landnahme" zurück - übrigens ohne dabei näher auf die private Aneignung des Bodens und der Ressourcen als elementarste Formen der Landnahme einzugehen. Sodann beschrieb er die großindustrielle Massenproduktion im staatlich organisierten „fordistischen Kapitalismus" als „gemischte Wirtschaft des sozial-bürokratischen Kapitalismus". Zwar sah Dörre hierin keine historisch notwendigen Vorstufe einer späteren Sozialistischen Produktionsweise mehr; aber er kritisierte sie auch nicht als eine Folge der vom kapitalistischen Geld vorangetriebenen und Märkte negierenden Konzentration von Geld- und Realkapital. „Das fordistische Akkumulationsregime stützte sich auf spezifische Verknüpfungen von Massenproduktion und Massenkonsum sowie eine darauf gegründete Lohnarbeitsgesellschaft."[154]

Nach dem Übergang in den neoliberal entfesselten Finanzmarktkapitalismus sei dieser fordistische Kapitalismus in eine Krise geraten - vor allem wegen der „Erosion des sozialgeschützten Normalarbeitsverhältnisses", der Prekarisierung der menschlichen Arbeit und des „Niedergangs institutioneller Arbeitermacht". Der „neue Geist des Kapitalismus" bestand für Dörre vor allem in der Wiederkehr einer quasi frühkapitalistischen Existenzunsicherheit. Darüber hinaus findet sich bei ihm keinerlei Versuch, die „Überliquidität auf den Finanzmärkten" und die „soziale Macht des Finanzkapitals" aus einer strukturellen Macht des Geldes über Menschen und Märkte abzuleiten und anders als Marx zu erklären, wie sich gemäß den alten Marxschen Formeln G - W - G' bzw. G - G' aus Geld mehr Geld machen

---

[153] Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 29 (Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus als eigener Ausgangspunkt), 30 (Kapitalismus als sich selbst negierende Marktwirtschaft; bürokratisierter Überwachungsstaat), 33 (Aufhebung der freien Konkurrenz), 34 (Produktionsplanung in bürokratisierten Großunternehmen, in denen sich Kapitaleigentum und Management trennten) und 35 (Marktwirtschaft und Kapitalismus sind nicht identisch).

[154] Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 36 - 46 (ursprüngliche Landnahme) und 46 - 50, hier: S. 47 (fordistisches Akkumulationsregime).

lässt. Im Hinblick auf das „globale Desaster" der großen Finanzmarktkrise von 2008 verlor Dörre die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus wieder aus den Augen und richtete seine Kritik nur noch gegen die „Marktorthodoxie". Im Übrigen sei „bei der Analyse ... Vorsicht geboten, da die Ereignisse noch im Fluss sind."[155]

Dörres eingehende Kritik der „Landnahme" in ihren anfänglichen Formen der Monopolisierung von Boden und Ressourcen und in ihren späteren Formen der Monopolisierung von Genen, Saatgut und Wissen[156] hätte konsequenterweise zur Forderung einer „Landrückgabe" an die Allgemeinheit führen können, also zur Forderung nach einer Reform der Boden- und Ressourcenrechts und nach einer Umwandlung von Genen, Saatgut und Wissen in Gemein(schafts)güter. Davon ist bei Dörre jedoch keine Rede.

Dementsprechend vorsichtig blieben auch seine Antworten auf die Frage „Gibt es Alternativen? ... Heute sieht sich die Kritische Theorie in allen ihren Spielarten mit einer ‚postsozialistischen Situation' konfrontiert". Nachdem das „Beispiel des staatsbürokratischen Sozialismus" gezeigt habe, „wie rasch sich wissenschaftlich verbrämte Garantien vor der Wirklichkeit blamieren können", sei größte Vorsicht gegenüber der „Suche nach einer Alternative *zum* Kapitalismus" angebracht. „Tatsächlich ist eine erneute systemimmanente Transformation des Kapitalismus eine reale Option." Anstelle einer Systemtransformation hin zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft zog Dörre also „eine andere Form des Kapitalismus" vor - etwa in der Form eines „ökosozialen Kapitalismus" und/oder eines „ökologischen New Deal." Eine „Rekonstruktion von Arbeitermacht" wollte Dörre nicht mehr als exklusives Politikziel anstreben. Daneben hielt er es auch für sinnvoll, Alternativen wie die genossenschaftliche „Solidarische Ökonomie oder die Wiederherstellung eines öffentlichen Bereichs" praktisch zu erproben. Aber „wenn es eine konzeptionelle Antwort auf die Fragen" nach einem „Veränderungspotenzial *innerhalb* des Kapitalismus" gibt, „dann ist sie nach meiner Überzeugung mit dem Stichwort Wirtschaftsdemokratie am besten beschrieben."[157]

Dieses Fazit wirkt wie ein hilfloses Plädoyer für eine Rückkehr vom angelsächsischen zum rheinischen Kapitalismus. Jedoch war auch im fordistischen rheinischen Kapitalismus die Lohnarbeit nicht wirklich ‚normal', sondern trotz ihres sozialen Schutzes bereits ein kapitalistisches Zerrbild eines selbstbestimmten menschlichen Tätigseins. Und die Prekarisierung der menschlichen Arbeit im angelsächsischen Finanzmarktkapitalismus war ‚nur' eine noch höhere Stufe auf dem Weg ihrer Entfremdung und Verdinglichung. Insofern reicht es nicht aus, ‚nur'

---

155 Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 53 (Normalarbeitsverhältnis), 54 (Prekarisierung der Arbeit), 56 (Überliquidität), 58 (soziale Macht des Finanzkapitals), 64 (neuer Geist des Kapitalismus), 65 (Niedergang der gewerkschaftlichen Arbeitermacht), 67 (Wiederkehr existenzieller Unsicherheiten), 69 (Krise noch im Fluss) und 74 (globales Desaster, Marktorthodoxie).

156 Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 39 - 46.

157 Klaus Dörre in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 81 - 86 (Frage nach Alternativen). - Zur Wirtschaftsdemokratie vgl. auch Klaus Dörre (2015), S. 95 - 114.

vom angelsächsischen zum rheinischen Kapitalismus zurückkehren zu wollen. Schließlich könnte ein selbstbestimmtes und zugleich kooperatives Tätigsein von Menschen dort möglich sein, wo es die zweite Kritische Theorie bislang noch am wenigsten erwartet: in einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft mit einer breiten Streuung von sich allmählich entkapitalisierendem Geld-, Boden- und Real'kapital'.

- Rosas Beitrag zur Revitalisierung der Kritischen Theorie bestand in der Aufforderung an die Soziologie, sich als gesellschaftskritische Kraft zu erneuern. Sie sollte die „Frage nach dem guten Leben" besonders im Hinblick auf die Lebens--bereiche „Familienverhältnisse, Bildungsprozesse, Arbeit und politische Gestaltung" neu stellen, die Aufmerksamkeit dafür stärken, „dass in den sozialen Verhältnissen etwas nicht stimmt", und „soziologische Aufklärung" über Fehlentwicklungen und Missstände vorantreiben, auch wenn es keine absoluten „Maßstäbe einer zeitgenössischen Gesellschaftskritik" gebe. „Die Aufgabe der Gesellschaftskritik besteht dann in einer Analyse der (strukturellen) Ursachen für das kollektive (oder auch nur gruppenspezifische) Verfehlen eines guten Lebens."[158]

Als besonders problematische „Sozialpathologie" beschrieb Rosa das „kapitalistische Wirtschafts- und Beschleunigungsregime", das das „Grundversprechen der Moderne" uneinlösbar mache, „ein selbstbestimmtes Leben nach eigenen Maßstäben zu führen".[159] Für dieses Regime mit seiner „Dynamik der Kapitalakkumulation" sind Rosa zufolge zwei Prinzipien ganz besonders bezeichnend: erstens das Wachstumsprinzip und zweitens das Beschleunigungsprinzip. Zum Kapitalismus gehörten von Anfang an ein „systemischer Zwang" zum Wachstum bzw. ein „Wachstumstotalitarismus". Und je länger dieses System bestand, desto mehr drängte es die soziale Entwicklung mit gleichsam exponentiell zunehmender Geschwindigkeit zu einem strukturellen Wandel, der zugleich den technischen Fortschritt und das gesamte Lebenstempo beschleunigte. „Wirtschaftswachstum und soziale Beschleunigung sind aufs Engste miteinander verzahnt in einer wechselseitigen Steigerungslogik ... , die uns die Moderne als ‚totale Mobilmachung' erscheinen lässt".[160]

Infolge dieser andauernden Steigerung des technischen Fortschritts und des Ausstoßes der Produktion kam es zu einer Fehlentwicklung, die schon Karl Polanyi als „Entbettung" der Wirtschaft aus der sozialen Lebenswelt kritisch analysiert hatte. Rosa erweiterte diese kritische Analyse mit seinem Hinweis auf die fortschreitende „Erosion lebensweltlicher Verlässlichkeit und Kontinuität". Im Turbokapitalismus mit dem „immer schrankenloseren Wettbewerb" und den Sozial-

---

[158] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 87 - 92 (Aufgabe der Gesellschaftskritik. - „Dies ist indessen nicht der Ort, die Auseinandersetzung um die Universalität von Gerechtigkeitsmaßstäben in Einzelnen nachzuzeichnen.").

[159] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 91 (Sozialpathologie), 93 und 95 (kapitalistisches Regime vs. Grundversprechen der Moderne).

[160] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 98 - 101 (Wachstums- und Beschleunigungsprinzip, Steigerungslogik, „totale Mobilmachung").

staatsreformen à la Hartz IV gehe sie so weit, dass sie „flexiblen Menschen" (Richard Sennett) geradezu den Zwang auferlegt, größere existenzielle Unsicherheiten und eine zunehmende „Absturz- und Ausschlussgefahr" in Kauf zu nehmen. So entstehe für die Menschen ein eklatanter Widerspruch zwischen ihrer Freiheit und ihrem „Autonomieverlust". Hinzu komme eine „signifikante Zunahme von Angst-, Depressions- und Burn-out-Erkrankungen". In der ganzen Gesellschaft breite sich eine „gestörte Weltbeziehung der Subjekte" aus, zu der schließlich auch noch „politische Ohnmachtserfahrungen" hinzukommen.[161]

Seine alles in allem „skeptische Diagnose" war nach Rosas eigenen Worten „nur eine weitere Krisendiagnose" und „weder neu noch originell. Aber das macht sie weder falsch noch irrelevant."[162] Vor allem wegen ihres Hinweises auf die kapitalistische Steigerungs- und Beschleunigungslogik war Rosas Krisendiagnose ganz sicher nicht falsch. Dennoch war sie insofern unvollständig, als sie mit keinem einzigen Wort geldwirtschaftliche Ursachen der Steigerungs- und Beschleunigungslogik erwähnte. Nur ein einziges Mal und auch das allenfalls beiläufig sprach Rosa von dem Motto „Zeit ist Geld" als „einfacher zeitlicher Grundformel" der kapitalistischen Beschleunigung und vom „Zinsprinzip".[163] Ansonsten betrachtete er den Kapitalismus durchgängig als „Produktionsform" mit dem obersten Ziel der „Profitmaximierung" und sah überhaupt nicht, dass der Kapitalismus nicht nur eine Produktions-, sondern auch eine Zirkulationsform ist und dass Produktion und Zirkulation zusammen mit dem Konsum ein unteilbares Ganzes bilden. Zudem setzte Rosa das „spätkapitalistische Produktionsregime" in eins mit dem unerbittlichen „Diktat des Existenzkampfes" im „entfesselten Wettbewerb", ohne zwischen dem real existierenden monopolkapitalistischen Verdrängungswettbewerb und einem realutopischen gerecht geordneten Wettbewerb zu unterscheiden, in dem die Menschen nicht mehr gezwungen werden, um ihre Existenz zu kämpfen, sondern wo jeder Mensch die gleiche Chance hat, den seinen Fähigkeiten und Neigungen gemäßen Platz im gesellschaftlichen Ganzen zu suchen.[164]

Die von Dörre - zumindest ansatzweise - vorgenommene Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus spielte in Rosas Beitrag zur Wiederbelebung der Kritischen Theorie keinerlei Rolle. Für ihn waren sie wieder wie für Marx oder Weber zwei Seiten einer Medaille. Wenn die kritische Soziologie die ihr von Rosa zugewiesene Aufgabe einer „gesellschaftlichen Selbstreflexion" und der Suche nach den Bedingungen eines für alle Menschen guten Lebens erfüllen soll,

---

[161] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 103 - 104 (Erosion der Lebenswelt), 111 - 117 (Sozialabbau und Hartz IV, Absturzgefahren, schrankenloser Wettbewerb, Autonomieverlust und seelische Erkrankungen, politische Ohnmacht) und 121 (gestörte Weltbeziehung).

[162] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 111 (skeptische Diagnose) und 125 (Krisendiagnose).

[163] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 99 - 100 (Zeit ist Geld, Zinsprinzip).

[164] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Hartmut Rosa (2009), S. 95 (Profitmaximierung), 101 - 102 (Produktion), 118 - 119 (Existenzkampf im entfesselten Wettbewerb) und 122 (spätkapitalistisches Produktionsregime).

wird sie um eine größere Aufmerksamkeit für die Bedeutung der kapitalistischen Zirkulation für die Wachstums- und Beschleunigungsdynamik und für den grundlegenden Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht herumkommen.[165]

- Im dritten Beitrag zur Erneuerung der Kritischen Theorie in der Soziologie hob Stephan Lessenich die Notwendigkeit hervor, dass die Gesellschaftskritik nicht nur einzelne kritikwürdige Phänomene wie die Hartz IV-Gesetze in den Fokus rückt, sondern die ganze, zur Normalität gewordene kapitalistische Gesellschaftsformation auf den Prüfstand stellt. Während seine Antwort auf die Frage „Was ist Kapitalismus?" äußerst knapp ausfiel und sich auf den Hinweis beschränkte, dass es im Kapitalismus in erster Linie um das Investieren von Geld zum Zwecke der Geldvermehrung gehe, konzentrierte sich Lessenich noch stärker als Dörre und Rosa auf den Gesamtzusammenhang von kapitalistischer Akkumulation durch lohn- und gehaltsabhängige Arbeit einerseits und den demokratischen Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat als „Ermöglichungsagentur der kapitalistischen Bewegung".[166]

Bei seiner Analyse des Gesamtzusammenhangs von Privatwirtschaft und Staat in der kapitalistischen Moderne ließ sich Lessenich hauptsächlich von Marx und Foucault anregen, die er nicht nur als „Stichwort- und Gedankengeber", sondern geradezu als „Gesellschaftsgroßkritiker" auf den Thron hob. „Das Widerspruchsmodell gesellschaftlicher Dynamik im Kapitalismus stellt den Kern neomarxistischer Gesellschaftsanalyse - auch der vorliegenden - dar."[167] Und tatsächlich zeichnete Lessenich ein höchst differenziertes Bild von den sehr widersprüchlichen Funktionen des demokratischen Rechts-, Sozial- und Wohlfahrtsstaates im Kapitalismus. Zum einen ist der Staat ein rechtlicher Garant der „betrieblichen Direktionsgewalt des Unternehmers gegenüber den von ihm beschäftigten Arbeitskräften" und der „produktionsorganisatorischen und betriebshierarchischen Einbindung" der Arbeiter in das private Unternehmen, in dem dasjenige Kapital angehäuft ist, von dem die Arbeiter Marx zufolge seit den Anfängen der ursprünglichen Akkumulation ‚befreit' sind, so dass sie nur noch ihre Arbeitskraft als Ware auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt anbieten können. Und zum anderen muss der Staat gerade jene Arbeiter, die im Interesse einer „Aufrechterhaltung des Kapitalverwertungsprozesses" entfremdet und verdinglicht werden, schützen und „auch auf die aus gesellschaftlichen Interessenformierungsprozessen entstehenden sozialen Forderungen reagieren". Hierzu ist obendrein noch ein „steuerstaatliches Instrumentarium der öffentlichen Wertabschöpfung" erforderlich, das schließlich noch einer demokratischen Legitimation durch dieselben Arbeiter be-

---

[165] Hartmut Rosa in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 124 (Aufgabe der Soziologie); vgl. auch S. 93 - 94 (soziale Bedingungen für ein gutes Leben).

[166] Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 127 („Dem Gesellschaftskritiker geht es ... ums Ganze."), 132 - 133 (Kapitalismus), 134 (Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat).

[167] Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S.129, 136, 139 - 141 (Marx und Foucault).

darf, die zuerst wirtschaftlich ausgebeutet und nachträglich durch eine sozialpolitische Umverteilung existenziell gesichert werden. Eingezwängt in eine „systemische Doppelbindung" an Kapital und Lohnarbeit hat der demokratische Rechts-, Sozial- und Wohlfahrtsstaat im Kapitalismus also eine höchst zwiespältige Funktion zu erfüllen, nämlich die widersprüchlichen Interessen wenigstens vordergründig zum Ausgleich zu bringen. Und auch das ist wegen der Fragilität des Gesamtgefüges nicht ohne krisenhafte Verwerfungen möglich. Deshalb sprach Lessenich in dem Sinne von einer „Dialektik von ... Bewegung und Einhegung, Freiheit und Disziplinierung", dass die menschliche Arbeit einerseits als käufliche Handelsware ‚befreit' und andererseits sozialpolitisch wieder ‚gebunden' wird, und von einer „Gratwanderung an der Schwelle zur einseitigen Steigerung der jeweils einen oder anderen Logik".[168]

Lessenichs Analyse der „inhärenten Selbstwidersprüchlichkeit" des Konglomerats aus kapitalistischer Privatwirtschaft und kapitalistischem Staat und der sich daraus ergebenden Funktionsprobleme hätte ihn zu der Überlegung veranlassen können, ob es vielleicht eine nicht mehr kapitalistische, von solchen Widersprüchen freie Gesellschaftsformation geben könnte, in der die Menschen nicht mehr nur vor dem Gesetz frei und gleich sind, sondern in der sie auch alle gleichsam in den Vollbesitz ihrer wirtschaftlichen Kräfte kommen und dann neue Formen des Arbeitens ohne Lohnabhängigkeit wie auch der Absicherung gegen verbleibende existenzielle Restrisiken entwickeln. Sein ‚linker' Argwohn gegen den Liberalismus und den Markt ließ in Lessenich aber wahrscheinlich gar nicht erst den Gedanken aufkommen, dass eine nachkapitalistische Marktwirtschaft eine solche Gesellschaftsformation werden könnte.[169]

Es gab noch einen weiteren Grund dafür, dass ein solcher weit über das Bestehende hinausweisender Gedanke nicht in sein Blickfeld kam. Nach dem mit der neoliberalen Entfesselung der Finanzmärkte eingeläuteten Ende des sozial- und wohlfahrtsstaatlichen „goldenen Zeitalters des Kapitalismus" mit seinem „vorübergehenden Erfolg der wohlfahrtsstaatlichen Vermittlung von ökonomischer und sozialer Rationalität" verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen dem konzentrierten Geld- und Realkapital und der lohn- und gehaltsabhängigen Arbeit so sehr, dass es zunächst unabdingbar wurde, ihrer weiteren Schwächung entgegenzutreten - auch wenn dies innerhalb der widersprüchlichen kapitalistischen Strukturen die Nebenwirkung einer weiteren Zementierung der Lohnarbeit zur Folge hatte. „War der Staat zu Beginn seiner Entwicklung zum Sozialstaat ... noch ein unschuldiges Kind, so ist der ausgebaute Wohlfahrtsstaat" - wie Lessenich in Anspielung auf die sich ausbreitende „liberal-konservative Verdammnisrhetorik" und

---

[168] Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 136 - 137 (Hierarchie von Kapital und Lohnarbeit, Dialektik von Freiheit und Disziplinierung), 146 - 151(Gratwanderung, Kapitalverwertung, Schutz der Arbeiter, steuerliche Umverteilung, demokratische Legitimation, systemische Doppelbindung des Staates).

[169] Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 148 (inhärente Selbstwidersprüchlichkeit des Kapitalismus) und 150 (Liberalismus).

auf entsprechende Äußerungen von Niklas Luhmann schrieb - „zum bösen Onkel mutiert", der angeblich Arbeitsunwillige zur finanziell nicht mehr tragbaren sozialpolitischen Selbstbedienung verleite.[170]

Da Geldkapital in zunehmendem Umfang aus der Realwirtschaft und indirekt über Steuersenkungen und Steuervermeidungen auch aus dem Staatshaushalt flüchtete, entstanden hier wie dort finanzielle Engpässe und ein Kostendruck auf Löhne und Sozialleistungen. Die Zeiten, in denen sich der Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Lohnarbeit durch eine beiderseitige Teilhabe an einem jährlichen Produktionszuwachs entschärfen ließ, gingen über in eine neue Ära geringer Wachstumsraten und der sog. Flexibilisierung der menschlichen Arbeitskraft. Da sich kaum noch Zuwächse verteilen ließen, wurde die soziale Sicherung der Menschen im monopolistischen Verdrängungswettbewerb eingeschränkt, obwohl sie aufgrund ihrer fortgesetzten wirtschaftlichen Ausbeutung auf Unterstützungen durch den umverteilenden Sozial- und Wohlfahrtsstaat angewiesen blieben. Zunehmende existenzielle Risiken sollten die Menschen fortan stärker selbst tragen. Im Falle ihrer Arbeitslosigkeit sollte ihnen der zu einem „aktivierenden Sozialstaat" umgebaute Staat nur noch in geringerem Umfang helfen und im Übrigen sollten sie für Krankheit und Alter in größerem Umfang privat vorsorgen. Somit erwies sich der Um- und Abbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaats als Reflex auf das Erstarken des Geldkapitals auf den internationalen Finanzmärkten, und die „aktivierungspolitische Mobilmachung" war gleichsam der Versuch, die flexibilisierte Lohnarbeit schrittweise an die noch größere Flexibilität des Geldkapitals und die nicht ganz so große Flexibilität des Realkapitals anzupassen. In vermindertem „aktivierendem" Umfang blieb der Sozialstaat allerdings notwendig, um die sich verstärkende Akkumulationsdynamik auf den Finanz- und Realkapitalmärkten in Gang zu halten. Insgesamt erschien Lessenich die „Aktivierungspolitik geradezu als Quadratur des wohlfahrtsstaatlichen Interventionskreises" und das „aktive Selbst" der Menschen darin als eine „durch und durch widersprüchliche Sozialfigur", der eine wirtschaftliche Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unterstellt wird, die es innerhalb der kapitalistischen Strukturen überhaupt (noch) nicht haben kann.[171]

Als Folgen dieses zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Kapital und Lohnarbeit zeichnen sich zum einen Funktionsmängel dieser in sich widersprüchlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik und zum anderen ein Schwinden ihrer demokratischen Legitimation ab. Deshalb müsse es Lessenich zufolge „für eine politische Soziologie der Aktivgesellschaft ... darum gehen, die Widersprüche wohlfahrtsstaatlicher Intervention im (und in den) flexiblen Kapitalismus aufzuzeigen und die Paradoxien der politischen Produktion aktiver Subjekte zu benennen". Aber stellte

---

[170] Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 154 - 155 (goldenes Zeitalter des Kapitalismus), 157 (Staat als unschuldiges Kind und böser Onkel, Luhmann) und 159 (liberal-konservative Kritik am Sozialstaat).

[171] Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 168 (aktives Selbst in der Quadratur) und 170 (aktivierungspolitische Mobilmachung).

Lessenich darüber hinaus auch die „sozialpolitische Normalisierung der Lohnarbeitsgesellschaft" grundsätzlich in Frage? Angesichts von „Grenzen der Kritik als wissenschaftlicher Kritik" sei „im Rahmen einer gesellschaftskritischen Programmatik der Soziologie" schließlich doch auch eine „selbstkritische Bescheidenheit angesagt". Am Ende verließ Lessenich der Mut zur Utopie, wenngleich es für ihn durchaus auch eine Aufgabe der Gesellschaftskritik blieb, über die „Möglichkeit des ganz Anderen" und ein „Ende des Kapitalismus" nachzudenken.[172]

- Trotz „mancherlei Differenzen ... zwischen uns" lagen - wie Dörre & Lessenich & Rosa betonten - ihre „Positionen in vielem sehr eng beieinander", so dass sie ihre vorläufigen Forschungsergebnisse zu einem in sich konsistenten Gesamtbild zusammenfügen konnten. Es setzte sich aus drei zentralen Elementen zusammen: aus den „verwüsteten Landschaften", einem „rasenden Stillstand" und einem „dynamischen Immobilismus". Alles in allem wollten Dörre & Rosa & Lessenich eine neue Kritische Theorie der Gesellschaft auf einer „empirisch fundierten soziologischen Zeitdiagnose" aufbauen und daraus eine „Perspektive einer notwendigen Systemüberwindung" entwickeln. Allerdings waren sie sich „durchaus uneinig ... in der Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist bzw. wie der Weg, an dem dieses Ziel liegt, zu finden sein mag. ... Die ‚Systemfrage' ist nicht gelöst, sie stellt sich zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall vielleicht radikaler und nachdrücklicher als jemals zuvor. ... Für eine erneute gesellschaftliche Transformation gibt es kein Vorbild, kein Gesellschaftsmodell und schon gar kein fertiges Institutionenset."[173]

Zweifellos trifft die Einschätzung von Dörre & Rosa & Lessenich zu, dass es sich bei den permanent wiederkehrenden und sich verstärkenden Krisen der kapitalistischen Weltökonomie „nicht um eine vorübergehende ‚Erkrankung' eines an sich ‚gesunden' Systems handelt, sondern um den aktuellen Ausdruck eines inhärenten, strukturell unüberwindbaren Systemfehlers."[174] Aber die alles entscheidenden Kernfragen blieben bei Dörre & Lessenich & Rosa genauso unbeantwortet wie schon bei der ersten Kritischen Theorie: Wie lässt sich das Geld als dienendes Tausch- und Kreditmittel erhalten bzw. noch stärken und wie lässt sich verhindern, dass aus Geld immer mehr Geld G - W - G' bzw. G - G' wird? Wie lässt sich mit anderen Worten seine Akkumulationsdynamik bremsen und schließlich stilllegen? Und wie lässt sich ein für alle Menschen gleicher Zugang zu den natürlichen Lebensgrundlagen des Bodens, der Ressourcen und der Erdatmosphäre herstellen?

Anstelle einer Suche nach einer Antwort auf diesen Schlüsselfragen beließen es Dörre & Rosa & Lessenich leider bei der knappen Andeutung, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen und „innovative Formen einer Wirtschaftsdemokratie" Elemente eines zukünftigen Gesellschaftsmodells sein könnten. Damit blieben

---

[172] Stephan Lessenich in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 160 (Normalisierung der Lohnarbeitsgesellschaft) und 176 - 177 (Aufgabe einer politischen Soziologie, selbstkritische Bescheidenheit und Utopie).

[173] Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 12 und 14 sowie 295 - 302.

[174] Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 300.

sie allerdings noch in der Rivalität zwischen der Macht des konzentrierten Kapitals und der Gegenmacht der organisierten Lohnarbeit stecken und formulierten noch keine Grundlinien für eine Rückabwicklung der Landnahmen und für ein entschleunigtes und gleichwohl dynamisch bleibendes gutes Leben. Nur eines lässt sich - unabhängig davon, ob man an Grundeinkommen und Wirtschaftsdemokratie oder an geld- und bodenrechtsreformerische Ansätze einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft als mögliches Gesellschaftsmodell denkt - nicht leugnen, was Dörre & Rosa & Lessenich abschließend konstatierten, dass nämlich ein „politisches Subjekt", das eine solche Systemtransformation verantwortlich gestalten könnte, „noch nicht auszumachen" ist.[175] -

In einem im Jahr 2014 geführten Gespräch zwischen Lessenich, Rosa und dem ehemaligen Finanzminister Theo Waigel, an dem auch Margrit Kennedy teilnahm und die Geldreformansätze ansprach, hob Rosa die grundsätzliche Notwendigkeit einer „massiven Transformation des Wirtschaftssystems" hervor. Ihr entscheidendes Merkmal bestehe darin, dass die Wirtschaft dann nicht mehr „angetrieben wird von dem Motor, der bei Marx ganz einfach mit G-W-G' bezeichnet wird". Auf die Ansätze einer Geldreform gingen Rosa und Lessenich allerdings nicht ein.[176] Auch in seinem großen Werk „Resonanz - Eine Soziologie der Weltbeziehung" (2016) wendete Rosa seinen konstruktiven Resonanzgedanken nicht auf das Geld an, obwohl die „Weltbeziehungen" der Menschen nicht zuletzt auch deshalb tief gestört sind, weil das Geld in seiner bisherigen kapitalistischen Form die strukturelle Macht hat, alle diese Beziehungen zu unterbrechen bzw. sie in eine Schieflage zu bringen und damit die Resonanz im komplexen Netzwerk des Gebens und Nehmens zu stören. Infolgedessen tritt der Kampf aller gegen alle an die Stelle einer Balance von Wettbewerb und Kooperation. Mit den Worten von Rosa bedürfte es stattdessen einer verlässlichen stetigen Geldzirkulation als „Resonanzachse", um die elementarste „Resonanz" zwischen Geben und Nehmen, Kauf und Verkauf, Sparen und Investieren in einem geschlossenen Geld-Güter-Kreislauf zu gewährleisten. Und auch die „Weltbeziehungen" von Menschen zur „Weltaneignung" wären im Sinne einer privaten Aneignung *oder* Nutzung des Bodens und der Ressourcen resonanztheoretisch zu untersuchen.[177] -

Anders als Rosa brachte der Philosoph Fritz Reheis den Resonanz-Begriff in seinem Buch „Resonanz-Strategie" (2019) unmittelbar mit der Geld- und Bodenreform in Verbindung. Wie Rosa betrachtet auch Reheis den „Akkumulationszwang" als das „Kraftzentrum des Kapitalismus. ... Eine Gelderwerbswirtschaft stülpt also der Welt ein anderes Zeitmuster auf als eine einfache geldvermittelte Tauschwirtschaft. An die Stelle von Kreisläufen und Rhythmen, an die Stelle von

---

[175] Klaus Dörre, Stephan Lessenich & Harmut Rosa (2009), S. 301 - 302. Hartmut Rosas später erschienenes Buch „Resonanz - Eine Soziologie der Weltbeziehung" (Frankfurt/M. 2016)

[176] Hartmut Rosa in: Hartmut Rosa & Stephan Lessenich & Margrit Kennedy & Theo Waigel (2014), S. 41 - 42 und 52 - 53.

[177] Hartmut Rosa (2016), S. 201 und 693.

Regenerativität, Reziprozität und Reflexivität tritt unter dem Zwang der Geldvermehrung eine lineare, letztlich exponentielle Bewegung. … Die gigantische Beweglichkeit des Geldes, seine atemberaubende Fließgeschwindigkeit und die Möglichkeit, es zu speichern, führen zur Verwischung aller Grenzen, zwischen Räumen wie zwischen Zeiten." Aber darüber hinaus zieht Reheis auch eine Geld- und Bodenreform als Mittel in Erwägung, die Resonanz zwischen dem Geben und Nehmen innerhalb eines verstetigten Ware-Geld-Kreislaufs und mit der Natur zu stärken.[178]

11.4.6 Dieter Prokop und die „Kritische Theorie des Gelds"

Einen Versuch, aus der Perspektive der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule endlich auch das Geld genauer zu untersuchen, unternahm der Soziologe Dieter Prokop (*1941), der zuvor die Gedanken von Horkheimer & Adorno zur modernen Kulturindustrie medienkritisch fortgeführt und sich ebenso kritisch mit der mono- und oligopolistischen Vermachtung der Wirtschaft durch Großbanken und Großkonzerne auseinandergesetzt hatte.

Ausgangspunkt von Prokops ökonomischen Überlegungen war nicht mehr wie bei Horkheimer & Adorno die marxsche Aversion gegen die Dominanz des Tauschwerts gegenüber dem Gebrauchswert von Waren. Die von ihm in den Vordergrund gestellte mono- und oligopolistische Vermachtung der Märkte in der deregulierten Finanz- und Realwirtschaft war für Prokop jedoch keine Folge einer in seiner strukturellen Macht wurzelnden Akkumulations- und Konzentrationskraft des kapitalistischen Geldes und er zog auch keine Geldreform als Tor zu einer nachkapitalistischen Marktwirtschaft in Erwägung. Dem tieferen geldwirtschaftlichen Nährboden für die Existenz von „Oligopol-Konzernen, Machtkomplexen und Zocker-Banken" im Real- und Finanzmarktkapitalismus und die Deformation der ökonomischen Rationalität ging Prokop noch nicht auf den Grund. Aber ohne jede Ambition, dass der Organisierte Kapitalismus den Weg in eine Sozialistische Produktionsweise bereiten könnte, öffnete er für die neuere Kritische Theorie immerhin einen ersten zwar noch unvollständigen, aber doch in die richtige Richtung weisenden Ausblick auf das allzu lange als kleinbürgerlich verschmähte Ziel einer Stärkung kleinerer und mittlerer Unternehmen gegenüber den Großbanken und Konzernen. Ganz überwunden hatte Prokop das pauschale marxistische Ressentiment gegen Märkte allerdings noch nicht, denn es fehlte ihm noch die geld- und bodenrechtsreformerische sowie ordoliberale Vorstellung von einem bewusst entmonopolisierten Markt. „Auch das Gegenmodell zum Oligopol, die polypolistische Marktform, der wirklich ‚freie' Markt", hat Schattenseiten, zum Beispiel die Vernachlässigung des Gemeinwohls." In Übereinstimmung mit Friedrich Engels setzte Prokop den polypolistischen Markt noch immer mit dem frühen Laissez-faire-Kapitalismus gleich. „Der polypolistische Markt kann jedoch auch ein Zustand

[178] Fritz Reheis (2019), S. 282, 286, 296, 299, 301-304 und 335-336.

der Freiheit sein. Ich will keine Idylle malen, aber in der freien Konkurrenz haben viele Zugang zu Produktionsmitteln und einen freien Zugang zu Märkten", während Oligo- und erst recht Monopolisten den Preis- und Qualitätswettbewerb einschränken bzw. unterbinden und Markteintrittsbarrieren errichten, um potentielle Konkurrenten von den von ihnen beherrschten Märkten fernzuhalten.[179]

Im finanzmarktgetriebenen Casino-Kapitalismus mit seinen Großbanken, großen Versicherungen, Hedgefonds, Ratingagenturen, Schattenbanken usw. sah Prokop eine höhere Form des Oligopol-Kapitalismus, die sich erst auf der Basis der Informationstechnologien und mit Hilfe von immer komplizierteren und riskanteren Finanzprodukten ausbreiten konnte. Wesentliche Brandbeschleuniger sah er dabei in der 1999 in den USA erfolgten Aufhebung des Glass-Steagall-Gesetzes, wonach Geschäfts- und Investmentbanken seit 1933 getrennt waren, sowie in „Raubtier-Algorithmen" im weltweiten Hochfrequenzhandel mit Finanzprodukten und in den Überwachungsmöglichkeiten (Big Data), die mit den modernen Informationstechnologien entstanden sind.[180]

Während Prokop in John Maynard Keynes' „International Clearing Union" mit dem „Bancor" als supranationaler Verrechnungseinheit und „Strafzinsen für Staaten, die zu viel Geld horten", eine alternative institutionelle Struktur für die Weltwirtschaft sah, griff er dessen Hinweis auf die widersprüchliche „Doppelrolle des Geldes als Tauschmittel für den Güterkauf und alternativ dazu als Wertaufbewahrungsmittel für die Vermögensbildung" nicht auf. Statt an den Denkansatz einer Neutralisierung des kapitalistischen Liquiditätsvorteils des Geldes anzuknüpfen und ihn weiterzuentwickeln, fühlte sich Prokop stärker zu einer von Keynes ebenfalls erwogenen „ziemlich umfassenden Verstaatlichung der Investition" hingezogen - wohl wissend, dass „es heute unwahrscheinlich ist", dieses Ziel auf parlamentarischem Weg zu erreichen.[181]

So beließ es Prokop bei der Forderung, von der kapitalistischen „Operation Ausschluss" zu einer „Operation Chancengleichheit" überzugehen, die auch kleineren und mittleren Unternehmen einen Zugang zu Ressourcen, Krediten und Märkten verschafft. „Das muss kein utopisches Ziel sein" - jedenfalls nicht, sobald ein Weg gefunden wird, die Konzentrationstendenz umzukehren und die Großbanken und Großkonzerne in kleinere und mittlere Unternehmen aufzuteilen bzw. zerfallen zu lassen.[182] -

---

[179] Dieter Prokop (2013), Buchtitel (Oligopol-Konzerne, Machtkomplexe und Zocker-Banken), 34 (ökonomische Rationalität), 59 - 64, bes. S. 61 (oligopolistische vs. polypolistische Märkte), 68 - 72 (Markteintrittsbarrieren) und 186 (Unterschied zwischen dem Ordo- und dem neokonservativen Neoliberalismus).

[180] Dieter Prokop (2013), S. 22 - 30 (Raubtier-Algorithmen und Big Data), 97 - 101 (Finanzmarktgetriebener Kapitalismus) und 256 (Glass-Steagall-Act).

[181] Dieter Prokop (2013), S. 241 - 242 (Keynes' ICU), 245 (Doppelrolle des Geldes) und 248 - 250 (staatliche Investitionslenkung). - John Maynard Keynes (1936/1976), S. 319 (staatliche Investitionslenkung). - Zu Keynes' Bancor-Plan vgl. auch Dieter Prokop (2014), S. 127.

[182] Dieter Prokop (2014), S. 256 - 258 (Lösungsvorschläge).

Gerade dieses Problem ließ jedoch auch Prokops „Kritische Theorie des Gelds" ungelöst. Statt sich der Tiefenstruktur des kapitalistischen Geldes zuzuwenden, richtete sich diese Theorie zunächst über weite Strecken, zum Teil sogar an der Grenze zum Populismus, gegen „betrügerische Geldgeschäfte ..., Täuschung und Betrug" im Zusammenhang mit dem Euro, d.h. sie blieb auf der Ebene äußerlich sichtbarer Symptome eines tiefer liegenden Strukturproblems. Erst im mittleren Drittel wandte sich Prokop den eigentlichen Grundstrukturen des Geldes zu. Deren Analyse hätte der Kritik am Euro vorangehen müssen, um erkennen zu können, dass die Konstruktion des Euro mehr einer kapitalistischen Fehlstruktur des Geldes und den sich daraus ergebenden strukturellen Zwängen des neoliberal entfesselten Finanzkapitalismus entsprang als vorsätzlichen Täuschungen und Betrügereien.

Im Mittelpunkt von Prokops Analyse des „Geldes als absolutes Abstraktum" stehen Marx und Simmel („Abstraktion beim Tausch") sowie Keynes und Heinsohn & Steiger („Abstraktion beim Kontrakt"). „Geld ist Abstraktion in Reinform, der reine Logos. Und doch ist dieser reine Logos zugleich in alles mögliche Konkrete konvertierbar und in allem möglichen Konkreten präsent."[183]

- Von *Marx* übernahm Prokop die im „Kapital" Band 1 dargelegte Auffassung, wonach „Geld ... die reine Verkörperung von Äquivalenz, also von Gleichheit" sei. „Zwar war es Marx auch bewusst, dass sich Geld auch selbst außerhalb der Produktion vermehren kann. Aber das behandelte er im (posthum veröffentlichten) 3. Band seines Werkes." Prokop legte Wert auf die Feststellung, dass Marx neben der Rolle des Geldes als Tauschmittel auch schon dessen Rolle als „Medium der Kreditvergabe und des Zinses" gesehen habe - und zwar lange vor Keynes, dem diese „Entdeckung" meistens zugeschrieben werde. Aber das veranlasste ihn nicht, in Anknüpfung an den Band 3 und an Keynes genauer zu untersuchen, wie das herkömmliche Geld die Äquivalenz von Tausch- und Kreditbeziehungen aushöhlt und sowohl mikro- als auch makroökonomische Ungleichgewichte in der Wirtschaft verursacht.[184]
- *Simmels* „Philosophie des Geldes" habe gezeigt, „dass der Gebrauch von Geld die gesellschaftlichen Beziehungen versachlicht." Hierin sah Prokop eine positive Seite des Geldes. Ohne auf das „Superadditum des Geldes" als dessen von Simmel immerhin angedeutete problematische Seite einzugehen, legte Prokop Wert auf die Feststellung, dass er zwar eine „Kritische Theorie des Geldes" formulieren wollte, „aber sie vermeidet das pauschale Verdammen des Vorhandenen." Zweifellos ist eine Differenzierung zwischen sinnvollen und problematischen Eigenschaften des Geldes besser als seine pauschale Verurteilung. Doch wo verläuft die Grenze zwischen dem Geld, das als Tauschmittel die persönliche Freiheit der Menschen erweitert, und dem Geld als Machtmittel, das vom Mittel zum Selbstzweck

---

[183] Dieter Prokop (2014), S. 105 (Geld als absolutes Abstraktum).

[184] Dieter Prokop (2014), S. 111 (Austausch von Äquivalenten bei Marx), 113 - 114 (Band 3 von Marx' „Kapital").

geworden ist, das die Grenzen von Raum und Zeit durchbricht und die menschlichen Beziehungen anonymisiert? Und wodurch wird das Geld auch zum „Großen Usurpator, der auch vor den existenziellen Grundlagen der Menschen wie Nahrung, Wasser, Luft nicht Halt macht, vor Rohstoffen und Grund und Boden oder dem Regenwald ohnehin nicht"? Von Simmel übernahm Prokop die Vorstellung, dass sich subjektive Wertschätzungen von Waren im Geflecht aller wirtschaftlicher Beziehungen objektivieren und dass dann objektivierte Wertäquivalente ausgetauscht werden.[185] Und wie Simmel ließ er die Schattenseiten des Geldes vorerst auf sich beruhen.

- Somit überrascht es auch nicht, dass sich Prokop in seinen Ausführungen über *Keynes* durchweg auf dessen Werk „Vom Gelde" (1930), aber nicht auf dessen „Allgemeine Theorie" (1936) bezog. Während es in der „Allgemeinen Theorie" um die sowohl positiven als auch negativen Funktionen des Geldes in den Transaktions-, Vorsichts- und Spekulationskassen ging, ging es in „Vom Gelde" hauptsächlich um seine positive Seite als Zahlungsmittel und Recheneinheit (Prokop übersetzte „money of account" mit „Verrechnungsgeld"), d.h. um die „Abstraktion in Reinform" , für deren Gültigkeit der Staat ebenso garantiert wie für die Einhaltung der auf dieser Basis geschlossenen Verträge.[186]
- Bei Marx, Simmel und Keynes sei „die Entdeckung der objektiven Dimensionen des Geldes das Entscheidende. Bei *Heinsohn & Steiger* ist das die objektive Rolle des Eigentums-Kontrakts. ... Eigentum ist belastbar und verpfändbar. ... Wer sein Eigentum belastet und verpfändet, gibt damit ... die eigene Eigentumsprämie auf." Das Besondere an der Eigentumstheorie von Heinsohn & Steiger war für Prokop, dass in ihr das Vorhandensein von belastbarem und verpfändbaren Eigentum und nicht wie in der Klassik und Neoklassik der Tausch im Mittelpunkt stand. Gleichwohl propagierte er kein ‚entweder Eigentumstheorie oder Tauschparadigma', sondern gestand beiden Theorien ihre Berechtigung zu.[187]

Heinsohn & Steiger fehlte jedoch genauso wie der Klassik und Neoklassik, von denen sie sich vehement abgrenzten, ein kritischer Blick auf das Eigentum. Weder die Klassik und Neoklassik noch Heinsohn & Steiger machten den unverzichtbaren Unterschied zwischen dem Eigentum als solchem und dem hochgradig konzentrierten kapitalistischen Privateigentum. Allesamt machten sie auch keinen Unterschied zwischen dem Privateigentum am Boden und an den Ressourcen einerseits und an den von Menschenhand geschaffenen Produktions- und Konsumtionsmitteln andererseits. Und keinem von ihnen kam die Frage in den Sinn, ob es überhaupt richtig ist, dass der Boden belastet und verpfändet werden kann. Auch Prokop stellte diese für eine kritische Theorie des Geldes zentralen Fragen nicht.

---

[185] Dieter Prokop (2014), S. 12 - 13 (Geld als großer Usurpator; Kritik, aber nicht Verdammung des Geldes). - Georg Simmel (1900/1989), S. 555 - 557 (Superadditum des Geldes).

[186] Dieter Prokop (2014), S. 122 (Abstraktion in Reinform) und 127 - 128 (Wertabstraktion und Kontraktabstraktion).

[187] Dieter Prokop (2014), S. 128 - 129 (Eigentums-Kontrakt) und 139 (Tausch- und Eigentumsparadigma).

Zwar erinnerte er daran, dass „Eigentum missbraucht werden ... kann". Aber nach den „katastrophalen Folgen verselbstständigter Bürokratien" in staatssozialistischen Ländern „wäre es naiv, die ‚Abschaffung des Eigentums', also die totale Verstaatlichung zu fordern." Obwohl „heute ... die Gefahren des Missbrauchs des privaten Eigentums hochaktuell" sind, hielt Prokop „trotz allem das private Eigentum (für) ... das kleinere Übel."[188] Auf die Frage, ob es Möglichkeiten geben könnte, das Privateigentum zu dezentralisieren und dadurch zugleich zu entkapitalisieren, kam er nicht.

Im Anschluss daran rang Prokop noch kurz mit der Frage, weshalb das Geld nicht nur „der stumme Diener beim Warentausch ist, wie es Wirtschaftswissenschaftler dazustellen pflegen", sondern weshalb es sich auch „oft benimmt wie ein Usurpator, ein Gewaltherrscher." Aber er suchte diese Frage nur anhand der „Dialektik der Aufklärung" und der „Kritik der instrumentellen Vernunft" von Horkheimer & Adorno zu beantworten - also mit Hilfe der Grundlagenwerke der ersten Kritischen Theorie, in denen es außer einer Wiederholung von Marx' Hinweis auf das „Drama des Warencharakters", in dem der „Tauschwert den Gebrauchswert überwältigt", keine Hilfen zum Verständnis des „Kampfes zwischen dem Geld und allen anderen Waren" gab. Nur einmal kam Prokop dem Kern der strukturellen Macht des Geldes mehr oder weniger zufällig nahe, als ihm auffiel, dass das Geld nicht nur als universelle abstrakte Wertform, die alle konkreten Wertformen potenziell in sich trägt, eine Sonderstellung auf den Märkten einnimmt, sondern dass es auch „ständig alle Waren auf ihre Verwertbarkeit ... prüft. Das ist ein permanenter, grausamer Evaluationsprozess, in dem die Waren andauernd von ihrer Herabstufung auf der Verwertbarkeits-Skala bedroht sind. ... Das Geld sitzt also den anderen Waren im Nacken ..., umso mehr ... , wenn eine neoliberal-marktradikale Politik die Verhältnisse dereguliert hat." Damit lag der von Gesell und teilweise auch von Keynes in der „Allgemeinen Theorie" entwickelte Ansatz einer Geldkritik und Geldreform für Prokop zum Greifen nahe; aber er nahm sie nur flüchtig aus zweiter Hand zur Kenntnis. Und statt sich damit näher zu befassen, beendete er seine Kritische (?) Theorie des Geldes mit der Feststellung, dass im Tausch „freiheitliche Wert-Maßstäbe und egalitäre Gerechtigkeit" angelegt seien und in Kredit- und Eigentumsverträgen „rationale Bonität".[189]

Von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Geld haben sich Soziologen offenbar inzwischen wieder entfernt. So enthält zwar das viel beachtete Buch „Die Gesellschaft der Singularitäten" (2017) von Andreas Reckwitz eine sehr detaillierte Darstellung des sozialen Strukturwandels während der letzten Jahr-

---

[188] Dieter Prokop (2014), S. 139 (Missbrauch des Eigentums).

[189] Dieter Prokop (2014), S. 143 (Geld als Tauschmittel und Usurpator), 146 (Tausch- und Gebrauchswert), 147 (Kampf zwischen dem Geld und allen anderen Waren), 149 - 150 (Geld prüft Waren auf Verwertbarkeit), 202 (Randbemerkung zu Gesells Geldreform auf der Basis einer kritischen Notiz von Lukas Zeise in dessen Buch „Geld - der vertrackte Kern des Kapitalismus, Köln 2010, S. 25) und 205 - 206 (freiheitliche Wert-Maßstäbe und egalitäre Gerechtigkeit im Tausch sowie rationale Bonität in Kontrakten).

zehnte, in denen die industrielle Massenproduktion im Zuge des technischen Fortschritts vielfach in eine diversifizierte Produktion von kleinen Serien und in die Entstehung von singulären Lebens- und Arbeitsformen übergegangen ist. Jedoch bleibt diese Darstellung von teilweise auch positiven Seiten der neueren Entwicklung von singulären Subjektformen insgesamt im bloßen Beschreiben von Phänomenen stecken, die im Laufe des Übergangs von der früheren Zwei-Klassen-Gesellschaft zur gegenwärtigen Drei-Drittel-Gesellschaft ihre innere Widersprüchlichkeit noch nicht abgelegt haben. Aber nach einer alternativen, in sich homogenen Gesellschaftsformation ohne soziale Ungleichheit und ohne Auf- und Abstiege zwischen oben und unten, in der entfremdete Menschen ohne religiös und ethnisch definierte (Pseudo-)Kollektividentitäten einen inneren Halt finden können, fragte Reckwitz leider noch nicht. Immerhin deutete er mit kurzen Hinweisen auf die Commons-Bewegung an, dass nach den Zeiten des „erschöpften sozialdemokratisch-korporatistischen Paradigmas" und des „apertistisch-differentiellen Liberalismus" eine neue Phase eines „regulativen Liberalismus" folgen müsste, wenn der neue Trend zu mehr Singularität und Individualität nicht nur zu einer Selbstoptimierung auf strukturell vermachteten Märkten führen solle.[190] In der Commons-Bewegung sah Reckwitz offenbar einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer neuen „Allgemeinverbindlichkeit". Darüber hinaus könnte sich eine Entkapitalisierung der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen als ein weiterer notwendiger Schritt zu einer solchen die singularisierte Gesellschaft stärker integrierenden Allgemeinverbindlichkeit erweisen.

11.5 Von den „Grenzen des Wachstums" zum „Wachstum der Grenzen" und zur ökologischen Modernisierung im „Green Capitalism"

In der Ökologiebewegung der 1970er Jahre war es vor allem der schweizerische Ökonom Hans Christoph Binswanger (1929-2018), der die Systemkonformität der sich damals gerade in der Ökonomie entwickelnden Umweltökonomie kritisierte und das Dogma des unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums grundsätzlich in Frage stellte. Seine Argumentation wies einige Affinitäten zum frühen Ordoliberalismus auf, auch wenn Binswanger darauf nicht ausdrücklich Bezug nahm. In mancherlei Hinsicht war sie auch verwandt mit der „Small is beautiful"-Bewegung und verlieh deren Grundhaltung deutlich mehr ökonomischen Gehalt, als ihr von Kohr, Schumacher und Illich mit auf den Weg gegeben worden war.

[190] Andreas Reckwitz (2017), S. 410 – 411 (regulativer Liberalismus, Commons). Siehe auch Kap. 12.8 in diesem Buch.

11.5.1 Hans Christoph Binswangers Unterscheidung zwischen einer nicht wachsenden Versorgungswirtschaft und einer wachsenden Erwerbswirtschaft

Kurz nach dem Erscheinen des Berichts des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums" (1972) hielt Binswanger ähnlich wie der US-amerikanische Ökonom Nikolas Georgescu-Roegen der neoklassischen Modellwelt entgegen, dass die moderne kapitalistische Wirtschaft keineswegs nur ein Kreislauf ist, wie sie seit Quesnay's „Tableau Economique" (1758) geglaubt hatte. Vielmehr nimmt dieser Kreislauf aus seiner natürlichen Umgebung Ressourcen in sich auf und gibt Abfälle an sie ab. Außerdem ist dieser über lange geschichtliche Zeiträume mehr oder weniger stationäre ‚Kreislauf' seit dem Übergang vom Mittelalter zur Moderne in eine dynamische Spirale übergegangen. „Dieses Stadium ist charakterisiert durch den sog. Take-off und die darauffolgenden Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne der Zinseszinsrechnung. ... Die Erfahrung zeigt, dass diese Niveauerhöhung vom Moment des Take-offs an in langfristiger Betrachtungsweise exponentieller Natur ist. Der Zuwachs ist wie beim Zinseszins proportional zum jeweils erreichten Stand, ohne dass eine hemmende Größe diesen Zuwachs vermindert. Die Ursache für diese exponentielle Entwicklung ergibt sich aus dem Umstand, dass der Zuwachs mitwächst."[191]

Für besonders problematisch am Wirtschaftswachstum hielt Binswanger den damit verbundenen Verbrauch von natürlichen Ressourcen und die ständig steigende ‚Produktion' von Abfällen. „Wenn das Sozialprodukt exponentiell mit einer Wachstumsrate von p% ansteigt, so erhöht sich der Umweltverzehr weit überproportional." Und bei einem ungebremst weitergehenden Wirtschaftswachstum muss es früher oder später „zu einem Zusammenprall des ökologischen und des ökonomischen Systems kommen". Diese Sorge führte Binswanger zu zwei zentralen Fragen: Was hat den Take-off vom Wirtschaftskreislauf zur -spirale angetrieben? Und wie könnte es möglich werden, „den exponentiellen Wachstumstrend der Wirtschaft in ... ein neues ökonomisch-ökologisches Kreislaufsystem einmünden zu lassen?"[192]

Den alles entscheidenden Antrieb des Wirtschaftswachstums erblickte Binswanger nicht wie die Neoklassik im Bevölkerungswachstum oder im technischen Fortschritt, sondern im herkömmlichen Geld, das er keineswegs wie die Neoklassik für ein harmloses Tauschmittel, sondern für den hauptsächlichen „Expansionsmotor" hielt. „Das Wesen des Geldes ist seine Vermehrung", wie es schon der antike Philosoph Aristoteles mit seiner Unterscheidung zwischen der ‚natürlichen' Versorgungswirtschaft („oikonomiké") und der ‚gegen die Natur gerichteten' Erwerbswirtschaft („kapeliké", von grch. „kapelikos = der Händler) treffend

---

[191] Hans Christoph Binswanger (1972), S. 256 - 257 und 261 (vom Kreislauf zur Spirale, Take-off und exponentielle Zuwächse).

[192] Hans Christoph Binswanger (1972), S. 265 (Zusammenprall von Ökonomie und Ökologie).

beschrieben habe. Während das Geld in der Versorgungswirtschaft tatsächlich nur ein dienendes Tauschmittel gewesen sei, sei es in der Erwerbswirtschaft außerdem noch zu einem Mittel geworden, Geld bzw. Geldkapital durch den Zins und Zinseszins zu vermehren. Oberstes Gebot ist es in kapitalistischen Marktwirtschaften, dass Eigen- und Fremdkapital Zinsen trägt. „Der Gewinn muss daher mindestens so groß sein, dass er den Zinseszinsanspruch des Kapitals gewährleistet. ... Der ‚Trick' des erwerbswirtschaftlichen, also des kapitalistischen Systems oder - um mit Hegel zu sprechen - die ‚List der Vernunft' besteht nun darin, dass sich die Warenproduzenten durch die Aufnahme von Krediten aus dem neu geschöpften Geld gleichzeitig die Nachfrage schaffen, die sie brauchen, um ihre Waren mit Gewinn absetzen zu können."[193]

Um die kapitalistische Erwerbswirtschaft („kapeliké") in eine mit der Natur verträgliche Haus- bzw. Versorgungswirtschaft („oikonomiké") zu transformieren, hielt es Binswanger für notwendig, „den aristotelischen Ansatz in einem neuen Sinne zu verwenden". Er beließ es zunächst bei dieser vorsichtigen Wegweisung und stellte noch keine Verbindung zu dem von Gesell und Keynes entwickelten Geldreformansatz als Möglichkeit her, den aristotelischen Ansatz in eine neue ökonomisch handhabbare Form zu bringen - möglicherweise um der Gefahr zu entgehen, mit seinen unkonventionellen Gedanken der „Unterwelt" der Ökonomie (Keynes) zugeordnet zu werden.[194]

11.5.2 Ernst Winklers Unterscheidung zwischen der kapitalistischen Wachstumskrankheit und einer „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang"

Ebenfalls unter dem Eindruck der „Grenzen des Wachstums" und stärker noch des von Mesarović & Pestel verfassten zweiten Berichts des Club of Rome nahm sich Ernst Winkler als erster aus dem Kreis der Geldreformer der Aufgabe an, das „ungehemmte Wirtschaftswachstum" und den „Zwang zu beständiger Wirtschaftsexpansion" in einen Kausalzusammenhang mit der kapitalistischen, auf die Renditemaximierung angelegten Struktur des Geldes zu bringen. Im Gegensatz zur vorherrschenden Wachstumsideologie und dem Glauben an technische Lösungen für Umweltprobleme verwies Winkler darauf, dass jährliche Wachstumsraten von 3 %, die zur Sicherung der Kapitalrentabilität in etwa gleicher Höhe erforderlich seien, zu einer Verdoppelung des Sozialprodukts nach 23 Jahren führen würden.

---

[193] Hans Christoph Binswanger (1972), S. 268 (Geld als Expansionsmotor, Aristoteles' Unterscheidung zwischen Versorgungs- und Erwerbswirtschaft), 274 (Bevölkerungsentwicklung und technischer Fortschritt, Geldvermehrung), 276 - 277 (List der Vernunft, Verzinsung von eigenem und fremdem Kapital als Bedingung für Investitionen). - Die Lektüre von geldreformerischen Schriften hatte ursprünglich zu Binswangers Entschluss geführt, Wirtschaftswissenschaften zu studieren. Vgl. hierzu Roland Kley, Wachstum, Geld und Geist - Der Ökonom Hans Christoph Binswanger, St. Gallen 2010, S. 43 - 45.

[194] Hans Christoph Binswanger (1972), S. 278.

Gemäß der Exponentialfunktion würden sie nach 230 Jahren zu einer Vertausendfachung des Sozialprodukts führen und nach 460 Jahren zu einer Steigerung auf das Millionenfache. Unabhängig davon, *wie* das Sozialprodukt gemessen werde, könne der Konflikt zwischen der Ökonomie und der Ökologie nur früher als später in einer „Weltkatastrophe" enden. Wie Binswanger betrachtete Winkler nicht das Bevölkerungswachstum oder den technischen Fortschritt als „treibende Kraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems", sondern die im Geld wurzelnde „konstitutionelle Krankheit des Kapitalismus": „Die privatkapitalistisch vermachtete Wirtschaft wird durch die notwendige Verzinsung des Kapitals unter einen beständigen Wachstumszwang von mindestens 3 % gestellt." Deshalb könne sie nicht nach einer Phase des „organischen Wachstums" in ein stabiles stationäres Gleichgewicht übergehen, sondern sie könne nur ungebremst weiterwachsen. Eine „Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang" werde erst dann möglich, wenn es im Zuge einer Geld- und Bodenreform zu einer „selbstgesteuerten Sozialisierung des Kapital*ertrags*" anstelle einer „staatlich geplanten und bürokratisch durchgeführten Sozialisierung des Kapital*eigentums*" komme und wenn bei gemeinschaftlichem Eigentum am Boden und an den Ressourcen sowie einem durchschnittlichen Zinsniveau von null Prozent eine „Bildung möglichst breit gestreuten Privateigentums (an Produktionsmitteln) aus Leistungseinkommen" einsetze.[195]

Ähnlich wie bei der Entstehung der Neoklassik, zu der Jevons, Menger und Walras um 1870 nahezu zeitgleich und unabhängig voneinander beitrugen, legten Binswanger und Winkler im Anschluss an die „Grenzen des Wachstums" (1972) ebenfalls nahezu zeitgleich und unabhängig voneinander Grundsteine für eine monetäre Wachstumskritik.

11.5.3 Die Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie durch Hans Christoph Binswanger

Der geldreformerische Kerngedanke tauchte auch in Binswangers Aufsatz „Natur und Wirtschaft" (1979) wieder auf - aber erneut nur sehr vorsichtig mit einem theoriegeschichtlichen Bezug zu John Locke, dem aufgefallen war, „dass das Geld weder ‚abgenutzt wird noch verdirbt', also aus dem Werden und Vergehen der Natur herausgelöst wird". Locke habe schon im 17. Jahrhundert in seiner „Zweiten Abhandlung über die Regierung" richtig beobachtet, „dass mit dem ‚kleinen Stück gelben Metalls' ein Element in die Wirtschaft hineinkommt, das von der Natur und den natürlichen Bedingungen des Wirtschaftens wegführt. Es ist beliebig haltbar und anhäufbar und veranlasst daher den Produzenten, den wirtschaftlichen Ertrag nicht mehr in der stofflichen Produktion zu sehen, sondern in

[195] Ernst Winkler (1975b), S. 11 (Weltkatastrophe), 12 (Messung des Sozialprodukts und technischer Umweltschutz) - 13 (Mesarović & Pestel), 17 - 18 (ungehemmtes Wachstum, zwanghafte Expansion, exponentielle Steigerung), 21 - 22 (konstitutionelle Krankheit des Kapitalismus und Wachstumszwang) und 26 - 29 (soziales Bodenrecht und Marktwirtschaft ohne Wachstumszwang).

der Vermehrung des ursprünglich eingesetzten Geldbetrags, in der Differenz von monetärem Ertrag und monetärem Aufwand, also im Gewinn."[196]

Auch an dieser Stelle verwies Binswanger noch nicht auf die Möglichkeit einer Beendigung dieser entgrenzten Kapitalisierung von Geld bzw. Geldkapital etwa durch „rostende Banknoten" (Gesell) bzw. „künstliche Durchhaltekosten des Geldes" (Keynes), sondern er erweiterte zunächst die Problemanalyse - und zwar in einer Weise, die auch für die Geld- und Bodenreformbewegung wegweisend war, nachdem diese sich längere Zeit hauptsächlich auf die Geldproblematik konzentriert hatte. Binswanger machte nämlich deutlich, dass genau „in dem Moment, wo das Geld ein bestimmender Faktor der Wirtschaft" wurde, auch ihre „Loslösung von der Natur" begann. Die Natur wurde zum Objekt des Geldes bzw. des Geldkapitals, das sie gleichsam in sich aufsog, um die eigene Kapitalisierung vorantreiben zu können. „So findet, man muss es geradezu so ausdrücken, ein alchimistischer Transmutationsprozess von Natur in Geld statt" - ähnlich der parallel ablaufenden Transmutation von menschlicher Arbeit in Geld. In der Theorieentwicklung der Ökonomie hat dieser Prozess seinen Niederschlag gefunden, indem die Ökonomie zusätzlich zur verteilungspolitischen Dimension der Bodenproblematik verdrängte, was der Boden und die Natur neben der menschlichen Arbeit mit ihren Ressourcen zum „Wohlstand der Nationen" (Adam Smith) beitragen. Zum einen ‚vergaß' sie gerade jene Theorien der französischen Physiokraten um Smiths Zeitgenossen Francois Quesnay, die die Natur noch im Blick gehabt hatten. Und zum anderen betrachtete die Ökonomie den Wohlstand in ihrer neoklassischen Produktionsfunktion - was Binswanger kritisierte - nur noch als ein Ergebnis des Einsatzes von menschlicher Arbeit sowie des Realkapitals und des technischen Fortschritts. „Es war, als hätte man dem Boden und damit überhaupt der Natur eine Tarnkappe angezogen, die sie unsichtbar macht. Das Kapital war, zusammen mit dem technischen Fortschritt, an die Stelle der Natur getreten." Aufgrund des „Unterschieds zwischen dem Endlichkeits-Charakter der Natur und dem Unendlichkeits-Charakter des Geldes bzw. des (Geld-)Kapitals" sah Binswanger abermals die große Gefahr einer Kollision von Ökonomie und Ökologie. Und um diese Gefahr abzuwenden, müsse die Ökonomie ihren in der Produktionsfunktion auf das Reale verengten Kapitalbegriff überprüfen, die „dynamische Funktion des Geldes und der Geldrechnung korrigieren" und den Boden bzw. die gesamte Natur in ihre Produktionsfunktion aufnehmen.[197] Auch ohne direkt an die ideengeschichtlichen Geld- und Bodenrechtsreformansätze anzuknüpfen, gab Binswanger mit diesen Überlegungen dennoch wesentliche Denkanstöße für deren ökologische Weiterentwicklung. Und er bestätigte in ökologischer Hinsicht, was ihre Vorläufer schon in sozialer Hinsicht konstatiert hatten, dass nämlich die

---

[196] Hans Christoph Binswanger (1979), S. 161 - 164 (John Locke über das Geld).

[197] Hans Christoph Binswanger (1979), S. 162 (Kapitalisierungsprozess als Loslösung der Wirtschaft von der Natur), 164 (Transmutation von Natur in Geld), 170 (Kapital anstelle der Natur) - 171 (Endlichkeit der Natur und Unendlichkeit des Geldes). - Zur Rückbesinnung auf die Physiokratie vgl. auch Hans Immler (1985).

Geld- und Boden-/Ressourcenproblematik einschließlich der Reformen ein unteilbares Ganzes bilden.

11.5.4 „NAWU-Report - Wege aus der Wohlstandsfalle“ (1979)

Auch der „NAWU-Report“ („NAWU stand für „Neue Analysen für Wachstum und Umwelt“), den Binswanger 1979 gemeinsam mit Werner Geissberger und Theo Ginsburg veröffentlichte, stellte nicht explizit, aber dem Inhalt nach eine zeitgemäß aktualisierte Übertragung der ideengeschichtlichen Geld- und Bodenrechtsreformansätze in den neueren sozialen und ökologischen Kontext dar.

Der „Durchbrecherstrategie“, der zufolge weiteres Wirtschaftswachstum erforderlich sei, um die umweltschädlichen Nebenwirkungen des Wachstums beheben zu können, erteilte Binswanger eine klare Absage. „Der technologische Umweltschutz allein löst das Problem nicht; er schiebt es lediglich auf.“ Er sei zugleich eine „Sisyphusarbeit“, weil das „Vabanquespiel der wirtschaftlichen Expansion“ fortwährend neue Umweltschäden einschließlich globaler Klimaveränderungen verursache, hinter denen der technologische Umweltschutz nur herlaufen könne. „Wer für ständig weiteres Wachstum eintritt, kann nicht gleichzeitig behaupten, er wolle die Umweltverschmutzung wirklich konstant halten. Eine bessere Umweltqualität kann nicht dadurch erreicht werden, dass immer mehr produziert und dann der Abfall bzw. die Schäden mit immer höheren Kosten ‚beseitigt‘ werden, sondern nur dadurch, dass von heute an immer weniger Abfälle und Umweltschäden verursacht werden.“ Gleichwohl lehnten die Autoren des „NAWU-Reports“ den technologischen Umweltschutz aber nicht völlig ab, sondern betrachteten ihn zusammen mit einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcen-/Energieverbrauch als vorübergehende Möglichkeit, für den Übergang vom *quantitativen* Wachstum über ein *qualitatives* Wachstum zu einer zukünftigen nicht mehr wachsenden „Langzeitökonomie“ Zeit zu gewinnen.[198] In diesem Zusammenhang erneuerten Binswanger & Geissberger & Ginsburg auch die bereits von Leopold Kohr geäußerten Zweifel an der Eignung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Maßstab für Wohlstand und Lebensqualität und machten Vorschläge, wie die wirtschaftliche Buchhaltung von Unternehmen um eine „ökologische Buchhaltung“ ergänzt werden könnte. „Grundsätzlich wäre es erstrebenswert, alle Unternehmen und Haushalte der Buchführungspflicht zu unterstellen, um auf diese Weise die gesamte Umweltbelastung zu erfassen.“ Hieraus ergaben sich auch erste Überlegungen, Obergrenzen für die von einzelnen Unternehmen ausgehenden Umwelt-

[198] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 19 (Durchbrecherstrategie), 46 (Vabanquespiel der wirtschaftlichen Expansion, Umweltschutztechnologien), 68 (technologischer Umweltschutz als Sisyphusarbeit), 73 - 75 (Weltklima), 109 (Reduktion von Wachstum und Umweltschäden), 118 - 119 (technologischer Umweltschutz), 123 (Zeitgewinn, Entkopplung) und 124 (Langzeitökonomie). Zum technologischen Umweltschutz vgl. auch S. 154 und 214 (Zeitgewinn).

belastungen festzulegen und einen Handel mit „Umweltbelastungs-Zertifikaten" einzurichten.[199]

Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grenzen des Wachstums standen jedoch sowohl die kapitalistische Marktwirtschaft des Westens als auch die staatssozialistische Zentralverwaltungswirtschaft des Ostens vor dem fundamentalen Dilemma, entweder weiterhin das Risiko einer Kollision mit der Endlichkeit der Erde in Kauf zu nehmen oder über ökologische Modifikationen des Kapitalismus hinauszugehen und „wesentliche Veränderungen der heutigen strukturellen Gegebenheiten" anzustreben, um den Übergang in eine „Gleichgewichtsgesellschaft" bewältigen zu können. Außer auf Aristoteles griffen die Autoren des „NAWU-Reports" auch auf Platons „Utopie einer natürlichen Ordnung" und einer „Ökonomie des Maßes" zurück und hoben besonders drei Bereiche der Wirtschaft hervor, deren Strukturen einer grundlegenden Änderung bedürften, um einer „Null-Wachstums-Ordnung"[200] mit einem nicht mehr zwangsläufig spiralförmig wachsenden Wirtschaftskreislauf den Weg zu bereiten:

- An oberster Stelle stand für sie eine allerdings nicht näher erläuterte Änderung des bislang auf seine grenzenlose Vermehrung eingestellten Geldes, um einen Übergang von der kapitalistischen Erwerbs- zu einer nachkapitalistischen Versorgungswirtschaft zu ermöglichen. Es gelte, „den Geldschleier zu zerreißen und die Meinung zu widerlegen, Geld sei bloß bequemes Tauschmittel". Damit solle die „Kapitalisierung des Geldes" unmöglich gemacht werden.[201]
- Des Weiteren gingen die Überlegungen im „NAWU-Report" tendenziell in die Richtung eines „Verzichts auf industrielle Großproduktion" und einer „sehr hohen Dezentralisation" einschließlich einer „Formierung kleiner örtlicher Gemeinschaften, die sich auf allen möglichen Lebensgebieten selbst versorgen. ... Die Strategie soll durch eine neue Eigentumspolitik unterstützt werden, die sich der Konzentration in der Wirtschaft und der Ausbeutung der Erde und der Umweltgüter entgegenstellt." Mehr noch als Schumachers „Small is beautiful" und Illichs „Selbstbegrenzung" flossen Vorstellungen des schweizerischen Architekten Hans Rusterholz von kleinen Netzen mit „Wahlverwandtschaftsfamilien" und „kommunikativem Wohnungsbau" in diese Strategie ein, die im „NAWU-Report" auch in ökonomischer Hinsicht konkreter beschrieben wurde als von Kohr, Schumacher und Illich. Und zwar kritisierten Binswanger & Geissberger & Ginsburg die Kon-

---

[199] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 100 - 104 (BIP als zweifelhafter Maßstab) und 165 - 185 (ökologische Buchhaltung), hier: S. 167 (allgemeine Buchführungspflicht) und 173 (Umweltbelastungs-Zertifikate). Möglicherweise ließen sich die Autoren des „NAWU-Reports" bei ihrem Vorschlag einer ökologischen Buchführung von Karl William Kapp „Die volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft", Tübingen 1958, anregen.

[200] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 86 - 99 (wirtschaftliche, soziale und politische Grenzen des Wachstums), 110 - 113 (Dilemma von Kapitalismus und Staatssozialismus, Gleichgewichtsgesellschaft) sowie 121, 216 - 218 (Platon), 219 - 221 (Null-Wachstums-Ordnung, Platon).

[201] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 27 - 28 (Geldschleier), 120 und 220 (Kapitalisierung des Geldes).

zentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften als konstituierenden Bestandteil der Wachstumswirtschaft. „Die ‚Seele' der Kapitalgesellschaft (es handelt sich in erster Linie um die Aktiengesellschaft) ist das Kapital, das heißt jenes Geld, das auf Gewinn angelegt wird. ... Das Wesen der Kapitalgesellschaft ist die beschränkte Haftung, indem für die Schulden nur das Kapital, nicht jedoch das übrige Vermögen der Kapitalgeber haftet. Die Geschäftstüchtigkeit ist somit nicht auf natürliche Personen hin orientiert, sondern auf den Kapitalgesichtspunkt ausgerichtet, das heißt auf Expansion." Ohne die Konzentration von Kapital in großen Aktiengesellschaften - die im Übrigen nicht der liberalen Wettbewerbsordnung entstammte, sondern dem risikoreichen kolonialen Fernhandel - hätte das sich selbst beschleunigende Wirtschaftswachstum nicht zustande kommen können. „Im Sinne einer Durchbrechung des Wachstumszwangs sollte daher auch im Gesellschaftsrecht eine teilweise Repersonalisierung der Wirtschaft angestrebt werden. ... Die Diskussion, die Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts um die Kapitalgesellschaft geführt wurde, muss daher ... in genossenschaftlichem und liberalem Sinn ... wieder neu aufgenommen werden." Und sie hätte auch die konstituierenden Prinzipien aufzugreifen, die Walter Eucken als Voraussetzungen für das Funktionieren einer monopolfreien Wettbewerbsordnung formuliert hatte.[202]

- Im Hinblick auf das Privateigentum am Boden stellten sich Binswanger & Geissberger & Ginsburg eine Regelung vor, die das Eigentum „auf die Nutzung des Bodens und die Aneignung der Bodenfrüchte beschränkt", die „hingegen die Veräußerung und die Belehnung des Bodens ausschließt. ... Auch ist im Eigentumsrecht eine Bewirtschaftungspflicht enthalten, indem der Boden ideell als Gemeingut des ganzen Staates betrachtet wird." Der Boden und die gesamte Umwelt sollen als ein „gemeinschaftliches Gut" behandelt werden, d.h. sie sollen keine käuflichen Handelswaren, Kapitalgüter und Spekulationsobjekte mehr sein, sondern nur noch gegen ein der Allgemeinheit zufließendes Entgelt privat genutzt werden können. Ähnlich dem (Erb-)Baurecht und der Erbpacht würde das neue Eigentumsrecht „nur eine beschränkte Nutzung (gestatten), welche allenfalls mit einer Nutzungsrente belegt wird." Auch in den schweizerischen Allmend- und Alpkorporationen gebe es Vorbilder für ein neues Boden- und Ressourcenrecht, das alle natürlichen Lebensgrundlagen einschließlich der „bisher herrenlosen Güter wie Luft, Wasserqualität, Landschafts- und Stadtbild" zu einem treuhänderisch zu verwaltenden „gemeinschaftlichen Erbgut" aller Menschen macht, „das

---

[202] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 120 - 121 (Verzicht auf Massenproduktion, Dezentralisierung), 125 (neue Eigentumspolitik). Vgl. auch S. 32 (Konzentration), 215 („Das kleine Netz" von Hans Rusterholz), 227 (Schumacher und Illich), 229 – 241 (kleine Netze) und 273 - 278 (Repersonalisierung der Wirtschaft). - Walter Eucken hatte ausdrücklich von einer „Entpersönlichung der modernen Wirtschaft und Gesellschaft" gesprochen und diese darauf zurückgeführt, dass in der „Ära zunehmender Haftungsbeschränkung" eine „Schicht von Funktionären, die kein Risiko tragen", an die Stelle von Verantwortung tragenden Unternehmern tritt. Vgl. hierzu Walter Eucken 1950/1953, S. 20 - 22.

wir von unseren Vorfahren erhalten haben und unseren Enkeln möglichst gleichwertig weitergeben sollen."[203]

Besonders im Hinblick auf die Entwicklung von Bauernhöfen zu Agrarfabriken im industrialisierten Norden und auf die Sicherung der Ernährung im sog. unterentwickelten Süden wandten sich Binswanger & Geissberger & Ginsburg gegen die fortschrittsgläubige „Grüne Revolution" und sprachen sich für eine weniger ressourcen- und energieintensive biologische Landwirtschaft aus, die sich in natürliche und wirtschaftliche Kreisläufe einfügt. Und zumindest in ersten Umrissen skizzierten sie auch einen Wandel der Sozialpolitik. In dem auf Bismarcks Sozialgesetze zurückgehenden Sozial- und Wohlfahrtsstaat sahen sie ein Anhängsel des Monopolkapitalismus, das zu einer „Entmündigung der Betreuten und ihrer Abhängigkeit von einem immer kostspieligeren und ineffizienten ‚Sozialapparat'" führe. Damit schlossen sie sich aber nicht den neoliberalen Befürwortern eines ‚schlanken' Staates und eines Sozialabbaus an. „Der Abbau staatlicher Leistungen bedeutet nicht notwendigerweise eine soziale Demontage. ... Diese Aufgaben können vielmehr anders erfüllt werden." In einer Wirtschaft, in der das Geld und die Kommerzialisierung zurückgedrängt werden und in der Einkommen und Vermögen gleichmäßiger verteilt werden, könnten die Menschen sich stärker in eigener Verantwortung und in gegenseitiger Hilfe um Kinder, Behinderte, Kranke und Alte kümmern. „Herkömmliche staatliche Dienstleistungen ... paralysieren die gemeinschaftliche Hilfe", weshalb ein „Mischsystem" von mehr unentgeltlichen gegenseitigen Hilfen und weniger staatlich bezahlten Dienstleistungen anzustreben wäre.[204] Allerdings hätten Binswanger & Geissberger & Ginsberg deutlicher hervorheben können, dass soziale Leistungen nicht als solche ‚zu teuer' sind, sondern dass das Geld für sie knapper wird oder gar ganz fehlt, weil es von renditeträchtigeren Bereichen der Wirtschaft absorbiert wird.

11.5.5 „Arbeit ohne Umweltzerstörung" (1983)

In dem von Binswanger gemeinsam mit Hans Georg Nutzinger, Gerhard Scherhorn und anderen Ökonomen verfassten Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung" wurden die Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaats ebenfalls nicht deutlich genug im Zusammenhang mit den drastisch zunehmenden Verteilungsungerechtigkeiten analysiert. Aber es veranschaulichte, dass sowohl die menschliche Arbeit als auch die Natur in die Defensive geraten, wenn wirtschaftliches Wachs-

---

[203] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 219 (privates Bodeneigentum im Sinne eines privaten Nutzungsrechts) und 261 - 267 (Nutzungsrente, Allmend- und Alpkorporationen). Vgl. außerdem S. 177 (optimale Raumstrukturen) und 182 (Siedlungspolitik). - Zu Binswangers Vorstellungen von einem reformierten Bodeneigentum vgl. auch seine Studie „Eigentum und Eigentumspolitik - Ein Beitrag zur Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung"; ders. (1978).

[204] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 243 (keine soziale Demontage) und 246 (gemeinschaftliche Hilfe) und 279 - 297 (Landwirtschaft).

tum trotz des Wachstumsdrangs, dem die Wirtschaft unterliegt, aufgrund von Sättigungserscheinungen und Krisenentwicklungen zurückgeht und sich die Verteilungskämpfe mit dem Kapital verschärfen. Es sei jedoch ein verfehltes Politikziel, die Wachstumsraten wieder anheben zu wollen, weil die dafür erforderlichen Ressourcen- und Energievorräte der Erde begrenzt seien. Zudem müssten fossile durch regenerative Energiequellen ersetzt und der Ausnutzungsgrad der Ressourcen- und Energievorräte deutlich gesteigert werden.[205]

Statt wie Binswanger in seinen Frühschriften einen Weg von der ständig wachsenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft („kapeliké") zu einer nicht mehr wachsenden nachkapitalistischen Versorgungswirtschaft („oikonomiké") zu suchen, ging es ihm, Nutzinger und Scherhorn in „Arbeit ohne Umweltzerstörung" vorerst um das realpolitisch-pragmatische Ziel, die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Umweltverschmutzung im Rahmen eines qualitativen statt quantitativen Wachstums der Wirtschaft zu überwinden.

Die „Schrankenlosigkeit in der Geld- und Kapitalakkumulation" nahmen Binswanger & Nutzinger & Scherhorn zwar noch einmal kurz als treibende Kraft des Wirtschaftswachstums in den Blick und erinnerten daran, dass Gesell den „Zeitvorteil" des jederzeit und überall liquiden sowie hortbaren Geldes als tiefere Ursache der Akkumulationsdynamik und von wirtschaftlichen Krisen ausgemacht hatte. Aber sie gingen dem nicht weiter nach und unterließen auch jeglichen Versuch, die aus der neoklassischen Ökonomie verdrängten Produktionsfaktoren Boden und Ressourcen im Sinne der Geld- und Bodenrechtsreformansätze in die Ökonomie zurückzuholen. „Eine radikale Alternative zu einem höheren Zinsniveau in den nächsten Jahrzehnten ist theoretisch sehr wohl denkbar, aber praktisch nicht realisierbar" - auch weil eine zentrale Voraussetzung dafür nicht gegeben sei. „Sie bestünde in einer Überführung der Gesamtheit der freien Ressourcen und des Natur-Kapitals in öffentliche Güter, die vom Staat verwaltet und an die Bearbeiter dieser Ressourcen verpachtet würden, also in einer Ent-Kapitalisierung der Natur. Das Vorbild einer solchen Lösung wäre eine Einführung des ‚Freilands' im Sinne der Lehren von Silvio Gesell. Gesell ist ... ein ökonomischer Outsider, der jedoch von Keynes in gewissem Sinne als ein Vorläufer anerkannt wurde. ... Es zeigt sich, dass man nie die reale Seite der Wirtschaft - d.h. die Beanspruchung des Bodens bzw. der Ressourcen - aus dem Auge verlieren darf, selbst wenn man den monetären Faktoren die primäre Bedeutung beimisst. Das hat Gesell deutlicher erkannt als Keynes."[206]

Umso mehr überraschen zwei Einwände, die Binswanger & Nutzinger & Scherhorn gegen Gesell erhoben, um damit der Aufgabe auszuweichen, die ideengeschichtlichen Ansätze einer Reform des Boden- und Ressourcenrechts zu einem

---

[205] Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 31 (Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaats) und 61 (Energiepolitik). Effizienzsteigerungen wurden einige Jahre später besonders von Ernst Ulrich von Weizsäcker unter dem Stichwort „Faktor Vier" propagiert.

[206] Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 99 (schrankenlose Akkumulation) und 246 - 248 (Freigeld, Freiland, Gesell und Keynes).

Instrument der Entkapitalisierung der natürlichen Lebensgrundlagen weiter zu entwickeln. Zum einen habe „Gesell ... (noch) nicht gesehen ... , dass die natürliche Grundlage des Wirtschaftens nicht nur der Boden ist, sondern sämtliche natürliche Ressourcen, also auch die Energie- und Rohstoffvorräte, die *im* Boden liegen." Das haben sowohl Henry George als auch Silvio Gesell sehr wohl schon vor mehr als einhundert Jahren deutlich erkannt, allerdings es ihren Nachfolgern als Aufgabe überlassen, nach dem Boden auch noch die Ressourcen zu entkapitalisieren. „Also müssten auch diese Vorräte allmählich in die öffentliche Hand überführt werden", wie Binswanger & Nutzinger & Scherhorn richtig erkannten. Jedoch wandten sie fragend ein: „Wer ist aber diese öffentliche Hand? Das könnte nur ein Weltstaat sein, weil die Energie und die Rohstoffe auf alle Länder zu verteilen sind. Die nationalen Staaten treten als Eigentümer solcher Ressourcenvorräte nicht anders auf als die privaten Unternehmer. Weil jedoch kein Weltstaat existiert, kann auf diesem direkten Wege keine ‚Entkapitalisierung der Natur' zustande kommen. Wir müssen vielmehr zur Kenntnis nehmen, dass heute die Bildung von ‚Natur-Kapital' im Gegenteil der entscheidende Faktor ist, der uns allmählich zu sparsamem Umgang mit der Natur zwingt."[207] Unabhängig von dem ohne jeden Zweifel notwendigen sparsamen Umgang mit der Natur und der menschlichen Arbeit ist es jedoch ebenfalls von Bedeutung, ob die Natur und der Mensch dabei als verwertbares Natur- und Humankapital behandelt werden oder ob ihr Eigenwert respektiert wird.

Obwohl Binswanger & Nutzinger & Scherhorn Mängel der neoklassischen Ökonomie darin sahen, dass ihr

a) „eine der lebendigen Natur nicht adäquate Auffassung der Technik",

b) „eine apologetische Behandlung des Verteilungsproblems" und

c) „eine Missachtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Determinanten des Konsumverhaltens"

zu eigen sei, blieben sie bei der Ansicht, dass „wir nach einer Reform und Bändigung des westlichen Systems, nicht nach seiner Abschaffung suchen ... müssen" - auch weil die sozialen und ökologischen Missstände in „östlichen Planwirtschaften" noch größer waren. Statt die kapitalistische Marktwirtschaft zugunsten einer zentralistischen Planwirtschaft abzuschaffen, hätte sie auch in eine nachkapitalistische Marktwirtschaft transformiert werden können. Aber um sich nicht dem Vorwurf des Utopischen auszusetzen, entschieden sich Binswanger & Nutzinger & Scherhorn für eine realpolitische „Bändigung des westlichen Systems. ... So wie seit der großen Krise der 1920er Jahre die Arbeitslosigkeit erkannt worden ist, suchen wir heute nach einer Bewältigung der Umweltprobleme. Aus der neoklassischen Theorie ergeben sich dazu trotz ihrer Mängel gewisse Ansätze." Damit meinten Binswanger & Nutzinger & Scherhorn insbesondere den Ansatz der sog. Internalisierung von negativen externen Effekten, den der Ökonom Karl William

---

[207] Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 248 (Weltstaat).

Kapp (1910-1976) bereits seit Ende der 1950er Jahre entwickelt hatte, ohne dass er dabei die von ihm beklagten „volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft", also die sozialen und ökologischen Nebenwirkungen der kapitalistischen Marktwirtschaft, als Folge einer strukturellen Dysfunktionalität des Geldes gedeutet hätte. Diesem Ansatz zufolge sollten Unternehmen die von ihnen bislang nicht selbst finanziell getragenen Nebenwirkungen ihrer Produktion auf die Umwelt - die sog. „externen Effekte" - fortan selbst tragen. Und zwar sollte die Nutzung von Umweltgütern zumindest teilweise mit Preisen belegt werden. D.h. in die in sich widersprüchlichen, aus leistungsbezogenen und leistungsfremden Faktoren bestehenden Kosten- und Preiskalkulationen sollten zusätzliche ökologische Preisbestandteile einfließen, ohne dass zugleich die mit den Kapitalzinsen und Boden-/Ressourcenrenten verbundenen fundamentalen Verteilungsungerechtigkeiten bereinigt werden. „Auf eine kurze Formel gebracht, sollen negative Externalitäten - soweit möglich - nicht so sehr durch die Freiheit einengende Gebote und Verbote verhindert als durch Kompensationszahlungen eingedämmt oder ausgeglichen werden. ... Beispiele sind Abgaben für die Verschmutzung von Abwasser durch chemische Fabriken oder der Luft durch Benzinmotoren."[208]

Binswanger & Nutzinger & Scherhorn waren sich dessen bewusst, dass „man mit dem Kompensationsprinzip ... in der Logik der neoklassischen Argumentation ... verbleibt" und mit Zahlungen zur Kompensation von Umweltschäden im Dickicht der ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen stecken bleibt. Dennoch nahmen sie in den frühen 1980er Jahren von der weiter gehenden Forderung Abstand, die sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zu entkapitalisieren. Sie begnügten sich damit, innerhalb der kapitalistischen Strukturen möglichst sparsam mit dem „Naturkapital" umzugehen, systemimmanente „Übergänge zu einem qualitativen Wachstum und zur Lösung der Beschäftigungsfrage" zu entwickeln und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für qualitatives Wachstum neu zu definieren, ohne die der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugrundeliegende fundamental falsche Aufteilung in Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie Einkommen aus unselbstständigen Tätigkeiten zu korrigieren. In sozialer Hinsicht sollten zu dieser Strategie eines qualitativen Wachstums eine andere Verteilung der Arbeit und eine Verkürzung der Arbeitszeit

---

[208] Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 100 - 102 (Defizite und Potenziale der Neoklassik, negative externe Effekte und Kompensationszahlungen) und 107 - 111 (Marx und die zentralistische Planwirtschaft). - Karl William Kapp (1958). Die englische Erstausgabe von Kapps Hauptwerk erschien unter dem Titel „The Social Costs of Private Enterprise" und die deutsche Ausgabe erschien 1979 nochmals und dann unter dem Titel „Die sozialen Kosten der Marktwirtschaft", obwohl ihre ökologischen Kosten gemeint waren. Kapps letzter Assistent Rolf Steppacher bestätigte den Eindruck des Verfassers mündlich (in einem Gespräch am Rande einer Tagung der „Vereinigung für Ökologische Ökonomie" am 14.10.2016 auf dem Umwelt-Campus Trier-Birkenfeld), dass sich Kapp nicht kritisch mit dem Geldwesen auseinandergesetzt haben dürfte. Desgleichen schrieb der Kapp-Forscher Sebastian Berger dem Verfasser in einer Mail vom 2.6.2017: „Ich habe viel zu Kapp geforscht, auch im Archiv. Dabei ist mir zum Thema Geld bzw. Bankwesen nichts aufgefallen." (Ein Ausdruck dieser Mail befindet sich im „Archiv für Geld- und Bodenreform".)

hinzukommen. Und in ökologischer Hinsicht forderten Binswanger & Nutzinger & Scherhorn technische Strategien zur „Entkopplung" von Produktion und Ressourcen-/Energieverbrauch, damit das Sozialprodukt mit weniger Ressourcen und Energie hergestellt werden könne, sowie eine erweiterte Betriebsverfassung, die neben der Sozialbindung des Privateigentums an hochgradig konzentriertem Realkapital auch seine „Naturbindung" rechtlich verankert. Obgleich sich das Kapital zu jener Zeit der neoliberalen Entfesselung der Finanzmärkte ein deutliches Übergewicht gegenüber der Lohnarbeit verschaffte, hofften Binswanger & Nutzinger & Scherhorn noch, dass sich die sog. Sozialpartnerschaft zwischen dem Kapital und der an betrieblichen Entscheidungen beteiligten Lohnarbeit durch eine Partnerschaft von Kapital und Lohnarbeit mit dem „dritten Faktor" Natur ergänzen lassen könnte. „Die Interessen der ... ‚natürlichen Umwelt' könnten durch fachkundige, von den betroffenen Gemeinden und Landkreisen gewählte und kontrollierte Vertreter in den Aufsichtsräten wahrgenommen werden." Allerdings sahen Binswanger & Nutzinger & Scherhorn auch, dass sich innerhalb der kapitalistischen Hierarchie von Kapital einerseits und Lohnarbeit/Natur andererseits auch Interessengegensätze zwischen der abhängigen Lohnarbeit und der ebenfalls untergeordneten Natur einstellten. Gleichwohl hielten sie es in den Anfängen der Entfesselung der Finanzmärkte noch für möglich, dass sich die Lohnarbeitsplätze im Einvernehmen des Kapitals mit den Gewerkschaften und Naturvertretern sowohl humanisieren als auch ökologisieren lassen. [209]

Wie frühere Versuche einer sozialen und demokratischen Zähmung der kapitalistischen Marktwirtschaft erschienen auch die Versuche ihrer ökologischen Zähmung realpolitisch aussichtsreicher als der Versuch einer Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Und dennoch führten auch sie in ausweglose Widersprüche. Wie weit solche vermeintlich leichter erreichbaren zweitbesten Lösungen von einer unumgänglichen erstbesten Lösung in Gestalt einer Entkapitalisierung der sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen entfernt bleiben, zeigten schließlich die von Binswanger & Nutzinger & Scherhorn vorgeschlagenen „Energieabgaben als Beitrag zur Rentenfinanzierung".[210] Auch ohne die falsche funktionale Zuordnung von Umweltschutz und Altersvorsorge führte die hiervon angeregte ökologische Steuerreform mit einer steuerlichen Belastung des Verbrauchs von fossilen Energien nicht nur wegen der Ausnahmeregelungen für die Großindustrie und den Flugverkehr zu Widersprüchen wie demjenigen, dass die Steuereinnahmen sinken, wenn die angestrebte Senkung des Verbrauchs eintritt. Außerdem wird die Belastung durch Ökosteuern ungleichmäßig verteilt.

---

[209] Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 102 (Logik der Neoklassik), 117 und 119 (Veränderung des Wirtschaftsstils statt des Wirtschaftssystems) sowie 256 - 267 (Entkopplung), 279 - 292 (Umverteilung von Arbeit und kürze Arbeitszeit), 315 und 317 (Ökologie der Arbeit), 327 (Umweltbeauftragte der Gemeinden und Landkreise, Inkongruenz der Interessen von Lohnarbeit und Natur) und 328 (Naturbindung des privaten Kapitaleigentums).

[210] Hans Christoph Binswanger & Hans Georg Nutzinger & Gerhard Scherhorn u.a. (1983), S. 268 - 275 (Energieabgaben als Beitrag zur Rentenfinanzierung).

Unterdessen zeigte sich durch den fortschreitenden Verbrauch begrenzter irdischer Ressourcen und durch die Erderwärmung, dass sämtliche Ressourcen und erst recht das Weltklima eben doch Menschheitsgüter sind, die entkapitalisiert und von einer Institution wie den Vereinten Nationen verwaltet werden *müssen*, wenn alle Menschen - nicht alle Staaten! - zu gleichen Teilhabern an den Naturgütern werden und ohne kriegerische Konflikte um die natürlichen Lebensgrundlagen weiter leben wollen.

11.5.6 Von der Entkapitalisierung des Geldes und der Natur zu Simmels „Philosophie des Geldes" und zur Problematisierung der Geldschöpfung der Geschäftsbanken

Jedoch trat das Ziel einer Entkapitalisierung des Geldes und der Natur in Binswangers weiteren Veröffentlichungen - aus denen seine ökonomische Deutung von Goethes „Faust II" besonders herausragte - hinter die Strategie des qualitativen Wachstums zurück. Immerhin blieb es in seinem Buch „Geld & Natur" (1991) andeutungsweise präsent. Wenn sich nämlich herausstellen sollte, dass das qualitative Wachstum nicht „den Naturverbrauch auf das erforderliche Niveau zu senken" vermag, dann „muss das Geld- und Finanzsystem auf die ihm innewohnende Dynamik grundsätzlich überprüft werden. Diese Überprüfung drängt sich wegen der zunehmenden Labilität des Finanzsystems früher oder später ohnehin auf."[211]

In der von Binswanger gemeinsam mit Paschen von Flotow herausgegebenen Aufsatzsammlung „Geld & Wachstum" (1994) erfolgte zunächst eine Hinwendung zur „Philosophie des Geldes" von Georg Simmel. Sie war zwar stellenweise von der Neoklassik abgewichen, ihr aber alles in allem näher geblieben als die Geld- und Bodenrechtsreform. Außerdem hatten sich auch keine praktischen Konsequenzen in die Richtung von Reformen aus der „Philosophie des Geldes" ergeben. Dennoch betrachteten Binswanger & Flotow Simmels Werk nunmehr als Fundament für das Verständnis der Schlüsselrolle des Geldes als Mittel des Tausches und der sozialen Interaktion in Wirtschaft und Gesellschaft. „Simmel versteht das Geld als Träger und Symbol einer ‚Weltformel', die der Geschichte ihren Sinn und ihre Richtung gibt." Was Simmel im Zusammenhang mit dem Geld als Kapital über das damit verbundene „Superadditum" geäußert hatte, spielte in ihren Ausführungen über das Geld als Antriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums freilich keine Rolle mehr und es war auch klar, dass „die Philosophie des Geldes ... uns keine Hinweise für den zukünftigen Weg ... gibt."[212]

---

[211] Hans Christoph Binswanger (1985) und ders. (1991), S. 108 - 109 (grundsätzliche Überprüfung des Geldsystems).

[212] Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994), S. 8, 32 - 60 (Simmel) und 58 - 60 (Geld und Wachstum).

Statt die Geld- und Bodenrechtsreformansätze wie in seinen frühen Werken zumindest ansatzweise weiter zu modernisieren, verlegte sich Binswanger in seinem eigenen Beitrag zu „Geld & Wachstum" mehr und mehr auf die Analyse der Mechanismen der Giralgeldschöpfung von Geschäftsbanken, in der die beiden US-amerikanischen Neoklassiker Henry Simons und Irving Fisher bereits in den 1930er Jahren die zentrale Ursache der Weltwirtschaftskrise gesehen hatten. Deren Vorschlag eines sog. „100%-Money" als Methode zur Unterbindung einer Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken und zur Stärkung der Zentralbanken als einzigen zur Geldemission berechtigten Institutionen hatte sich zwischenzeitlich auch Walter Eucken im Zusammenhang mit seinem ordoliberalen „Primat der Währungspolitik" zu eigen gemacht.[213] Nunmehr baute Binswanger die Überlegungen von Simons und Fisher aus. Das Geld blieb für ihn „der alles dominierende Faktor der modernen Wirtschaft". Aber im Mittelpunkt der Analyse stand nicht mehr der anfangs noch problematisierte „Unendlichkeits-Charakter des Geldes bzw. des (Geld-)Kapitals", sondern nur noch die Art, wie das real existierende Geld über die Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken in die Welt kommt - und zwar nicht nur als Quelle wirtschaftlicher Krisenentwicklungen, sondern auch als Antriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums. Mit selbst, d.h. unabhängig von den Zentralbanken geschöpftem Geld schaffen die Geschäftsbanken finanzielle Spielräume für Unternehmen, Kredite für Investitionszwecke aufzunehmen. Und aus ihren Gewinnen könnten die Unternehmen dann die Zinsen für ihr eigenes und fremdes Kapital bezahlen. „Am Anfang und am Schluss steht das Geld. Auch der Gewinn ist Geld! Nur die Geldseite jeder Transaktion ... interessiert. Natur - hier: das Material - erscheint wie die Arbeit und wie die mit Hilfe von Material und Arbeit hergestellten Waren bloß als Durchgangsstadium des Geldstroms. ... In einer dynamischen Wirtschaft ... verändern ... sich die Produktionsbedingungen durch Investitionen ... mit Hilfe von Krediten, die durch Geldschöpfung ermöglicht werden." So können die Unternehmen Binswanger zufolge durch die Aufnahme von in Geschäftsbanken geschöpften Krediten in Vorleistungen treten, „stets mehr Geld ausgeben als einnehmen" und trotzdem am Ende Gewinne erzielen, aus denen sich die aufgenommenen Kredite verzinsen lassen. Dementsprechend könne und müsse die Wirtschaft wachsen. Sie ist „heute sowohl einem Wachstumszwang als auch einem Wachstumssog ausgesetzt. Sie ist zum Wachstum ‚verurteilt', lässt sich aber auch gerne ‚verurteilen', nicht weil die Menschen unersättlich sind, sondern weil das Geld bzw. die Geldschöpfung im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt eine eigene Dynamik entwickelt, die sowohl eine Stoß- wie eine Sogkraft enthält."[214]

---

[213] Walter Eucken (1952/1960), S. 260. - Irving Fisher (2007).

[214] Hans Christoph Binswanger & Paschen von Flotow (1994), S. 81 - 124, hier: S. 81 (Geld als dominierender Faktor der Wirtschaft), 88 (Natur als Durchgangsstadium des Geldstroms) und 97 - 98 (Wachstum durch Geldschöpfung). - Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (1991), S. 35 - 37 und 101 - 103.

In dieser Argumentation spielte schließlich der Gedanke keine Rolle mehr, dass zusätzlich zu einer Reform der Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken auch dafür zu sorgen wäre, dass anders als bisher nicht mehr nur kapitalistisches Geld geschöpft wird, sondern dass ausschließlich Zentralbanken auch ein in seiner inneren Struktur verändertes nachkapitalistisches Geld für den Wirtschaftsverkehr bereitstellen und dass die Verzinsung von Geld- und Realkapital im Laufe der Zeit auf durchschnittlich null sinken sollte.

11.5.7 Dieter Suhrs „Geld ohne Mehrwert" als Ausweg aus der zerstörerischen Wachstumswirtschaft

Als sich abzeichnete, dass das geldreformerische Ziel einer Entkapitalisierung des Geldes bei Binswanger in den Hintergrund treten könnte, versuchte der Rechtsphilosoph Dieter Suhr (1939-1990), die Geldreformgedanken - nicht ohne kritische Distanz zu Gesell sowie unter Einbeziehung der Geldschöpfungsproblematik und der gerade neu entstehenden Offshoremärkte - als „keynesianische Alternative zum Keynesianismus" in grüne Theoriedebatten einzubringen. „Wer etwas für die Umwelt tun will, muss zurzeit gegen diesen doppelt kräftigen Strom anschwimmen: gegen den Wachstumszwang und gegen den übermäßigen Rentabilitätsdruck, die freilich beide zusammenhängen. Kein Wunder, dass die Umwelt dabei auf der Strecke bleibt." In einem „Geld ohne Mehrwert", also in einem mit „künstlichen Durchhaltekosten" (Keynes) behafteten Geld sah Suhr wie vor ihm bereits Winkler eine Möglichkeit, den vom kapitalistischen Geld auf die Wirtschaft ausgeübten Rentabilitäts- und Wachstumsdruck allmählich zu verringern und schließlich ganz aufzuheben. „Keynes hatte recht mit einigen wenig bekannten, dafür aber entscheidenden Überlegungen, die auf etwas ganz anderes hinauslaufen als der übliche ‚Keynesianismus'." Deshalb wollte Suhr „die Aufmerksamkeit von Ökonomen und Politikern auf diese jedenfalls in der professionellen Fachwelt weitgehend vergessenen und versunkenen Erkenntnisse von Keynes hinlenken." Zugleich bedauerte er, dass Gesells Nachfolger Keynes' kritische Anmerkungen zur Geldreform nicht ernst genug genommen haben.[215]

In Anknüpfung an Hegels „System der Bedürfnisse" vertiefte Suhr die Charakterisierung des Geldes als „parteilicher Tauschmittler", der die gesellschaftlichen Tausch- und Kreditvorgänge gerade nicht neutral vermittelt, wie die Neoklassik nach wie vor behauptete. Vielmehr wirke das Geld als Tausch- und Kreditmittel wegen seiner „kapitalistischen Parteilichkeit" umverteilend in dem Sinne, dass es mit jeder Transaktion auf unmerkliche Weise zugleich Geld von den Arbeitenden zu den Vermögenden umleite. Aus der strukturellen Ungerechtigkeit des Geldes

[215] Dieter Suhr (1986), S. 432 - 434 (Giralgeldschöpfung und Offshoremärkte), 435 (Keynes), 441 (monetäre Recyclingprobleme), 446 (Umwelt vs. Rentabilität und Wachstum), 455 (Keynes) und 457 (Gesell). – Zur unzureichenden Auseinandersetzung von Gesells Nachfolgern mit Keynes' kritischen Anmerkungen zur Geldreform vgl. Dieter Suhr (1987).

leitete Suhr zum einen die in sozialer Hinsicht problematische Hierarchie im Verhältnis zwischen dem Kapital und der Lohnarbeit ab. Die strukturelle Schieflage zwischen dem Geld und der menschlichen Arbeit und ihren Erzeugnissen habe sich im Laufe der Zeit in der Rechtsordnung institutionell verfestigt. „Die Vorteile des Kapitals gegenüber den anderen Beteiligten sind zu Institutionen unserer Rechtsordnung geronnen und gesetzlich kodifiziert worden. ... So legt das überlieferte Gesellschafts-, Arbeits- und Unternehmensrecht im großen Stile Zeugnis dafür ab, dass und in welchem Umfang das überlieferte Geld kraft seiner kapitalistischen Parteilichkeit zu kapitalistischen Institutionen geführt hat." Und zum anderen haben sich Suhr zufolge eine „strukturelle Arbeitslosigkeit" und ein „Zwang zu pathologischem Wachstum" zu einem sowohl sozialen als auch ökologischen Problemknäuel verwickelt. Der Strom von Liquidität aus unzureichend gefüllten Kassen mit Bedarf in überfüllte Kassen ohne Bedarf untergrabe einerseits die Bereitschaft zu realen Investitionen und führe andererseits zugleich zu einem Druck auf das akkumulierte Kapital und die Wirtschaftspolitik, durch fortwährende Innovationen neue rentable ‚Wachstumsmärkte' zu kreieren.[216]

Vor dem Hintergrund der durch den sauren Regen entstandenen Waldschäden und anderer Umweltzerstörungen kritisierte Suhr außerdem aus seiner „verfassungsrechtlichen Meta-Perspektive" eine Asymmetrie zwischen den Grundrechten von Menschen und der Schutzbedürftigkeit der Natur. „Will der Staat umweltschützende Maßnahmen ergreifen, dann bekommt er es meist mit Freiheit und Eigentum derjenigen zu tun, die davon betroffen sind. ... Danach bleibt dem Bürger von Grundrechts wegen nicht mehr als dieses ‚ökologische Existenzminimum'. ... Wir haben umwelt*un*freundliche Grundrechte." Bei Industrieansiedlungen und Infrastrukturprojekten trete eine „individuelle und kollektive Schizophrenie" zutage. „Warum berührt uns Grundrechtswissenschaftler die Unfreiheit derer nicht, die nicht nur genötigt werden, Grundstücke zu opfern, Lärm zu erdulden und Dreck einzuatmen, sondern am Ende auch praktisch dazu gezwungen werden, selbst und stets immer mit dem Auto zu fahren statt mit der Straßenbahn, dem Bus oder der Eisenbahn, die so selten oder gar nicht mehr verkehren?" Statt in solchen und anderen Fällen „unbewegt zuzuschauen, wie mächtige Interessengruppen mit staatlicher Duldung ungehindert Abfall produzieren" und Landschaften zerstören, forderte Suhr die Grundrechtswissenschaft auf, eine „umweltfreundlichere Grundrechtsdogmatik" zu entwickeln.[217]

---

[216] Dieter Suhr (1988a), S. 55 - 69 (Hegels „System der Bedürfnisse"), und ders. (1983/2015), S. 18 (Geld als parteilicher Mittler) - 21 (Arbeitslosigkeit und pathologischer Wachstumszwang). - Die von Winkler und Suhr angestoßene Diskussion über Zusammenhänge zwischen dem kapitalistischen Geld und dem Wachstumszwang bzw.- drang wurde wenige Jahre später durch Helmut Creutz intensiviert; vgl. Helmut Creutz (1993/2003), S. 407 - 434.

[217] Dieter Suhr (1988/2016), S. 50 (Meta-Perspektive) - 52 (ökologisches Existenzminimum), 55 (Schizophrenie) - 56 (Individual- vs. öffentlicher Verkehr) und 60 - 63 (umweltfreundlichere Grundrechtsdogmatik).

11.5.8 Argwohn und ökologische Vorbehalte gegenüber einer Geldreform

Für seine Hinweise auf die „monetären Recyclingprobleme", den „monetären Wasserkopf der Volkswirtschaft" und das Problemlösungspotenzial eines „Geldes ohne Mehrwert"[218] fand Suhr nicht das nötige Gehör, um die sich zu jener Zeit innerhalb der ökologischen Bewegung und vor allem in der grünen Partei verschärfenden Flügelkämpfe zwischen pragmatischen Realos und marxistischen Fundis beeinflussen zu können. Sonst hätten die nach politischer Macht strebenden Realos vielleicht ein anderes, sie ergänzendes Gegengewicht in Gestalt einer zwar auch ‚fundamentalen', aber nicht marxistischen Geldreform bekommen. Als vorerst unüberwindbare Hürde stand dem allerdings Carl Amerys nicht haltbare, aber wirkmächtige Behauptung entgegen, dass Gesell als Urheber des Geldreformansatzes ein „faschistoides Skelett in den Schränken der grünen Bewegung" sei. „Was ist an der mehr oder weniger verstohlenen Präsenz von Silvio Gesell, dem Vater der Schwundgeldtheorie, der ja auch Gottfried Feder, den Gründer der NSDAP, beseelte?" Damit waren die Geldreformgedanken innerhalb der Ökologiebewegung als präfaschistisch stigmatisiert und blieben für längere Zeit einem diffusen Misstrauen ausgesetzt, obwohl Suhr stellvertretend für sie unmissverständlich klargestellt hatte, dass „an die Stelle von moralischer Entrüstung über Menschen" und damit auch an die Stelle von Ressentiments gegen Minderheiten! - „die Kritik an der Struktur der Geldordnung zu treten hat."[219]

Außerdem setzte sich der oberflächliche Eindruck von namhaften Autoren wie Ernst Ulrich von Weizsäcker und Otto Schily fest, dass eine Geldreform ein die Umwelt zerstörendes Wachstum von Produktion und Konsum antreiben würde. Weizsäcker, der als renommierter Naturwissenschaftler und Umweltpolitiker für ein qualitatives Wachstum mit einer technischen Steigerung der Ressourceneffizienz eintrat („Faktor Vier"), hielt „die Hoffnung auf eine Neubelebung von Gesells Ideen ... (für) ... nicht realistisch. Sie käme einer Revolution des gesamten

---

[218] Dieter Suhr (1986), S. 447 (monetärer Wasserkopf) und 448 (Marx). - Zu Suhrs Auseinandersetzung mit Marx vgl. auch ders. (1983a), S. 12 - 24, und ders. (1988b).

[219] Carl Amery (1980), S. 13. - Später hat Carl Amery diesen Verdacht in seinem Buch „Global Exit" indirekt zurückgenommen. Margret Thatchers Devise „There is no alternative" entgegentretend, schrieb Amery: „Es gibt theoretische, sogar praktisch erprobte Ansätze", den den „totalen Markt" beherrschenden „Fetisch Geld ... von seinem Status als Abstraktum, als Sakrament zu befreien und es wieder zu einem nüchternen Werkzeug zu machen" und das „weltmörderische ... Prinzip des Zinseszinses" zu überwinden. „Alterndes Geld würde sich abnützen, würde zum Schwundgeld. Es war der Deutschargentinier Silvio Gesell, der diese Theorie systematisch durchdachte." Vgl. ders. (2002), S. 77 - 78 (Fetisch Geld), 214 und 219 (Geld zum Werkzeug machen, Zinseszins) sowie 219 - 220 (Gesell). - Dieter Suhr (1983), S. 115 (Kritik an Strukturen statt an Personen). - Zu der beharrlich wiederholten Anschuldigung, Gesell sei ein Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen, vgl. auch Elmar Altvater (2004) und Peter Bierl (2004) sowie die Repliken von Werner Onken u.a. auf der Website http://www.sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/kritik___antwort.html - Zu Gottfried Feder vgl. die Studie von Othmar Plöckinger (2018) sowie die Kapitel 8.6.2 und 8.6.3 des vorliegenden Buches.

Finanzwesens gleich. Und der Unterschied zu heute wäre dennoch nicht allzu groß. Wer heute sein Kapital ruhen lässt, wird dafür (anders als zu Gesells Zeiten) auch ohne ‚Freigeld' bestraft. Die heutigen Zinsen abzüglich der fälligen Ertragsbesteuerung sind niedriger als die Inflation. Außerdem weiß ich gar nicht, ob ich als Umweltschützer in einer Welt von fünfeinhalb Milliarden Menschen für ‚Freigeld' sein soll. Schließlich ist dessen Zweck immer noch die Ankurbelung der Wirtschaft."[220] Und der frühere grüne Realpolitiker Otto Schily, der 1990 zur Sozialdemokratie übertrat und später für einige Jahre Bundesinnenminister wurde, hatte zwar die kluge Idee, Gesells „rostende Banknoten" und Steiners „alterndes Geld" mit dem vielfach bei Konsumgütern „eingebauten Verschleiß" zu assoziieren. In der Tat könnte die „geplante Obsoleszenz" beim Geld dazu führen, dass die Arbeit und Natur verschwendende, aber dafür die Rentabilität des Kapitals begünstigende Produktion von Verschleißgütern in eine Produktion von länger haltbaren und reparierbaren Gütern übergehen kann. Aber einem dem Geld eingebauten Verschleiß hielt Schily in einer Auseinandersetzung mit Suhr drei nicht stichhaltige Einwände entgegen:

1.: Ein solches Geld sei „schon wegen des hohen Bürokratie-Aufwandes abzulehnen. ... Die Existenz von jungem und altem Geld ... müsste ... zu einem heillosen Durcheinander führen, weil die Prüfung, ob mit jungem oder altem Geld gezahlt wird, mit einem gigantischen Aufwand verbunden wäre."

2.: „Es käme eine noch größere Hektik in den Geldverkehr mit unabsehbaren inflationären Tendenzen."

3.: „Die Erhöhung der Drehzahl des Geldmotors mag man aus wirtschaftlichen Gründen für wünschenswert halten. Für die Umwelt wäre damit nichts gewonnen."

Schilys Gesamturteil lautete: „Eingebauter Verschleiß ist beim Geld nicht denkbar. Wie soll Buchgeld altern?"[221] Dabei wäre es - wie Suhr es einmal salopp formulierte - gerade beim Buch- bzw. Giralgeld am einfachsten, die „Ausgleichsabgabe auf Liquidität den Konten zu belasten. Dann wird der Mehrwert abgeschöpft und so der Kapitalismus gleich mit vom Konto abgebucht."[222] Im Gegensatz dazu gab es zu jener Zeit beim Bargeld außer dem bei kleinen praktischen Freigeldexperimenten angewandten Geld mit aufzuklebenden Gebührenmarken tatsächlich noch keine in größerem Stil praktikable Methode, das Bargeld rosten bzw. altern zu lassen. Dass unabhängig davon mit einem solchen Geld ein hoher Aufwand an Bürokratie und inflationäre Tendenzen verbunden seien, ist gleichwohl eine unbewiesene Behauptung. Und das Geld würde zwar stetig nachfragewirksam, aber bei seiner bedarfsgerechten Mengendosierung und einem Sinken des allgemeinen Zinsniveaus gegen Null würde zugleich der Rentabilitäts- und Wachstumsdruck auf die Wirtschaft nachlassen.[223]

---

[220] Ernst Ulrich von Weizsäcker (1993), S. 52.

[221] Otto Schily (1994), S. 79 - 89, hier: S. 79 (geplante Obsoleszenz beim Geld), 85 (Bürokratie, Nachteil für die Umwelt).

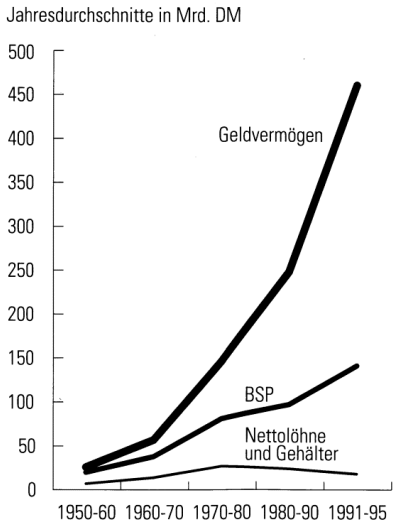
[222] Dieter Suhr (1983), S. 79.

[223] Vgl. hierzu den Abschnitt 13.7 des vorliegenden Buches.

11.5.9 Rehabilitationen der Geld- und Bodenrechtsreform durch Gerhard Scherhorn, Carlo Jaeger und Hans G. Nutzinger

Während der 1990er Jahre versuchten die Ökonomen Gerhard Scherhorn (1930-2018) und Carlo Jaeger (*1947), die Grundgedanken der Geld- und Bodenrechtsreform zwar ohne ausdrückliche Erwähnung ihrer Herkunft, aber doch wenigstens sinngemäß in den wissenschaftlichen Diskurs über Wachstumsprobleme einzubringen, während Hans Georg Nutzinger (*1945) sogar explizit auf deren aktualisierbares Potenzial hinwies.

In einer Publikation des „Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie" machte Scherhorn „kapitaldominierte Entscheidungen" für die rentable, aber unwirtschaftliche Übernutzung von Mensch und Natur verantwortlich. „Unbehindert von sozialen und ökologischen Rücksichten kann es (das Kapital; d. Verf.) sich einer einzigen Aufgabe widmen, der exponentiellen Vermehrung der Geld- und Kapitalvermögen. ... Nach der Logik der Zinseszinsrechnung muss das eingesetzte Kapital mit mindestens gleichbleibender Rate wachsen, also exponentiell. Um die schnell wachsende Summe der Zinsen und Dividenden zu finanzieren, müssen die beiden anderen Produktionsfaktoren ihre Beiträge entsprechend steigern."[224]



Entwicklung der Geldvermögen, des Bruttosozialprodukts sowie der Nettolöhne und Gehälter.
Quelle: Deutsche Bundesbank; Darstellung nach H. Creutz (1996), Die Verschuldung in Deutschland. Zeitschrift für Sozialökonomie, 33, 3-18.

Abb.: Scherenöffnung zwischen Geldvermögen, Bruttosozialprodukt und Löhnen & Gehältern
aus: Gerhard Scherhorn (1997a), S. 22.

[224] Gerhard Scherhorn (1997a), S. 19 (kapitaldominierte Entscheidungen) 21 (Arbeit und Natur als Diener des Kapitals).

Diesen Zusammenhang zwischen Geld- und Kapitalwachstum einerseits und Arbeits- und Naturschrumpfung andererseits veranschaulichte Scherhorn anhand einer Grafik des Wirtschaftspublizisten Helmut Creutz und zog daraus den Schluss: „Die gesamte Bevorzugung des Kapitals müsste zurückgenommen werden." Allerdings zog Scherhorn hieraus keine praktischen Konsequenzen im Sinne einer Geld- und Bodenrechtsreform, sondern verwies lediglich auf Maßnahmen, die eine solche Reform tatsächlich ergänzen könnten - auf eine höhere Zins- und Erbschaftsbesteuerung sowie auf eine Überführung von Unternehmen „in Stiftungen mit ökologischer oder sozialer Zielsetzung" und die Einführung einer „ethisch-ökologischen Bewertung ihres Verhaltens". Auch eine „wirksame Kontrolle der Geld- und Kapitalmärkte, eine Besteuerung der internationalen Finanztransaktionen, eine umfassende Förderung des Energiesparens und der Entwicklung regenerierbarer Energien und eine Verteuerung des Fernverkehrs" gehörten für Scherhorn zu den notwendigen Reformen zur Beendigung der Dominanz des Kapitals - und neben der Tobinsteuer übrigens auch eine zeitgemäße Weiterentwicklung von Keynes' Bancor-Plan.[225] -

In seinem Buch „Zähmung des Drachens" beschrieb Jaeger das Ziel um null schwankender Zins- und Profitraten als Voraussetzung für den Übergang der Wirtschaft in einen „Zustand der Beständigkeit". „Natürlich braucht es zur Untersuchung der wechselwirkenden Dynamik von Zinssätzen und Profitraten, die zu einer Wirtschaft im Zustand der Beständigkeit führen können, noch manche Forschungsanstrengung. Es handelt sich dabei jedoch um eine Forschungsaufgabe von beträchtlicher Bedeutung für jegliche langfristige Lösung der globalen Umweltkrise." Allerdings verfolgte Jaeger dieses Ziel im Rahmen seiner Tätigkeit am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung nicht weiter und beließ es zunächst bei der Forderung nach einem qualitativen Wachstum, weil er der Ansicht war, dass der ökologische Umbau der Industriegesellschaft und die Überwindung der weltweiten sozialen Ungleichheit durch grünes Wachstum erreicht werden müssten, *bevor* in fernerer Zukunft „das Wirtschaftswachstum obsolet sein wird".[226] -

Schließlich erinnerte auch Hans Georg Nutzinger an die außerhalb der Standardökonomie geführten Diskussionen über eine Reform von Geldordnung und Bodenrecht. „Diese Außenseiterdiskussionen sind nicht ausreichend mit der allgemeinen Theorie verknüpft und daher ebenfalls in vieler Hinsicht auch nicht gut durchdacht. Aber die Anhänger von Gesell haben einen wichtigen Umstand im Prinzip richtig erkannt, dass nämlich der Besitz von Land und Geld dem Inhaber solcher ‚assets' eine gewisse privilegierte Position gibt, die ja auch Keynes als wesentlichen Bestandteil seiner eigenen allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes gesehen hat. ... Dieses Geldmonopol ist noch nicht

---

[225] Gerhard Scherhorn (1997a), S. 23 und 25 (Reformmaßnahmen) sowie ders. (1997b), S. 227 - 230 (Keynes' Bancor-Plan). - Vgl. Helmut Creutz (1993/2003), S. 407 - 434.

[226] Carlo C. Jaeger (1996), S. 29 - 31 und 290 - 293. Zu Carlo C. Jaegers Plädoyer für grünes Wachstum vgl. ders. (2011), S. 28 - 41 und 64 - 69 (spätere Entbehrlichkeit des Wachstums).

richtig theoretisch analysiert, aber der damit angesprochene Zusammenhang lässt sich nicht bestreiten."[227] Leider begann auch Nutzinger ebenso wie Binswanger, Scherhorn und Jaeger nicht selbst damit, die „privilegierte Position ... solcher assets" und Wege zu ihrer Überwindung systematisch zu erforschen.

11.5.10 Grünes Wachstum vs. Wachstumskritik

Nachdem die jahrzehntelange Systemkonkurrenz zwischen dem westlichen Kapitalismus und dem östlichen Kommunismus mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989 zu Ende gegangen war und der entfesselte westliche Finanzmarktkapitalismus seinen Siegeszug um die ganze Welt angetreten hatte, suchte die Sozialdemokratie ihren Platz in einer modernisierten „neuen Mitte" zwischen ihren früheren eigenen Positionen und dem Neoliberalismus. Die „zeitlosen Werte" der Gerechtigkeit und Freiheit werde die Sozialdemokratie niemals aufgeben; aber sie müsse sich an die veränderten Zeitumstände anpassen. „Die beiden vergangenen Jahrzehnte des neoliberalen Laisser-faire sind vorüber. An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des „Deficitspending" und massiver staatlicher Intervention im Stile der siebziger Jahre treten. „Eine solche Politik führt heute in die falsche Richtung." Mit einer „neuen angebotsorientierten Agenda für die Linke" einschließlich einer Senkung von Unternehmenssteuern und einer sog. „mikroökonomischen Flexibilität" müsse die Sozialdemokratie - so der damalige deutsche Bundeskanzler Schröder und der britische Premierminister Blair in ihrem gemeinsamen Papier - „die Rentabilität ... stärken ... und Investitionsanreize ... schaffen. ... Wir wollen den Sozialstaat modernisieren, nicht abschaffen. Wir wollen neue Wege der Solidarität und der Verantwortung für andere beschreiten" und die Finanzpolitik auf die „Förderung eines nachhaltigen Wachstums" ausrichten.[228]

Entsprechend der sozialpolitischen Anpassung der Sozialdemokratie an den unangefochten vorherrschenden modernen Finanzmarktkapitalismus setzte sich seit der Mitte der 1990er Jahre auch die realpolitische Strategie seiner ökologischen Modernisierung vorerst auf ganzer Linie durch. Anstelle der „Grenzen des Wachstums" (1972) ging es fortan um ein „Wachstum der Grenzen". Und die sog. „Green Economy" ist de facto ein „Green Capitalism", der weiterhin menschliche und natürliche Ressourcen übernutzt und den Motor der Wirtschaft im buchstäblichen Sinne so heiß laufen lässt, dass sich die sie umgebende Erdatmosphäre in einem gefährlichen Ausmaß erwärmt.

Angesichts dieser Fehlentwicklung ist es geradezu tragisch, dass Binswanger die in seinen Frühschriften skizzierte grundsätzliche Wachstumskritik schließlich in seinem Hauptwerk „Die Wachstumsspirale" (2006) nicht konsequent weiterführte. Statt sein ursprüngliches Ziel einer „Null-Wachstums-Wirtschaft" in den

---

[227] Hans Georg Nutzinger (1998), S. 102 - 103.

[228] Gerhard Schröder & Tony Blair (1999), auf der Website http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html (Zugriff: 25.6.2017).

Mittelpunkt seines Buches zu stellen[229], blieb er darin bei seiner zwischenzeitlichen Hinwendung zu Simmels „Philosophie des Geldes" und bei seiner These, wonach die „Geldschöpfung im Bankensystem" der entscheidende Motor des Wirtschaftswachstums sei. „Der Expansionsprozess gründet auf der zeitlichen Struktur des Marktprozesses, d.h. auf der Notwendigkeit der Vorfinanzierung der Produktion mit Hilfe eines Vorschusses, d.h. von Kapital. ... Daraus folgt, dass insgesamt stets mehr Geld eingenommen als ausgegeben wird. Wie ist dies möglich? Offensichtlich nur, wenn stets Geld zufließt", das von Geschäftsbanken geschöpft wird. Doch schöpfen sie es nur aus dem Nichts? Oder ‚schöpfen' sie es vielleicht auch, indem sie das auf Kosten von Arbeit und Natur akkumulierte Geldkapital auf dem Kreditwege wieder in den Kreislauf zurückführen?[230]

Weitere Antriebskräfte des Wirtschaftswachstums sah Binswanger nunmehr auch noch in der „menschlichen Imagination" und in einer „Staffelung des Wettbewerbs. ... Die Imagination erfindet bzw. findet immer neue Produkte, die neue Bedürfnisse befriedigen". Allerdings ist die Imagination wie der technische Fortschritt in der neoklassischen Produktionsfunktion eher ein unklarer Einflussfaktor. Und mit der „Staffelung des Wettbewerbs" meinte Binswanger „unterschiedliche Eigenschaften der Ausgangsstoffe (inkl. Energieträger)", die in der Landwirtschaft und im Bergbau „aus den natürlichen Ressourcen gewonnen werden". Abgesehen von dem Tatbestand, dass mit dem „fortlaufenden Akt der Aneignung von Natur" wirtschaftliches Wachstum grundsätzlich möglich ist, führe die unterschiedliche Qualität der Naturgüter - wenn sie zu einheitlichen Marktpreisen gehandelt werden wie an den internationalen Rohstoffbörsen - an verschiedenen Produktionsstandorten zu Kostenvor- oder -nachteilen. Um dem permanenten Preisdruck standhalten zu können, sei der einzelne Produzent, „wenn er sich nicht durch Kartellvereinbarungen schützen kann oder der Staat einen entsprechenden Schutz gewährt, gezwungen, ständig die Durchschnittskosten zu senken, um billiger anbieten zu können. Dies ist in der Regel nur möglich durch Einstieg in die Massenproduktion und deren ständigen Ausbau, d.h. durch Kombination von Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen", wobei die bisherigen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt „kein großes Hindernis für die weitere Steigerung der Produktion" darstellen. Die beim Ausbau der die Märkte monopolistisch beherrschenden großindustriellen Massenproduktion nicht weniger bedeutsame Rolle der Kapitalakkumulation und des Verdrängungswettbewerbs ließ Binswanger allerdings unberücksichtigt. Seine Argumentation mündete schließlich in die zentrale These ein, dass ein jährliches Wachstum in Höhe von 1,8 % erforderlich sei, um die Stabilität der Wirtschaft zu gewährleisten.

---

[229] Hans Christoph Binswanger & Werner Geissberger & Theo Ginsburg (1979/1981), S. 219 - 221 (Null-Wachstums-Ordnung).

[230] Hans Christoph Binswanger (2006), S. 6 (Geldschöpfung im Bankensystem, Imagination), 67 - 68 (Simmel), 114 - 127 (Geldschöpfung) und 295 (Nichts).

Die eigentliche Schlüsselfrage, wie „der Spirallauf der Wirtschaft wieder allmählich in einen Kreislauf zurückgeführt werden kann", erwähnte Binswanger am Ende seines Hauptwerks nur noch einmal ganz kurz für den Fall, „dass sich die Gefährdungen bzw. Hindernisse des Wachstums verstärken sollten". Und erst in einem Anhang zu seinem Buch brachte er noch einmal das Wichtigste kurz in Erinnerung, dass nämlich der antike Philosoph Aristoteles so deutlich wie kein anderer vor und nach ihm den Unterschied zwischen einer vorkapitalistischen Versorgungswirtschaft („oikonomiké") und der bestehenden kapitalistischen Erwerbswirtschaft („kapeliké") herausgestellt habe. Indem die Neoklassik den widersprüchlichen Doppelcharakter des Geldes als dienendes Tausch- und herrschendes Machtmittel verleugne und das Geld nur als Tauschmittel betrachte, erwecke sie den falschen Eindruck, dass die „real existierende Marktwirtschaft" bereits eine „oikonomiké" sei. Doch fällt das Geld aus dem Rahmen der Endlichkeit der Natur: „Es verrottet nicht und verrostet nicht. Sein Besitz ist Reichtum oder Ausweis von Reichtum, den man unbegrenzt anhäufen kann, der die Grenze der Sättigung durchbricht und die Wirtschaft in Richtung Expansion orientiert."[231]

11.5.11 Claus Leggewies & Harald Welzers „radikaler Richtungswechsel"?

Unmittelbar nach dem Beginn der großen Krise auf den internationalen Finanzmärkten (2008) und auch im Hinblick auf die häufig als ‚Klimawandel' verharmloste Erderwärmung erwarteten der Politologe Claus Leggewie und der Sozialpsychologe Harald Welzer das „Ende der Welt, wie wir sie kannten" (2009). Das Ausmaß ihrer „Metakrise" spreche eindeutig gegen die Erwartung, dass sie allein mit den bisherigen Mitteln von technischem Fortschritt, unternehmerischem Pioniergeist und Berufspolitik bewältigt werden könnte. Es gehe „jetzt nicht mehr nur um Korrekturen, sondern um einen radikalen Richtungswechsel. ... Der Klimawandel wirft die Systemfrage auf." Das Gelingen eines solchen „Großexperiments unter Zeitdruck" erfordere vor allem „mehr, nicht weniger Demokratie, individuelle Verantwortungsbereitschaft und kollektives Engagement" der Zivilgesellschaft. Von besonderem Interesse war für Leggewie & Welzer die „Rätselfrage ... , wieso Menschen gegen besseres Wissen handeln". Warum überwinden die Menschen trotz ihrer existentiellen Bedrohung nicht die „Schwerkraft des So-Seins" und warum orientieren sie sich nicht in größerem Umfang weg vom ‚business as usual' in die Richtung von Änderungen ihres Lebensstils und Konsumverhaltens um?[232]

---

[231] Hans Christoph Binswanger (2006), S. 231 - 236 (Imagination), 237 - 249 (Staffelung des Wettbewerbs), 256 (Umweltschutz kein Hindernis für Wachstum), 310 - 315 (Wachstumsspirale), 370 - 371 (1,8% Wachstum), 375 (von der Spirale zum Kreislauf) und 377 - 387 (Aristoteles). - Vgl. auch Hans Christoph Binswanger (1991), S. 113 - 127 (Aristoteles).

[232] Claus Leggewie & Harald Welzer (2009), S. 13 (Metakrise) - 14 (Großexperiment), 71 (Richtungswechsel), 81 (Rätselfrage), 99 (So-Sein), 102 (Systemfrage).

Da Leggewie & Welzer nach den Erfahrungen mit der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie sehr zu Recht bezweifelten, dass sich umweltschädliche Nebenwirkungen von Großtechnologien durch neue Großtechnologien wie das Geo-Engineering und die Bioökonomie vermeiden lassen, hätten sie auch eine zweite große „Rätselfrage" aufwerfen können, nämlich die entscheidende Systemfrage: Was ist die Ursache für das „kolossale Versagen der Märkte" (und auch für Versagen des zentral planenden oder global steuernden Staates)? Die Bezugnahme auf Marx und Polanyi lässt vermuten, dass Leggewie & Welzer die strukturelle Macht des Geldes über Arbeit und Natur nicht als Ursache der „Metakrise" im Blick hatten. Dementsprechend blieb auch unklar, welche rechtliche Rahmenordnung der Wirtschaft notwendig wäre, um - wie von ihnen befürwortet - die Atmosphäre als Allmende zu behandeln und um einer „kleinräumigen Vergesellschaftung ... , Resilienz" und einer „überfälligen Renaissance der Genossenschaftsökonomie" zum Durchbruch zu verhelfen.[233]

11.5.12 Helge Peukerts Diagnose und Therapie der „großen Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise" (2010)

Während Leggewie & Welzer die Systemfrage andeuteten, aber unbeantwortet ließen, bildete sie bei dem Ökonomen Helge Peukert (*1956) den krönenden Abschluss seiner großen Übersicht über wissenschaftliche Diagnosen der Weltfinanzkrise und über Politikempfehlungen sowie über darüberhinausgehende Maßnahmen, der außerhalb der Standardökonomie debattiert wurden. Von besonderer Bedeutung war, dass Peukert die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise auch mit der nicht minder großen ökologischen Krise verband und obendrein noch eine unkonventionelle Richtung wies, in der sich ein Ausweg aus der Gesamtkrise der Moderne suchen ließe: „Wie kann ein Wirtschaftssystem überleben, das angesichts positiver Zinssätze und mit Vermögenswerten, die Rendite abwerfen sollen, was letztlich nur durch Erlöse aus der Realsphäre geleistet werden kann, ein System also, das auf Wachstum angelegt ist, mit den Erfordernissen der Ökosphäre harmonieren, die stetiges Wachstum nicht mehr verträgt? ... Wachstum ist das magische Konzept, das Finanz- und Umweltkrisen nach dem Prinzip ‚Weiter wie bisher ohne Rücksicht auf Verluste' verbindet. Der Tanz muss weitergehen, solange die Musik spielt. Nach uns die Sintflut."[234]

Geradezu sensationell war die „entscheidende Zukunftsfrage der Finanzmärkte", mit der Peukert in die Richtung eines Auswegs aus der großen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krise wies: „Ist eine Geldordnung in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ohne positive Zinssätze möglich? ... Wie kann man auf Dauer ein

---

[233] Claus Leggewie & Harald Welzer (2009), S. 107 - 108 (Versagen der Märkte, Polanyi), 109 (Atmosphäre als Allmende), 113 (Marx), 123 und 128 (Großtechnologien), 199 (Resilienz), 209 (Genossenschaften) und 233 (kleinräumige Vergesellschaftung).

[234] Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510.

solides Finanzsystem konstruieren, das nicht eigendynamisch durch den (Zinses)Zins auf ständige Expansion angelegt ist?" Diese in Fragen gekleidete Wegweisung erinnerte stark an Keynes' Ausblick auf einen „wirtschaftspolitischen Gezeitenwechsel", bei dem die Geld- und Realkapitalrenditen mittel- und langfristig gegen null sinken - mit der Folge, dass ein „quasi-stationäres Gemeinwesen" an die Stelle der sich selbst beschleunigenden wirtschaftlichen Dynamik treten könnte. Sie entsprach auch ganz der von Binswanger im Anhang zu seiner „Wachstumsspirale" erinnerten aristotelischen Unterscheidung zwischen einer „Oikonomiké" und einer „Kapeliké" und öffnete den Blick für die Möglichkeit eines Übergangs von der bestehenden Geldvermehrungswirtschaft zu einer modernen Form der Haus- und Versorgungswirtschaft. „Im Finanzsektor bauen sich sachlogische Verschuldungskaskaden auf und im Realsektor lebt die Menschheit seit langem von der Substanz des ‚Naturkapitals'. Das an dieser Stelle nicht zu lösende Kunststück der Wirtschaftspolitik wird darin bestehen, eine Vollbeschäftigung neuen Typs (bei Null- oder sogar Negativwachstum) realisieren zu müssen. Hier zeigt sich die enge Wahlverwandtschaft der Probleme des Realsektors und der Geld- und Finanzsphäre: Über den Zins ist die Geldsphäre genauso wie die Realsphäre auf exponentielles Wachstum angelegt und in beiden Sektoren treten wachstumsbedingte Strukturprobleme auf. ... Die Gretchenfragen lauten: Wie hätte ein zu einer nicht mehr unter Wachstumszwang stehenden Wirtschaft und Gesellschaft korrespondierendes Geldsystem auszusehen?"[235]

Wie Binswanger hielt auch Peukert das von Simons & Fisher entwickelte und schon von Eucken in Erwägung gezogene „100%-Money" für notwendig, um die Geldschöpfung der Geschäftsbanken als Antreiber des wirtschaftlichen Wachstums außer Kraft zu setzen. Aber für Peukert waren das „100%-Money" und dessen von Huber & Robertson vorangetriebene Weiterentwicklung zum „Vollgeld" allein noch nicht ausreichend, weshalb er die Frage stellte: „Was müsste hinzukommen?"[236]

11.5.13 Green Capitalism als Ausweg?

Die von Peukert gestellten bahnbrechenden Fragen wurden jedoch weder von Wissenschaftlern als Forschungsthemen noch von der Zivilgesellschaft aufgegriffen, so dass es trotz der unvermindert anhaltenden Krisen vorerst bei der weiten Verbreitung des Glaubens an die ökologische Modernisierbarkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft blieb. Zu seinen namhaften Protogonisten gehörte der grüne Politiker Ralf Fücks mit seinem Buch „Intelligent wachsen - Die grüne Revo-

---

[235] Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510.

[236] Helge Peukert (2010b), S. 32, 42 - 43 und 500 - 510. Zu Binswangers Empfehlung für eine aktualisierte Form des „100%-Money" vgl. seinen am 12.11.2008 an der Universität Oldenburg in der „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie" gehaltenen Vortrag „Wachstumszwang vs. Nachhaltigkeit" (Binswanger 2008). - Zu Peukerts Vorstellungen über einen erweiterten wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog vgl. das Kap. 12.4 im vorliegenden Buch.

lution" (2013). Aber es gab auch kritische Gegenstimmen wie diejenigen der ebenfalls grünen Politikerin Barbara Unmüßig, die zusammen mit Fücks eine ‚Doppelspitze' im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung bildete und mit ihrer „Kritik der grünen Ökonomie" (2015) einen Gegenpol zum „Green Capitalism" darstellte, sowie eine ökonomische Gegenstimme von Niko Paech, der grünes Wachstum für ein Märchen hält und mit einer „Befreiung vom Überfluss" zu einer „Postwachstumsökonomie" gelangen will.[237]

Dem wachstumspessimistischen Slogan „The party is over" widersprach Fücks mit der Zuversicht, dass es eine modern-fortschrittliche Alternative sowohl zu einem ‚Weiter so wie bisher' als auch zur Forderung nach einem freiwilligen Verzicht auf Teile des bisherigen Wohlstands gebe. In der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Krise sah er geradezu eine „Chance für einen großen Sprung nach vorn ... in eine grüne industriellen Revolution". Ohne auch nur im Entferntesten an eine Veränderung der Grundstrukturen der kapitalistisch vermachteten Marktwirtschaft zu denken, glaubte Fücks an die Möglichkeit einer neuen großen Transformation *innerhalb* des Kapitalismus. Allein mit Hilfe einer Vielzahl von technologischen Innovationen könne die Gesellschaft zu einer postfossilen ökologischen Produktionsweise übergehen. Nicht die natürliche Knappheit der Ressourcen sei das Problem, sondern deren ineffiziente Nutzung. Durch eine höhere Effizienz müssten Wachstum und Naturverbrauch entkoppelt werden. „Zentrale Produktivkraft der postfossilen Gesellschaft ist die Solarenergie. ... Biotechnologie wird zur neuen Leitwissenschaft. ... Die moderne Genetik ist nur eine weitere Etappe auf diesem langen Weg der Veränderung unserer Umwelt und der Selbstveränderung des Menschen. ... Grünes Wachstum oder Kollaps, das ist die Alternative." Im ökologischen Umbau der Industriegesellschaft durch Bioökonomie, Bionik, Biotechnologien und Biogenetik sah Fücks ein „gewaltiges Investitionsprogramm".[238]

In dieser geradezu euphorisch fortschrittsoptimistischen Perspektive konnten ein Nullwachstum oder gar eine Schrumpfung nur eine Schreckensvision sein. Fücks sah darin eine Gefahr von „enormem ökonomischem und politischem Stress mit scharfen Verteilungskämpfen". Innerhalb kapitalistischer Strukturen besteht diese Gefahr tatsächlich, was Grund genug wäre für ein Nachdenken über gerechtere Strukturen der Verteilung. Genau das wehrte Fücks jedoch unter Hinweis auf den Untergang des ‚realen Sozialismus' ab. „Ihm fehlte die wirtschaftliche Dynamik des Marktes wie die korrigierende Kraft der Demokratie. ... Trotz aller Kritik ist es verfrüht, das Totenglöckchen über den Kapitalismus zu läuten." Der Kapitalismus sei ein „lernendes System" und könne sich zu einem „Ökokapitalismus" weiterentwickeln. „Analog zur sozialen Einhegung des Kapitalismus durch die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts verändert auch die ökologische

---

[237] Ralf Fücks (2013). - Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015). - Niko Paech (2012).

[238] Ralf Fücks (2013), S. 13 (grüne industrielle Revolution), 15 (Biotechnologie), 21 (Genetik), 36 (grünes Wachstum), 42 (Solarenergie), 68 (Entkopplung), 114 (Dekarbonisierung und Steigerung der Ressourceneffizienz), 167 (ökologischer Umbau der Industriegesellschaft als gewaltiges Investitionsprogramm), 179 - 225 (Bioökonomie, Bionik usw.).

Bewegung das Gesicht des Kapitalismus. ... Diesen Transformationsprozess gilt es zu unterstützen statt die alten Feindbilder zu pflegen." Sogar die vielfach kritisierten multinationalen Konzerne seien „keine eindimensionalen Profitmaschinen, sondern komplexe Gebilde, in denen eine Vielzahl von Menschen tätig ist, die sich Gedanken über die Welt von morgen machen." Sie würden „die Weichen auf grün stellen" und sich in ihrer Produktion auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Biolebensmittel, Elektromobilität oder ökologische Gebäudesanierung umorientieren. Zwar äußerte Fücks auch Sympathien für Genossenschaften, jedoch verlor er kein einziges kritisches Wort über die den Großunternehmen zugrundeliegende kapitalistische Kapitalakkumulation und -konzentration.[239]

Durchaus zu Recht hob Fücks die grundsätzliche Bedeutung des „Marktes als dezentrales Steuerungssystem" hervor. Mit Bezug auf die „ordoliberale Schule" erwog er sogar einen „Ordnungsrahmen einer ökologischen Marktwirtschaft" und plädierte obendrein dafür, dass die Atmosphäre, die Weltmeere und die Arktis als „öffentliche Güter ... gemeinschaftlich verwaltet werden". Aber warum sollten nur die Atmosphäre, die Weltmeere und die Arktis und nicht die gesamten Ressourcen der Erde als gemeinschaftliche Güter aller Menschen behandelt werden? Abgesehen von dieser zweifelhaften Einschränkung des Spektrums von öffentlichen Gütern differenzierte Fücks überhaupt nicht im Sinne des frühen Ordoliberalismus zwischen den real existierenden monopolkapitalistisch vermachteten Märkten und der erstrebenswerten Marktform des mono- und oligopolfreien Wettbewerbs. Und trotz einer kritischen Randnotiz über „Deformationen des Finanzkapitalismus" ignorierte er völlig die Rolle des kapitalistischen Geldes bei der Konzentration von Geld- und Realkapital und der Ausbreitung von wettbewerbsbeschränkender Marktmacht. Fücks blieb der unzulässigen Gleichsetzung der „Kombination aus Privateigentum, Märkten als Koordinierungsinstanz und Wettbewerb als Optimierungsverfahren" mit der „kapitalistischen Produktionsweise" verhaftet und behauptete schließlich, dass „wir es ... in keinem Land ... mit Kapitalismus pur zu tun ... haben." Stattdessen habe der Kapitalismus mehrere Varianten einer „gemischten Ökonomie" hervorgebracht: „vom marktliberalen angelsächsischen Modell über die soziale Marktwirtschaft westeuropäischen Typs bis zu einer Mischung aus Freistil-Kapitalismus und Staatskontrolle in China und dem Renten-Kapitalismus Russlands. ... Tatsächlich herrscht in allen hoch entwickelten Industriestaaten der Primat der Politik, solange man darunter nicht versteht, dass die Politik beliebig in die Wirtschaft hineinregieren und die Eigendynamik von Märkten außer Kraft setzen kann."[240] Fücks sah weder, wie sehr das strukturell mächtige Geld die Eigendynamik der Märkte für seine Zwecke instrumentalisiert,

---

[239] Ralf Fücks (2013), S. 120 (Nullwachstum), 157 (grüne Konzerne), 185 (Untergang des realen Sozialismus, Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus), 305 (alte Feindbilder), 308 - 309 (Primat der Politik in gemischten Ökonomien), 310 (ökologische Wandlung des Kapitalismus), 311 - 312 (Genossenschaften) und 313 (Großunternehmen als komplexe Gebilde).

[240] Ralf Fücks (2013), S. 41 (öffentliche Güter), 303 (Finanzkapitalismus), 321 (Markt), 323 (ordoliberaler Ordnungsrahmen) und 328 - 332 (Atmosphäre, Weltmeere und Arktis).

noch sah er den Unterschied zwischen den in der Tat fragwürdigen staatlichen Interventionen in die Wirtschaft und der Notwendigkeit einer rechtsstaatlichen Rahmenordnung, die den Primat der Politik gegenüber wirtschaftlichen Gruppeninteressen durchsetzt und die Märkte von Mono- und Oligopolen befreit.

11.5.14 Wem gehört eigentlich die Natur?

Zweifel am grünen Wachstum wurden exemplarisch von Fücks Kollegen im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung artikuliert. Dabei lehnte Barbara Unmüßig technologische Innovationen zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz und zur Entkopplung von Produktion und Naturverbrauch in ihrer gemeinsam mit Thomas Fatheuer & Lili Fuhr verfassten „Kritik der grünen Ökonomie" gar nicht rundweg ab. „Ohne Zweifel, wir brauchen Innovationen! ... Aber das allein genügt nicht. Die Aufgabe ist größer." Sowohl das quantitative als auch das qualitative Wachstum steuern auf „planetarische Grenzen" zu. „In den wachstumszentrierten Ansätzen der Grünen Ökonomie geht es nicht um einzelne Innovationen und deren Wert, sondern um Innovationen als Prinzip und Heilsbringer." Gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie, der „modernen Mutter aller technologischen Heilserwartungen", hielten Fatheuer & Fuhr & Unmüßig es deshalb für verfehlt, die Ökonomisierung der Natur in ihren bisherigen Formen fortzusetzen und ihre „Inwertsetzung" etwa im Rahmen eines „Green New Deal" noch durch technologische Innovationen in den Bereichen der Bioökonomie oder des Geoengineerings zu forcieren. Auf diese Weise wird die Biodiversität immer nur noch mehr in eine eindimensionale Rentabilität des Kapitals umgeformt.[241]

Das „kapitalistische Wachstumsmodell" beruht auf einer extrem hohen Konzentration von Kapital in den fossilen, vor allem Kohle, Öl, Gas und Uran verarbeitenden Großindustrien. Sie begann mit der ressourcen- und energieintensiven Produktion von Stahl, Zement und Beton, die „geradezu ein Dinosaurier der Moderne" war. Im Laufe der Jahrzehnte brachte sie eine enorm hohe, ebenfalls Ressourcen und Energie verschlingende Mobilität mit einem räumlich entgrenzten Flugverkehr hervor und mit ebenso überdimensionierten Containerschiffen, die zu Symbolen einer auf falsche Bahnen geratenen Globalisierung geworden sind. Und besonders Länder mit Öl- und Gasvorkommen wurden zu den am brutalsten umkämpften Regionen der Welt.[242]

---

[241] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 13 - 15 (planetarische Grenzen, mehr als nur technologische Innovationen, Inwertsetzung der Natur), 54 (Green New Deal), 59 (Bioökonomie), 95 (Notwendigkeit von Innovationen), 97 (Innovationen als Heilsbringer), 116 (Atomenergie), 127 - 129 (Geoengineering).

[242] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 12 (kapitalistisches Wachstumsmodell), 24 - 33 (fossilen Grundlagen), 99 - 107 (Stahl, Zement, Beton und Mobilität) und 147 (unzureichende grüne Ökonomie). Zum Kampf um die arabische Welt vgl. die TV-Dokumentation von Eric Laurent & Patrick Barberis (2011) und Michael Lüders (2015).

Wegen der Endlichkeit der Ressourcen und der Erderwärmung und auch wegen der damit einhergehenden sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit gehöre das „kapitalistische Wachstumsmodell" trotz seiner ökologischen Modernisierung auf den Prüfstand. „Verteilungsfragen, menschenrechtliche Perspektiven, demokratische Teilhaberechte werden nicht oder nur teilweise thematisiert. ... In der Welt der Grünen Ökonomie sind die Unternehmen die wichtigsten Akteure". Indem besonders die großen Konzerne die Maximierung ihrer Renditen als Primärziele anstreben, behandeln sie die Natur als „Naturkapital" und ziehen sie damit in die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems hinein. Durch die sog. Internalisierung externer Kosten zum Beispiel durch den Handel mit CO_2-Zertifkaten werde die Natur zum Objekt der Quantifizierung, von Messvorgängen (obwohl sich viele ihrer Qualitäten gar nicht quantifizieren lassen) und damit zum Objekt einer fortschreitenden „Monetarisierung" und Ökonomisierung. Diese erstreckt sich nicht nur auf die äußere Natur und die Ökosysteme, sondern auch auf eine „ökonomische Inwertsetzung von Körpern und Körperstoffen wie Eizellen, Sperma und Gewebe sowie der Kommerzialisierung von Körpern durch Praktiken wie Leihmutterschaft." Indem sämtliche „Naturfunktionen ... zu Vermögenswerten und handelbaren Gütern" werden, fallen sie der sehr ungleichen menschlichen Aneignung anheim. Dabei führe beispielsweise der Handel mit CO_2-Zertifikaten innerhalb kapitalistischer Marktwirtschaften bislang nur zu dürftigen Ergebnissen. Außerdem sprechen sog. Rebound-Effekte gegen die Erwartung, eine grüne Produktion vom Ressourcen- und Energieverbrauch abkoppeln zu können.[243]

Alles in allem weist die Grüne Ökonomie nach Auffassung von Fatheuer & Fuhr & Unmüßig eine ganze Reihe von „blinden Flecken" auf, über die auch „marktorientierte Ansätze" wie ein „ethisch motivierter Konsum", ethisch-ökologische Geldanlagen, solidarisches Wirtschaften und der Faire Handel - obwohl sie allesamt Vorboten einer zukünftigen, wirklich ökologischen Ökonomie sind - nicht hinwegtäuschen können. Auf dem Weg dorthin sei eine zweite große Systemtransformation erforderlich, um für alle Menschen ein „gutes Leben" in einer gerechteren, friedlichen, demokratischen und solaren statt fossilen Weltwirtschaft zu erreichen, deren Stabilität sich ohne wirtschaftliches Wachstum sichern lässt. Und in Ergänzung zu einer sich wieder stärker politisch verstehenden Ökonomie müsse eine „Politische Ökologie" den Weg in diese Richtung bahnen. „Es braucht Antworten darauf, wie die Gesellschaft ein Stück weit von der Vorherrschaft der Ökonomie befreit werden kann bzw. wie die ‚soziale Einbettung des Marktes' (Karl Polanyi) in die Gesellschaft wieder gelingen kann."[244]

---

[243] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 55- 57 und 65 (Natur als quantifizierbares Naturkapital) - 71 (Objekt der Monetarisierung), 76 (Naturfunktionen als Vermögenswerte und Handelsgüter), 142 - 147 (CO_2-Zertifikate) und 155 (ökonomische Inwertsetzung von Körpern durch Reproduktionstechnologien).

[244] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 12 - 14 (politische Ökologie, gutes Leben), 17 (Polanyi), 135 - 162 (blinde Flecken), bes. S. 155 - 156 (ethisches Investment, Fairhandel usw., Verteilungsgerechtigkeit einschließlich der Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie und Umwelt-

Trotz der unzweifelhaften Berechtigung ihrer These, dass es sich bei großen Systemtransformation um mehr als nur eine technische Herausforderung handelt, war auch die „Kritik der Grünen Ökonomie" noch nicht völlig frei von blinden Flecken. Noch stand sie ratlos vor dem Dilemma, dass sich eine ökologisch begrenzte Nutzung der Naturgüter einerseits nicht nur durch Ge- und Verbote erreichen lässt, sondern dass es dazu auch ihrer Ökonomisierung und Monetarisierung, d.h. ihrer Belegung mit Knappheitspreisen bedarf, und dass andererseits gerade die kapitalistischen Formen der Ökonomisierung und Monetarisierung der Natur ihre fortschreitende Zerstörung nicht aufhalten, sondern vielfach noch verstärken. Ein von einer Abneigung gegen den Markt motivierter Verzicht auf die Belegung von Naturgütern mit Preisen würde zu keiner Auflösung dieses Dilemmas führen, weil er deren Knappheitscharakter nicht gerecht würde. Könnte es also Möglichkeiten einer marktwirtschaftlichen, aber nicht kapitalistischen Ökonomisierung und Monetarisierung von Naturgütern geben? Eine Antwort auf diese Frage könnte sich aus einer Auseinandersetzung mit drei Problemkreisen ergeben:

- Der „Kritik der grünen Ökonomie" fehlte bislang noch der Blick für die das umweltzerstörerische Wachstum antreibende Rolle des kapitalistischen Geldes. Fatheuer & Fuhr & Unmüßig richteten ihre Kritik zwar gegen die „kapitalistische Produktions- und Konsumweise" bzw. gegen das „jetzige Wirtschafts- und Produktionsmodell"[245], aber sie versäumten es, ihre Kritik auch auf die bestehende kapitalistische Zirkulationsweise bzw. auf den Gesamtkomplex von Produktion, Zirkulation und Konsum zu richten.
- Zwar stellten sie die wichtigen Fragen: „Wem gehört die Natur? Wer hat Zugang, wer kontrolliert die Ressourcen und wie verteilen wir sie untereinander?"[246] Jedoch rekonstruierten sie weder, wie die neoklassische Ökonomie den Boden und die Ressourcen vor rund einem Jahrhundert sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht verdrängt hat, noch knüpften sie an die ideengeschichtlichen Ansätze zur Reform des Boden- und Ressourcenrechts und an Binswangers Bemühen um eine Rückholung der Natur in die ökonomische Theorie an. Beides wäre aber zusammen mit der Bewusstwerdung der Rolle des kapitalistischen Geldes erforderlich, um eine Ökonomisierung und Monetarisierung der Natur von kapitalistischen in nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Bahnen überleiten zu können. Wohl verwiesen Fatheuer & Fuhr & Unmüßig auf die Bedeutung von Land als „umkämpfter Ressource" und auch die Frage der Landnutzung tauchte angesichts des seit dem Beginn der Finanzkrise um sich greifenden Landgrabbings mehrfach in ihrer „Kritik der Grünen Ökonomie" auf. Die Frage der Landnutzung stellt sich aber keineswegs nur auf dem Land, sondern auch in den Städten. Und es geht dabei auch nicht nur um die Entscheidung zwischen einer agroindustriellen

---

verträglichkeit), 171 („Repolitisierung der Ökologie") und 175 (NGOs ohne Interesse an Strukturveränderungen sowie an Macht- und Verteilungsfragen).

[245] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 169 und 171 (Produktion und Konsum ohne Zirkulation. Wem gehört die Natur?).

[246] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 171 (Wem gehört die Natur?).

oder ökologischen Landnutzung, sondern auch darum, ob der Boden, die Ressourcen und die Atmosphäre privat angeeignet und als Waren, Kapital- und Spekulationsgüter (Naturkapital) gehandelt werden, oder ob die natürlichen Lebensgrundlagen als entkapitalisierte unveräußerliche Gemeinschaftsgüter privat gegen Entgelte genutzt werden, die zu gleichen Teilen wieder allen Menschen zugutekommen.[247]

- Schließlich sprachen Fatheuer & Fuhr & Unmüßig nur ein einziges Mal die Notwendigkeit kurz an, „dringend wirtschaftliche Machtkonzentration (zu) begrenzen und zu beschneiden. Das passiert jedoch nicht oder nicht ausreichend. ... Es braucht deshalb einen regulierenden und dem Allgemeinwohl und der ökologischen Zukunftsvorsorge verpflichteten Staat unter demokratischer Kontrolle und eine starke Zivilgesellschaft."[248] Die notwendige Frage nach den Ursachen der entgrenzten, überwiegend fossil basierten Akkumulation von Kapital und der Konzentration von wirtschaftlicher Macht und wie diese wirksam begrenzt werden könnten, stellten Fatheuer & Fuhr & Unmüßig allerdings noch nicht. Wenn der problematische Kapitalcharakter von Geld, Natur und Unternehmen sowie die Notwendigkeit ihrer Entkapitalisierung stärker in der Kritik am Green Capitalism mitbedacht würden, könnte deutlich werden, dass es nicht mehr nur um die Stärkung des vieles regulierenden Staates und der Zivilgesellschaft *innerhalb* der falschen Strukturen der kapitalistischen Marktwirtschaft geht. Vielmehr hätten der demokratische Rechtstaat und die Zivilgesellschaft die Aufgabe, die von Binswanger in Anlehnung an Aristoteles so bezeichnete kapitalistische Erwerbswirtschaft („kapeliké") in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche Versorgungswirtschaft („oikonomiké") zu transformieren.

Dann könnte sich auch ein Widerspruch auflösen lassen, den Fatheuer & Fuhr & Unmüßig zwar ansprachen, aus dem sie aber noch keinen Ausweg zeigten. Gemeint ist der Konflikt um das Für und Wider der Quantifizierung und Messung von Naturgütern sowie deren Monetarisierung. „So richtig es ist, dass 'Preise die ökologische Wahrheit sagen sollen', so kritisch sehen wir eine generelle Finanzialisierung der Natur (und des Sozialen)."[249] Die Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur könnte nicht als solche problematisch sein, sondern nur solange, wie die Wirtschaft im kapitalistischen Akkumulationsmodus („kapeliké") bleibt und die Kosten des verwertbaren Naturkapitals nur als weiterer bruchstückhafter Kostenfaktor in die unwahren Preise einkalkuliert werden. So lange kann die „braune Agenda" des fossilen Zeitalters[250] allenfalls in eine großindustrielle ‚mixed economy' mit einem fossil-solaren Gesamtkomplex übergehen. Die nicht zu Unrecht

---

[247] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 41(Land als umkämpfte Ressource) - 52, 110 - 116 (Landnutzung und Grüne Revolution) und 149 - 150 (ökologische Landnutzung).

[248] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 172 - 173 (Begrenzung wirtschaftlicher Machtkonzentration, demokratisch regulierender Staat und Zivilgesellschaft).

[249] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 8 (soziale und ökologische Wahrheit der Preise), 56, 59 und 65 - 73.

[250] Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 171 (braune Agenda).

gefürchtete Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur verliert aber ihre Fragwürdigkeit, wenn in einer „oikonomiké" die Renditen von Geld- und Realkapital um durchschnittlich null pendeln und wenn die Boden- und Ressourcenrenten in gleichen pro-Kopf-Beträgen als ökologisches Grundeinkommen an alle Menschen zurückerstattet werden. Unter solchen Umständen kann die Finanzialisierung und Monetarisierung der Natur parallel zu einer Dezentralisierung des Geld- und Realkapitals zu einem interessenneutralen Hilfsmittel zur Sicherung der Grundrechte aller Menschen auf eine gleiche Teilhabe an den natürlichen (und sozialen) Lebensgrundlagen werden. Dann können die Preise tatsächlich ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, nämlich als in jeder Hinsicht gerechte, faire Preise die soziale und ökologische Wahrheit zu sagen.

11.5.15 Niko Paechs Entwurf einer „Postwachstumsökonomie" (2012)

Zu den konsequentesten Wachstumskritikern gehört der Ökonom Niko Paech (*1960), der durch eine „Befreiung vom Überfluss" (2012) zu einer „Postwachstumsökonomie" gelangen will. Mit einer fulminanten Entzauberung der Fortschrittsmythen des „grünen Wachstums" will Paech „den Abschied von einem Wachstumsmodell erleichtern, das aufgrund seiner chronischen Wachstumsabhängigkeit unrettbar geworden ist. ... Der zu schwindelerregender Höhe aufgetürmte Wohlstand ist ein Kartenhaus. Es beschwört eine fatale Unvereinbarkeit herauf: Zunehmende Fallhöhe trifft auf zunehmenden Instabilität. Je höher das Stockwerk, desto tiefer der Fall, wenn alles zusammenstürzt. Und das Fundament bröckelt bereits" - sowohl in wirtschaftlichen und sozialen als auch in ökologischen Bereichen. Die nationalen und internationalen Schuldenkrisen zeigen dies genauso wie die Krise des die Wirtschaft innerhalb Europas entgrenzenden Euros sowie der Peak Oil & Peak Everything und die Erderwärmung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrachtet Paech eher als Maßstab für mehr Plünderung und Zerstörung der Umwelt denn als ein Wohlstandsmaß. Und mehr Wirtschaftswachstum führt ihm zufolge keineswegs zu einem Mehr an menschlichem Glück. Vielmehr mache es die Menschen nur abhängig von „überregionalen Versorgungsketten und Marktdynamiken"; es gleiche einem Suchtverhalten und führe vielfach zu seelischen Erkrankungen wie dem Burn-out-Syndrom. Zudem lasse sich der immer noch höher steigende Material- und Energiedurchfluss durch die global entgrenzten Wertschöpfungs- und Lieferketten nicht durch sog. Entkopplungsstrategien verringern.[251]

---

[251] Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Krisen, Fallhöhe und Instabilität, BIP), 13 - 17 (räumliche Entgrenzung durch den Euro), 25 - 62 (ökologische Plünderung), 30 (psychische Entgrenzung), 67 (soziale Fallhöhe) und 110 - 112 (Glück). Niko Paech prägte als erster den Begriff „Postwachstumsökonomie" und organisierte gemeinsam mit dem Verfasser des vorliegenden Buches vom Sommersemester 2008 bis zum Sommersemester 2016 eine „Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie" an der Carl von Ossietzky-

Unter anderem im Blick auf eine Peak Oil-Studie der Bundeswehr, wonach etwa 90 % aller Produkte der modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft von der Verfügbarkeit von Öl abhängen, weist Paech das „Märchen vom ‚qualitativen', ‚entkoppelten' oder ‚de-materialisierten' Wachstum" wegen der umweltschädigenden Nebenwirkungen von ‚umweltschützenden' Technologien und Produkten wie der Wärmedämmung, Bio-Energie, Elektromobilität usw. entschieden als „Greenwashing" zurück. „Viele vermeintliche Entkopplungsfortschritte waren und sind nie etwas anderes als das Ergebnis einer Verlagerung ökologischer Probleme. ... Eine noch gravierendere Problemverschärfung tritt dort ein, wo einem bestehenden Knappheitsproblem schlicht ein weiteres hinzugefügt wird: So fließt in die Herstellung von Photovoltaik-Anlagen nach wie vor auch fossile Energie ein, weil die Verarbeitung des benötigten Siliziums Prozesstemperaturen von 1.200 bis 1.400 Grad Celsius erfordert, die auf Basis regenerativer Energien absehbar kaum erzielbar sind. ... Weder Autos mit Katalysator noch Passivhäuser oder Photovoltaik-Anlagen ... sind ... zum ökologischen Nulltarif zu haben"[252] - ebenso wenig wie Windkraftanlagen, deren Herstellung das zu den Seltenen Erden gehörende Neodym erfordert. Bei dessen Gewinnung werden giftige Abfälle und radioaktiv strahlendes Uran freigesetzt (!) und deren spätere Entsorgung ist noch ungeklärt.

Statt das Gewissen der Menschen im „Green Capitalism" mit ökologisch gestylten Produkten zu beschwichtigen, führt nach Auffassung von Paech kein Weg an der Einsicht vorbei, dass es eine Illusion ist zu glauben, den bisherigen Way of Life mit einer höheren Ressourceneffizienz und einem bloßen Umstieg von der fossilen zur regenerativen Energiegewinnung beibehalten zu können. „Allein Lebensstile können nachhaltig sein. ... Folgt man dem Budgetansatz, so stünde jedem Erdbewohner bis 2050 noch ein jährliches Emissionsquantum von 2,7 Tonnen CO_2 zur Verfügung", wenn das klimapolitische Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad erreichbar bleiben soll. „Die durchschnittliche CO_2-Bilanz eines Bundesbürgers wird derzeit auf desaströse elf Tonnen pro Jahr geschätzt."[253]

Aus diesem kaum widerlegbaren, aber von ökologischen Modernisierern beharrlich verdrängten Befund gibt es für Paech nur eine Konsequenz: Nach rund zwei Jahrhunderten, in denen sowohl die klassisch-neoklassische als auch die marxistische Ökonomie „von exakt derselben Fortschrittsillusion ... eingenebelt" waren, wird es Zeit für eine „Wohlstandsdämmerung". Die Menschen müssen einsehen, dass sie sich in einer mittlerweile viel zu komplizierten Produktionsmaschinerie mit erdumspannenden Wertschöpfungs- und Lieferketten verfangen haben. „In

---

Universität Oldenburg, die danach noch zwei weiterte Jahre außerhalb der Universität als Vortragsreihe fortgesetzt wurde; nähere Informationen dazu auf der Website www.postwachstumsoekonomie.de

[252] Niko Paech (2012), 68 - 70 (Peak Oil-Studie der Bundeswehr), und Planungsamt der Bundeswehr (2012), S. 15 und 87 - 89. - Niko Paech (2012), S. 72 (Mär vom grünen Wachstum), 81 (Verlagerung ökologischer Probleme), 82 und 91 (energieintensive Produktion von Photovoltaik-Anlagen). - Zu den Rebound-Effekten vgl. auch Thomas Fatheuer & Lili Fuhr & Barbara Unmüßig (2015), S. 107 - 108.

[253] Niko Paech (2012), S. 58 und 99 - 101 (individuelle Ökobilanzen).

modernen Konsumgesellschaften leben sie über ihre Verhältnisse", wobei umweltzerstörerisches Verhalten wie zum Beispiel das Fliegen auch noch staatlich subventioniert wird. „Wir verzetteln uns in einer reizüberfluteten Konsumsphäre, die unsere knappste Ressource aufzehrt, nämlich Zeit" - viel kostbare Lebenszeit, die es braucht, um sich über die unübersehbare Vielfalt der Konsumgüter zu informieren und Kaufentscheidungen zu treffen.[254]

Um dem Dschungel von Kaufoptionen und aufdringlicher, aber nicht informierender Werbung zu entkommen und aus dem „Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung" auszusteigen, wird es Paech zufolge Zeit für den „Abwurf von Wohlstandsballast" und für die Bereitschaft, mit weniger zufrieden zu sein (Suffizienz), sich selbst zu begrenzen (Ivan Illich) und von der „Existenzweise des Habens" zu einer „Existenzweise des Seins" (Erich Fromm) überzugehen. Aufgrund der sozialen Ungleichheit wäre die „Kraft zur Genügsamkeit" freilich mehr von den oberen und mittleren Schichten aufzubringen als von Menschen in den unteren Schichten, denn die Produktions- und Konsumwelt ist nicht für alle Menschen gleichermaßen ein „modernes Schlaraffenland". Unabhängig davon gilt für Paech die Devise: „Das einzig noch verantwortbare Gestaltungsprinzip für Gesellschaften und Lebensstile heißt Reduktion - und zwar verstanden als Befreiung vom Überfluss, der nicht nur unser Leben verstopft, sondern unsere Daseinsform so verletzlich macht"[255] - wobei wiederum zu berücksichtigen ist, dass die von den einzelnen Menschen zu erbringenden Reduktionsleistungen ihrem jeweiligen Platz in der sozialen Hierarchie entsprechen.

In Anknüpfung an Kohrs und Schumachers „Small is beautiful" und Illichs „konvivialen Werkzeugen" kritisiert Paech das „grüne Wachstum" als eine Lebenslüge der Moderne. Kompromisslos fordert er eine Überwindung des „Fremdversorgungssyndroms", d.h. er plädiert für eine wieder mehr arbeits- als kapitalintensive Produktion mit einem „geringeren Grad an Spezialisierung", mit kürzeren Wertschöpfungs- und Lieferketten und einer mehr sesshaften Lebensweise der Menschen. Eine zumindest teilweise „De-Globalisierung" würde eine Lokal- und Regionalwirtschaft mit mehr „handwerklichen Tätigkeiten, Eigenarbeit, Subsistenz, lokaler Versorgung und sozialen Netzwerken" und Nachbarschaftshilfe stärken. In ihr würden länger haltbare und reparierbare Güter statt Verschleißgüter produziert, die sich außerdem zum Teil auch noch gemeinschaftlich statt bloß individuell nutzen lassen.[256]

---

[254] Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Wohlstandsdämmerung, Leben über den Verhältnissen), 21 (subventionierter Flugverkehr), 37 - 38 (Fortschrittsglauben von Klassik, Neoklassik und Marxismus), 61 und 68 (Neoklassik und Marxismus) und 127 - 129 (reizüberflutete Konsumsphäre, Hamsterrad und Zeit).

[255] Niko Paech (2012), S. 7 - 11 (Wohlstandsdämmerung, Hamsterrad, Reduktion), 23 (ungleiche Inanspruchnahme am Wohlstand) und 25 - 36 (Plünderung der Natur), 42 (modernes Schlaraffenland und Kraft zur Genügsamkeit).

[256] Niko Paech (2012), S. 44 und 57 - 64 (Kohr, Schumacher und Illich, mehr Sesshaftigkeit, weniger Spezialisierung und kürzere Wertschöpfungsketten; Eigenarbeit, Subsistenz, Handwerk und Nachbarschaftshilfe; haltbare und reparierbare Güter und gemeinschaftliche Nutzungen) sowie 108 - 109 (mehr

Alle problematischen Symptome der Wachstumswirtschaft und die Selbsttäuschungen der „Grünen Ökonomie", die Paech brillant kritisiert, sind letztlich - was noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werden könnte - gewiss Folgen des individuellen Konsumverhaltens, aber nicht weniger auch Folgen der hochgradigen Akkumulation und Konzentration von Geld- und Realkapital, das nach maximalen Renditen strebt und sich das Konsumverhalten der Menschen entsprechend geformt hat. Es war das Rentabilitätsprinzip, das im Zuge der ersten beiden industriellen Revolutionen zur übertriebenen Arbeitsteilung und Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die technische Versklavung der Natur und ihre „ökologische Plünderung" sowie zu der entgrenzten ökonomischen „Durchdringung und Verdichtung von Raum und Zeit" geführt hat - mit der Folge, dass die auf Kosten der Natur gehenden Erleichterungen der Arbeit oftmals mehr dem Kapital als der Arbeit zugutekamen.[257] Mit der dritten industriellen Revolution hat sich die vom Rentabilitätsprinzip dominierte kapitalistische Marktwirtschaft im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien die für ihre Expansion erforderlichen Möglichkeiten der Datenverarbeitung in Bürokratien und auf internationalen (Finanz-)Märkten geschaffen. Und die nächste industrielle Revolution, die ihre Schatten bereits unter dem Namen „Industrie 4.0" vorauswirft, folgt ebenfalls dem Drang des konzentrierten Geld- und Realkapitals nach seiner rentablen Verwertung und macht sich übrigens auch die ökologische Modernisierung dienstbar. Der in allen Wirtschaftsbereichen kultivierte „Effizienzmythos" ist in Wirklichkeit ein als Effizienz- verkleideter Rentabilitätsmythos, der die Arbeitsteilung und den Markt kapitalistisch deformiert und dabei ihre ‚schmutzigen' Seiten in ferne Länder mit minimalen Sozial- und Umweltstandards auslagert. Der Wettlauf um konventionelle und grüne Innovationen bringt fortwährend neue rentable Wachstumsmärkte hervor und verschafft dem Kapital ebenso rentable Anlagemöglichkeiten wie die Produktion von Verschleißgütern und die staatliche Subventionierung zum Beispiel des klimaschädlichen Flugverkehrs.[258]

Wenn die von Paech als unumgänglich eingeforderte Reduktionsstrategie - ihr *müssen* sich die Menschen in ‚entwickelten' Ländern auch deshalb stellen, weil es sonst niemals eine global gerechte Nutzung von Naturgütern innerhalb ökologischer Grenzen geben kann - eine Chance zur Verwirklichung bekommen soll, muss die von Binswanger, Scherhorn und Nutzinger nur erst vorsichtig angedeutete und von Verfechtern des „grünen Wachstums" beharrlich umgangene Geld- und Kapitaldynamik endlich stärker in den Focus der Wachstumskritik gerückt werden, denn der im Gegensatz zur Endlichkeit der Natur stehende „Unendlich-

---

Arbeits- und weniger Kapitalintensität, Lokal- und Regionalwirtschaft), 116 (Kohr, Schumacher und Illich) - 119 (De-Globalisierung).

[257] Niko Paech (2012), S. 26 und 31 Arbeitsteilung und Arbeitsproduktivität), 29 (Raum und Zeit) und 58 (ökologische Plünderung).

[258] Niko Paech (2012), S. 21- 22 (subventionierter Flugverkehr), 26 (Effizienzmythos), 30 (räumliche Entgrenzung), 32 (Innovationswettlauf) und 40 (Verlagerung der schmutzigen Enden von Wertschöpfungsketten in ferne Länder).

keitscharakter des Geldes" (Binswanger) und die „Schrankenlosigkeit in der Geld- und Kapitalakkumulation" (Binswanger&Scherhorn&Nutzinger[259]) bilden den eigentlichen ökonomischen Kern des modernen Fortschrittsglaubens. Insofern ist von Bedeutung, auf welche Ursachen Paech die ständige, sich noch selbst beschleunigende wirtschaftliche Expansion der vergangenen zwei Jahrhunderte zurückführt und was nach seiner Auffassung geschehen müsste, damit es zur Reduktion und zum notwendigen „Rückbau des ruinösen Industriemodells" kommen kann.[260]

Gerade diese Schlüsselproblematik steht auch bei Paech noch nicht im Zentrum seiner Überlegungen über die Antriebskräfte des wirtschaftlichen Wachstums. Als „kulturellen Wachstumstreiber" betrachtet er wie schon Thorstein Veblen und Fred Hirsch den Konsum von Gütern, die ihren Eigentümern gesellschaftliches Ansehen, Status, Prestige und (vermeintliches) Glück verschaffen. Und als den zentralen ökonomisch „strukturellen Wachstumstreiber" betrachtet er in Übereinstimmung mit dem ‚späteren' Binswanger in erster Linie die Geldschöpfung der Geschäftsbanken, deren Rolle als Wachstumstreiber Binswanger in seiner „Wachstumsspirale" beschrieben hat, insbesondere „in Verbindung mit dem Einkommens- und Kapazitätseffekt einer Investition".[261]

Im Zusammenhang damit verweist Paech zwar auch auf den „vom Zins induzierten zusätzlichen Wachstumsdruck". Und er schätzt auch die Bestrebungen der genossenschaftlichen „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken" (GLS) und anderer alternativer Banken, Beziehungen zwischen Kapitalgebern und Kapitalverwendern herzustellen und die Kapitalgeber zu veranlassen, „ihre Rendite- und Zinsansprüche zu mäßigen" und „ihre Ersparnisse in regionale ökologische, soziale, künstlerische Projekte zu investieren, die mit ihren politischen Vorstellungen harmonieren."[262] Im Hinblick auf das in neuerer Zeit um sich greifende Landgrabbing lässt er auch Sympathien für eine Bodenrechtsreform und den in diese Richtung weisenden, von Peter Barnes in Kalifornien/USA gegründeten „Sky Trust" durchblicken. Aber auf die dem kapitalistischen Geld innewohnende Akkumulationsdynamik geht Paech nicht näher ein und beschränkt die geldreformerische Überlegung, den „Unendlichkeitscharakter des Geldes" (Binswanger) mit Hilfe von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes" (Keynes) aufzuheben, auf die Ausstattung von Regionalwährungen wie dem „Chiemgauer" mit einer „zinslosen Umlaufsicherung". Im Übrigen denkt Paech bei „Geld- und Finanzmarktreformen" - wie übrigens auch Herman Daly - hauptsächlich an eine „Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung" im Sinne von Irving Fishers „100%-Money" und Hubers „Vollgeld". In anderem Zusammenhang zieht er auch einmal höhere Einkommen- und

---

[259] Hans Christoph Binswanger (1979), S. 171(Unendlichkeitscharakter des Geldes). - Hans Christoph Binswanger & Gerhard Scherhorn & Hans Georg Nutzinger (1983), S. 99.

[260] Niko Paech (2012), S. 8 (Rückbau der Industrie).

[261] Niko Paech (2012), S. 103 - 109 (strukturelle Wachstumstreiber) und 110 - 112 (kulturelle Wachstumstreiber).

[262] Niko Paech (2012), S. 21, 104 und 107 (zinsinduzierter Wachstumsdruck) sowie 115 (GLS-Bank).

Vermögensteuern in Betracht sowie die Einführung einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen und die Abschaffung von ökologisch unsinnigen Subventionen. „Unabdingbar wären ein striktes Moratorium für jegliche Projekte, die zur weiteren Versiegelung von Boden führen oder Landschaften antasten, sowie Rückbauprogramme für Infrastrukturen. Selbstredend sind dies zuvorderst nukleare und auch fossile Kraftwerke. Der momentan mehr oder weniger unbemerkte Ausbau von Kohlekraftwerken wäre unbedingt zu stoppen. Ein Teil der Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätze und Flughäfen (die absehbar größten Klimakiller) wären in prägnantem Umfang stillzulegen, zurückzubauen und so weit wie möglich zu renaturieren. Andernfalls können dort Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien installiert werden, um die katastrophalen Flächen- und Landschaftsverbräuche dieser Technologien zu mindern."[263]

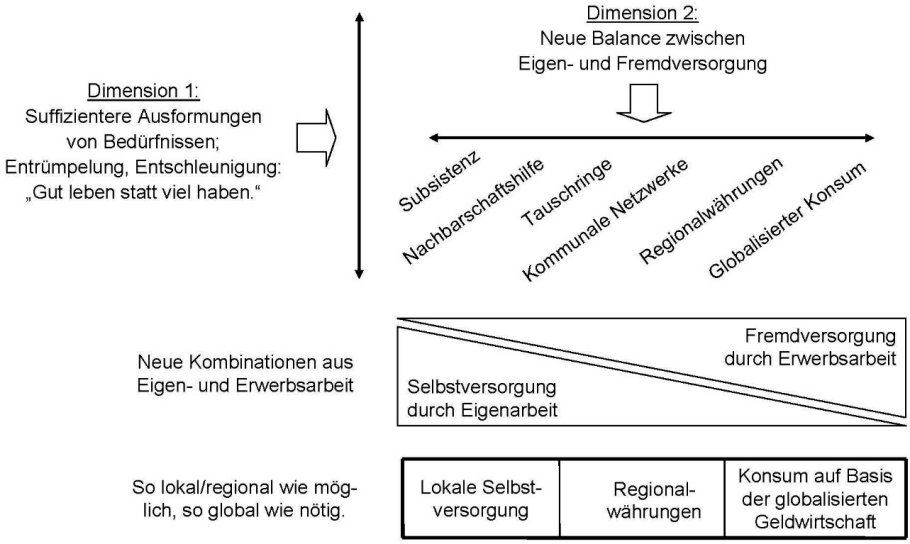


Abb.: Konturen einer Postwachstumsökonomie
aus: Niko Paech (2008), S. 17.

Da in Paechs Vorstellungen von einer von ihm selbst so benannten „Postwachstumsökonomie" der vom „Unendlichkeitscharakter" des kapitalistischen Geldes auf die Realwirtschaft ausgeübte Wachstumsdruck noch nicht in genügendem Umfang abgestellt wird, könnten industrielle Rückbauprogramme zu einer Reihe von

[263] Niko Paech (2012), S. 22 (höhere Einkommen- und Vermögenssteuern), 117 und 134 - 136 (Regionalwährungen, Tobinsteuer, Landgrabbing und Bodenreform, Subventionen). Zu Herman Dalys Plädoyer für ein 100%-Money bzw. Vollgeld vgl. ders. (2009), S. 39 - 42, bes. S. 41.

staatsinterventionistischen Einzelmaßnahmen werden. Und eine Änderung der Lebensstile könnte trotz ihrer unbedingten Notwendigkeit mit dem unvermindert stark wirksam bleibenden Expansionsdrang des konzentrierten Geld- und Realkapitals kollidieren. Würde dem Geld mit Hilfe einer Geld- und Bodenrechtsreform ein der Natur entsprechender „Endlichkeitscharakter" verliehen, könnte die schon erstmals von John Stuart Mill und danach von John Maynard Keynes vorausgesehene Möglichkeit entstehen, die bisherige Wachstumswirtschaft im Wege eines rechtstaatlich-politisch begleiteten, aber in ökonomischer Hinsicht auch selbsttätig innerhalb einer sozialen und ökologischen Rahmenordnung ablaufenden Prozesses in eine „Postwachstumsökonomie" zu transformieren.

Wenn eine Geldreform im Wege der Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes" (Keynes) dazu führt, dass die „Wachstumsspirale" (Binswanger) in einen geschlossenen Geldkreislauf übergeht und das Land als Gesamtheit von Boden, Ressourcen und Atmosphäre zu einem gemeinschaftlichen, gegen Entgelt privat nutzbaren Gut wird, wenn also eine Entkapitalisierung von Geld und Boden/Unternehmen/Ressourcen/Atmosphäre als begrenzendes Element in die Wirtschaft eingefügt wird, dann wird sich nicht nur eine *quantitative Verlagerung* wirtschaftlicher Aktivitäten von der „Fremdversorgung durch Erwerbsarbeit" in die Richtung von mehr „Selbstversorgung durch Eigenarbeit" einstellen. Es wird sich dann - wie von Paech stellenweise auch schon angedeutet - ebenfalls ein *qualitativer Wandel* von der „Fremdversorgung durch lohn- und gehaltsabhängige Erwerbsarbeit" zu einer Fremdversorgung durch mehr selbstbestimmte selbstständige und/oder kooperative Tätigkeiten in kleineren und mittleren Unternehmen ergeben, und zwar auf mono- und oligopolfreien statt auf monopolistisch vermachteten Märkten. „Außerdem korrespondieren Regionalökonomien mit kleineren Unternehmen, die per se transparenter und demokratischer zu kontrollieren sind, erst recht dann, wenn es keine Aktiengesellschaften - die in einer Postwachstumsökonomie ohnehin deplatziert wären - sondern Genossenschaften sind." Ansonsten betrachtet Paech die zukünftigen Unternehmen weniger unter dem Aspekt ihrer hierarchischen oder egalitären Organisation, sondern vielmehr im Hinblick auf die qualitative Veränderung ihrer reduzierten Produktion. „Der Focus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände, etwa durch Renovation, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. ... Märkte für gebrauchte, aufgearbeitete und überholte Güter würden ebenfalls zur Verringerung der Neuproduktion beitragen. Zudem sollen neue und aufgearbeitete Güter stärker direkt und regional vermarktet werden."[264]

Ähnlich wie Eucken bereits die Entstehung eines größeren außermarktlichen Bereichs der „Eigenwirtschaft" neben der Marktform der monopolfreien Konkurrenz erwartete, könnten nach Paechs Vorstellungen parallel zur Schrumpfung der Industrieproduktion größere Bereiche der Subsistenzwirtschaft entstehen, wie sie

---

[264] Niko Paech (2012), S. 116 und 118 (Genossenschaften statt Aktiengesellschaften), 131 - 134 (Wandel der Produktion).

bereits in städtischen, zum Teil interkulturellen Gemeinschaftsgärten sowie in den Transition Towns sichtbar werden. Unter Einsatz ihrer stärker eingeübten handwerklichen Fähigkeiten könnten viele Konsumenten zu „Prosumenten" oder „Koproduzenten" werden, die zumindest einen Teil ihrer Güter selbst reparieren, zum Beispiel in Repaircafés, oder sogar selbst produzieren („Marke Eigenbau"[265]). Und in solidarischen Formen könnte die Landwirtschaft ohne Agrarfabriken und Massentierhaltungen ökologisch betrieben werden.[266]

In einer solchen „kleinräumigen ... Ökonomie der Nähe" wären sehr viel mehr Markttransparenz und Empathie anstelle der Anonymität von ökonomischen Großstrukturen möglich - besonders dann, wenn ein „zweites Preisetikett" Auskünfte über den Naturverbrauch bei der Herstellung der Güter geben würde. Im Sinne von Karl Polanyi wäre diese Ökonomie stärker in die soziale Lebenswelt und auch in die Natur eingebettet und sie wäre alles in allem auch resilienter, d.h. weniger verletzlich als großindustrielle ‚Monokulturen'. „Entmonetarisierte Lokalversorgung, regionalökonomische Systeme auf Basis zinsloser Komplementärwährungen und - als zu minimierende Restgröße - Leistungen aus globaler Arbeitsteilung könnten kombiniert werden, um die nach Ausschöpfung aller Suffizienzpotenziale verbleibenden Bedarfe so wachstumsneutral wie möglich zu befriedigen." Schließlich würde sich auch der über die lokale Selbstversorgung und über regionale Märkte hinausgehende Konsum von Gütern aus einer überregionalen und globalen geldbasierten Produktion insofern qualitativ ändern, als es kein Konsum mehr auf der Basis einer kapitalistischen Weltökonomie wäre, sondern ein Konsum auf der Basis einer nachkapitalistisch „globalisierten Geldwirtschaft".[267] Deren internationale Institutionen würden nach dem Vorbild von Keynes' „Bancor-Plan" so aufgebaut, dass sie die Weltwirtschaft in ein Gleichgewicht bringen, statt dass multinationale Konzerne die Welt mit ihrer Form des ‚Freihandels' überziehen, ausplündern und destabilisieren.

Wenn sich in dieser Weise auch die *Qualität* der Fremdversorgung ändert, weil die Einheit von Kauf und Verkauf, Sparen und Kredit in einem geschlossenen Geldkreislauf die Wertschöpfungs- und Lieferketten verkürzt, verliert die Frage an Bedeutung, ob sich dann die Industrieproduktion - wie Paech es plakativ darstellt - auf die Hälfte reduziert oder ob sie dann noch zum Beispiel 65 oder 70 Prozent der bisherigen Industrieproduktion ausmacht. Es geht dabei jedenfalls nicht um eine Entscheidung zwischen einer Fortsetzung der kapitalistischen Moderne und einem „Rückfall ins Mittelalter" oder gar in die Steinzeit[268], sondern um die Suche nach einem Weg in eine zweite, sowohl sozial- als auch naturverträg-

---

[265] Holm Friebe & Thomas Ramge (2008). - Vgl. auch Christine Ax (2009).

[266] Walter Eucken (1952/1960), S. 246 - 247 (Eigenwirtschaft). - Niko Paech (2012), S. 120 - 125 (Suffizienz und Subsistenz, Prosumenten, Resilienz). - Vgl. auch Werner Onken (2004).

[267] Niko Paech (2012), S. 100 (zweites Preisetikett), 114 - 115 (kleinräumige, sozial und ökologisch eingebettete, resiliente Ökonomie mit Transparenz und Empathie) und 119 (Kombination von lokalen, regionalen und globalen Ökonomien).

[268] Niko Paech (2012), S. 60 (Moderne vs. Mittelalter) und 122 (Halbierung der Industrieproduktion).

liche nachkapitalistische Moderne, in der es mehr Eigenarbeit geben könnte als bisher[269], in der aber auch die arbeitsteilige Fremdversorgung bei insgesamt geringerer Mobilität, einer humanen Betriebsorganisation und kürzeren Wegen zwischen Produktion und Verbrauch allemal wirtschaftlicher - nicht rentabler! - wäre als die lokale Selbstversorgung.

Obwohl der Deutsche Bundestag im Dezember 2010 eine „Enquete-Kommission für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität" einsetzte, blieben die politischen Handlungsebenen bislang für wachstumskritische Politikoptionen nahezu unerreichbar. Dabei war im ersten „Thesenpapier zum Wachstum", mit dem die Partei Bündnis90/Die Grünen die Schaffung dieser Enquete-Kommission angeregt hatte, sogar noch die Frage enthalten, ob „Nullwachstum oder geringe Wachstumsraten in einer Marktwirtschaft mit unserem bewährten Geld- und Zinssystem überhaupt vereinbar" sind. Im gemeinsamen Antrag von Bündnis90/Die Grünen und SPD war nur noch die Rede davon, dass „ein Wachstumszwang in Marktwirtschaften durch die Organisation des Geldwesens zu bestehen ... scheint. Die Enquete soll den Zusammenhang zwischen der Geld- und Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und der Entwicklung des realen Wirtschaftswachstums analysieren." Damit verlagerte sich die Aufmerksamkeit bereits vom Geld- zum Bankwesen und die Enquete-Kommission konzentrierte sich dann hauptsächlich auf die wichtige, aber nicht entscheidende Frage, ob das Bruttoinlandsprodukt ein geeigneter Indikator für die Messung von Wohlstand und Lebensqualität ist, sowie auf die Fragen, ob sich Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln lassen und wie ein nachhaltiger Konsum aussehen könnte. Im Abschlussbericht der Kommission vom Mai 2013 spielte die Ausgangsfrage nach dem Zusammenhang zwischen dem Geld und dem Wachstum keine Rolle mehr.[270]

Aufgrund solcher Erfahrungen stellte Paech am Ende seines Buches die „Subjektorientierung" über die „sogenannte Macht- oder Systemfrage" und hob die Bedeutung von Veränderungen des individuellen Konsumverhaltens und der Lebensstile besonders hervor.[271] Jedoch bedarf es sowohl der Umkehr zu ökologisch und sozial verantwortbaren persönlichen Lebensstilen als auch der gedanklichen Vorbereitung einer zukünftigen großen Strukturreform, wenn eine Transformation

---

[269] Im Gegensatz zu Juliet Schor gibt sich Paech keinen technikgläubigen Illusionen hin, dass sich die wirtschaftliche Produktivität von Eigenarbeit und Suffizienz mit Hilfe von 3-D-Druckern und anderen „Fabricators" zu einem „Hightech-Do-it-yourself" steigern ließe. (Juliet Schor 2010/2016, S. 43 und 138 - 152, bes. S. 145 und 147). Abgesehen von einer Sharing Economy (18 und 162 - 164) und dem Urban Gardening (S. 212) besteht Schors „Plentitude"-Konzept (engl. plenty = Fülle) im Wesentlichen aus der Vorstellung einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeiten und einer „neuen Zeitkultur" (S. 24 - 25 und 134 - 138). Aber nachdem sie den Ökonomen ein „monumentales Versagen" in der Finanzkrise von 2008 vorgeworfen hat (S. 32), erwägt sie trotz der Erwähnung einer „Slow-Money-Bewegung" (S. 201) keinerlei neue Geldkultur, um den „zwielichtigen Finanzsektor" (S. 13) zu reformieren.

[270] Bündnis90/Die Grünen (2010) und Bündnis90/Die Grünen und SPD (2010). Deutscher Bundestag (2013), S. 30 - 33 und 67 - 72 (Regulierung der Finanzmärkte ohne Änderung der Geldordnung); (Zugriffe am 25.6.2017).

[271] Niko Paech (2012), S. 138 - 140 (Lebensstil vs. Systemfrage).

der kapitalistischen Wachstumswirtschaft in eine nachkapitalistisch-marktwirtschaftliche „Postwachstumsökonomie" gelingen soll - wenn also die große Herkulesaufgabe bewältigt werden soll, die Wirtschaft in ‚entwickelten' Ländern in stabilen Bahnen geordnet schrumpfen zu lassen, sie sich in ‚unterentwickelten' Ländern noch eine Weile nachkapitalistisch-marktwirtschaftlich entwickeln zu lassen und gleichzeitig in allen Ländern die soziale Ungleichheit so einzuebnen, dass sich eines Tages alle Menschen dieser Erde auf gleicher ökonomischer Augenhöhe in respektvoller religiöser und kultureller Verschiedenheit und im gemeinsamen Bewusstsein ihrer Mitverantwortung für das Leben auf dieser Erde begegnen können.

Dieses Ziel würde unerreichbar, wenn man den Focus einseitig auf die „ökosuizidalen Praktiken"[272] und die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks richtet und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit hintenanstellt, weil unter sozialer Gerechtigkeit allzu lange nur eine ‚gerechte' Teilhabe von Kapital und Arbeit am stets *wachsenden* Sozialprodukt verstanden wurde. Dieses verfehlte Gerechtigkeitsverständnis war der tiefen Verwurzelung der Arbeiterbewegung im Industriekapitalismus und dem dazugehörigen modernen Fortschrittsglauben geschuldet. Es kann jedoch kein Grund sein, das Gerechtigkeitsstreben ausschließlich mit Fortschritt und Wachstum zu assoziieren und es aufzugeben, weil es einer gerechteren Verteilung von Heroin gleiche, aber das Problem der Abhängigkeit von der Droge Wachstum nicht löse.

Wie UN-Studien über den globalen Ressourcenverbrauch, den weltweiten Verlust an Biodiversität und die Aufheizung der Erdatmosphäre zeigen[273], ist eine „Wachstumsrücknahme", Degrowth oder wie immer man die ökonomische Reduktion benennen möchte, unausweichlich. Statt aber nur den Konsum von naturzerstörenden Waren und Dienstleistungen einzuschränken, um den jährlichen CO_2-Ausstoß von 12 (Deutschland) oder 20 (USA) Tonnen auf durchschnittlich 3 oder 4 Tonnen zu begrenzen, gilt es auch, soziale Hierarchien einzuebnen und einen dazu passenden, von Wachstumserwartungen unabhängigen Gerechtigkeitsbegriff zu entwickeln, der Gerechtigkeit als gleiche Teilhabe auch an einer stagnierenden oder schrumpfenden Wirtschaft versteht. So gesehen sind soziale Gerechtigkeit und Ökologieverträglichkeit zwei Seiten einer Medaille - ähnlich wie die soziale Ungleichheit und die zerstörerische Nicht-Nachhaltigkeit - , die nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die überlebensnotwendige Verringerung des ökologischen Fußabdrucks kann ohne soziale Verwerfungen nur gelingen, wenn er auch bei allen einzelnen Menschen annähernd gleich wird.

Zweifellos ist es sinnvoll und notwendig, Konsumgewohnheiten und Lebensstile in Richtung Suffizienz zu verändern, aber problematisch sind nicht nur Flugreisen, der Individualverkehr, der Fleischverzehr und Plastikverpackungen. Solange ihre Vermeidung ‚nur' innerhalb der fortbestehenden falschen Strukturen des Wirt-

---

[272] Niko Paech (2018), S. 64 (ökosuizidale Praktiken).

[273] Vgl. hierzu: Ohne Verfasser (2019a) und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ (2019).

schaftens geschieht, bleiben auch alle noch so suffizienteren wirtschaftlichen Handlungen wie der Verzehr von Bio-Lebensmitteln und fair gehandelter Kleidung oder der Öko-Tourismus mit der unbereinigten sozialen und ökologischen Unwahrheit der Preise kontaminiert. Es gibt nun einmal kein 100%ig richtiges, widerspruchsfreies Handeln innerhalb falscher Strukturen. Das Problem der Nicht-Nachhaltigkeit des bisherigen Wirtschaftens ist also noch sehr viel größer als gemeinhin angenommen wird und es lässt sich keineswegs nur mit anderen Konsumgewohnheiten und scheinbar ‚grünen' Technologien lösen. Wenn es doch nur so einfach wäre! Gerade die viel als ‚sauber' gepriesene E-Mobilität beruht auf der Verfügbarkeit von Lithium, dessen Gewinnung Ökosysteme und die Lebensbedingungen indigener Völker in Südamerika zerstört.[274]

11.5.16 Lateinamerikanische „Buen Vivir"-Bewegung

Ein mit der Natur verträgliches gutes Leben für alle Menschen anstelle eines Lebens in sozialer Ungleichheit, bei der ein Teil der Menschen zu viel und ein anderer Teil zu wenig hat, ist auch das Ziel der lateinamerikanischen „Buen Vivir"-Bewegung. Zu ihren Vordenkern gehört der ecuadorianische Ökonom und Politiker Alberto Acosta (*1948), der in Deutschland Ökonomie und Wirtschaftsgeografie studiert hat. In den Jahren 2007/2008 gehörte er der Verfassunggebenden Versammlung Ecuadors an und war auch zeitweise Minister für Energie und Bergbau. Acosta war maßgeblich an der sog. „Yasuni-ITT-Initiative" beteiligt, die ähnlich wie später die Gegner des Erdgas-Frackings erreichen wollte, dass die unter einem ecuadorianischen Nationalpark lagernden Erdölvorkommen nicht ausgebeutet werden. Als Gegenleistung für die Erhaltung dieses Yasuni-Ökosystems sollte die internationale Gemeinschaft Geld in einen von den Vereinten Nationen zu verwaltenden Fonds einzahlen, aus dem Ecuador modellhafte Maßnahmen finanzieren wollte, die in die Richtung eines „Buen Vivir" jenseits der kapitalistischen Entwicklung führen. Gemäß dem in den Anden- und Amazonasgebieten verbreiteten indigenen Verständnis der Erde als Mutter aller Menschen („Pacha Mama") und als „lebendiger Superorganismus" wollte diese Initiative die Weltöffentlichkeit auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, das fossile Zeitalter zu beenden und der Natur eigene Rechte zuzugestehen. Sie fand eine zivilgesellschaftliche Unterstützung, stieß aber auf den Widerstand mächtiger Konzerne und scheiterte schließlich, als auch die internationale einschließlich der deutschen Politik ihr die Unterstützung verweigerte.[275]

---

[274] Vgl. dazu die TV-Dokumentation „Kann das Elektroauto die Umwelt retten?" vom WDR https://www.youtube.com/watch?v=aS_xTJmzdgA (Zugriff: 15.6.2019).

[275] Ohne Verfasser (1992), S. 47 (Indiogedicht „Mutter Erde" und „Schwester Erde"). - Alberto Acosta (2012/2015), S. 17 - 31 (Yasuni-ITT-Initiative), 66 (indigene Überlieferungen) und 113 (Erde als lebendiger Superorganismus). Seitens der deutschen Politik war es der Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP), „der der Initiative im September 2010 den Dolchstoß versetzte." (S. 24)

Als „Rechtssubjekt" statt als Ausbeutungsobjekt sollte die Natur nach Vorstellungen von Politikern in Ecuador und auch in Bolivien ein durch eine „ökologische Gerichtsbarkeit" einklagbares Recht auf nachträgliche Entschädigungen bekommen, wenn sie verletzt oder gar zerstört wird.[276] Obwohl Acosta in seinem Plädoyer für einen „Übergang vom Anthropozentrismus zum Biozentrismus" auch eine „Entkommerzialisierung der Natur" anstrebte[277], fehlt in seinem Buch „Buen Vivir - Vom Recht auf ein gutes Leben" (2012/2015) eine Vorstellung von einer Ordnung des Boden- und Ressourcenrechts, die von vornherein eine sozial- und umweltverträgliche Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet. Von Landreformen ist bei Acosta leider kaum die Rede, obwohl der feudale, aus Kolonialzeiten stammende und in die kapitalistische Entwicklung übernommene Großgrundbesitz den Indigenen und der Natur in Lateinamerika tiefe Wunden geschlagen und zu blutigen Konflikten um Land und Ressourcen geführt hat wie zum Beispiel im mexikanischen Chiapas oder in Kolumbien. Nur einmal streifte er - ohne in Details zu gehen - die Notwendigkeit einer „Umverteilung ... des Eigentums von Land und Wasser" sowie den „Grundsatz des öffentlichen Monopols der strategischen Ressourcen" und das „Thema der Allmende (Commons)". So beschränken sich Acostas Vorstellungen vom Übergang vom „neoliberalen Staat" zu einem „plurinationalen Staat" letztlich auf die zweifellos richtige, aber plakativ bleibende Forderung, dass sich die „Vielfalt der ethnischen und kulturellen Sichtweisen" ungetrübt von patriarchalischen und rassistischen Ausgrenzungen in den politischen Strukturen eines demokratischen Rechtsstaates wiederspiegeln solle. „Was Praktiken der Entscheidungsfindung angeht, erweisen sich die marginalisierten Völker und Nationalitäten oft als demokratischer als die sogenannten westlichen Demokratien. ... Vielmehr können mit der Wiederbelebung der Urprinzipien der Völker und Nationalitäten dynamische Gesellschaften gegründet werden", die an die Stelle neokolonialer Strukturen und aller „Formen des Autoritarismus" treten könnten. Acosta will auch „Umverteilungssysteme für Reichtum und Macht einführen", lässt aber offen, wie sie aussehen könnten.[278]

Auch wenn die lateinamerikanische „Buen Vivir"-Bewegung noch kein Konzept für eine rechtliche Neugestaltung dessen entwickelt hat, was sie für einen „Schlüsselaspekt für den Aufbau eines ‚guten Lebens'" hält - nämlich eine neue kooperative „Beziehung zur Natur" - , bot sie dennoch einige Orientierungshilfen für die Suche nach einer neuen globalen Entwicklungsperspektive jenseits des bisherigen „eurozentrischen Wohlstandskonzepts" mit seiner kapitalistischen

---

[276] Alberto Acosta (2012/2015), S. 110 (Natur als Rechtssubjekt) und 119 - 127 (ökologische Gerichtsbarkeit).

[277] Alberto Acosta (2012/2015), S. 114 (Anthropo- und Biozentrismus) sowie 36 - 37, 116 und 193 (Entkommerzialisierung der Natur).

[278] Alberto Acosta (2012/2015), S. 128 - 143 (plurinationaler Staat), hier: S. 131 (ethnische und kulturelle Vielfalt), 132 (demokratische Potenziale marginalisierter Völker), 135 (Wiederbelebung indigener Traditionen), 139 (Autoritarismus) - 140 (Umverteilungssysteme) sowie 172 (Umverteilung des Landeigentums, öffentliches Monopol an Ressourcen) und 176 (Allmende).

Akkumulation und Konzentration von Vermögen und den mit der sozialen Ungleichheit verbundenen Fehlentwicklungen des Patriarchats und des Rassismus.[279] Mit Nachdruck hob Acosta deshalb die Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen anstelle von technischen Scheinlösungen eines „grünen Kapitalismus" hervor. Ihm zufolge bedarf es nicht nur einer gerechteren Verteilung der Güter im bestehenden Akkumulationssystem, sondern „tiefgreifender radikaler Veränderungen" und einer Überwindung des Akkumulationsprinzips selbst mitsamt „seiner sozialen und ökologischen Zerstörungslogik". Parallel zu einer unausweichlichen „wirtschaftlichen Schrumpfung des globalen Nordens" müsse weltweit eine allgemeine Suffizienz mit neuen Mustern von Produktion und Konsum das bisherige Streben nach maximaler Effizienz des Einsatzes von konzentriertem Kapital ablösen. Dabei lehnte Acosta das Effizienzstreben durchaus nicht pauschal ab. Vielmehr hoffte er auf eine „Synergie von Effizienz und Suffizienz".[280]

Acosta ging es um eine „Rückkehr zu Gebrauchswerten", die mit Hilfe einer nicht mehr vom Kapital dominierten Technik hergestellt werden, und nach den für Lateinamerika verlorenen Jahrzehnten des Neoliberalismus auch um eine „Rückkehr des Staates in das Wirtschaftsleben". Das „Buen Vivir" war für ihn ein „radikaler demokratischer Ausdruck", der „alle Formen von Autoritarismus in Frage ... stellt". Jedoch blieb unklar, wie die neue Gestalt des Staates und die Rückkehr bzw. der Übergang von der „anthropozentrischen Kapitalismuslogik" mit ihrer „markteigenen Logik der Monetarisierung" zum „Buen Vivir" konkret aussehen könnten. Die bisherigen Vorstellungen von einem „Buen Vivir" hielt Acosta auch ausdrücklich noch nicht für ein fertiges „Rezeptbuch". Sie sind „kein vollständig ausgearbeitetes Konzept" und vor allem auch „kein monokulturelles Angebot". „Wir müssen zugeben, dass wir es mit einer extrem komplexen, wenn auch nicht unüberwindlichen Herausforderung zu tun haben." Obwohl ihm die Gefahr der „Verwirrung" bewusst war, ging es Acosta zunächst darum, Elemente aus den verschiedensten kulturellen Überlieferungen und ökonomischen Denkrichtungen in das „Buen Vivir" einfließen zu lassen. Neben der „indigenen Utopie" und dem afrikanischen „Ubuntu" gehören die Philosophie des Aristoteles, Gandhis Credo der Gewaltfreiheit, die „Small is beautiful"-Bewegung von Schumacher und Illich und die Globalisierungskritik von Vandana Shiva zu den Inspirationsquellen des „Buen Vivir", außerdem die ökonomischen Denkansätze von Kenneth Boulding,

---

[279] Alberto Acosta (2012/2015), S. 35 - 36 (Ungleichheit, Patriarchat und Rassismus; Naturbeziehung als Schlüsselaspekt des guten Lebens), 39 - 40 (eurozentrisches Wohlstandskonzept mit ständiger Kapitalakkumulation) und 47 - 68 (Entwicklung ohne Akkumulation), bes. S. 52 - 54 (verheerende Folgen der bis zum Äußersten getriebenen kapitalistischen Entwicklung für Lateinamerika).

[280] Alberto Acosta (2012/2015), S. 10 (tiefgreifende Veränderung), 35 - 36 (Beziehung zur Natur, Suffizienz), 56 (soziale und ökologische Zerstörungslogik des Kapitalismus), 80 - 83 und 145 (strukturelle Veränderungen anstelle eines grünen Kapitalismus mit technischen Scheinlösungen, neue Produktions- und Konsummuster) sowie 150 (Synergie von Effizienz und Suffizienz) und 192 (Schrumpfung des globalen Nordens).

Nikolas Georgescu-Roegen, Manfred Max-Neef, Niko Paech, Tim Jackson und Serge Latouche.[281]

Alles in allem zeigte sich Acosta zuversichtlich, dass die „Buen Vivir"-Bewegung einen demokratischen Staat mit einem „umfassenden Partizipationsprozess" und eine „autozentrische Entwicklung der endogenen Produktivkräfte" in „selbstverwalteten Produktionseinheiten" und mit „angepassten Technologien" und einer „dezentralisierten und regionalisierten Energieerzeugung" hervorbringen werde. Obwohl er einerseits in Übereinstimmung mit Marx und den linken Parteien Lateinamerikas den bestehenden Markt als einen „Fetisch" kritisierte, verurteilte er den Markt nicht pauschal, denn wie das globale Kapital könnten erfahrungsgemäß auch staatliche Bürokratien eine gefährliche Übermacht bekommen. Vielmehr verwies Acosta auf Braudels Unterscheidung zwischen einer kapitalistischen und einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft. „Braudel hat frühzeitig erkannt, dass der Kapitalismus kein Synonym für ‚Marktwirtschaft' ist. Im Gegenteil kann der Kapitalismus sogar ein ‚Antimarkt' sein, wenn sich die Unternehmer - in mehr oder minder starker Monopolstellung - nicht wie die idealtypischen Unternehmer der konventionellen Wirtschaftstheorie verhalten. ... In der Welt der Indigenen gab es schon lange vor der Ankunft der Eroberer den Markt als ein soziales Konstrukt auf der Basis von Solidarität, Gegenseitigkeit und Verhältnismäßigkeit." Polanyi habe bereits darauf aufmerksam gemacht, dass diese Form des Marktes „weit entfernt vom später aufgezwungenen Kapitalismus" war. Und genau deshalb müsse es heute darum gehen, eine nachkapitalistische „Wirtschaft mit Märkten (im Plural), eine Wirtschaft im Dienste der Gesellschaft zu schaffen."[282] Dazu gehören sollte eine Stärkung der „bäuerlichen Produktion vor Ort für den lokalen Konsum" und der Handel sollte „an den Maßstäben einer sozialen und einer Umweltlogik ausgerichtet ... werden und nicht an der Logik der Kapitalakkumulation: ein wahrlich komplexes Unterfangen." Außerdem sollten die Banken im Rahmen einer „neuen Finanzarchitektur" so umgestaltet werden, dass sie als genossenschaftliche Dienstleister ein „solidarisches, produktives Wirtschaften beflügeln". Und „Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen entscheidende Akteure bei der Steuerung ihrer jeweiligen Produktionseinheiten sein." Im Zusammenhang mit einer Verkürzung von Arbeitszeiten und einer Umverteilung der Arbeit sollen Acosta zufolge produktive wie auch reproduktive Arbeiten „als gleichberechtigt anerkannt werden", wobei er zunächst nur an eine „Sozialversicherung für Haus-

---

[281] Alberto Acosta (2012/2015), S. 39 (Rückkehr zu Gebrauchswerten), 41 (Boulding), 42 - 43 (Technik), 66 (Rückkehr des Staates in die Wirtschaft), 69 (kein Rezeptbuch), 70 - 71 (Kapitalismuslogik vs. indigener Utopie), 72 (vage Utopie einer Überwindung des Kapitalismus), 74 (afrikanisches Ubuntu), 81 - 82 (Aristoteles, Gandhi, Georgescu-Roegen, Schumacher und Illich, Shiva, Max-Neef, Paech, Jackson und Latouche), 83 (kein monokulturelles Angebot), 86 (Gefahr der Verwirrung), 139, 141und 144 (indigene Utopie und radikale Demokratie als extrem komplexe Herausforderung ohne ausgearbeitetes Konzept).

[282] Alberto Acosta (2012/2015), S. 43, 70 und 78 (Markt), 148 - 150 und 158 - 164 (demokratische Partizipation und autozentrische Entwicklung der Wirtschaft, selbstverwaltete Produktion und angepasste Technologien, verschiedene Formen des Marktes als Fetisch und sozialem Ort der Gegenseitigkeit), 171 (dezentral-regionale Energieerzeugung).

frauen" denkt und noch nicht an eine reguläre Bezahlung von produktiven und reproduktiven Arbeiten einschließlich einer Sozialversicherung für beide Formen der Arbeit.[283]

Mit einer „erneuerten Marktlogik", einer Wiederbelebung von lange verdrängten indigenen Formen des Produzierens und Tauschens und einer neuen „Entwicklung mit menschlichem Maß" kommen Acostas ansatzweise erkennbare ordnungspolitische Grundlinien eines nachkapitalistisch-marktwirtschaftlichen „Buen Vivir für alle" anstelle eines „Dolce Vita für wenige" dem ordoliberalen Ziel einer monopolfreien Marktwirtschaft entgegen. Auf Anregung des aus Deutschland stammenden Ökonomen Jürgen Schuldt von der Universität Lima/Peru betrachtete Acosta sogar „alternative Währungen" als Instrumente, „mit denen die Gemeinschaft wieder Herr über ihre Wirtschaft werden kann". Dabei dachte er wie Paech allerdings mehr an lokale und regionale Währungen wie die argentinischen „Creditos" in den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende oder an die „Palmas" der „Banco Palmas" in Fortaleza im Nordosten Brasiliens als an alternative Währungen auf staatlicher Ebene. Die Schlüsselrolle, die alternative Währungen auf nationalen und internationalen Ebenen für eine Abkehr vom Akkumulationsmodus und eine zweite „große Transformation" (Polanyi) einnehmen könnten, hatte Acosta noch nicht vollständig im Blick. Immerhin erschien ihm die „Schaffung eines internationalen Finanzkodex" als notwendig. Neben einer Schließung der Steueroasen, einer Tobin-Steuer auf Devisentransaktionen und der „Gründung eines internationalen Schiedsgerichts für Staatsschulden" dachte Acosta auch an die „Gründung einer Weltzentralbank (die nichts mit der Weltbank und dem IWF zu tun hat). Sie soll mithelfen, die Herausgabe einer Währung oder eines globalen Währungskorbs zu normieren (was allerdings nichts mit dem Bretton-Woods-System zu tun hat)." Ist ihm vielleicht Keynes' in Bretton Woods nicht zum Zuge gekommener „Bancor"-Plan zur Gründung einer supranationalen „International Clearing Union" bekannt? Im Hinblick auf die „Banco del Sur" und ihre Verrechnungseinheit „SUCRE" („Sistema Unitario de Compensatión Regional") sprach Acosta von der Notwendigkeit eines „regionalen Währungs- und Finanzsystems mit eigenem Kodex"; aber er erwähnte nicht, dass die „Banco del Sur" nach dem Vorbild von Keynes' „International Clearing Union" mit einem gemäß dem „Bancor" strukturierten „SUCRE" jenen „eigenen Kodex" entwickeln könnte, mit dem sie sich von den übrigen Weltwährungsinstitutionen qualitativ unterscheidet.[284]

---

[283] Alberto Acosta (2012/2015), S. 148 (bäuerliche Produktion für lokale Märkte), 155 (Umverteilung von Arbeit, kürzere Arbeitszeiten, Gleichberechtigung von produktiver und reproduktiver Arbeit), 162 (Handel), 171 - 172 (Banken und Mit- bzw. Selbstbestimmung der ArbeitnehmerInnen), 174 (Sozialversicherung für Hausfrauen).

[284] Alberto Acosta (2012/2015), S. 91 (anderer Produktionsapparat und andere Konsummuster), 147 und 172 (alternative Währungen mit Hinweisen auf Silvio Gesell in den Anmerkungen 2 und 15 zum Kap. 8), 164 (erneuerte Marktlogik), 166 - 168 und 173 (indigene Formen des Produzierens und Tauschens) und 178 (Entwicklung mit menschlichem Maß), 177 (Buen Vivir für alle anstelle eines Dolce Vita für

11.5.17 Christian Felbers „Gemeinwohl-Ökonomie“

Unmittelbar nach dem Beginn der Weltfinanzkrise im Herbst 2008 analysierte der österreichische Politologe und Romanist Christian Felber die Dominanz der internationalen Finanzmärke über die Realwirtschaft als ein „Geld-Dilemma“. Über bloße Regulierungen der Finanzmärkte hinaus postulierte er die „Notwendigkeit, das Geld zu entmachten“ und eine „demokratische Bank (als) dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“ zu gründen. In der Wirtschaft solle es in Zukunft um „Kooperation statt Konkurrenz“ gehen. „Die Gewinnorientierung hat nicht nur zu systematischer Spekulation, Bilanzmanipulation und maßloser Gier geführt, sondern auch zu massivem - und erfolgreichem - Lobbying für die politische Umregulierung der Finanzmärkte.“ Die repräsentative politische Demokratie müsse ihre Souveränität gegenüber den Finanzmärkten und deren „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ zurückgewinnen; sie müsse durch Elemente einer direkten Demokratie gestärkt und auch um eine Wirtschaftsdemokratie ergänzt werden.[285]

Der „Knackpunkt“ besteht für Felber nicht darin, das „Geld-Dilemma“ durch eine strukturelle Reform des Geldes zu überwinden. Stattdessen sollen „Gewinnstreben und Konkurrenz ... als fundamentale Anreizstruktur privater Unternehmen abgelöst werden ... von Gemeinwohlorientierung und Kooperation. ... Unternehmen sollten durch das Gesetz auf das Gemeinwohl verpflichtet werden. Unternehmerischer Erfolg wird zukünftig primär an einer Gemeinwohlbilanz gemessen (kombinierte Sozial-, Öko-, Demokratie- und Solidaritätsbilanz). Die finanzielle Bilanz gerät zum Nebenschauplatz; nicht mehr Finanzgewinn ist das Ziel, sondern Kostendeckung.“ Sollten Unternehmen dennoch einmal gleichsam unbeabsichtigt Überschüsse erzielen, die über „nachhaltige Investitionen, begrenzte Verlustvorsorge und Stärkung des Eigenkapitals“ hinausgehen, so sollten diese nur „bei der ‚Demokratischen Bank‘ deponiert werden dürfen, damit diese sie an jetzt investierende Unternehmen und Haushalte günstig weiterreichen kann.“[286]

Was genau unter Gemeinwohl zu verstehen ist, soll Felber zufolge ein „wirtschaftsdemokratischer Konvent“ definieren und messbar machen, „der sich aus allen wichtigen Gruppen der Gesellschaft zusammensetzt wie eine erweiterte Sozialpartnerschaft“. Während die sog. Ökobilanzen und Nachhaltigkeitsberichte, mit denen große Unternehmen im Sinne ihrer „Corporate Social Responsibility“ ihr Image PR-wirksam aufbessern, nur unverbindlich sind, soll der „wirtschaftsdemokratische Konvent“ zusätzlich zu herkömmlichen Bilanzierungen Kriterien für die Sozial- und Umweltverträglichkeit des unternehmerischen Handelns und einen

---

wenige) - 178 (neue Entwicklung mit menschlichem Maß) und 183 - 184 (Polanyi, internationaler Finanzkodex). Vgl. auch S. 53 (Kritik am IWF). – Jürgen Schult (1995).

[285] Christian Felber (2009), S. 10 (dritter Weg), 13 - 14 (Gewinnorientierung), 18 (Geld-Dilemma) und 36 (finanzielle Massenvernichtungswaffen).

[286] Christian Felber (2009), S. 97 - 98 (Gemeinwohl- statt Gewinnorientierung als dritter Weg).

Kodex als Orientierung für ihr zukünftiges Handeln entwickeln. Dementsprechend sollen die Unternehmen dem „wirtschaftsdemokratischen Konvent" in regelmäßigen Zeitabständen ihre „Gemeinwohlbilanzen" vorlegen, für die sie je nach dem Grad der Erreichung dieser Kriterien vom Konvent in Zusammenarbeit mit einem „regionalen Wirtschaftsparlament" Bewertungspunkte erhalten. „Unternehmen, die sich sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer halten, als die gesetzlichen Mindeststandards es vorschreiben, werden dafür entsprechend belohnt" - durch Steuervorteile, niedrigere Zolltarife, günstigere Kredite von der „Demokratischen Bank" oder Forschungskooperationen mit öffentlichen Universitäten. Durch die Hintertür kommen also wieder monetäre Anreize in die Gemeinwohl-Ökonomie hinein. Niemand dürfe übrigens mehr als das „maximal Zwanzigfache des gesetzlichen Mindestlohns" verdienen. Auf internationaler Ebene sollten ein „neues Bretton Woods" mit Keynes' Bancor-Plan, eine „Weltsteuerbehörde", eine „Fixierung der Rohstoffpreise" und eine „Weltfinanzmarktaufsicht" hinzukommen.[287]

In seinem 2010 erschienenen Buch „Gemeinwohl-Ökonomie" stellte Felber ausführlicher dar, wie er sich eine „Wiedereinbettung der ... seelenlosen ... Wirtschaft in das gesellschaftliche Wertesystem" durch die Einführung einer „Gemeinwohlbilanz" vorstellte. „Der Anreizrahmen für die individuellen Wirtschaftsakteure muss umgepolt werden von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation." Dazu dürfen die einzel- und gesamtwirtschaftlichen Resultate des Wirtschaftens wie die Gewinne und das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr nur in Geld gemessen werden. Die Gemeinwohl-Ökonomie will die wirtschaftliche Erfolgsmessung von Tauschwertmessung auf Nutzwertmessung umstellen, von aussageschwachen monetären auf aussagekräftige nichtmonetäre Indikatoren." Die in ihren bisherigen Rechtsformen und Größen vorerst weiterbestehenden (Groß-)Unternehmen werden anhand einer „Gemeinwohl-Matrix" daran gemessen, wie sie sich im Hinblick auf Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitentscheidung gegenüber ihren Lieferant/innen, Geldgeber/innen, Mitarbeiter/innen, Kund/innen und ihrem gesellschaftlichen Umfeld verhalten. Insgesamt 18 Indikatoren seien Felber zufolge „in Punkten klar messbar. ... Bei jedem Indikator sind vier Stufen erreichbar: erste Schritte, fortgeschritten, erfahren, vorbildlich." Zu den Indikatoren gehören u.a. die Arbeitsbedingungen, die Gleichbezahlung von Frauen, die Sinnhaftigkeit von Produkten und das solidarische Verhalten gegenüber anderen Unternehmen.[288]

Abgesehen von der fraglichen Messbarkeit der gewünschten Verhaltensweisen stellt sich die Frage, wer überhaupt legitimiert sein könnte, die Maßstäbe für diese

---

[287] Christian Felber (2009), S. 74 - 81 (Internationales) und 98 (Höchst- und Mindesteinkommen 20:1) - 101.

[288] Christian Felber (2010/2012), S. 14 (Wiedereinbettung), 16 (Nebeneinander von Finanzbilanz und Gemeinwohlbilanz), 39 (Umpolung) - 40 (neue Indikatoren) und 44 - 45 (Gemeinwohl-Matrix).

wertenden Messungen des Verhaltens von Unternehmen festzulegen. Ein „Redaktionsteam Gemeinwohl-Bilanz" habe - so Felber - Indikatoren entwickelt, mit denen 2011 in Wien „sechzig Pionier-Firmen" auf freiwilliger Basis erste praktische Schritte in die Richtung einer „Gemeinwohl-Ökonomie" gegangen seien und mehrere Hundert Firmen motiviert hätten, diesen Beispielen zu folgen. Eine echte Legitimation entstehe aber erst, wenn ein demokratisch gewählter „Wirtschaftskonvent" als dritte Säule der Demokratie neben ihren repräsentativen und plebiszitären Säulen eine verbindliche gesetzliche Grundlage für die allgemeine Einführung von „Gemeinwohl-Bilanzen" schaffe. Dann könne „jedes Unternehmen, egal ob ein Ein-Personen-Unternehmen, gemeinnütziger Verein, Stadtwerk, Mittelständler oder eine börsennotierte Aktiengesellschaft ... maximal tausend Gemeinwohl-Punkte erreichen." Durch regelmäßige Veröffentlichungen ihrer „Gemeinwohl-Bilanzen" bekämen Konsument/innen eine Übersicht über die Märkte und würden in die Lage versetzt, ihre Einkäufe bei denjenigen Unternehmen zu tätigen, deren Handeln dem Gemeinwohl am ehesten entspricht. Zur Vermeidung von Bilanzfälschungen habe der Staat nur eine „stichprobenartige Kontrollaufgabe. ... Für den Fall, dass ein Unternehmen die Gemeinwohl-Bilanz fälscht, die AuditorIn besticht und diese die gefälschte Bilanz attestiert, muss es ein Supervisionsverfahren geben und eine Sanktionsmöglichkeit gegen etwaige korrupte AuditorInnen."[289]

Was in früheren Zeiten sozial eingestellte Unternehmer freiwillig für ihre Belegschaften taten und was in neuerer Zeit PR-Abteilungen großer Unternehmen für sich reklamieren, will Felber zu einer demokratisch legitimierten und für alle Unternehmen verbindlichen Richtschnur machen. Aufgrund seiner Aversion gegen den Markt als solchen will er - ohne zwischen dem Idealtyp eines monopolfreien Marktes und der real existierenden mono- und oligopolistischen Vermachtung der kapitalistischen Märkte zu unterscheiden - ähnlich wie Hilferding & Naphtali mit ihrer „Wirtschaftsdemokratie" oder Steiner mit seinen „Assoziationen" mit seinem demokratisch gewählten „Wirtschaftskonvent" eine Institution schaffen, die gleichsam von oben bzw. außen 1. die kapitalistisch verzerrt bleibende marktwirtschaftliche Selbststeuerung korrigiert und die 2. das Verhalten der kapitalistisch bleibenden (Groß-)Unternehmen auf ein wie auch immer definiertes nichtkapitalistisches Gemeinwohl ausrichtet. Ein Eingebettetsein der vielen Einzelinteressen in einem übergeordneten Gemeinwohl, das sich nach einer Geld- und Bodenreform und einer Entkapitalisierung der Unternehmen und Märkte selbsttätig einstellen könnte, wollte Felber also schon innerhalb kapitalistischer Verhältnisse durch eine obrigkeitliche Institution herbeiführen. Entsprechend kompliziert bliebe auch die mehr oder weniger friedliche Koexistenz der herkömmlichen „Finanzbilanz", die zur „Nebenbilanz oder besser: Mittelsbilanz" werden soll, und

---

[289] Christian Felber (2010/2012), S. 9 (Pionier-Firmen), 45 - 46 (Redaktionsteam), 47 (Wirtschaftskonvent), 51 (Gemeinwohl-Punkte und Transparenz), 54 (staatliche Supervision) und 158 (Drei-Säulen-Demokratie).

der ihr übergeordneten „Gemeinwohl-Bilanz". Dementsprechend würden Gewinne „gegengleich vom Zweck zum Mittel". Verwendet werden dürfen sie nur noch für Investitionen, die „einen sozialen und ökologischen Mehrwert schaffen", für die Bildung von Rücklagen zum Ausgleich von Verlusten, zur Aufstockung des Eigenkapitals sowie entweder zur Ausschüttung an die MitarbeiterInnen oder zur Vergabe von „unverzinsten ... Darlehen an Mitunternehmen". Verboten werden die „Ausschüttung von Gewinnen an EigentümerInnen, die nicht im Unternehmen arbeiten", insbesondere Dividenden an Aktionäre. Auch für Firmenaufkäufe und Fusionen sowie für Investitionen in Finanzanlagen und Parteispenden sollen die Gewinne nicht mehr verwendet werden dürfen. „Durch die Summe dieser Maßnahmen erlischt der Wachstumszwang in der Wirtschaft." Außerdem werde die „gegenwärtige Vernichtungs- und Fresskonkurrenz" in eine „friedliche Koexistenz" der Unternehmen oder sogar in ihre „aktive Kooperation" und ein „gegenseitiges Helfen" übergehen.[290]

Neben der „Gemeinwohl-Bilanz" soll eine nicht gewinnorientierte „Demokratische Bank" als ein „ganz anderes Finanzsystem" zum zweiten Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie werden. Ohne die dem Geld innewohnende kapitalistische Struktur zu überwinden will Felber das „Geld als Kredit zu einem öffentlichen Gut" machen, die Finanzmärkte sowie Fonds und Börsen schließen. Durch die Einführung von „Vollgeld" im Sinne von Joseph Huber soll eine private Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken" unmöglich gemacht werden. Die „Demokratische Bank" sowie ebenfalls „gemeinwohlorientierte Genossenschaftsbanken und Sparkassen" sollen „nur Einlagen- und Kreditgeschäfte betreiben. ... Es gibt weder Kredit- noch Sparzinsen im herkömmlichen Sinne. Die KreditnehmerInnen bezahlen eine Kreditgebühr, die so bemessen ist, dass die Bank ihre Kosten inklusive Investitionen und Speisung eines Fonds für soziale Zwecke deckt." Bei der Vergabe von Krediten soll es nicht mehr um ihre Rentabilitätserwartungen und schon gar nicht mehr einen Einfluss eines „anonymen Ratings" gehen; entscheidend ist die Aussicht auf „ihren sozialen und ökologischen Mehrwert. ... Investitionsvorhaben mit besonders hohem sozialem und ökologischem Mehrwert erhalten Kredite kostenlos oder sogar mit ‚negativem Zins', d.h. sie müssen nicht einmal die volle Kreditsumme zurückzahlen."[291]

Felber scheint der Ansicht zu sein, dass sich alle diese durchaus sympathischen Ziele gewissermaßen per Dekret demokratisch (?) verordnen lassen, ohne dass zuvor die Kapital-, Arbeits- und Gütermärkte mit Hilfe ordnungspolitischer Reformen der Geld- und Bodenordnung in ein gesamtwirtschaftliches Kräftegleichgewicht gebracht werden müssen. In einer „Gemeinwohl-Ökonomie" werde es „keine Kapitaleinkommen mehr" geben; aber Felber lässt im Unklaren, wie sie über-

---

[290] Christian Felber (2010/2012), S. 56 (Finanzbilanz als Nebenbilanz), 57 - 71 (erlaubte und verbotene Verwendungen von Gewinnen, Wachstumszwang und gegenseitiges Helfen der Unternehmen).

[291] Christian Felber (2010/2012), S. 79 - 82 (Demokratische Bank, Geld als öffentliches Gut, Vollgeld), 84 - 85 (gänzliche Abschaffung von Zinsen, Kriterien für Kreditvergaben) und 89 (Vollgeld).

wunden werden könnten. Auch „die Rohstoffpreise werden demokratisch festgelegt, durch einen Ausschuss, in dem ErzeugerInnen und KonsumentInnen einander auf Augenhöhe begegnen und menschenwürdige Preise für beide Seiten vereinbaren" (auch ökologisch angemessene Preise?).[292]

Aus der komplizierten Verwicklung von kapitalistischer Marktwirtschaft und „Gemeinwohl-Ökonomie" dürften auch Felbers Vorstellungen über das Eigentum an den Produktionsmittels nicht herausführen. Zum einen strebt er eine über die herkömmliche Mitbestimmung hinausgehende „Demokratisierung von Großunternehmen" an, indem „ein von der Regierung unabhängiges Organ der Gesellschaft ... die Unternehmen mit lenkt. Denkbar wäre ein regionales Wirtschaftsparlament, das als Vertretung des Souveräns fungiert und in allen Großunternehmen einer Region im Aufsichtsrat sitzt. Dieses Parlament würde direktdemokratisch gewählt." Und zum anderen müsse „in der Gemeinwohl-Ökonomie auch über eine Obergrenze für Privateigentum diskutiert werden". Felber denkt dabei an „zum Beispiel 10 Millionen Euro. ... Langfristiges Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist, dass möglichst viele Menschen zu MiteigentümerInnen an den Unternehmen werden und diese in gemeinsamer Verantwortung steuern inklusive des gemeinsamen Tragens des Verlustrisikos. ... Es ist anzunehmen, dass es einen wachsenden Anteil von Genossenschaften oder ähnlichen Unternehmensrechtsformen geben wird." Aber wie sollen die Dezentralisierung des Realkapitals und eine tendenzielle Verkleinerung der Unternehmen erreicht werden, wenn die treibenden Kräfte von Akkumulation und Konzentration nicht wirklich still gelegt werden? Neben dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln vieler kleiner und weniger großer Unternehmen stellt sich Felber „demokratische Allmenden" vor. Nachdem die Staatsunternehmen während der neoliberalen Ära vielfach privatisiert wurden, sollen die Infrastrukturen nicht wieder verstaatlicht, sondern „öffentliches Gemeinschaftseigentum" werden. „Mein Vorschlag ist nicht, dass wir zurückkehren zu staatlichen Versorgungsunternehmen, wie wir sie kannten, sondern dass essentielle Wirtschaftszweige direkt von der Bevölkerung kontrolliert und gesteuert werden."[293]

Auf internationaler Ebene sollte Felber zufolge in Anknüpfung an Keynes' Bancor-Plan ein „neues Bretton Woods" mit einem „Globo oder Terra als Welthandelswährung" geschaffen werden und außerdem sollten eine „Weltsteuerbehörde" und eine „Weltfinanzmarktaufsicht" eingerichtet werden.[294]

---

[292] Christian Felber (2010/2012), S. 80 (Rohstoffpreise), 83 (keine Kredit- und Sparzinsen). Vgl. auch Christian Felber (2009), S. 80 - 81 (Rohstoffpreise), 92 (Vollgeld) und 96 (keine Kapitaleinkommen mehr).

[293] Christian Felber (2010/2012), S. 98 - 101 und 108 (Demokratisierung der Großunternehmen und regionales Wirtschaftsparlament, MitarbeiterInnenbeteiligung an kleineren Unternehmen) sowie 114 - 116 (Demokratische Allmenden).

[294] Christian Felber (2010/2012), S. 80 und 90 (Globo oder Terra). - Vgl. auch Christian Felber (2009), S. 74 - 76 und 80 (neues Bretton Woods) sowie 78 und 81 (Weltsteuerbehörde und -finanzmarktaufsicht).

Felber erhob ausdrücklich nicht den Anspruch für die „Gemeinwohl-Ökonomie", ein in sich geschlossenes Modell zu sein. Er zeigte sich offen für ihre Kombination mit Elementen der Solidarischen Ökonomie, der Wirtschaftsdemokratie, den Commons und der Postwachstumsökonomie. Zu den „Freundinnen" der „Gemeinwohl-Ökonomie" gehörte für ihn jedoch nicht die Geld- und Bodenreform mit ihrem Ziel einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus".[295] Seine Vorbehalte gegen den Markt waren zu stark, als dass er bereit sein könnte, eine wie auch immer geartete demokratische, tendenziell bürokratische Außensteuerung der Wirtschaft zugunsten einer ordnungspolitischen Befreiung der Selbstorganisation der Märkte von ihrer monopolkapitalistischen Vermachtung aufzugeben. -

In einem weiteren Buch über „neue Spielregeln" für das Geld (2014) blieb Felber bei seiner Ansicht stehen, dass „die Geldschöpfungsfrage eine Schlüsselfrage der Geldordnung" ist, und ging nicht weiter darüber hinaus bis zu der dem kapitalistischen Geld innewohnenden strukturellen Macht als noch tiefer liegendem Kernproblem des Geldwesens. Dementsprechend beließ er es erneut bei der Forderung nach einer Einführung von Vollgeld, das die Giralgeldschöpfung durch private Geschäftsbanken unmöglich macht und die Geldschöpfung und -vernichtung allein den Zentralbanken vorbehält, die ebenfalls demokratisiert werden sollen - flankiert durch kommunale, regionale und nationale „Geldkonvente", die Bausteine einer alternativen Geldordnung entwickeln. Und die Geschäftsbanken sollen bei Kreditvergaben einer „Gemeinwohl-Prüfung" unterzogen werden. Erneut blieb Felber die Antwort schuldig, wie „der Sparzins gänzlich auslaufen ... soll". Eine etwaige private Hortung des öffentlichen Gutes Geld könne verboten werden.[296]

11.5.18 Das Bedingungslose Grundeinkommen

Im Unterschied zur Gemeinwohl-Ökonomie hat das Nachdenken über ein Grundeinkommen ideengeschichtliche Wurzeln, die weit zurückreichen bis zu Thomas Paine in der Gründerzeit der USA und zum französischen Frühsozialisten Charles Fourier. Zu ihren neueren Wegbereitern gehörte unter anderem der Sozialpsychologe Erich Fromm.[297] Und quer durch fast alle politischen Lager von Konservativen bis zu Linken ist ein breites Spektrum von Varianten eines Grundeinkommens entstanden. Der neoliberale Ökonom Milton Friedman trat mit der Idee einer negativen Einkommensteuer hervor. Der Ökonom Thomas Straubhaar und der CDU-Politiker Dieter Althaus, Götz Werner als Inhaber der dm-Drogeriemarktkette, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, die Grüne Jugend und die Linke entwickelten

---

[295] Christian Felber (2010/2012), S. 12 - 13 (Freundinnen der GWÖ) und 29 - 30 (Marktwirtschaft).

[296] Christian Felber (2014), S. 38 und 45 - 46 (Geldkonvente), 54 (Geldschöpfungsfrage), 58 - 72 (Vollgeld) und 73 - 87 (demokratische Zentralbanken), 120 - 123 (Sparzinsen und Gemeinwohl-Prüfungen) und 133 (Verbot von Bargeldhortungen) sowie 227 - 240 (Keynes' Bancor-Plan).

[297] Ronald Blaschke in: Ronald Blaschke & Adeline Otto & Norbert Schepers Hrsg. (2010), S. 9 - 292, u.a. S. 24 - 42 (Thomas Paine), 141 - 148 (Grundeinkommen und Emanzipation von Frauen), 160 - 216 (Fourier und Considerant) und 250 - 282 (Erich Fromm).

unterschiedliche Modelle eines partiellen oder bedingungslosen Grundeinkommens mit jeweils eigenen Finanzierungskonzepten und Vorstellungen von der monatlichen Höhe eines Grundeinkommens.[298]

Die Diskussionen über ein partielles oder bedingungsloses Grundeinkommen haben besonders seit der Verschlankung des Sozialstaats durch die sog. Hartz-IV-Reform der rot-grünen Bundesregierung einen beträchtlichen Auftrieb erhalten. Als Alternative zu diesen Reformen sollten alle Menschen durch ein ohne administrative Bedürftigkeitsprüfungen und Gegenleistungsverpflichtungen gezahltes Grundeinkommen eine materielle Basis für ein menschenwürdiges Dasein ohne Angst vor sozialer Ausgrenzung und mit einer politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft bekommen. Darüber hinaus soll es weiterhin möglich sein, sich durch ‚normale' Erwerbsarbeiten ein zusätzliches Einkommen zu verdienen, wenn das Grundeinkommen nicht für die Verwirklichung höherer Ansprüche an den Lebensstandard ausreicht.

Unter der Voraussetzung, dass alle Gesellschaftsschichten gemäß ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung eines ausreichend hohen monatlichen Grundeinkommens herangezogen werden, könnte es tatsächlich den Hartz-IV-Regelungen vorzuziehen sein. Und wie das Beispiel eines 2008 auf freiwilliger Spendenbasis in Otjivero/Namibia begonnenen kleinen, zeitlich und räumlich befristeten Experiments mit einem Grundeinkommen zeigte, werden auf diese Weise auch bei weitem nicht alle Menschen zur Faulheit verleitet. Die ihrer Existenzunsicherheit enthobenen Menschen können durchaus auch, wie von den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens erwartet, ohne Verpflichtungen zu Gegenleistungen ihre Potenziale aus bloßer Freude am schöpferischen sinnerfüllten Tätigsein zur Entfaltung bringen.[299]

Fraglich ist jedoch, ob die Grundeinkommensmodelle oder einige von ihnen in der Lage sind, die mit den Hartz-IV-Gesetzen nur oberflächlich zugedeckten gesellschaftlichen Grundwidersprüche in kapitalistischen Marktwirtschaften aufzulösen. Roland Geitmann begegnete ihnen deshalb mit einer Mischung aus Sympathien für die durch sie eröffneten „Freiräume für soziales Miteinander" und aus der Sorge, dass ein Grundeinkommen „auch ablenken könnte von den Fehlern unseres Wirtschaftssystems, insbesondere des Geldwesens, die zerstörerisches Wachstum verursachen und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen vernichten. ... Im Blick auf das Wohlstandsgefälle auf der Erde ... könnte es ... wie eine zynische Luxusausstattung der Privilegierten wirken und Abschottungsmechanismen gegenüber armen Völkern verstärken."[300]

Aus der Sicht der Geld- und Bodenreform ergab sich auch deshalb eine differenzierte Einstellung zum bedingungslosen Grundeinkommen, weil es einerseits eine

---

[298] Vgl. die Übersicht von Ronald Blaschke in: Ronald Blaschke & Adeline Otto & Norbert Schepers Hrsg. (2010), S. 301 - 382.

[299] Frank Dahlmann (2015).

[300] Roland Geitmann (2007), S. 6.

Affinität zwischen ihm und der Bodenreform gibt, während andererseits zwischen ihm und der Geldreform eher ein Spannungsverhältnis besteht.

● Alwine Schreiber-Martens erinnerte daran, dass schon vor mehr als 200 Jahren die ersten neuzeitlichen Bodenreformer Thomas Paine und Thomas Spence in den USA bzw. in England die Forderung erhoben, die vergesellschaftete Bodenrente als ein Grundeinkommen an die Bevölkerung auszuzahlen - bei Spence aufgeteilt auf gleiche pro-Kopf-Beträge - , um das Grundrecht aller Menschen auf eine gesicherte Existenz zu verwirklichen. Dies aufgreifend, brachte sie den Gedanken eines „durch gezielte Ressourcenbesteuerung ko-finanzierten Grundeinkommens" für jeden Menschen in die Grundeinkommensdebatten ein und verwies auch darauf, dass die Heranziehung der Boden- und Ressourcenrenten zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens dessen Finanzierung erheblich erleichtern könnte. Das „ressourcen-gestützte" Grundeinkommen wäre zwar eine bedingungslose, aber genau genommen keine ohne jede Gegenleistung fließende ‚Leistung' der Allgemeinheit an jeden einzelnen Menschen, weil ja alle Menschen zuerst in unterschiedlicher Höhe Entgelte für die private Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen entrichten müssen (wegen deren sinnvoller Allokation), bevor sie danach im Interesse einer Verteilungsgerechtigkeit mit gleichen pro-Kopf-Beträgen an der Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten partizipieren. In diese Richtung eines „ressourcen-gestützten Grundeinkommens" gingen später auch die Überlegungen von Ulrich Schachtschneider zu einem „ökologischen Grundeinkommen".[301]

● Abgesehen von den Unterschieden zwischen den einzelnen Modellen eines Grundeinkommens ist ihnen allen mehr oder weniger ein Ziel gemeinsam, das Rudolf Steiner schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit seinem „Sozialen Hauptgesetz"[302] umrissen hat: nämlich das Ziel einer Trennung von Arbeit und Einkommen als Ausweg aus der im Frühkapitalismus entstandenen Ungleichverteilung von Arbeits- und Vermögenseinkommen. Dabei wird allerdings übersehen, dass Arbeit und Einkommen gar nicht erst voneinander getrennt werden brauchen. Entgegen der fadenscheinigen Ideologie der Leistungsgesellschaft sind Arbeit und Einkommen schon längst durch die Existenz von Vermögenseinkünften wie Zinsen, Dividenden, Boden- und Ressourcenrenten sowie Einkünften aus Patent- und Markenprivilegien voneinander *ab*gekoppelt. Durch ein Grundeinkommen würden sie also ein zweites Mal und noch weiter voneinander abgekoppelt. Mit anderen Worten würde die in der kapitalistischen Marktwirtschaft bestehende widersprüchliche Mischung aus Arbeits- und leistungslosen Vermögenseinkommen nochmals durch ein ‚leistungsloses' Grundeinkommen verkompliziert.

---

[301] Alwine Schreiber-Martens (2007), 27 - 32. - Vgl. zu Paine und Spence auch Heinrich Niehuus (1910) und Yannick Vanderborght & Philipp van Parijs (2005). - Ulrich Schachtschneider (2017); S. 63 - 70 (ökologisches Grundeinkommen).

[302] Zu Steiners „Sozialem Hauptgesetz" vgl. das Kap. 7.4 im vorliegenden Buch.

Anstelle der doppelten Abkopplung von Arbeit und Einkommen müsste es eher darum gehen, sie durch eine Überwindung von leistungslosen Einkünften aus Vermögen und anderen Privilegien überhaupt erst aneinander *an*zukoppeln. So gesehen wäre an Stelle eines bedingungslosen Grundeinkommens zusätzlich zu einer Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten die Herstellung eines bedingungslosen Geldkreislaufs erforderlich - eines Geldes also, dessen stetige Bewegung nicht mehr an die Bedingung geknüpft ist, dass es fortwährend mit einem Zins und Zinseszins bedient werden muss. Mit Hilfe eines auch bei einem durchschnittlichen Zins von null bedingungslos stetig zirkulierenden Geldes würden im Laufe der Zeit jene sozialen Deklassierungen einschließlich der Arbeitslosigkeit zum Verschwinden gebracht, die von den Verfechtern eines Grundeinkommens innerhalb kapitalistischer Strukturen mit dem Grundeinkommen gleichsam aufgefangen und erträglicher gemacht werden sollen.

- Im Ergebnis würde also eine Geld- und Bodenreform auf eine Kombination von einem bedingungslosen, im Durchschnitt kostenlosen *Da*seinsrecht aller Menschen auf der Erde und einem sozialen Grundrecht hinauslaufen, sich auf der Basis eines bedingungslos zirkulierenden Geldes innerhalb eines geschlossenen Wirtschaftskreislaufs mit eigener Arbeit ein Einkommen für die individuelle Gestaltung des *So*seins zu verschaffen (von dem freilich Teile für jene Menschen abzugeben wären, die nicht aus eigener Kraft über ihr Dasein hinaus für ihr Sosein sorgen *können*). Das ist eine andere Kombination als die auch von den Befürwortern eines Grundeinkommens vorgesehene Möglichkeit, sich zusätzlich zu einem Grundeinkommen auch noch ein Leistungseinkommen durch eine herkömmliche Erwerbsarbeit hinzuzuverdienen. Die „mit dem Einsatz für ein BGE verbundenen Engagements" seien Helmut Creutz zufolge „zweifellos positiv zu werten"; aber mit Hilfe von Vergleichsrechnungen zeigte er auch, dass eine Überwindung aller leistungslosen Einkommen aus Vermögen und Privilegien zugunsten eines vollen Arbeitsertrags aller Arbeitenden für die Gesellschaft insgesamt mehr Gerechtigkeit schaffen könnte als die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen verbundenen Umverteilungen.[303]

Seitdem das bedingungslose Grundeinkommen bei einer Volksabstimmung in der Schweiz im Jahr 2016 nur eine 22%ige Zustimmung erreichen konnte, haben die Debatten darüber in den letzten Jahren an Schwung verloren. Gleichwohl lief von Anfang 2017 bis Ende 2018 ein praktisches Experiment mit einem bedingungslosen Grundeinkommen in Finnland. Auf Initiative einer rechtskonservativen Regierung erhielten 2000 per Zufall ausgewählte Arbeitslose im Alter zwischen 25 und 58 Jahren monatlich 560 Euro. Das Resultat sei „durchwachsen". Die Gesundheit und das persönliche Wohlbefinden dieser Personen sei verbessert worden und sie hätten keinen Stress mit der Sozialbürokratie gehabt; aber kaum jemand habe danach wieder eine Beschäftigung gefunden, so dass sich fast alle Testpersonen „wieder im schwerfälligen System der finnischen Sozialhilfe" befinden. Die-

[303] Helmut Creutz (2009), S. 35 - 41.

ses finnische Experiment hat freilich nur eine begrenzte Aussagefähigkeit, weil weder der monatlich ausbezahlte Betrag noch die zeitliche Begrenzung auf zwei Jahre den Modellen der Grundeinkommensverfechter entsprechen.[304]

[304] Zur schweizerischen Volksabstimmung über das Grundeinkommen vgl. die Website https://www.grundeinkommen.ch/ - Zu den Kritikern des BGE gehören nicht nur konservative, sondern auch linke Intellektuelle wie Christoph Butterwegge, der eine noch stärkere Beschädigung des Sozialstaats befürchtet (2015) und Christoph Butterwegge & Kuno Rinke Hrsg. (2018). - Zum BGE in Finnland vgl. Baukje Dobberstein (2018) und Carsten Schmiester (2019).